

Lionel Jospin: der französische Tony Blair?

Diplomarbeit von
Christian Schröppel

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
November 1998

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	5
1 TYPEN SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN	10
1.1 Die Typologie sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt	10
1.1.1 Grundlagen der Typologie Kitschelts	10
1.1.1.1 Organisationstypen	10
1.1.1.2 Mitgliedertypen	11
1.1.1.3 Konkrete Gruppen in sozialdemokratischen Parteien	12
1.1.2 Einordnung sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt	14
1.2 Eine Neufassung der Typologie Kitschelts	17
1.2.1 Organisationsstruktur und dominierender Mitgliedertypus	17
1.2.2 Einordnung sozialdemokratischer Parteien nach der modifizierten Typologie	22
1.2.2.1 Dezentralisierte „Klubs“	25
1.2.2.2 Zentralisierte Parteien	26
1.2.2.3 „Sozialdemokratisch-zentralistische“ Massenparteien	27
1.2.3 Einordnung der Entwicklung der Parti socialiste und der Labour Party	29
2 DIE ENTWICKLUNG DER LABOUR PARTY	30
2.1 New Labour gegen Old Labour	30
2.1.1 Die programmatischen Veränderungen bis 1994	30
2.1.2 Die Zentralisierung der Partei	32
2.1.3 Die Abkopplung von den Gewerkschaften	37
2.2 Tony Blair in der „Stakeholder-Phase“	42
2.2.1 Die Neufassung der Clause IV	43
2.2.2 Die „Stakeholder Society“	45
2.2.3 Kommunitarismus	50
3 DIE ENTWICKLUNG DER PARTI SOCIALISTE	57

3.1 Grundlegende Merkmale der Parti socialiste.....	57
3.2 Die Strömungen der Parti socialiste.....	63
3.2.1 Der „Mitterrandismus“.....	63
3.2.2 Die historische Entwicklung der Strömung Rocard.....	66
3.2.3 Die Programmatik Rocard.....	69
3.2.4 Die Strömung Jospin.....	76
3.3 Die Krise der Parti socialiste.....	80
3.3.1 Der Aufstieg und Fall Rocard.....	80
3.3.2 „L'invention du possible“.....	84
3.3.3 Der Zerfall der Strömung Jospin.....	88
3.3.3.1 Politische Annäherung an Rocard.....	88
3.3.3.2 Jospin verläßt seine Strömung.....	92
3.4 Der Aufstieg Jospin.....	95
3.4.1 Die Wahl Jospin zum Präsidentschaftskandidaten	95
3.4.2 Der Präsidentschaftswahlkampf.....	101
3.4.2.1 Chiracs Linkskurs bringt Jospin in Bedrängnis.....	101
3.4.2.2 Der Links-Rechts-Gegensatz entscheidet die Wahl.....	103
3.4.3 Jospin wird Parteivorsitzender.....	107
3.4.3.1 Jospin als Hoffnungsträger der „Neuen Linken“.....	107
3.4.3.2 Jospin stellt die Machtfrage.....	110
3.5 Jospins Modernisierungsstrategie scheitert.....	115
3.5.1 Die Streikbewegung vom November/Dezember 1995.....	115
3.5.2 Der Aufschwung des linken Flügels der Parti socialiste.....	120
3.5.3 Die Haltung des Modernisierungsflügels zu den Gewerkschaften.....	125

Abbildungen

ABBILDUNG 1: ORGANISATIONSTYPEN SOZIALISTISCHER UND SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN NACH KITSCHOLT.....	11
--	-----------

ABBILDUNG 2: ORGANISATIONSTYPEN EUROPÄISCHER SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN.....	17
--	-----------

ABBILDUNG 3:	
---------------------	--

GRÖSSE UND VERANKERUNG EUROPÄISCHER SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN.....	23
---	-----------

ABBILDUNG 4: ENTWICKLUNG DER PARTI SOCIALISTE UND DER LABOUR PARTY.....	29
--	-----------

Tabellen

TABELLE 1: GRUNDTYPEN, GRUPPEN, POLITISCHE EINSTELLUNG UND ORGANISATORISCHE PRÄFERENZ.....	14
---	-----------

TABELLE 2: VERANKERUNG SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN NACH KITSCHOLT...15	
---	--

TABELLE 3: UNABHÄNGIGKEIT DER PARTEIFÜHRUNG SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN NACH KITSCHOLT.....	16
--	-----------

TABELLE 4: GRÖSSE UND VERANKERUNG EUROPÄISCHER SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN.....	19
--	-----------

TABELLE 5: UNABHÄNGIGKEIT DER PARTEIFÜHRUNG SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN (OHNE FAKTOR „GEWERKSCHAFTEN“.....	20
---	-----------

TABELLE 6: GRÖSSE EUROPÄISCHER SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN UND UNABHÄNGIGKEIT VON DEN GEWERKSCHAFTEN.....	20
--	-----------

TABELLE 7: RELATIVE VERANKERUNG EUROPÄISCHER SOZIALDEMOKRATISCHER	
--	--

PARTEIEN UND UNABHÄNGIGKEIT DER PARTEIFÜHRUNG.....	21
TABELLE 8: MERKMALSAUSPRÄGUNGEN DER PARTEIEN, NACH GRUPPEN.....	24
TABELLE 9: MITGLIEDSCHAFT DER LABOUR PARTY.....	39
TABELLE 10: MITGLIEDSCHAFT DER PS BZW. DER SFIO.....	58
TABELLE 11: SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG DER DELEGIERTEN FRANZÖSISCHER PARTEIEN.....	60
TABELLE 12: VERTEILUNG DER DEPARTEMENTS NACH DEN STIMMENANTEILEN DER AUF DEM KONGRESS VON RENNES EINGEBRACHTEN ANTRÄGE (IN KLAMMERN: ANZAHL DER DEPARTEMENTS MIT HOHEM STIMMENANTEIL VON JOSPIN).....	100
TABELLE 13: WÄHLERANTEILE IN ABHÄNGIGKEIT VON DER POLITISCHEN SELBSTEINSCHÄTZUNG DER BEFRAGTEN	106
TABELLE 14: GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER UND ORGANISATIONSGRAD IN FRANKREICH UND GROSSBRITANNIEN.....	129
TABELLE 15: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE ZWISCHEN TONY BLAIR, MICHEL ROCARD UND LIONEL JOSPIN.....	134

Einleitung

Die Wahlerfolge Tony Blairs in Großbritannien und Lionel Jospins in Frankreich, die sich innerhalb weniger Wochen im Frühsommer 1997 ereignet haben, gaben der Sozialdemokratie nicht nur in diesen Ländern, sondern in ganz Europa neuen Auftrieb. Im September 1998 konnte auch die deutsche Sozialdemokratie die Wahlen für sich entscheiden. Diese Ereignisse scheinen die These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Dahrendorf) widerlegt zu haben.

Zugleich haben sie Diskussionen darüber ausgelöst, welche Möglichkeiten eine sozialdemokratische Politik an der Wende zu einem neuen Jahrtausend hat und welche Strategien für sozialdemokratische Parteien auch in anderen Ländern erfolgreich sein können. Insbesondere in Deutschland werden Jospin und Blair als Träger völlig unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Trends oder Modelle der Sozialdemokratie gesehen. In einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Taschenbuch schreibt beispielsweise Thomas Meyer:

„Vieles spricht dafür, daß die beiden erfolgreichen Parteien auf paradigmatische Weise vorgeführt haben, welche Bandbreite sozialdemokratische Politik – je nach den Voraussetzungen der politischen Kultur, in der sie sich zu bewegen hat – nutzen kann, wenn sie in der veränderten Welt der Gegenwart auf neue Weise an die Erfolgsgeschichte ihres goldenen Zeitalters anknüpfen will und welche Strategien ihrer Vermittlung Erfolg versprechen. [...] Von *Jospin* und *Blair* [...] können die sozialdemokratischen Parteien in anderen Ländern Europas, je nach der Situation, in der sie sich befinden, die Wege des Erfolgs lernen [...]“¹

Meyer zufolge war es sowohl „die sachliche, bescheidene und nüchterne Art der persönlichen Selbstpräsentation“ Lionel Jospins, die „vielen Beobachtern das französische Erfolgsmodell als eine idealtypische Alternative zum britischen erscheinen ließ“, als auch „eine völlig andersartige *sozialpolitische* und *ökonomische Strategie* zur Beantwortung der Herausforderung der Globalisierung der Märkte“.²

Wolfgang Neumann und Joachim Schild charakterisieren diese Strategie als „keynesianisch inspirierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“³. Die Vorschläge Jospins überzeugten „eher durch ihre rhetorische Wucht, durch die mit ihnen verbundenen Hoffnungen und sozialen Gleichheitsansprüche als durch ihre politisch-analytische Klarheit und Innovationskraft“⁴ Robert Misik sieht in einem Mitte 1998 herausgegebenen Buch den wesentlichen Unterschied zwischen beiden Politikern darin, daß „die Blairsche Rhetorik auf den einzelnen, die Politik Jospins auf den Staat“ setzt.⁵

¹ Meyer 1998, S. 201. Thomas Meyer ist u. a. wissenschaftlicher Leiter der Akademie der politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

² Ebd., S. 211. Kursiv im Original.

³ Schild/Neumann 1997, S. 783

⁴ Ebd., S. 782

⁵ Misik 1998, S. 19. An anderer Stelle sieht Misik allerdings Parallelen zwischen Blair und Jospin und stellt fest, daß die „Leitlinie von Schröder, Klima, Blair, Jospin, Prodi, dem Schweden Person und all den anderen »Neuen Sozialdemokraten« in diesem Europa, ist – bei allen Unterschieden im Detail: Sie sind für die

Jospin und Blair werden aber nicht nur als Vertreter zweier konträrer Strategien für die Sozialdemokratie im allgemeinen gesehen, ihre Konzepte gelten auch als mögliche Alternativen für die deutsche Sozialdemokratie, die SPD. In der „Doppelspitze“ der SPD, mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten und Oskar Lafontaine als Parteivorsitzenden, scheinen sich diese beiden Optionen gegenüberzustehen. Joachim Widmann sieht Oskar Lafontaine „am ehesten an der SPD-Spitze noch auf der Linie von Jospin“, während Gerhard Schröder „in Blair das Wunschbild der eigenen Person entdeckt“ habe.⁶ Die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es zwischen beiden Politikern gibt, ist daher nicht nur von allgemeinem wissenschaftlichem Interesse, sondern auch bedeutsam für die Einschätzung möglicher Strategien der deutschen Sozialdemokratie.

Unbestreitbar ist, daß es zwischen den Strategien, die von Jospin und Blair im Wahlkampf angewandt wurden, deutliche Unterschiede gibt. Ebenso unterscheidet sich auch die Regierungspolitik beider Premierminister. Ein genauerer Blick auf die Positionen, die beide Politiker in den zentralen Diskussionen in der Labour Party bzw. in der Parti socialiste einnahmen, zeigt jedoch eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen beiden Politikern. Diese Gemeinsamkeiten stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Bei der Untersuchung der Gemeinsamkeiten und auch der Unterschiede muß jedoch berücksichtigt werden, daß gerade die von Politikern öffentlich vertretenen Positionen zu einem großen Teil von den Diskussionen abhängen, vor deren Hintergrund sie geäußert werden. Politiker, und dies gilt auch, wenn nicht sogar in besonderem Maße, für Tony Blair und Lionel Jospin, versuchen, mit ihren Aussagen eher, aktuelle Debatten in eine bestimmte Richtung zu lenken, als für eine bestimmte, im vornherein festgelegte Position zu kämpfen.

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich deshalb auf die *programmatischen Ziele* beider Politiker und auf die von ihnen angestrebten *organisatorischen Reformen* der Labour Party bzw. der Parti socialiste. Die tatsächliche Politik Tony Blairs und Lionel Jospins wurde hingegen nicht in die Untersuchung einbezogen, da sie – insbesondere im Falle Jospins – noch stärker als die von den Politikern vertretenen Positionen eine Folge unterschiedlicher politischer Kräfte darstellt. Wie noch zu zeigen sein wird, besitzt Jospin 1997, als er zum Premierminister gewählt wird, nicht mehr die Macht, seine Vorstellungen ohne größere Zugeständnisse an andere Strömungen in der Partei umzusetzen. Dies macht es praktisch unmöglich, zu unterscheiden, wann Jospin seine persönliche Auffassung darlegt, wann er als Parteivorsitzender die als Kompromiß zwischen verschiedenen Strömungen entstandene Position vertritt und wann er als Regierungschef eine Meinung vertritt, die innerhalb der gesamten Regierungskoalition abgestimmt ist und gegebenenfalls die Positionen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und sozialer Bewegungen in Rechnung stellen muß. Die von Jospin als Premierminister

Märkte – aber nicht so ganz.“ (Ebd., S. 15)

⁶ Widmann 1997, S. 778f.

betriebene Politik ist daher *nicht* Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt auf der Rolle, die Tony Blair und Lionel Jospin bei der Entwicklung der Labour Party bzw. der Parti socialiste in den neunziger Jahren spielen. Wie gezeigt werden wird, vertritt Jospin jedoch bis 1993 noch eine Position, die derjenigen Blairs in vielen Punkten direkt entgegengesetzt ist. Ab 1996 wiederum gerät Jospin unter so starken Druck oppositioneller Strömungen in der Parti socialiste, daß er – aus taktischen Gründen – Positionen vertritt, die sich oft stark von denjenigen Blairs unterscheiden. Blair hingegen hat bei seinem Wahlsieg 1997 seine innerparteiliche Position so stark gefestigt, daß seine Politik noch wesentlich marktwirtschaftlicher orientiert ist als viele der von ihm zuvor vertretenen Positionen erwarten ließen. Im Mittelpunkt des Vergleichs steht daher bei Jospin der Zeitraum von 1993 bis 1995, bei Tony Blair der Zeitraum von seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1994 bis zum Jahr 1996, in dem er den Begriff der „stakeholder society“, der später näher behandelt wird, immer stärker in den Hintergrund treten läßt. Dieser Zeitraum wird in der vorliegenden Arbeit auch als die „Stakeholder-Phase“ Blairs bezeichnet.

Als Kriterium für die Feststellung, ob Lionel Jospin tatsächlich als „der französische Tony Blair“ bezeichnet werden kann, soll gelten, ob wesentliche Übereinstimmungen oder Ähnlichkeiten in der Richtung, in die einerseits Tony Blair die Labour Party, andererseits Lionel Jospin die Parti socialiste lenken will, vorhanden sind. Im Rahmen dieses Vergleichs werden die Positionen beider Politiker in Fragen der Organisation und der Programmatik der Partei behandelt.

Im Hinblick auf die *Organisation der Partei* steht die innerparteiliche Machtverteilung und die Form der Willensbildung in der Partei im Mittelpunkt der Analyse. Die *programmatischen Positionen* beider Politik werden insbesondere in bezug auf für sozialdemokratische Parteien charakteristische Grundsatzfragen verglichen. Hierzu zählt die Bedeutung des Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die Stellung des Individuums gegenüber dem Kollektiv und hierbei insbesondere die Rolle des Staates und der Gewerkschaften, die Bewertung der Marktwirtschaft, die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Frage, ob bestimmte Interessen und Zielsetzungen oder allgemeine Grundwerte Ausgangspunkt politischen Handelns sein sollten.

Zudem soll diese Arbeit einen Ansatz zu einer allgemeinen Analyse der Veränderungen sozialdemokratischer Parteien aufzeigen. Hiermit soll insbesondere geklärt werden, ob die Politik Tony Blairs einerseits, Lionel Jospins andererseits als in sich kohärente Modelle betrachtet werden können.

Der erste Abschnitt befaßt sich daher mit einer Typologie sozialdemokratischer Parteien, die Herbert Kitschelt 1992 in *The Transformation of European Social Democracy* dargelegt hat. Sie bietet in einer modifizierten Form die Grundlage für die Einordnung der Strategien Tony Blairs und Lionel Jospins sowie der Entwicklung der Labour Party und der Parti socialiste.

Im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit wird die Entwicklung der Labour Party seit Ende der

achtziger Jahre dargestellt. Er umfaßt eine Beschreibung der programmatischen und organisatorischen Veränderungen der Labour Party, die lange bevor Tony Blair zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, eingeleitet wurden. In einem zweiten Abschnitt wird die Programmatik und Strategie Tony Blairs in der „Stakeholder-Phase“, d. h. in dem Zeitraum, in dem er die – wesentlich von Will Hutton entwickelte – Vision einer „stakeholder society“ propagierte, näher untersucht.

Der dritte Teil befaßt sich schließlich mit der Parti socialiste und der Politik Lionel Jospins. Nach einer allgemeinen Darstellung der Charakteristika der Parti socialiste werden die wesentlichen Strömungen sowie deren jeweilige Entwicklung und Programmatik geschildert. Insbesondere wird die Strömung Rocard, der bis zur Mitte der neunziger Jahre den „Modernisierungsflügel“ in der Parti socialiste leitet, genauer untersucht. Auf diesem Hintergrund wird schließlich die von Jospin geleitete Strömung dargestellt und die Entwicklung des Bündnisses zwischen Jospin und Rocard von einem rein taktischen Pakt zu einer strategischen Koalition mit einer gemeinsamen politischen Grundlage nachgezeichnet. Der letzte Abschnitt behandelt das Scheitern der Modernisierungsstrategie und befaßt sich näher mit der Haltung des Modernisierungsflügels der Parti socialiste zu den Gewerkschaften, die stärkere prinzipielle Unterschiede zu der Position Tony Blair erkennen läßt.

1 Typen sozialdemokratischer Parteien

Im folgenden Abschnitt wird zunächst die von Herbert Kitschelt in *The Transformation of European Social Democracy* verwendete Typologie sozialdemokratischer Parteien in ihren wesentlichen Bestandteilen dargestellt. Kitschelt unterscheidet die von ihm unterschiedenen Typen sozialdemokratischer Parteien anhand verschiedener organisatorischer und programmatischer Merkmale, die unter anderem auf die Dominanz unterschiedlicher „Mitgliedertypen“ zurückzuführen sind. Die von Kitschelt verwendeten Organisations- und Mitgliedertypen werden zunächst knapp vorgestellt, anschließend werden einige europäische sozialdemokratische Parteien anhand dieses Schemas eingeordnet und typologisiert.

In einem zweiten Schritt werden die Merkmale, die Kitschelt seiner Typologie zu Grunde legt, modifiziert. Hierbei werden auch die Zusammenhänge zwischen dem Einfluß verschiedener Mitgliedertypen in sozialdemokratischen Parteien und deren Organisation und Programmatik genauer untersucht. Anhand dieser modifizierten Typologie ergibt sich schließlich eine Einordnung der europäischen sozialdemokratischen Parteien in „dezentralisierte Klubs“, „zentralisierte Parteien“ und „sozialdemokratisch-zentralistische Massenparteien“. Diese Typologie ist wiederum die Grundlage für eine Skizze der Entwicklung der Labour Party und der Parti socialiste seit den achtziger Jahren.

1.1 Die Typologie sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt

1.1.1 Grundlagen der Typologie Kitschelts

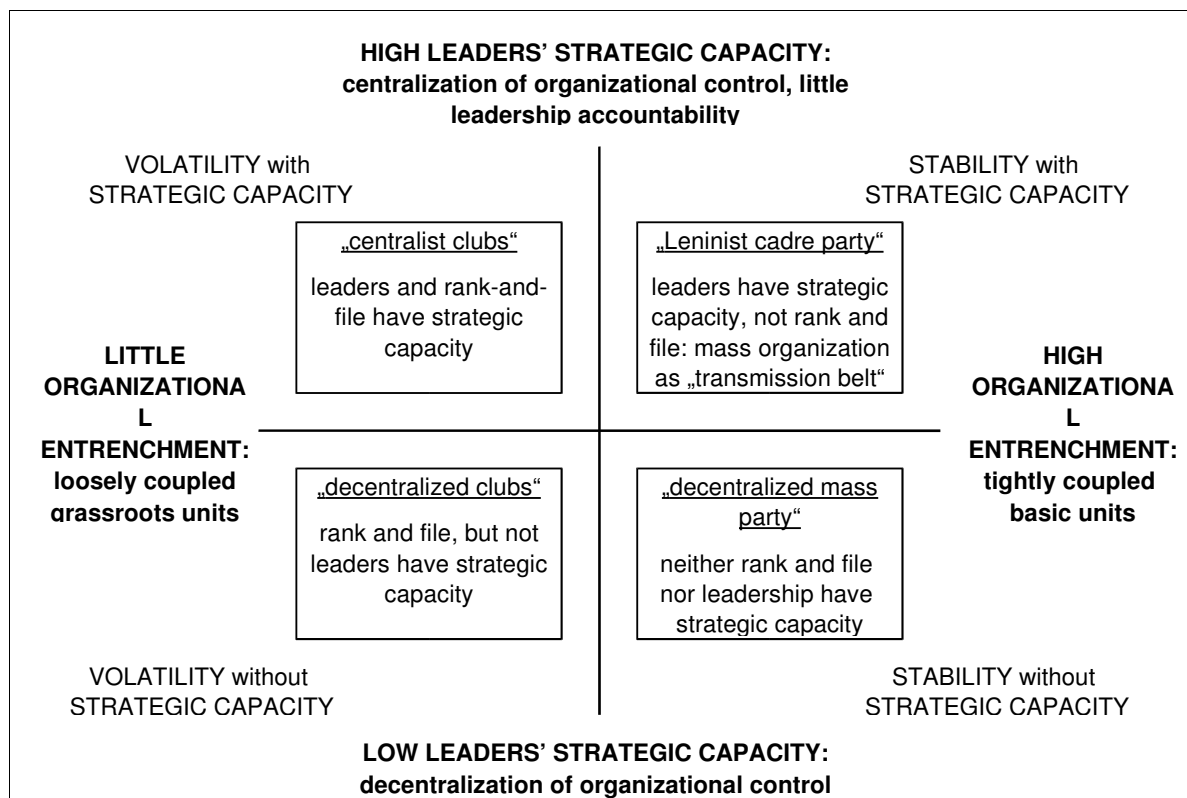
1.1.1.1 Organisationstypen

Herbert Kitschelt ordnet die Organisationsstruktur sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien anhand zweier Dimensionen: der Autonomie der Parteiführung und die organisatorische Stärke („organizational entrenchment“) der Partei. Letztere umfaßt bei Kitschelt sowohl die Größe des Parteiapparats, die für Michels Analyse zentral ist, als auch die Verbindlichkeit von gemeinsamen Entscheidungen der Partei bzw. von Richtlinien der Führung für die Parteigliederungen.⁷ Die Position

⁷ Kitschelt stellt den „tightly coupled basic units“ einer „mass party“ bzw. „mass organization“ „loosely coupled grassroots units“ von sog. „clubs“ entgegen (vgl. Kitschelt 1994, S. 215). Die Merkmale Größe und „Zentralisierung“, die Kitschelt in einer Dimension, dem „organizational entrenchment“ zusammenfaßt, zeigen aber oft gegensätzliche Merkmalsausprägungen. So ist die britische Labour Party im Vergleich zur französischen Parti Socialiste zwar eine Massenorganisation, wenn man die affilierten Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigt, aber gleichzeitig nicht zentralisiert aufgebaut, da die Parteiführung kaum Einfluß auf die Gewerkschaftsmitglieder hat. Der Begriff „entrenchment“ ist hier durchgängig mit „Verankerung“ über-

der Partei innerhalb des von beiden Dimensionen aufgespannten Feldes bestimmt die strategischen Möglichkeiten der Partei und insbesondere der Parteiführung. Kitschelt zufolge führt eine hohe Unabhängigkeit der Parteiführung zu einer hohen strategischen Flexibilität der Partei, eine große Mitgliederzahl und feste Organisation zu einer hohen Stabilität. Abbildung 1 zeigt die vier sich hieraus ergebenden theoretischen Parteitypen. Die beiden für organisatorisch starke Parteien charakteristischen Typen – den der „leninistischen Kaderpartei“ und den der „dezentralisierten Massenpartei“ – faßt Kitschelt später zum Typus der „sozialdemokratisch-zentralistischen Massenpartei“ zusammen (siehe Abbildung 2, S. 17).

**Abbildung 1:
Organisationstypen sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt⁸**



1.1.1.2 Mitgliedertypen

Kitschelt erstellt zudem eine Typologie von Parteimitgliedern bzw. Politikern. Diesen verschiedenen Typen ordnet er wiederum unterschiedliche Organisationstypen zu, die von ihnen jeweils bevorzugt werden. Kitschelt geht von drei Grundtypen von Parteimitgliedern aus, die er durch ihre eine Übersetzung mit dem Begriff „Etablierung“ hingegen meist treffender zu sein.

⁸ Quelle: Kitschelt 1994, S. 215

verschiedlichen politischen Einstellungen unterscheidet – den *Ideologen*, den *Pragmatikern* und den *Lobbyisten*. Während die Ideologen großen Wert auf Entwürfe einer zukünftigen Gesellschaft legten, zögen die Pragmatiker schrittweise Reformen vor, mit denen die Partei Wähler gewinnen könne. Die Lobbyisten, zu denen Kitschelt in den sozialdemokratischen Parteien vor allem die Gewerkschafter zählt, wollen wiederum die Partei dafür nutzen, bestimmte Vorteile für ihre Organisationen und deren Mitglieder zu erlangen:

„Party activists subscribe to one of three ideal-typical preference schedules. First, ‘ideologues’ value the pure blueprint of a future society and the internal solidarity benefits of party organization because its arrangements anticipate institutional aspects of the promised ‘good society.’ In strategic terms, ideologues tend to be issue leaders and advocate oligopolistic competition. Second, ‘pragmatists’ endorse marginal social reforms providing collective goods that will attract new voters to the party, but do not find party organization itself a source of satisfaction. They tend to be vote seeking or office seeking. Finally, [...] ‘lobbyists’ are preoccupied with selective benefits or ‘club goods’ that accrue to specific external party constituencies.“⁹

Diese Grundtypen unterscheiden sich nicht in ihrer jeweiligen Stellung in der Partei, sondern basieren auf verschiedenen politischen Einstellungen der Parteimitglieder an der „Basis“, die sich unter anderem in den Positionen der führenden Politiker der Partei widerspiegeln. Die Parteiführer selbst sind diesen Typen nicht von vornherein eindeutig zuzuordnen, es kann aber davon ausgegangen werden, daß sie in der Regel dem „pragmatischen“ Typus nahestehen. Da sie jedoch Rücksicht auf die sie tragenden Strömungen nehmen müssen, können sie oft nicht offen als „Pragmatiker“ im Sinne Kitschelts auftreten.

Kitschelt zufolge wird nicht nur die politische Ausrichtung einer Partei, sondern auch ihre Organisationsstruktur von dem Zusammenspiel dieser verschiedenen Typen bestimmt: „Party organization is a critical intervening variable [zwischen politischen Präferenzen der Parteimitglieder und der Strategie der Partei] that is shaped by intraparty coalition of ideologues, lobbyists, and pragmatists.“¹⁰ Dieser Zusammenhang wird in Kapitel 1.2.1 (S. 17) genauer behandelt.

1.1.1.3 Konkrete Gruppen in sozialdemokratischen Parteien

Die verschiedenen Grundtypen von Parteimitgliedern, die Kitschelt zufolge in jeder Partei in unterschiedlicher Zusammensetzung vorkommen und daher die Grundlage seiner Analyse bilden, haben, in Abhängigkeit von der Situation der Gesellschaft und der Partei, unterschiedliche politische Interessen. Aus diesen politischen Interessen heraus entwickeln sie betreffend der Organisationsstruktur

⁹ Kitschelt 1994, S. 209f.

¹⁰ Ebd., S. 217

der Partei unterschiedliche Präferenzen.¹¹ Kitschelt ordnet den verschiedenen Grundtypen in heutigen sozialdemokratischen Parteien charakteristische politische Einstellungen zu. Die *Ideologen* seien in den heutigen sozialdemokratischen Parteien nicht mehr vorwiegend marxistische Intellektuelle, sondern vor allem „links-libertäre“ Aktivisten, die die neuen sozialen Bewegungen unterstützten.¹² Die *Pragmatiker* beschreibt Kitschelt als „marktwirtschaftlich-liberale Technokraten“, während unter den *Traditionalisten* vor allem die Funktionäre der Gewerkschaften zu verstehen seien, die den Sozialstaat und seine Institutionen verteidigten:

„Yet in the case of socialist parties, it is not difficult to relate these analytical concepts to actual political groups. Ideologues in most contemporary socialist parties are no longer orthodox Marxist intellectuals and workers, but left-libertarians who support ecology, peace, or feminist movements, place themselves on the left, hold secular and anti-authoritarian views, and work in client-interactive or symbol-producing occupations. These ideologues are pitted against a group of pragmatists that consists of market-liberal technocrats. [...] Whereas radicals vigorously respond to the left-libertarian challenge, technocrats are more eager to address the challenge of market efficiency and productivity and wish the party to compete for the voters of the nonsocialist parties.

The generic group I have called lobbyists can most readily be identified with the socialist parties' unionized blue collar clientele and its intraparty spokespersons, who are usually functionaries and leaders of labor unions. These 'traditionalists' defend the welfare state and its core institutions that protect workers from the uncertainties of the marketplace. Traditionalists are not responsive either to left-libertarian or to market-liberal challenges.“¹³

Kitschelt nennt hier die Lobbyisten, die für ihn in den heutigen sozialdemokratischen Parteien hauptsächlich aus Gewerkschaftern bestehen, auch *Traditionalisten*, da sie, aufgrund ihrer spezifischen politischen Interessen, den „traditionellen“ Zielen – in der Sozialdemokratie also vor allem dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit – und den organisatorischen Strukturen der jeweiligen Partei verbunden bleiben.

Kitschelt zufolge haben die konkreten Gruppen in den heutigen sozialdemokratischen Parteien – die linksliberalen Ideologen, die marktwirtschaftlich orientierten Pragmatiker und die sozialstaatlich orientierten Lobbyisten bzw. Traditionalisten – voneinander verschiedene und zum Teil einander widersprechende organisatorische Präferenzen. Während die Traditionalisten die bürokratisch strukturierten Massenparteien, die eine gewisse Verantwortlichkeit der Führung gegenüber der Organisation herstellen, bewahren wollen, zögen die links-libertären Aktivisten einen lockeren Zu-

¹³ Kitschelt 1994, S. 220.

sammenschluß von „Klubs“ einer solchen Organisationsform vor. Die Pragmatiker hingegen arbeiten auf eine möglichst starke Unabhängigkeit der Parteiführung und der Parlamentsfraktion gegenüber der Partei selbst hin:

„The three groups of activists advocate structures of party organization that cohere with their political preferences and convictions. The traditionalists seek to preserve bureaucratized mass parties with considerable leadership accountability to the rank and file. This model has sometimes been called ‘social democratic centralism’ as opposed to the Leninist ‘democratic centralism’ with greater leadership autonomy. Left-libertarians, in contrast, often wish to abandon the inflexible mass party with local branch organizations in favor of a more fluid structure of ‘clubs’ organized around political issues and the concerns of specific target groups within the party membership. [...] Pragmatists with a technocratic outlook, finally, wish to increase the autonomy of the party’s legislative representatives from party executive and other intraorganizational bodies of oversight and to devolve more authority over the party’s policy program and public self-presentation to staffs of hired policy experts who are often unaffiliated with the party. They also see traditional mass organization as a political obstacle to their strategy.“¹⁴

Tabelle 1 faßt die Grundtypen, die konkreten Gruppen innerhalb der heutigen sozialdemokratischen Parteien sowie deren politische Einstellungen und organisatorischen Präferenzen zusammen:

Tabelle 1:
Grundtypen, Gruppen, politische Einstellung und organisatorische Präferenz

	Ideologen	Pragmatiker	Lobbyisten
Konkrete Gruppe:	(Basis-)Aktivisten	Technokraten	Gewerkschafter („Traditionalisten“)
Politische Einstellung:	linkliberal (bzw. sozialistisch) ¹⁵	marktwirtschaftlich	sozialstaatlich
Organisatorische Präferenz:	Dezentralisierte „Klubs“	Zentralisierte Parteien	„sozialdemokratisch-zentralistische“ Massenpartei

1.1.2 Einordnung sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt

Kitschelt operationalisiert die beiden Dimensionen, die er für die Beschreibung des Organisationstypus verwendet, durch ein Set verschiedener Merkmale. Zur Ermittlung des „organizational entrenchment“ verwendet Kitschelt folgende Informationen:

- 1) das Verhältnis zwischen der Zahl der Mitglieder und der Zahl der Wähler der Partei

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Es ist anzunehmen, daß die vorherrschende linkliberale Einstellung unter den „Ideologen“, die Kitschelt feststellt, eine Folge der insbesondere in Deutschland durch die Friedens- und Umweltbewegung gekennzeichneten gesellschaftlichen Situation der achtziger Jahre ist (Siehe auch: Kitschelt 1994, S. 228-230). In Frankreich und Großbritannien sind die „Ideologen“, wenn man ihre Hauptströmungen – in der Labour Party die Strömung um Tony Benn und die Militant Tendency, in der Parti Socialiste das CERES und die Gauche Socialiste – betrachtet, dagegen stärker von sozialistischen Vorstellungen und libertären Idealen (im Gegensatz zu den staatszentrierten Vorstellungen der Gewerkschafter) geprägt.

- 2) die Möglichkeit der Partei, ihren Mitgliedern materielle Vorteile zu verschaffen (Patronage)
- 3) die Größe des mittleren Parteiapparates
- 4) die Stärke der ideologischen Integration

Die verschiedenen europäischen sozialdemokratischen Parteien erhalten bei Kitschelt unterschiedliche Werte für die Stärke ihrer Verankerung in der Gesellschaft. Während die österreichische SPÖ den höchsten Wert erhält, da sie viele Mitglieder hat, vielfältige Aufstiegschancen in der Gesellschaft und vor allem im Staat bietet, einen großen Parteiapparat besitzt und eine hohe ideologische Integration aufweist, verortet Kitschelt die Labour Party, die keines dieser Merkmale aufweist, am anderen Ende dieses Spektrums:

Tabelle 2:
Verankerung sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt¹⁶

	(1) Mitglieder/ Wähler:	(2) Patronage:	(3) Mittlerer Par- teiapparat:	(4) Ideologische Integration:	Summe:
SPÖ (Österreich)	1,0	1,0	1,0	1,0	4,0
BSP/PSB (Belgien)	0,5	1,0	1,0	1,0	3,5
Labour Party (GB)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Parti socialiste (F)	0,0	0,5	0,0	0,5	1,0
SPD (Deutschland)	0,5	0,5	1,0	0,5	2,5
PSI (Italien)	0,5	1,0	1,0	0,5	3,0
PvdA (Niederlande)	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5
PSOE (Spanien)	0,0	0,5	0,5	0,5	1,5
SAP (Schweden)	1,0	0,0	1,0	1,0	3,0

Die Unabhängigkeit der Parteiführung von den Mitgliedern der Partei stellt Kitschelt mittels folgender Indikatoren fest:

- 5) Zentrale Kontrolle über die Wahl der Parteiführung
- 6) Kontrolle der Parteitage durch die Parteiführung
- 7) Dominanz der parlamentarischen Führung in der Parteiführung
- 8) Unabhängigkeit der Parteizentrale gegenüber den Gewerkschaften

Auch anhand dieser Indikatoren ermittelt Kitschelt Kennzahlen für die europäischen sozialdemokratischen Parteien, die Unabhängigkeit bzw. Abhängigkeit der Führung gegenüber den Mitgliedern

¹⁶ Quelle: Kitschelt 1994, S. 224. Kitschelt verwendet folgende Definitionen (siehe auch: S. 221-223):

- 1) Member/voter ratio >20% = 1.0; m/v >5% = 0.5; m/v <5% = 0.0
- 2) Judgemental assessment, see discussion and references in section 5.3 of this chapter [S. 232-253].
- 3) Judgemental assessment, based on extent of public financing (cf. Nassmacher 1989 [s. Literaturverz.]), size of professional party staffs, probability of civil servants working on party business; large apparatus = 1.0
- 4) Judgemental assessment – absence of factional conflicts = 1.0; pluralist factionalism or one dominant group = 0.5; polarization between alternative factions = 0.0

in den verschiedenen Parteien beschreiben. Hier zeichnen sich die italienische PSOE und die italienische PSI durch eine besonders hohe Unabhängigkeit ihrer Führungen aus, während die Labour Party und die niederländische PvdA eine besonders hohe Abhängigkeit der Parteiführung aufweisen:

Tabelle 3:
Unabhängigkeit der Parteiführung sozialdemokratischer Parteien nach Kitschelt¹⁷

	(1) Kontrolle der Wahlen der Parteiführung:	(2) Kontrolle der Parteitage:	(3) Dominanz der parl. Führung:	(4) Unabhängig- keit von Gewerk- schaften:	Summe:
SPÖ (Österreich)	0,0	1,0	0,5	0,0	1,5
BSP/PSB (Belgien)	0,5	0,5	0,5	0,5	2,0
Labour Party (GB)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Parti socialiste (F)	0,5	0,5	1,0	1,0	3,0
SPD (Deutschland)	0,5	0,5	0,5	0,5	2,0
PSI (Italien)	0,5	1,0	1,0	1,0	3,5
PvdA (Niederlande)	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5
PSOE (Spanien)	0,5	1,0	1,0	1,0	3,5
SAP (Schweden)	0,0	1,0	1,0	0,5	2,5

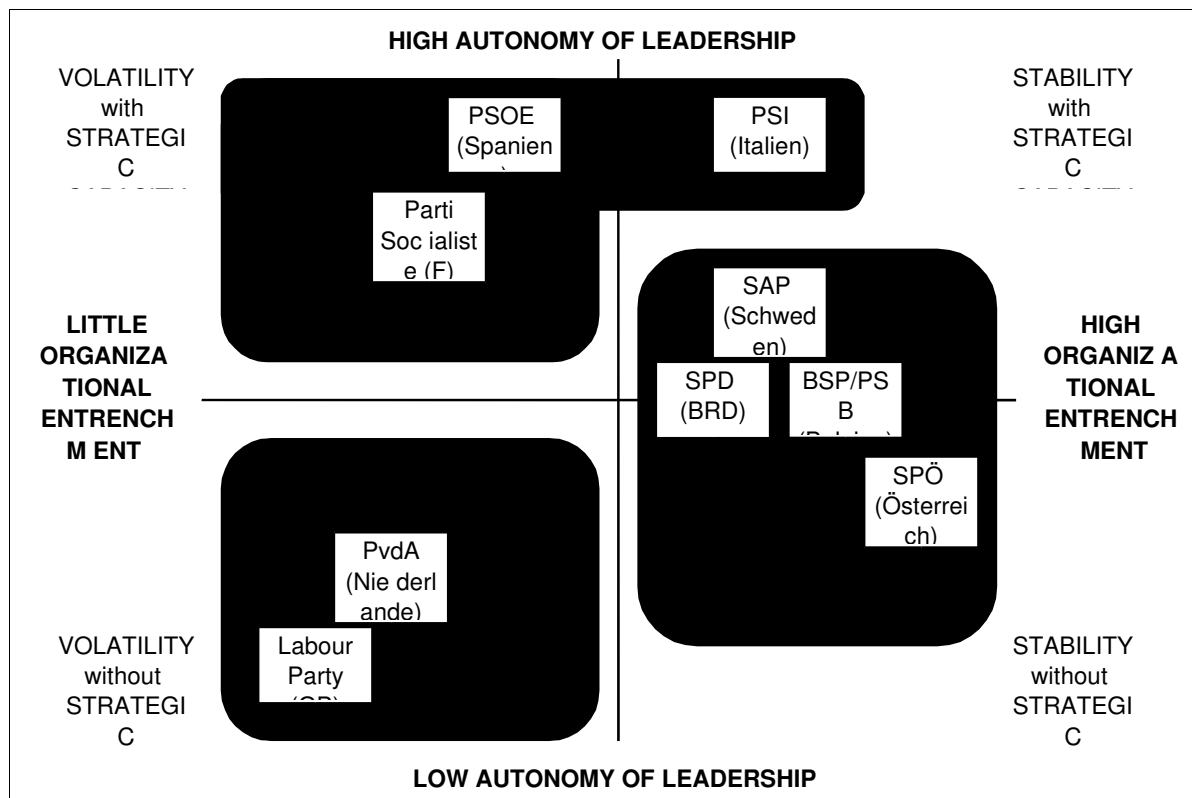
Ausgehend von den Daten für beide Dimensionen des Organisationstypus lassen sich die Unterschiede zwischen den betrachteten sozialdemokratischen Parteien entsprechend Abbildung 2 (S. 17) darstellen.

Kitschelt ordnet die untersuchten sozialdemokratischen Parteien zudem mehreren Gruppen bzw. Typen zu: den zentralisierten Kaderparteien, den dezentralisierten Klubs und den konventionellen sozialdemokratischen Massenparteien. Diese Einteilung kann viele Unterschiede zwischen den betrachteten Parteien erfassen. So zeigt das Schaubild deutlich den Unterschied zwischen der kleinen und flexibel handelnden Parti socialiste und der großen, stabilen, aber eben dadurch auch wenig beweglichen SPD oder – noch deutlicher – der österreichischen Sozialdemokratie.

¹⁷ Quelle: Kitschelt 1994, S. 226. Kitschelt verwendet folgende Definitionen (siehe auch: S. 223-225):

- 1.) Judgemental data (cf. Gallagher and March 1988 [s. Literaturverz.]): local control in an otherwise highly entrenched party = 1.0; mix of local and central control = 0.5; local control in another, nonentrenched party
- 2., 3., 4.) Judgemental data, see description in sections 5.2 and 5.3 of this chapter [S. 219-253].

Abbildung 2:
Organisationstypen europäischer sozialdemokratischer Parteien¹⁸



1.2 Eine Neufassung der Typologie Kitschelts

1.2.1 Organisationsstruktur und dominierender Mitgliedertypus

Die bereits angesprochene Zweideutigkeit der von Kitschelt verwendeten Dimension des „organizational entrenchment“,¹⁹ die sich sowohl auf die Größe der Partei wie auf die organisatorische Stärke und die „Verankerung“ in der Gesellschaft – insbesondere in den staatlichen Institutionen, den Kommunen und den (staatlichen) Unternehmen – bezieht, führt in manchen Fällen zu einer irreführenden Zuordnung. Für die vorliegende Untersuchung ist hier vor allem die Einordnung der britischen Labour Party wichtig. Um das „organizational entrenchment“ genauer zu erfassen, wird im folgenden die Größe der Partei getrennt von ihrer „Verankerung“ betrachtet. Diese Untersuchung zeigt, daß sich nicht nur den Mitgliedertypen verschiedene von ihnen präferierte Organisationstypen zuordnen lassen, sondern daß bestimmte Organisationstypen auch mit bestimmten innerhalb der Partei do-

¹⁸ Quelle: Kitschelt 1994, S. 227

¹⁹ Vgl. Fußnote Nr. 7, S. 10

minierenden Mitgliedertypen tatsächlich korrelieren.

Als Maßzahl für die „Größe“ der Partei wird im folgenden das zahlenmäßige Verhältnis der Parteimitglieder zu den Wählern der Partei verwendet (siehe Tabelle 2, Merkmal 1, S. 15). Anders als in Tabelle 2 erhält die Labour Party jedoch nicht den Wert 0, der sich auf die Zahl der direkten Mitglieder bezieht, sondern den Wert 1, der auch die affilierten Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigt.

Die Labour Party läßt sich aufgrund der Tatsache, daß sie zwei unterschiedliche Kategorien von Mitgliedern umfaßt, nicht eindeutig einordnen. Berücksichtigt man nur die individuellen Mitglieder der Labour Party, so ergäbe sich eine Einstufung der Labour Party als „dezentralisierter Klub“ (siehe Abbildung 3, S. 23).²⁰ Auch dies wäre mit der hier dargelegten Konzeption vereinbar, da die örtlichen Parteigliederungen viel stärker als die nationalen Organe der Labour Party vom „ideologischen“ Mitgliedertypus dominiert sind – und damit eine der Partei socialiste vergleichbare politische Orientierung aufweisen. Der Konflikt der Parteiführung der Labour Party mit den Gewerkschaften (siehe Kap. 2.1.3) läßt sich jedoch nur dann im Rahmen der hier dargelegten Konzeption analysieren, wenn die „affilierten Mitglieder“ berücksichtigt werden.

Von entscheidender Bedeutung ist darüber hinaus, daß die „affilierten Mitglieder“ organisatorisch in die Willensbildung der Labour Party einbezogen sind – sie nehmen vermittelt über die von ihnen gewählten gewerkschaftlichen Vertreter Einfluß auf die Parteibeschlüsse und die Wahl der Parteiführung.²¹ Nach der Änderung der Statuten der Labour Party, die den Einfluß der Gewerkschaften begrenzte, konnten die Gewerkschaftsmitglieder zwar unmittelbar an bestimmten Wahlen teilnehmen, wenn sie einen zusätzlichen reduzierten Beitrag entrichteten. Sie waren jedoch nicht mehr „organisatorisch“ an die Labour Party gebunden und sind daher eher als „Unterstützer“ denn als „Mitglieder“ zu betrachten.

Die „Verankerung“ wird mittels zweier Indikatoren erfaßt: der Möglichkeit der Partei, ihren Mitgliedern materielle Vorteile zu verschaffen („Patronage“, siehe Tabelle 2, Merkmal 2, S. 15) und der Größe des mittleren Parteiapparates (siehe Tabelle 2, Merkmal 3, S. 15). Das vierte von Kitschelt genannte Merkmal, die ideologische Integration, wird hier fallengelassen, da diese eher als Folge der organisatorischen Struktur ist als ein Bestandteil dieser Struktur.

²⁰ „[...] the British Labour Party has never really developed into a genuine mass membership party in the way that some of its continental European counterparts have“ (Webb 1992, S. 11) – „[...] it is almost commonplace to observe that the party has consistently had the lowest ratio of members to voters of any of the major European social democratic parties – even before the party reformed the practices which produced habitual official overestimation of the true individual membership position.“ (ebd., S. 12, mit Bezug auf: Hodgson 1981, S. 56)

²¹ Paul Webb schreibt, daß „the true indicator of committed membership must be taken to be the individual membership, not the affiliated membership“ (Webb 1992, S. 15). Das stimmt, solange mit „commitment“ nur ein explizites politisches Interesse gemeint ist. Daß affilierten Mitglieder haben kein solches explizites politisches Interesse haben, bedeutet aber nicht, daß sie keine politische Wirkung auf die Labour Party entfalten würden. Die politische Wirkung besteht gerade darin, daß sich ihr politisches Interesse im wesentlichen auf gewerkschaftliche Fragen beschränkt. Diese politische Haltung beeinflusst, vermittelt über die Gewerkschaftsvertreter, die politische Orientierung der Labour Party.

Die so ermittelten Kennzahlen der europäischen sozialdemokratischen Parteien sind in folgender Tabelle zusammengefaßt. Sie zeigt auch die relative Verankerung, die für die weitere Analyse wichtig sein wird. Wiederum zeichnen sich die PSOE und die PSI, aber auch die belgische Sozialdemokratie, durch eine besonders hohe relative Verankerung aus, während die Labour Party die geringste relative Verankerung aufweist:²²

Tabelle 4:
Größe und Verankerung europäischer sozialdemokratischer Parteien

	(1) Größe (Mitglieder/ Wähler):	(2) Patronage:	(3) Mittlerer Par- teiapparat:	Verankerung (Mittelwert aus 2 und 3):	Rel. Veranke- rung (Veran- kerung minus Größe):
SPÖ (Österreich)	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0
BSP/PSB (Belgien)	0,5	1,0	1,0	1,0	0,5
Labour Party (GB)	1,0	0,0	0,0	0,0	-1,0
Parti socialiste (F)	0,0	0,5	0,0	0,25	0,25
SPD (Deutschland)	0,5	0,5	1,0	0,75	0,25
PSI (Italien)	0,5	1,0	1,0	1,0	0,5
PvdA (Niederlande)	0,0	0,5	0,0	0,25	0,25
PSOE (Spanien)	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5
SAP (Schweden)	1,0	0,0	1,0	0,5	-0,5

Die Merkmale Größe und Verankerung lassen sich mit der Unabhängigkeit der Partei von den Gewerkschaften (Tabelle 3, Merkmal 4) einerseits und der Unabhängigkeit der Parteiführung von den Parteimitgliedern in Beziehung setzen.

Um den Einfluß der Verankerung auf die Organisationsstruktur richtig zu erfassen, wird die Verankerung relativ zur Größe der Partei ermittelt. Dies trägt der Tatsache Rechnung, daß eine große Partei eine stärkere Verankerung benötigt, um die Loyalität der Mitglieder gegenüber der Führung zu stärken, als eine kleine Partei. Rechnerisch wird die relative Verankerung als Differenz aus der Verankerung und der Größe ermittelt (Tabelle 4). Aus der Berechnung der Unabhängigkeit der Parteiführung wird der Faktor der Unabhängigkeit von den Gewerkschaften (Tabelle 3, Merkmal 4) entfernt, da dieser getrennt in die Betrachtung eingeht. Tabelle 5 zeigt die Ermittlung der Unabhängigkeit der Parteiführung ohne Berücksichtigung der Beziehung zu den Gewerkschaften. Auch hier stehen sich die PSOE und die PSI als Parteien, die sich durch eine hohe Unabhängigkeit der Führung auszeichnen, und die Labour Party – sowie die niederländische PvdA – an den beiden Extremen der

²² Diese Verankerung wird zum Teil von den britischen Gewerkschaften erfüllt, die begrenzte Aufstiegschancen bieten. Diese Verankerung führt aber eher zur Ausbildung des „traditionalistischen“ Mitgliedertypus und nicht zu dem für die Untersuchung an dieser Stelle relevanten „pragmatischen“ Typus. Daher bleibt sie hier unberücksichtigt.

Skala gegenüber.

Tabelle 5:
Unabhängigkeit der Parteiführung sozialdemokratischer Parteien
(ohne Faktor „Gewerkschaften“)

	(1) Kontrolle der Wahlen der Parteiführung:	(2) Kontrolle der Parteitage:	(3) Dominanz der parlamentar. Führung:	Unabhängigkeit der Parteifüh- rung (Mittelwert):
SPÖ (Österreich)	0,0	1,0	0,5	0,5
BSP/PSB (Belgien)	0,5	0,5	0,5	0,5
Labour Party (GB)	0,0	0,0	0,0	0,0
Parti socialiste (F)	0,5	0,5	1,0	0,66
SPD (Deutschland)	0,5	0,5	0,5	0,5
PSI (Italien)	0,5	1,0	1,0	0,83
PvdA (Niederlande)	0,0	0,0	0,0	0,0
PSOE (Spanien)	0,5	1,0	1,0	0,83
SAP (Schweden)	0,0	1,0	1,0	0,66

Die folgenden Tabellen zeigen, daß sich jeweils eine deutliche Korrelation ergibt. Mitgliederstarke Parteien sind meist gleichzeitig stark in den Gewerkschaften verwurzelt und von diesen abhängig (Tabelle 6).²³ Parteien, die – im Verhältnis zu ihrer Größe – eine starke Verankerung haben, also einerseits Möglichkeiten der Patronage bieten und andererseits über einen großen mittleren Parteiapparat verfügen, sind oft durch eine starke Unabhängigkeit der Parteiführung gegenüber den Parteimitgliedern gekennzeichnet (Tabelle 7). Aufgrund der geringen Fallzahl wurde auf die Angabe statistischer Kennzahlen hier verzichtet. Die Tabellen zeigen jedoch, daß sich nur jeweils drei der neun Parteien Abweichungen ergeben. Keine Partei weist eine Kombination der Merkmale auf, die völlig konträr zu den hier dargestellten Korrelationen liegt:

Tabelle 6:
Größe europäischer sozialdemokratischer Parteien und
Unabhängigkeit von den Gewerkschaften

	Unabhängigkeit von Gewerkschaften		
	gering (0,0)	mittel (0,5)	groß (1,0)
klein (0,0)	-	PvdA (Niederlande)	Parti socialiste (F) PSOE (Spanien)

²³ Diese Korrelation mag angesichts der Tatsache, daß die Mitgliederzahl großer Parteien meist, wie etwa in Großbritannien und in Schweden, auf der Existenz von über die Gewerkschaften affilierten Mitgliedern beruht, auf den ersten Blick als Scheinkorrelation zwischen wesensgleichen Merkmalen erscheinen. Die Aussage der Korrelation liegt aber insbesondere darin, daß Gewerkschaften in der Regel nur dort einen starken Einfluß auf sozialdemokratische Parteien haben, wo sie über eine große Zahl affilierter Mitglieder – oder, wie im Fall der SPÖ, über eine große Zahl an Arbeitnehmern, die sowohl der Gewerkschaft wie der Partei angehören – verfügen und ihre Interessen gewissermaßen „von unten“ geltend machen können.

Größe	mittel (0,5)	-	BSP/PSB (Belgien) SPD (Deutschland)	PSI (Italien)
	groß (1,0)	SPÖ (Österreich) Labour Party (GB)	SAP (Schweden)	-

Tabelle 7:
Relative Verankerung europäischer sozialdemokratischer Parteien und
Unabhängigkeit der Parteiführung

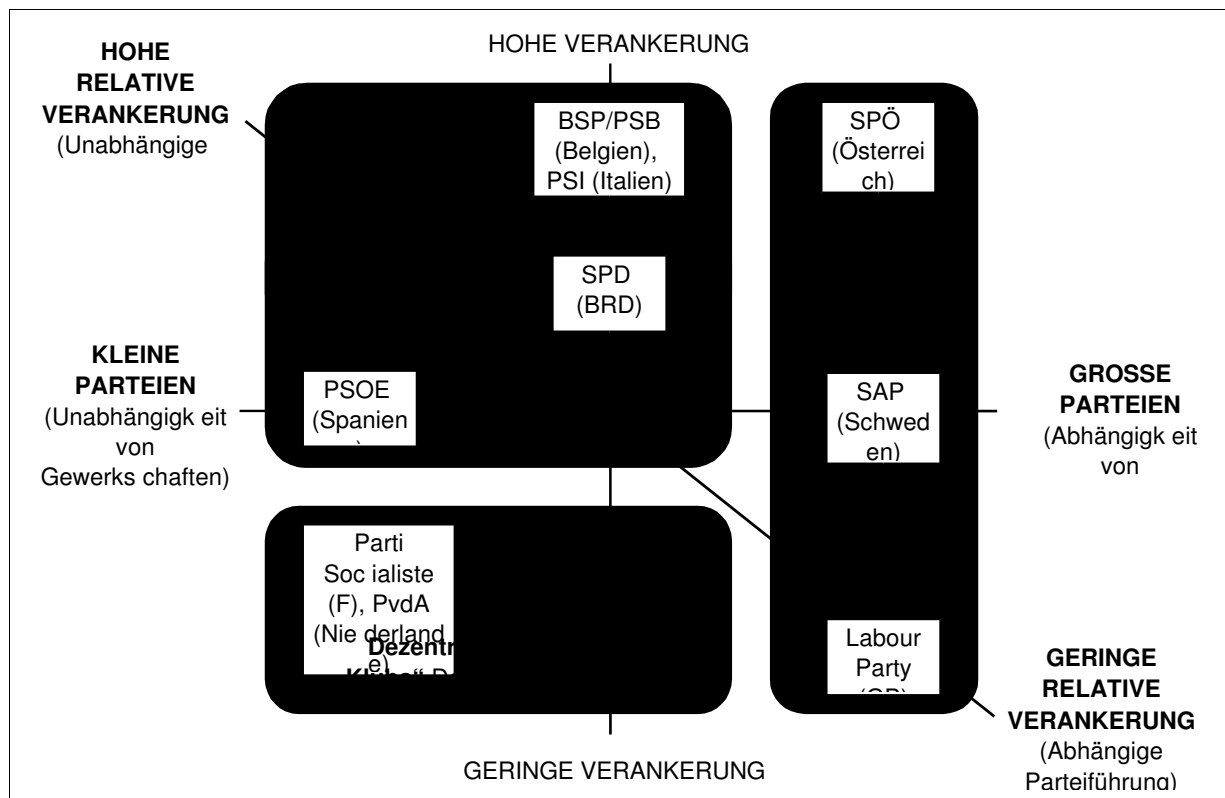
		Unabhängigkeit der Parteiführung		
		gering (<=0,33)	mittel (>0,33; <=0,66)	groß (>0,66)
Relative Verankerung	gering (<=-0,25)	Labour Party (GB)	SAP (Schweden)	-
	mittel (>-0,25; <=0,25)	PvdA (Niederlande)	SPÖ (Österreich) SPD (Deutschland) Parti socialiste (F)	-
	hoch (>0,25)	-	BSP/PSB (Belgien)	PSI (Italien) PSOE (Spanien)

Die hier beschriebenen Dimensionen „Größe“ und „Verankerung“ (sowie die abgeleitete Dimension „Relative Verankerung“) – als unabhängige Variablen – sowie die Merkmale „Unabhängigkeit von den Gewerkschaften“ und „Unabhängigkeit der Parteiführung“ – als abhängige Variablen – bilden die Grundlage für die Einordnung der europäischen sozialdemokratischen Parteien sowie für die anschließende Analyse der Entwicklung der Parti socialiste sowie der Labour Party seit den achtziger Jahren.

1.2.2 Einordnung sozialdemokratischer Parteien nach der modifizierten Typologie

Abbildung 3 zeigt die Einordnung der von Kitschelt untersuchten sozialdemokratischen Parteien mittels der Dimensionen Größe und Verankerung sowie die daraus (der Tendenz nach) resultierenden Merkmale „Unabhängigkeit von Gewerkschaften“ und „Unabhängigkeit der Parteiführung“.

Abbildung 3:
Größe und Verankerung europäischer sozialdemokratischer Parteien



Bemerkenswert ist, daß sich auf der Basis dieser Dimensionen die Parteien nicht nur in organisatorischer Hinsicht gruppieren lassen, sondern auch im Hinblick auf die dominierenden Grundtypen in der Mitgliedschaft der Parteien. Abbildung 3 zeigt die (der Tendenz nach bestehende) Dominanz der Grundtypen in den bei Kitschelt behandelten sozialdemokratischen Parteien. Die Zuordnung der Parteien wird hier zunächst nach der Lage innerhalb des Felds der organisatorischen Dimensionen vorgenommen, die wiederum den Präferenzen der jeweiligen Mitgliedertypen entsprechen (vgl. Tabelle 1, S. 14).

Selbstverständlich lassen sich die Gruppen nicht völlig trennscharf voneinander unterscheiden. So gibt es Grenzfälle von Parteien, die am „Rand“ der ihnen aufgrund der unabhängigen Variablen zugeschriebenen Gruppe liegen. Die deutsche SPD ist hierfür das herausragende Beispiel. Zwar würde es die Analyse überstrapazieren, den Konflikt zwischen den „Pragmatikern“ und den „Traditionalisten“ auf diese Randstellung zurückzuführen. Dennoch scheint Gerhard Schröder die „pragmatische“ Seite der SPD zu repräsentieren, Oskar Lafontaine dagegen die „traditionelle“ Seite.²⁴ Als gesamte Partei läßt sich die SPD jedoch nicht eindeutig zuordnen.

²⁴ Oskar Lafontaine ist allerdings kein genuiner „Traditionalist“. Er hat sich gerade in den achtziger Jahren, als er „the party’s most left-libertarian candidate ever“ (Kitschelt 1994, S. 249) war, mit gewerkschaftsfeindlichen Positionen den Unmut des DGB zugezogen.

Ein weiteres Problem bei der Einordnung der Parteien ist, daß die unabhängigen Variablen „Größe“ und „relative Verankerung“ und die abhängigen Variablen „Unabhängigkeit von Gewerkschaften“ und „Unabhängigkeit der Parteiführung“ zwar korrelieren, daß letztere aber nicht deterministisch von ersteren bestimmt werden.

Tabelle 8 (S. 24) zeigt die Merkmalsausprägungen der betrachteten Parteien sowie die statistischen Kennzahlen für die einzelnen Gruppen.²⁵ Der hohe Anteil der Varianz der Parteien nicht nur bezüglich der unabhängigen Variablen, sondern auch bezüglich der abhängigen Variablen (Unabhängigkeit von Gewerkschaften, Unabhängigkeit der Parteiführung), die durch die Typenbildung „erklärt“ werden kann, zeigt, daß das vorliegende Modell in dieser formalen Hinsicht tragfähig ist.²⁶ Die größte Unschärfe ergibt sich bei der Unabhängigkeit der Parteiführung in den gewerkschaftlich bestimmten bzw. traditionellen und den ideologischen Parteien.

Tabelle 8:
Merkmalsausprägungen der Parteien, nach Gruppen²⁷

	Größe:	Unabhängigkeit von den Gewerkschaften:	Relative Verankerung:²⁸	Unabhängigkeit der Parteiführung:²⁹
Dezentralisierte „Klubs“	0,0	0,75	0,25	0,33
Parti socialiste (F)	0,0	1,0	0,25	0,66
PvdA (Niederlande)	0,0	0,5	0,25	0,0
Zentralisierte Parteien	0,38	0,75	0,44	0,67
PSOE (Spanien)	0,0	1,0	0,5	0,83
PSI (Italien)	0,5	1,0	0,5	0,83
BSP/PSB (Belgien)	0,5	0,5	0,5	0,5
SPD (Deutschland)	0,5	0,5	0,25	0,5

²⁵ Natürlich sind die Zahlenwerte nur als grober Hinweis auf die Erklärungskraft des Modells zu verstehen. Da Kitschelt die Merkmale statistisch als intervallskalierte Variablen behandelt – indem er beispielsweise die Lage der Parteien anhand der Dimensionen seines Modells der sozialdemokratischen Organisationstypen durch die Summe der Zahlenwerte, die er den Parteien bezüglich bestimmter Merkmale zuweist, festlegt –, wird die Intervallskalierung in der folgenden Darstellung auch in denjenigen Fällen beibehalten, in denen es sich um Zusammenhänge handelt, bei denen eine oder auch beide Variablen im Grunde ordinalskaliert vorliegen.

²⁶ Führt man die Clusterbildung mittels SPSS durch, so erhält man bei Berücksichtigung der Variablen „Größe“ und „Relative Verankerung“ dieselben Typen wie in Abbildung 3. Legt man der Berechnung außerdem die Variablen „Unabhängigkeit von den Gewerkschaften“ und „Unabhängigkeit der Parteiführung“ zu Grunde, so faßt SPSS die Parti socialiste wegen ihrer relativ starken Zentralisierung und ihrer Unabhängigkeit von den Gewerkschaften mit der PSOE und der PSI zusammen, während die PvdA – die sich vor allem wegen der starken Abhängigkeit ihrer Führung von anderen Parteien unterscheidet – erst bei der Zusammenfassung zu zwei Klustern ihre „Eigenständigkeit“ verliert. (Grundlage der Berechnungen mit SPSS ist die „Hierarchische Clusteranalyse“. Die Variablenwerte der Parteien wurden zunächst standardisiert, anschließend wurde die mittlere quadratische euklidische Distanz zwischen den Klustern maximiert.)

²⁷ Die bei den Gruppen angegebenen Werte sind die Mittelwerte der entsprechenden Werte der Parteien.

²⁸ Die Werte dieser Spalte stammen aus Tabelle 4.

²⁹ Die Werte dieser Spalte stammen aus Tabelle 5.

„Sozialdem.-zentralist.“ Massenparteien	1,0	0,33	-0,5	0,39
Labour Party (GB)	1,0	0,0	-1,0	0,0
SAP (Schweden)	1,0	0,5	-0,5	0,66
SPÖ (Österreich)	1,0	0,0	0,0	0,5
Alle Parteien	0,5	0,56	0,08	0,5
Gesamte Variation	1,50	1,22	2,13	0,78
Variation innerhalb der Gruppen	0,19	0,54	0,55	0,57
η^{30}	0,94	0,75	0,86	0,51

1.2.2.1 Dezentralisierte „Klubs“

Schließlich soll anhand der Fallstudien, die Kitschelt anführt, überprüft werden, ob sich in den entsprechenden Gruppen tatsächlich eine Dominanz der von Kitschelt definierten Mitgliedertypen – die aufgrund der Übereinstimmung des Organisationstypus der jeweiligen Partei mit der Präferenz des jeweiligen Mitgliedertypus vermutet werden kann – tatsächlich nachweisen läßt. Hierfür lassen sich in allen Gruppen deutliche Hinweise finden.

Der geringe Einfluß der Gewerkschaften auf die Parti socialiste und der große Stellenwert „ideologischer“ Rhetorik in der internen Diskussion und der äußeren Darstellung der Partei wird später genauer dargestellt werden (siehe Kap. 3.1). Kitschelt erwähnt allerdings, daß der Einfluß der „Ideologen“ im engeren Sinne – also derjenigen, deren „ideologische“ Haltung nicht Ausdruck einer Taktik, sondern ihrer tatsächlichen politischen Einstellung ist – seit Beginn der achtziger Jahre zurückgeht. Die Partei und ihre Strömungen hätten, so Kitschelt, eine Verwandlung von ideologisch definierten Gruppen zu „Politikmaschinen“, die den Ambitionen ihrer jeweiligen Führer auf das Amt des Präsidenten dienen, vollzogen:

„The Left organized by the Centre d’Etudes, de Recherches et d’Education Socialistes (CERES) has been weakened as ideologues have withdrawn from party activism and all currents have undergone a transformation from ideological groupings to political machines that serve their leaders’ presidential ambitions and claims to cabinet positions.“³¹

³⁰ $\eta = \sqrt{1 - (\text{Var}_{\text{Gruppen}} / \text{Var}_{\text{Gesamt}})}$

³¹ Kitschelt 1994, S. 235. Kitschelt bezieht sich auf: Roucaute 1983; Lagroye 1989; Ladrech 1990

Die niederländische Partij van de Arbeid (PvdA) war hingegen zumindest in den siebziger und achtziger Jahren ein typisches Beispiel für einen „dezentralisierten Klub“. Kitschelt schreibt, daß in den sechziger und siebziger Jahren bereits eine kleine Gruppe von Aktivisten ausgereicht habe, um „Technokraten und Traditionalisten“ in die Defensive zu bringen und die Strategie der Partei zu ändern. In organisatorischen Fragen waren die Auswirkungen dieser Veränderungen offenbar auch in den achtziger Jahren noch spürbar.

„[...] it took only a small critical group of innovators amounting to only 1% to 2% of the membership in the late 1960s and early 1970s to initiate strategic change [...]. At that time, technocrats and traditionalists were weakened in number and dispirited by past strategic failures. They could not effectively counter the sudden assault of highly motivated New Left radicals who eventually entered a new dominant coalition together with Fabian guild socialists and left-libertarians.

[...] Even in 1986-87, when the New Left agenda appeared to have been exhausted and almost a decade in opposition had converted many former leftists into supporters of a more moderate course, the party executive failed to reinforce its grip over the selection process [...].“³²

1.2.2.2 Zentralisierte Parteien

Die „zentralisierten Parteien“ zeichnen sich durch die Vorherrschaft der Pragmatiker aus. Kitschelt zufolge wurde beispielsweise Ende der siebziger Jahre eine strategische Wende der spanischen PSOE zum „Pragmatismus“ möglich, weil ihre Verankerung sowohl im Hinblick auf staatliche und kommunale Positionen wie im Hinblick auf die Gewerkschaften sehr gering war. Pragmatiker, so Kitschelt, schafften es rasch, die „radikalen Aktivisten“ aus der Zeit der Franco-Herrschaft zu verdrängen:

„The party’s strategic reversal to a moderate approach became possible because it lacked organizational entrenchment but was swamped with new pragmatic activists, primarily employees in the civil service, who began to enter the party once democracy was established and began to displace the radical core membership from the resistance era. [...] After the 1979 election, which was widely perceived as a defeat, the party’s secretary, Gonzales, established the undisputed hegemony of the moderate pragmatists [...].“³³

³² Ebd., S. 241

³³ Ebd., S. 233

Auch in der italienischen PSI führte die Durchdringung des Staatsapparats zur Vorherrschaft der gemäßigten Kräfte, bevor Skandale die Legitimation der Parteiführung untergruben.³⁴ Ebenso konnte die belgische Sozialistische Partei den Einfluß der Neuen Linken beschränken. Sie besteht aus einem wallonischen Flügel, der stärker in der Arbeiterbewegung verankert ist, und einem flämischen, der eher dazu neigt, linksliberale Positionen aufzugreifen. Dennoch ist festzustellen, daß das hier dargestellte Modell die Situation der belgischen Sozialistischen Partei nur bedingt beschreiben und erklären kann.

Die deutsche SPD, deren „Randlage“ bereits erwähnt wurde, zeichnet sich durch ständige Kämpfe und Kompromisse zwischen den sie beeinflussenden Mitgliedertypen aus, bei denen die Pragmatiker jedoch meist die Oberhand behalten haben. Die SPD teile, so Kitschelt, einige „Beschränkungen der Unabhängigkeit der Führung“ mit der SPÖ und der schwedischen SAP, biete andererseits linkslibertären Kräften durchaus die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen. Andererseits verhinderten die größere Mitgliederzahl und die engen informellen Bindungen an den DGB einen größeren Einfluß linkslibertärer oder rein marktwirtschaftlich orientierter Kräfte:

„The German SPD combines some of the limitations on leadership autonomy faced by the SPÖ and SAP with the vulnerability of a less entrenched party apparatus. Weaker entrenchment invited left-libertarians [„Ideologen“] to enter the party in order to change its strategy, but unlike the Dutch PvdA, the organization proved resilient to a leftist takeover attempt.“³⁵

„Although formally nonpartisan and less closely linked to the social democrats than its Swedish or Austrian counterpart, the DGB has influenced the SPD’s strategy [...] In conclusion, ties to the DGB curtailed the party leadership’s freedom to respond to left-libertarian or market-efficiency challenges.“³⁶

1.2.2.3,„Sozialdemokratisch-zentralistische“ Massenparteien

Innerhalb der „sozialdemokratisch-zentralistischen“ Massenparteien nimmt die Labour Party eine Sonderstellung ein. Ihre geringe Verankerung als Partei gibt dem Einfluß der „Ideologen“ viel Raum. Andererseits haben die Gewerkschaften entscheidenden Einfluß auf die Wahl und die Politik der Parteiführung. Die Labour Party ist daher, ebenso wie die SPD, als Grenzfall zu betrachten. Während die SPD die Einflüsse aller Mitgliedertypen vereint, steht die Labour Party vor allem unter dem Einfluß der „Ideologen“ und der gewerkschaftlichen „Lobbyisten“. Kitschelt schildert die sich Ende der siebziger Jahre vollziehende Bildung einer Koalition dieser beiden Kräfte: „[...] a coalition con-

³⁴ Vgl. ebd., S. 237

³⁵ Ebd., S. 247

³⁶ Ebd., S. 248f. Der mit der Kanzlerkandidatur Lafontaines und dem Berliner Grundsatzprogramm verbundene Schwenk der SPD zu einer stärkeren „links-libertären“ (d. h. dem „ideologischen“ Mitgliedertypus entsprechenden) Ausrichtung ist wohl eher eine Folge der starken „links-libertären“ – vor allem ökologischen – Einstellung der Wähler und der daraus folgenden Konkurrenz der Grünen als der organisatorischen Struktur der Partei.

sisting of New Left constituency activists and unions dissatisfied with Labour's economic austerity policy emerged to replace the incumbent leadership.³⁷

Erst ab dem Ende der achtziger Jahre, unter Kinnock, gelang es der Parteiführung, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen. Die Maßnahmen, die später noch genauer beschrieben werden, reduzierten jedoch nicht nur das Gewicht, das die Gewerkschaften auf Grund der affilierten Mitglieder in der Labour Party besaßen – und verringerten damit auch den Einfluß der gewerkschaftlichen „Lobbyisten“ –, sondern reduzierten durch die „Ausgliederung“ der affilierten Mitglieder *praktisch* die effektive Mitgliederzahl der Partei. Deshalb steht dieser Prozeß nicht im Widerspruch zu dem hier dargestellten Modell.

In der schwedischen SAP gibt es zwar „intraparty groups with left-libertarian inclinations“, die sich dem „traditional party core around labor union functionaries“³⁸ gegenüber sehen. Kitschelt zufolge haben sich die Gewerkschaften in der schwedischen Sozialdemokratie jedoch durchgesetzt:

„[...] the unions have blocked the party from taking a lead on the new „libertarian“ issues of the 1970s and 1980s, such as nuclear power, citizens' participation, citizens' choice over public services, and feminism.“³⁹

Der Rückgang des gewerkschaftlichen Einflusses seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist, ähnlich wie bei der britischen Labour Party, mit einer sich stufenweise vollziehenden Auflösung des Status der über die Gewerkschaften affilierten Mitglieder verbunden.⁴⁰

Am deutlichsten dem Charakter der „sozialdemokratisch-zentralistischen“ Massenpartei entspricht die österreichische SPÖ, deren Mitgliederzahl fast ein Drittel der Zahl ihrer Wähler erreicht. Die SPÖ ist durch eine „organisatorische Symbiose“⁴¹ mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund gekennzeichnet und konnte die kleine linke und libertäre Opposition stets marginalisieren.⁴² Andererseits hat der starke Einfluß der Gewerkschaften die – von den marktwirtschaftlich orientierten „Pragmatikern“ betriebene und mit sozialen Härten verbunden – Rationalisierung der staatlichen Industrieunternehmen herausgezögert.⁴³

³⁷ Ebd., S. 251

³⁸ Ebd., S. 242f.

³⁹ Ebd., S. 243

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ Ebd., S. 246

⁴² Vgl. ebd., S. 245f.

⁴³ Vgl. ebd., S. 250

1.2.3 Einordnung der Entwicklung der Parti socialiste und der Labour Party

Die Untersuchung der internen Machtverhältnisse in den betrachteten europäischen Parteien, die, mit wenigen Ausnahmen, den Aussagen des hier vorgestellten Modells folgen, belegt dessen Erklärungskraft. Das Modell bildet daher auch die Grundlage für die Untersuchung der Entwicklung der Parti socialiste und der Labour Party.

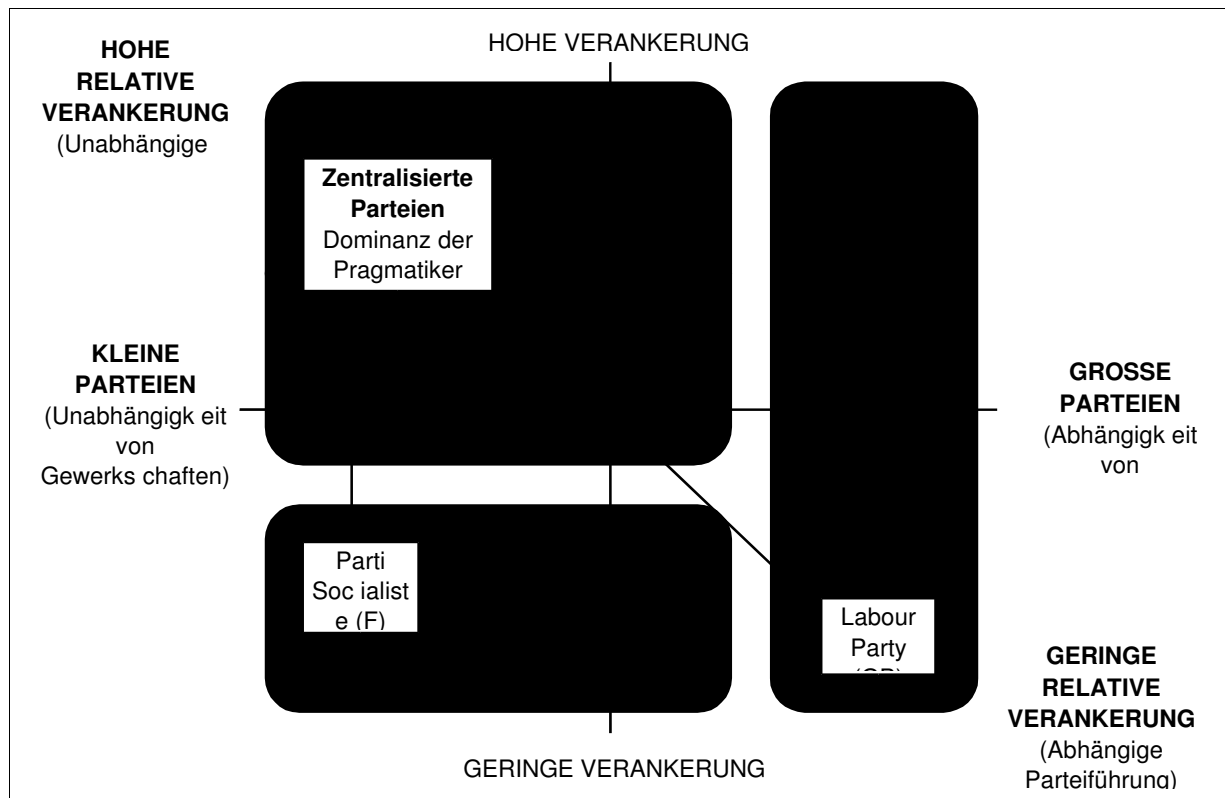
Die Parti socialiste und die Labour Party befanden sich, wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt, in einer grundsätzlich voneinander verschiedenen Situation. Während die Labour Party zwischen den affilierten Mitgliedern, deren gewerkschaftliche Vertreter die Politik der Führung der Labour Party maßgeblich bestimmten, und einer von „Ideologen“ geprägten lokalen Parteimitgliedschaft gespalten war,⁴⁴ hatte – und hat – die Parti socialiste kaum Bindungen an die Gewerkschaften und entsprach in ihrer Außendarstellung dem „ideologischen“ Mitgliedertyp.

Abbildung 4 (S. 29) zeigt die Entwicklung der Parti socialiste und der Labour Party auf dem Feld der Organisationsdimensionen *Größe* und *Verankerung*. Mit diesen Organisationsdimensionen steht die Dominanz unterschiedlicher Mitgliedertypen – und damit die politische Ausrichtung – in engem Zusammenhang, wie bereits gezeigt wurde. In den beiden folgenden Abschnitte der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, wie sich beide Parteien von ihrer jeweiligen Ausgangsposition in Richtung des Typs einer von „Pragmatikern“ dominierten, zentralisierten Partei bewegt haben und welche Rolle Lionel Jospin und Tony Blair in dieser Entwicklung spielten.⁴⁵

Abbildung 4: Entwicklung der Parti socialiste und der Labour Party

⁴⁴ Der Charakter dieses Teils der Labour Party, der sogenannten „Constituency Labour Party“, wird in der vereinfachenden Abbildung nicht deutlich.

⁴⁵ Wie später gezeigt wird, entwickelt sich die Parti socialiste während der achtziger Jahre und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre entsprechend der in Abbildung 4 angegebenen Tendenz. Diese Entwicklung kommt jedoch – im Unterschied zur Labour Party – ab 1996 zum Stillstand und kann deswegen nicht als abgeschlossen bezeichnet werden. Die Darstellung behält jedoch auch für die Analyse dieser Periode seine Bedeutung, da sich die Konflikte in der Parti socialiste hauptsächlich entlang der hier dargestellten „Entwicklungslinie“ abspielen.



2 Die Entwicklung der Labour Party

Die Entwicklung der Labour Party und insbesondere die Rolle, die Tony Blair und seine Mitstreiter in diesem Prozeß spielten, ist der Gegenstand des folgenden Abschnitts. Im ersten Teil werden die programmatischen und organisatorischen Veränderungen der Labour Party sowie die Beziehung der Partei zu den Gewerkschaften untersucht, wobei auch der Zusammenhang, der zwischen den verschiedenen Aspekten der Veränderung der Labour Party besteht, an einigen Punkten gezeigt wird. In einem zweiten Teil steht die Programmatik Tony Blairs in der „Stakeholder-Phase“ im Mittelpunkt. Sie wird anhand seines Kampfes um die Neufassung des Grundsatzartikels „Clause IV“ des Programms der Labour Party, seiner Darstellung der wesentlich von Will Hutton entwickelten Vision der „stakeholder society“ und der Übernahme bestimmter kommunitaristischer Gedanken und Argumentationsstränge in seinen Positionen dargelegt.

2.1 New Labour gegen Old Labour

2.1.1 Die programmatischen Veränderungen bis 1994

Tony Blair wird heute oft als derjenige angesehen, der die Modernisierung der Labour Party eingeleitet hat. Tatsächlich kann Blair jedoch an Entwicklungen anknüpfen, die sich bereits seit etwa einem

Jahrzehnt in der Labour Party vollziehen.⁴⁶ Als Beginn der Modernisierungsbestrebungen in der Labour Party, die schließlich zur Polarisierung zwischen „New Labour“ und „Old Labour“ geführt haben, ist die Schaffung der Policy Review Groups im Jahr 1988 anzusehen. Diese wurden vorwiegend von Vertretern des Schattenkabinetts geleitet und veröffentlichten in den Jahren 1988 bis 1991 vier Berichte mit den Titeln *Social Justice and Economic Efficiency* (1988), *Meet the Challenge, Make the Change* (1989), *Looking to the Future* (1990) und *Opportunity Britain* (1991). Diese Phase wurde mit dem Manifest von 1992, *It's Time to Get Britain Working Again* abgeschlossen.⁴⁷

Die Führung der Labour Party argumentierte, daß sich die Partei den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, insbesondere der von ihr diagnostizierten Auflösung der Arbeiterklasse und dem Einfluß der Medien, stellen müsse. Philip Gould berichtet:

„In 1985, when I first started working with Labour, I listened to the findings from the first focus groups, that had been conducted by the party. The results were consistent. The connection between Labour and its natural supporters had been broken. [...] To them we were no longer the party of hard work, of getting on, of responsibility, of fair reward, of ambition. We had become the party of levelling down, of minorities“⁴⁸

Dies erfordere einen stärker marktwirtschaftlich geprägten Kurs. In *Meet the Challenge, Make the Change* verteidigte die Parteiführung die „Marktwirtschaft und die Konkurrenz“ als Grundvoraussetzung für die Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher und als Förderer einer effizienten und innovativen Produktion. Sie seien die besten Mittel, um sicherzustellen, daß die „unzähligen, kleinen Veränderungen“, die die Wirtschaft voranbringen, tatsächlich stattfinden.⁴⁹

Gleichzeitig forderte das Dokument jedoch, das Wirtschaftsministerium auszubauen und neue Institutionen zur Investitionslenkung zu schaffen. Es sprach von einer „Medium Term Industrial Strategy“. *Meet the Challenge, Make the Change* war noch ein Kompromiß zwischen den beiden sich herausbildenden Flügeln der Labour Party. Im Oktober 1989 jedoch wurde industriepolitische Sprecher der Labour Party, Bryan Gould, der die zentral wirtschaftspolitische Policy Review Group leitete und die beschriebene Kompromißlinie vertrat, durch den späteren Schatzkanzler Gordon Brown ersetzt, der auf eine starke Verringerung der interventionistischen Elemente in Labours Programmatik drang. Seine wichtigsten Verbündeten waren der Schattenkanzler und spätere Parteivorsitzende John Smith und John Eatwell, persönlicher wirtschaftspolitischer Berater von Neil Kinnock, der die Labour Party seit 1983 leitete. Als Aufgabe des Staates wurde nicht mehr die Lenkung der Wirtschaft, sondern die Kooperation mit der Industrie angesehen.⁵⁰

⁴⁶ Vgl. Schönwalder 1998, S. 80

⁴⁷ Vgl. Shaw 1996, S. 182

⁴⁸ Gould 1996, S. 10

⁴⁹ Labour Party: *Meet the Challenge, Make the Change*, S. 10, zit. nach: Shaw 1996, S. 182f.

⁵⁰ Vgl. Labour Party: *Opportunity Britain*, S. 4, zit. in: Shaw 1996, S. 183

Bereits 1992 strich die Labour Party alle Forderungen nach einer Verstaatlichung der von der Tory-Regierung privatisierten Wirtschaftszweige aus ihrem aktuellen Programm. Sah das Dokument *Looking to the Future* noch die Verstaatlichung der Wasserwirtschaft vor, so forderte *It's Time to Get Britain Working Again* lediglich die öffentliche Kontrolle der privatisierten Wirtschaftszweige. Eine öffentliche Kontrolle der Wasser- und Stromversorgung und anderer netzgebundener Produktionszweige hat es jedoch auch unter der Tory-Regierung gegeben, und Regulierungsbehörden, die eine „öffentliche Kontrolle“ ausüben, sind in allen Ländern, in denen diese Industrien privatisiert wurden, vorhanden.

Auch auf makroökonomischem Gebiet gab die Labour Party bereits Anfang der 90er Jahre keynesianische Positionen auf. 1992, zu einem Zeitpunkt, als die Tory-Regierung begrenzte Ausgabensteigerungen zur Nachfragestützung einleitete, vertrat sie bereits einen monetaristischen geldpolitischen Ansatz und befürwortete die Aufrechterhaltung des damals außerordentlich hohen Wechselkurses des britischen Pfunds.

Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit war die Neuorientierung der Politik zu diesem Zeitpunkt noch nicht so umfassend wie in den bereits dargestellten Bereichen. Es fand kein Paradigmenwechsel statt, wie dies in der Wirtschaftspolitik der Fall war. Dennoch begrenzte die Labour Party ihre Versprechen, die von der Regierung Thatcher reduzierten Sozialleistungen wieder auszubauen, zunehmend. Kinnock vertrat beispielsweise die Ansicht, daß „stringent controls on both the scale and balance of spending“⁵¹ von entscheidender Bedeutung seien. Dennoch trat John Smith 1992 mit dem Versprechen zur Wahl an, den Spitzensteuersatz von 40 % auf 50 % zu erhöhen und die Bemessungsgrenze bei den Sozialversicherungen aufzuheben.⁵²

2.1.2 Die Zentralisierung der Partei

Diese programmatischen Veränderungen wurden von einer Umgestaltung der Parteistrukturen begleitet. Eric Shaw sieht diese Umgestaltung als „Ergänzung und Voraussetzung“ der programmatischen Veränderungen an.⁵³ Diese Umgestaltung zielte insbesondere auf eine Zentralisierung der Parteistrukturen und eine verstärkte Unabhängigkeit der Parteiführung: „Its main purpose was to mo-

⁵¹ Neil Kinnock, *The Guardian*, 9. 5. 1989, zit nach: Shaw 1996, S. 186

⁵² Der *British Social Attitudes Report* vom Jahr 1996 zeigt, daß der Sozialstaat eine große Unterstützung in der Bevölkerung genießt. Etwa 90 % der Befragten sprachen sich für eine Erhöhung der Ausgaben für das staatliche Gesundheitswesen aus. Nur 4 % vertraten die Ansicht, daß die Steuern gekürzt und die Ausgaben für Sozialleistungen entsprechend verringert werden sollten, während 60 % eine Erhöhung der Steuern begrüßten, wenn dadurch die Sozialleistungen verbessert würden. (Vgl. Fermont 1998, S. 10). Einer Umfrage der Wirtschaftszeitschrift *The Economist* zufolge befürworteten im April 1997 76 % der Befragten höhere Leistungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Wohlfahrtsbereich, auch wenn dies Steuererhöhungen zur Folge haben sollte (vgl. *The Economist*, 3. 5. 1997, S. 32, hier nach: Schönwalder 1998, S. 107f.)

⁵³ Shaw 1996, S. 188

dify rules and institutional arrangements that by dispersing power and enforcing accountability inhibited the leadership's strategic flexibility."⁵⁴ Karen Schönwalder nennt als die für New Labour charakteristischen Veränderungen der Parteistrukturen die Stärkung der Stellung des Parteiführers, die „Disziplinierung von Abgeordneten und Funktionären, die unliebsame Ansichten vertraten“ und die Schwächung der Parteikonferenz gegenüber der Parteizentrale.⁵⁵

Shaw führt diese Zentralisierung vor allem darauf zurück, daß die immer stärker von den Medien vermittelte Selbstdarstellung der Partei und die zentralisierten Wahlkampagnen der Führung sowie der von ihr eingesetzten Experten in den achtziger Jahren einen immer stärker werdenden Einfluß auf die Entwicklung der Partei hatten. Die Reduzierung parteiinterner Diskussionen habe es der Führung der Labour Party ermöglicht, über die Medien, aus denen die einfachen Parteimitglieder den Großteil ihrer Informationen bezogen, die Willensbildung in der Partei maßgeblich zu beeinflussen.⁵⁶

Tatsächlich zeigt eine von Patrick Seyd und Paul Whiteley Ende 1989 und Anfang 1990 durchgeführte Untersuchung, daß die meisten Mitglieder der Labour Party die von der Parteiführung angestrebten programmatischen Veränderungen ablehnten. So waren 66 % der Befragten mit der Aussage, daß die zentrale Frage in der britischen Politik der Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital sei, einverstanden, 20 % lehnten diese Aussage ab. 71 % sprachen sich für Verstaatlichungen von Betrieben aus, 2 % befürworteten eine weitere Privatisierung und 28 % forderten die Beibehaltung des bestehenden Zustandes. 78 % lehnten die Einführung härterer Gesetze gegen die Gewerkschaften ab, und 73 % der Befragten waren gegen eine allgemeine Verringerung der staatlichen Ausgaben. In Verbindung mit der Steuerpolitik fielen die Antworten sogar noch eindeutiger aus: Nur 2 % der Befragten forderten, die Steuern zu senken und die staatlichen Ausgaben zu reduzieren, 92 % waren hingegen der Meinung, daß die Staatsausgaben erhöht und durch eine stärkere Besteuerung finanziert werden sollten.⁵⁷

Es zeigte sich jedoch in der Untersuchung auch, daß die Parteimitglieder einerseits einen Unterschied zwischen den „Prinzipien“ und der aktuellen Politik der Partei machten – gerade deswegen betonte Blair stets, den Prinzipien der Labour Party treu zu bleiben – und andererseits die Parteiführung gerade in den zentralen organisatorischen Fragen unterstützten. So waren 57 % mit der These einverstanden, daß die Labour Party ihre Politik korrigieren sollte, um die politische Mitte zu gewinnen, 60 % vertraten andererseits die Auffassung, daß die Labour Party „stets ihren Prinzipien treu bleiben müsse, auch wenn sie dadurch eine Wahl verlieren sollte“.⁵⁸ Daß 81 % die Forderung nach der Einführung der Direktwahl des Parteiführers unterstützten, spielte sicherlich eine Rolle bei der Entscheidung der Parteiführung, die organisatorischen Veränderungen mit der Einführung von Direktwahlen

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Vgl. Schönwalder 1998, S. 83

⁵⁶ Vgl. Shaw 1996, S. 189

⁵⁷ Seyd/Whiteley 1992, S. 46f.

⁵⁸ Ebd., S. 43

anzustoßen. In der Frage des Einflusses der Gewerkschaften waren die Meinungen unter den Mitgliedern zu diesem Zeitpunkt gespalten: 43 % hielten diesen Einfluß für zu groß, 42 % lehnten diese Einschätzung ab.⁵⁹

Einen mindestens vergleichbar starken Einfluß auf die Entwicklung der Labour Party dürfte aber gehabt haben, daß die Linke und insbesondere die Gewerkschaften, Mitte der achtziger Jahre zunehmend in die Defensive gerieten. Auch wenn viele Mitglieder ihre Meinung nicht sofort änderten, vertraten sie linke Positionen nicht mehr so offensiv wie beispielsweise in den siebziger Jahren. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften sank von 13,3 Mio. 1979 auf 10,5 Mio. im Jahr 1987.⁶⁰ Zudem ging die Zahl der Streiks in den achtziger Jahren stark zurück, und viele größere Streiks, wie der Bergarbeiterstreik von 1984, endeten mit Niederlagen für die Gewerkschaften. Diese Entwicklungen lösten eine Demoralisierung bei vielen aktiven Mitglieder der Labour Party aus, die den Linksschwenk der Labour Party Ende der Siebziger Jahre auslösten. Hinzu kam, daß viele Labour-Mitglieder, die Hoffnungen in das Wirtschaftssystem des Ostblocks gesetzt hatten, durch die Krise der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten verunsichert waren und konservativen Positionen oft keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzten. Durch diese politischen Entwicklungen ging die Initiative in der Labour Party von der Basis auf die Parteiführung über. Es waren vor allem die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die schließlich zur organisatorischen Umgestaltung der Labour Party führten.

Eine der ersten Veränderungen der Parteistrukturen betraf die Auswahl der Kandidaten. Bereits 1984 versucht Kinnock erfolglos, eine direkte und geheime Wahl der Kandidaten durch alle Mitglieder der Labour Party durchzusetzen. Nachdem er am Widerstand vieler Gewerkschaften, die aufgrund der von ihnen repräsentierten affilierten Mitglieder ein großes Stimmengewicht hatten, gescheitert war, kam es 1987 zu einem Kompromiß, der den Gewerkschaften in Abhängigkeit ihres Stimmenanteils im Vorstand bis zu 40 % der Stimmen gab. Der Rest der Stimmen wurde in einer direkten und geheimen Wahl der Mitglieder ermittelt. Die Parteiführung erreichte eines ihrer wesentlichen Ziele: sie begrenzte den Einfluß der Parteiaktivisten auf die Wahl der Parlamentskandidaten.

Die direkte Wahl der Kandidaten ermöglichte dem rechten Parteiflügel auch, die „harte Linke“ aus den Leitungsorganen der Partei zu drängen.⁶¹ 1988 forderte die Parteiführung die Ortsverbände auf, die örtlichen Parteiführungen durch direkte Wahl zu bestimmen. Es zeigte sich ein enger Zusammenhang zwischen der Unterstützung für Kinnock und der Hattersley und der Einführung der Direktwahl.⁶² Die Einführung der Direktwahl im zum Parteivorstand im Februar 1990 bewirkte, daß in den folgenden drei Jahren alle Vertreter der „harten Linken“, unter ihnen auch Tony Benn, aus dem

⁵⁹ Ebd., S. 51

⁶⁰ Quelle: Wrigley 1997, S. 30

⁶¹ Kinnock selbst vertrat, zumindest öffentlich, nicht die politischen Vorstellungen, die Blair und der Modernisierungsflügel später in der Labour Party durchsetzten. Karen Schönwalder bezeichnet ihn als einen Politiker, „der mutig radikale Forderungen vertrat“ (Schönwalder 1998, S. 83)

Partei Vorstand verschwanden. Erst 1994 wurden wieder zwei Vertreter der „harten Linken“ gewählt.

Nach der Wahlniederlage der Labour Party im Jahr 1992 trat Neil Kinnock als Parteivorsitzender zurück. John Smith setzte mit klarer Mehrheit gegen seinen Konkurrenten Bryan Gould durch. Seine Strategie bestand darin, die „harte Linke“ programmatisch zu isolieren, ohne die „gemäßigte Linke“ gegen sich aufzubringen. Die Modernisierer um Kinnock setzten, insbesondere in bezug auf die programmatische Veränderung der Labour Party, bereits zu diesem Zeitpunkt vor allem auf Tony Blair und Gordon Brown:

„With Kinnock’s departure, the burden of pushing forward the modernization of the Labour Party was expected to fall to Brown and Blair, since neither Smith nor any of the three candidates for deputy was wholly trusted by the modernizers.“⁶³ – „By 1992, [...] Blair was already the preferred choice of the Kinnock circle and of smart establishment opinion.“⁶⁴

Smith hingegen fürchtete, daß Blair die Partei zu stark polarisieren würde: „Where Blair saw an opportunity to put forward the case for modernizing the party, Smith only saw potential problems. The Blair candidature would create waves, polarizing opinion for and against the modernization project.“⁶⁵ Andererseits spitzte sich der Konflikt um den Einfluß der Gewerkschaften in seiner Amtszeit scharf zu. Dieser Konflikt wird weiter unten behandelt. Es gibt Hinweise darauf daß die unter Smith vorgenommenen Veränderungen der Wahlordnung der Labour Party, die zu einer starken Verringerung des Einflusses der Gewerkschaften führten, es erst möglich machten, Blair als Parteichef durchzusetzen und damit die von den Modernisierern angestrebte Polarisierung der Partei in „Old Labour“ und „New Labour“ einzuleiten. McSmith schätzt die Chancen Blairs auf einen Wahlsieg 1992 gerade wegen seiner geringen politischen Basis in den Gewerkschaften als gering ein:

„The block vote system put the leadership largely in the gift of trade union leaders such as John Edmonds and Rodney Bickerstaff whose first choice was not Blair. His lack of a strong trade union base would have made Labour MPs think twice about declaring their support for him. In any such circumstances, the backing of the Tory press and the Kinnock circle, whose influence dropped sharply as soon as the general election was over, could have done Blair more harm than good, making him another figure like Roy Jenkins, whose standing in the Labour Party fell in proportion to the support he gathered outside.“⁶⁶

Nicht nur die Reduzierung des Einflusses der Gewerkschaften, sondern vor allem auch die Durchsetzung der Direktwahl der Parteiführung durch alle Mitglieder waren die Voraussetzung dafür, daß Tony Blair, unter anderem mit Hilfe der Medien, zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Erst diese

⁶² Shaw 1996, S. 190, dort mit Verweis auf: *The Guardian*, 8. 10. 1988. Hattersley gehörte damals dem rechten Parteiflügel an, steht aber heute in Opposition zu Blair. Es bleibt jedoch unklar, ob die Korrelation vorwiegend darauf zurückzuführen ist, daß Parteigliederungen unter sonst gleichen Umständen bei Direktwahlen eher Vertreter des rechten Flügels wählten, oder darauf, daß Parteigliederungen, die den rechten Flügel unterstützten, die Direktwahl bereitwilliger einführten.

⁶³ McSmith 1997, S. 48

⁶⁴ Ebd., S. 51

⁶⁵ Ebd., S. 49

⁶⁶ Ebd., S. 51

beiden organisatorischen Veränderungen bewirkten, daß die von den Modernisierern organisierte Unterstützung von außerhalb der Partei ihre volle Wirkung entfalten konnte.

Die Neuwahl des Parteivorsitzenden sollte schneller anstehen als zunächst erwartet. Der plötzliche Tod John Smiths durch einen Herzinfarkt machte sie bereits im Jahr 1994 notwendig. Tony Blair wurde gegen John Prescott und Margaret Beckett mit einer Mehrheit in allen drei Teilen der Wählerschaft – den Parteimitgliedern, den Gewerkschaftsmitgliedern, die ihre Unterstützung für die Labour Party erklärten, und den Abgeordneten der Labour Party („Parliamentary Labour Party“) – gewählt. Zu diesem Zeitpunkt war die Blockwahl durch die Vertreter der Gewerkschaften bereits durch eine direkte Abstimmung derjenigen Gewerkschaftsmitglieder ersetzt worden, die sich als Unterstützer der Labour Party erklärten und einen „politischen Beitrag“ leisteten. Blair erhielt 508.149 von 952.109 Stimmen und gewann mit 57 % vor John Prescott, der 24 % der Stimmen erhielt, und Margaret Beckett mit 19 % der Stimmen.⁶⁷

Unter Blair änderte sich das Vorgehen der Modernisierer. An die Stelle einer langsamen Veränderung der Organisation und Programmatik trat eine starke Polarisierung der Partei. Blair wird seine ersten Angriffe zwar ebenfalls gegen die „harte Linke“ führen und versuchen, die „gemäßigte Linke“ nicht zu verschrecken. Aber bereits die Offensive zur Änderung der Clause IV, die Labour auf das Ziel der Verstaatlichung der Wirtschaft festlegte, stellt er eindeutig als Projekt der Modernisierer dar. Mit Blair haben die Modernisierer in der Labour Party die Vorherrschaft errungen. Eric Shaw schreibt:

„With Blair as leader the modernizers were now in the driving seat. With a crystal-clear idea of the direction in which he wanted the party to move and, as he soon showed, a ruthless will, he was determined to complete the modernization of the Party that his mentor, Neil Kinnock, had inaugurated.“⁶⁸

Tatsächlich ging es bei dem Konflikt um die Clause IV weniger um deren Inhalt, dem ohnehin kaum ein bedeutender Politiker in der Labour Party in irgendeiner Form aktuelle Bedeutung zusprach. Die Clause IV stand für eine Analyse der Gesellschaft, die von einem weiterhin bestehenden Klassengegensatz ausging und die die Grundlage für das Staatsverständnis des linken Parteiflügels war. Tony Blair und die Modernisierer argumentierten hingegen, daß sich die britische Arbeiterklasse und damit auch die kollektive Solidarität der Arbeiter in Auflösung befinde. Die Wähler, so argumentierten die Modernisierer, lehnten das alte Staatsverständnis Labours ab. Tony Blair zufolge gab es „a perception that there was too much collective power, too much bureaucracy, too much state intervention and too many vested interests around it.“⁶⁹

Zusätzlich zu dieser beabsichtigten Wirkung erlangte der Konflikt um die Clause IV über-

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 63

⁶⁸ Shaw 1996, S. 195f.

⁶⁹ zit. nach: ebd., S. 196, dort zit. nach: Soper 1995, S. 209

raschenderweise⁷⁰ eine zweite, weiter reichende, Bedeutung. Er wurde zu einem Konflikt zwischen New Labour und den Gewerkschaften. Eine Konferenz der UNISON, der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, entschied, die alte Fassung der Clause IV zu unterstützen.⁷¹ Blair und der Modernisierungsflügel befürchteten, daß ihre Fassung unterliegen oder sich nur mit einer knappen Mehrheit durchsetzen würde. Ein Kompromiß, der eine stärkere Betonung der Rolle des Staates hätte beinhalten können, kam für sie nicht in Frage, da dies ihr Projekt, die *aktuelle* Diskussion in der Labour Party zu beeinflussen, gefährdet hätte. Eine Abstimmung für den Ausbau des Sozialstaates und für die Verstaatlichung auch nur weniger Infrastrukturbereiche wäre als Sieg der „Old Labour Party“ gedeutet worden.

Wiederum war es die Durchsetzung einer direkten Abstimmung durch die Mitglieder, die dem Modernisierungsflügel eine klare Mehrheit sicherte. Nachdem sich unter den aktiven Mitgliedern der Labour Party Widerstand gegen die Änderung regte, beschloß der Parteivorstand auf die Initiative Blairs, die örtlichen Parteigliederungen aufzufordern, direkte Abstimmungen einzuleiten. Zwei Drittel aller örtlichen Parteigliederungen führten solche Abstimmungen durch. Es zeigte sich, daß 85 % der Mitglieder in diesen Abstimmungen der neuen Fassung zustimmten. Auch die Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, die direkte Abstimmungen oder Umfragen durchführten, unterstützten die neue Version mehrheitlich. Tony Blair stellte sich als Verteidiger der Interessen der einfachen Labour-Mitglieder gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären dar. Auch Gewerkschaftsführer, die die Neufassung unterstützten, wurden von den Modernisierern in einer breit angelegten Medienkampagne als rückwärtsgewandte Vertreter von „Old Labour“ dargestellt.⁷²

Am 29. April 1995 erhielt die Fassung Blairs eine Mehrheit von knapp zwei Dritteln der Stimmen. Die Gewerkschaften, die 70 % der Stimmen repräsentierten, entschieden sich mit 54,6 % nur knapp für die neue Version. Die örtlichen Parteigliederungen stimmten jedoch mit über 90 % für die Neufassung der Clause IV.

2.1.3 Die Abkopplung von den Gewerkschaften

Anders als die Parti socialiste stand die Labour Party stets unter großem, ja bestimmendem Einfluß der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften stellten lange 90 % der Stimmen auf den Parteikonferenzen der Labour Party, und waren noch 1996 mit 70 % der Stimmen vertreten. Sie bestimmten lange Zeit zwei Drittel der Mitglieder des Parteivorstands und trugen den Hauptteil der Finanzierung der Labour Party.

⁷⁰ „Political initiatives often have unintended consequences, and this was to be no exception.“ (Shaw 1996, S. 199)

⁷¹ Vgl. Shaw 1996, S. 199

⁷² Vgl. ebd., S. 200

Der große Stimmenanteil der Gewerkschaften ergab sich aus der Tatsache, daß sie die „affilierten Mitglieder“, die den größten Teil der Mitglieder der Labour Party stellten, repräsentierten. Diese bezahlten einen „politischen Beitrag“, wenn sie sich nicht auf Antrag hiervon befreien ließen. Die der Labour Party angeschlossenen Gewerkschaften entrichteten diese Beiträge an die Labour Party und konnten im Gegenzug die „affilierten“ Mitglieder vertreten. Tabelle 9 (S. 39) zeigt die Entwicklung der individuellen und der affilierten Mitglieder.

Tabelle 9:
Mitgliedschaft der Labour Party⁷³

Jahr	Individuelle Mitglieder	Affilierte Mitglieder (Gewerkschaften)	Affilierte Mitglieder (Sons-tige)	Summe der Mitglieder	Anteil der gewerksch. affili-ierten Mitglie-der
1900	k. A.	353.070	22.861	375.931	93,9 %
1945	487.047	2.510.369	41.281	3.038.697	82,6 %
1964	830.116	5.502.001	21.146	6.439.893	85,4 %
1970	690.191	5.518.520	23.869	6.222.580	88,7 %
1979	666.091	6.511.179	58.328	7.235.598	90,0 %
1983	295.344	6.101.438	58.955	6.455.737	94,5 %
1987	288.829	5.564.477	54.843	5.908.149	94,2 %
1991	261.000	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1997	400.000	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.

Bis zum Jahr 1987 gab es einen breiten Konsens gegen die von der Regierung Thatcher durchge-setzten Beschränkungen der Rechte der Gewerkschaften. Anschließend jedoch versuchte die Führung der Labour Party, sich in der Öffentlichkeit von den Gewerkschaften zu distanzieren, die, so argu-mentierten die Modernisierer, in der Öffentlichkeit als Vertreter einer Epoche heute nicht mehr zeit-gemäßer Klassengegensätze und Klassenauseinandersetzungen wahrgenommen werden würden.⁷⁴ Im Oktober 1989 wurde Michael Meacher, der die Policy Review Group zu den industriellen Bezie-hungen leitete und für eine Stärkung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften eintrat, von Neil Kinnock durch Tony Blair ersetzt.

Blair wollte zu diesem Zeitpunkt bereits die Rechte der Gewerkschaften stärker beschneiden als Kinnock selbst. Er war, so McSmith, derjenige innerhalb der Labour Party, der die Meinung vertrat, daß *closed shops* verboten werden müßten.⁷⁵ Er setzte mit der Unterstützung von Teilen der Führung

⁷³ Quellen: 1900-1987: Report of the Annual Conference of the Labour Party, 1987, wiedergegeben in: Webb 1992, S. 17; 1991 und 1997: British Political Facts 1900–1994, The Times, wiedergegeben in: Der Spiegel, 19/1997, S. 24. Allerdings nahmen von den individuellen Mitgliedern 1998 vermutlich nur knapp über 100.000 an den Wahlen zum National Executive Committee teil. (Es wurden 6 von 15 Kandidaten gewählt, von denen der Erstplazierte 75.584 Stimmen erreichte, der letzte der gewählten Kandidaten 58.108 Stimmen. Vgl. Labour Party, Internet-Veröffentlichung unter der Adresse „<http://www.conf.labour.org.uk/labour/publications.nsf>“, Oktober 1998)

⁷⁴ Tatsächlich zeigen Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Gallup, daß die Gewerkschaften Mitte der achtziger Jahre mehr Zustimmung erfuhren als im Durchschnitt der siebziger Jahre. Etwa zwei Drittel der Befragten bezeichneten 1985 die Gewerkschaften als „a good thing“: „[...] since 1981 their popularity (measured by the Gallup polls) has risen to its highest level for twenty-two years“ (Kelly 1987, S. 16, dort mit Bezug auf: Gallup Political Index, 1985 und 1986; Fogarty 1986, S. 88). Andrew Taylor weist darauf hin, daß die von der Regierung Thatcher durchgeführten Beschränkungen der Rechte der Gewerkschaften zunächst selbst bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern auf Zustimmung stießen (vgl. Taylor 1987, S. 160). Die Unterstützung für die Gewerkschaften ist allerdings seither stetig gestiegen: Der *British Social Attitudes Report* gibt zum Beispiel an, daß 1983 noch eine Mehrheit der Befragten die Gewerkschaften für „zu mächtig“ hielten. 1996 waren nur noch 15 % der Befragten dieser Meinung. (Vgl. Fermont 1998, S. 11)

⁷⁵ Vgl. McSmith, S. 45

des TUC durch, daß die Labour Party den größten Teil der von der Thatcher-Regierung durchgesetzten Maßnahmen nicht mehr in Frage stellte. Das Manifest von 1992 legte fest, daß die Labour Party nicht bereit ist, den Gewerkschaften die Rechte, die sie in den siebziger Jahren genossen, zurückzugeben: „[...] there will be no return to the trade union legislation of the 1970s. [...] There will be no mass or flying pickets“⁷⁶. Solidaritätsstreiks sollten nur in einem gesetzlich eng begrenzten Rahmen wieder erlaubt werden. Diesen *politischen* Veränderungen setzten die Gewerkschaftsführungen allerdings keinen entschiedenen Widerstand entgegen.⁷⁷

Erst die von der Führung der Labour Party beabsichtigten *organisatorischen* Veränderungen stießen bei den Gewerkschaftsführungen auf stärkeren Widerstand. Der größte Konflikt der Parteiführung mit den Gewerkschaften spielte sich unter John Smith ab. In seiner Amtszeit wurde ein noch unter Kinnock ausgearbeiteter Vorschlag, demzufolge der Stimmenanteil der Gewerkschaften auf den Parteitag zunächst auf 70 % reduziert und bei Überschreiten einer Zahl von 300.000 Mitgliedern auf 50 % begrenzt werden sollte, beschlossen. Smith wollte zudem die Gewerkschaften, die zum Zeitpunkt seines Amtsantritts 40 % der Stimmen bei den Wahlen zur Parteiführung stellten, zunächst vollständig von dieser Wahl ausschließen und sah darin offensichtlich eine Voraussetzung für weitere organisatorische und programmatische Veränderungen.⁷⁸

Letztlich kam es zu einem Kompromiß, der beinhaltete, daß die örtlichen Parteigliederungen, die Abgeordneten der Labour Party („Parliamentary Labour Party“) und die Gewerkschaften mit je einem Drittel der Stimmen vertreten waren. Dies war jedoch nicht der wesentliche Punkt der neuen Regelung. Entscheidend für die Stärkung der Unabhängigkeit der Labour Party gegenüber den Interessen der Gewerkschaften war, daß nicht mehr die Vertreter der Gewerkschaften, sondern alle Gewerkschaftsmitglieder, die einen „politischen Beitrag“ leisteten und sich als Unterstützer der Labour Party registrieren ließen, an den Wahlen teilnehmen konnten.⁷⁹

Dies bewirkte, daß die Zahl derjenigen, die an der Wahl einer neuen Parteiführung beteiligt waren, potentiell mehrere Millionen Menschen umfaßte,⁸⁰ und vor allem, daß die Wahl der Parteiführung

⁷⁶ Labour Party: *It's Time to Get Britain Working Again*, 1992, S. 11, zit. nach: Shaw 1996, S. 187

⁷⁷ Vgl. Schönwalder 1998, S. 84

⁷⁸ Es ist zu vermuten, daß Smith einen „konsensuellen Führungsstil“ (Shaw 1996, S. 193) pflegte und darauf achtete, keine programmatischen Veränderungen anzustreben, die große Teile der Labour Party ablehnten, um in dem Konflikt mit den Gewerkschaften genügend Unterstützung für sich mobilisieren zu können.

⁷⁹ Der Beschluß legte fest: „Section 3 shall consist of those members of affiliated organizations who have indicated their support for the Labour Party [...] Voting shall take place under the procedures of each affiliated organization and aggregated for a national total“ (Rule C5.3 (b) of the Rules for Party Conference in der Fassung von 1993, zit. nach: McSmith 1997, S. 106; vgl. auch: Shaw 1996, S. 193)

⁸⁰ Tatsächlich ließen sich nur ein Teil der affilierten Mitglieder als Unterstützer der Labour Party registrieren. Bei der Wahl Tony Blair etwa betrug die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen in allen drei Wählergruppen 952.109 (vgl. McSmith 1997, S. 63). Dagegen lassen die Ergebnisse der Wahl der zwölf dem NEC angehörenden Vertreter der Gewerkschaften auf dem Parteitag der Labour Party darauf schließen, daß die Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt etwa 3,5 Mio. affilierte Mitglieder vertraten (vgl. Labour Party, Internet-Veröffentlichung unter der Adresse „<http://www.conf.labour.org.uk/labour/publications.nsf>“, Okt. 1998).

noch stärker als durch die Direktwahlen in den örtlichen Parteigliederungen von der parteiinternen Diskussion abgekoppelt wurde. Parteimitglieder und Gewerkschaftsmitglieder, die die Labour Party unterstützten, wählten vorwiegend aufgrund der ihnen über die Medien zugänglichen Informationen und wurden natürlich auch durch die veröffentlichte Meinung maßgeblich beeinflusst. Dies gab der Parteiführung, die in engem Kontakt mit linken Medien, wie zum Beispiel den Zeitungen *The Guardian*, *Daily Mirror* und *The Independent*, stand, eine enorme Macht über die Willensbildung in der Partei.⁸¹

Noch schärfer war der Konflikt in der Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an den Wahlen der Kandidaten der Labour Party. Eric Shaw zufolge startete eine von Kinnock geförderte Gruppe der Modernisierer um Gordon Brown, Tony Blair und Peter Mandelson⁸² eine Kampagne in den Medien, die – entgegen der offiziellen Analyse der Partei – die Gewerkschaften für die vorangegangene Wahlniederlage verantwortlich machten. Tony Blair gehörte zu dieser Zeit zu der Minderheit in der Führung der Labour Party, die offen für die Abschaffung der Blockwahl eintrat. Dies sollte sich jedoch in dem Maße, in dem die Modernisierer an Einfluß gewannen, ändern. John Smith, der lange Zeit zögerte, die organisatorischen Veränderungen offensiv einzuleiten, ging 1993 zum Angriff gegen die starke Stellung der Gewerkschaften in der Labour Party über:

„By the time Blair arrived, the cause of one member, one vote was almost dead. [...] At first, Blair appeared to be in a minority of two, his one ally being Nigel Harris of the AEEU, as he stuck out obstinately for a straightforward one-member, one-vote system. Unexpectedly, however, John Smith went on breakfast television on 10 January 1993 and emphatically restated that the block vote would have to go [...]“⁸³

Die Gewerkschaftsführer hingegen befürchteten, daß die von Smith angestrebten Maßnahmen nur ein weiterer Schritt zur Abkoppelung der Labour Party von den Gewerkschaften sein würde. Ihre Gegenwehr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie fürchteten, einen weiteren Verlust ihres Einflusses nicht mehr aufhalten zu können, wenn sie auf einen Teil ihrer Macht verzichteten. Hierbei spielte unter anderem die Finanzierung der Labour Party eine wichtige Rolle:

„[...] the GMB and TGWU officials were right in suspecting that there was more at stake. To the modernizers, the unions represented a ‘special interest’ whose entrenched influence within the Party severely tarnished its appeal. It seems very likely that their ultimate intention was, as soon as state funding could be arranged, to snap the organizational tie between the unions and the Party.“⁸⁴

Die Parteiführung arbeitete als Reaktion auf die ablehnende Haltung der Gewerkschaften einen

⁸¹ Vgl. Shaw 1996, S. 189

⁸² Mandelson, später Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Blair, ist einer der wichtigsten „spin doctors“, die Blair zur Durchsetzung seiner Vorstellungen in der Labour Party verhalfen (vgl. *Der Spiegel* 35/1997, S. 158-162, sowie das stärker differenzierende Kapitel „The Myth of Peter Mandelson“ in: McSmith 1996, S. 291-348). Er wurde 1985 zum ersten „Director of Campaigns and Communications“ der Labour Party ernannt (vgl. Schönwalder 1998, S. 86).

⁸³ McSmith 1997, S. 58

⁸⁴ Shaw 1996, S. 194

Kompromißvorschlag aus, das sogenannte „levy-plus“-Schema. Es sah vor, daß Gewerkschaftsangehörige, die erklärten, die Labour Party zu unterstützen, an den Wahlen teilnehmen konnten, wenn sie einen reduzierten Mitgliedsbeitrag leisteten, der um £12 unter dem normalen jährlichen Beitrag lag.⁸⁵ Zudem erklärte Smith ausdrücklich, daß die Vollbeschäftigung das Ziel seiner Politik bleibe, um den Widerstand der Gewerkschaften zu überwinden.⁸⁶ Zunächst widersetzte sich die Mehrheit der Gewerkschaften dem Kompromiß und wurden darin von vielen örtlichen Parteigliederungen unterstützt. Letztendlich jedoch setzte sich die Parteiführung ihren Kompromißvorschlag durch, allerdings mit einer äußerst knappen Mehrheit von 47,5 % gegenüber 44,4 % der Stimmen. Andy McSmith, ehemaliger Pressesprecher der Labour Party, beschreibt die Dramatik der Situation: „The 1993 party conference produced a genuine cliffhanger, which almost destroyed Smith’s own leadership.“⁸⁷

Der dargestellte Rückgang des Einflusses der Gewerkschaften auf die Labour Party betraf nicht nur die Wahlen und die Willensbildung in der Partei. Er erstreckte, wie oben bereits angemerkt, beispielsweise auch auf die Finanzierung der Labour Party. Der Parteiführung war es bisher nicht möglich, eine Finanzierung durch den Staat zu erreichen, aber sie bewirkte eine stetige Verringerung des Anteils der Gewerkschaften an der Finanzierung der Partei. Steuern die Gewerkschaften 1979 noch über fünf Sechstel (85,6 %) zu den allgemeinen Einnahmen der Labour Party bei, so sank dieser Anteil auf 78,6 % im Jahr 1983 und 71,2 % im Jahr 1987.⁸⁸ Mitte der neunziger Jahre finanzierten die Gewerkschaften nur noch 54 % der Einnahmen.⁸⁹

2.2 Tony Blair in der „Stakeholder-Phase“

Wie oben bereits kurz erwähnt, hat Tony Blair zu Beginn seiner Amtszeit zunächst versucht, die „harte Linke“ in der Labour Party zu isolieren. Blair hat in dieser Zeit nicht den scharfen marktwirtschaftlichen Kurs verfolgt, der seine Politik als Regierungschef in Großbritannien kennzeichnet und der die bekannte britische Wirtschaftszeitschrift *The Economist* dazu verleitete, Tony Blair ein Jahr nach seinem Amtsantritt als „the strangest Tory ever sold“⁹⁰ zu charakterisieren. Blair stand in seiner öffentlichen Selbstdarstellung in dieser Zeit eher den keynesianisch beeinflussten Gedanken Will Huttons über die „stakeholder economy“ und den kommunitaristischen Idealen Amitai Etzionis nahe als

⁸⁵ McSmith 1997, S. 58

⁸⁶ Vgl. Shaw 1996, S. 194. Diese Aussage ist bedeutsam, da das Ziel der Vollbeschäftigung in der Zeit, in der Tony Blair Sprecher der Labour Party in Fragen der Beschäftigung war, „aus dem Katalog der Ziele Labours verschwand“ (McSmith 1997, S. 62). Auch in *Looking to the Future*, dem Report der Policy Review Group, der in dieser Zeit entstand, wird die Vollbeschäftigung nicht als Ziel der Labour Party erwähnt.

⁸⁷ McSmith 1997, S. 113. Vgl. auch: ebd., S. 59

⁸⁸ Vgl. Webb 1992, S. 20

⁸⁹ Vgl. German 1998, S. 9. Karen Schönwalder zufolge kamen die Gewerkschaften 1996 lediglich für ein Drittel der Finanzierung der Labour Party auf (vgl. Schönwalder 1998, S. 90).

⁹⁰ *The Economist*, 2.-9. Mai 1998, S. 12 (Überschrift)

den Überlegungen Anthony Giddens über den „Dritten Weg“.

Diese Phase der programmatischen Modernisierung der Labour Party findet ihren Niederschlag in dem Sammelband „New Britain. My vision of a Young Country“, der von Blair 1996 herausgegeben wurde und der eine Reihe von Reden Tony Blairs aus der Zeit von 1993 bis 1996 enthält. Diese Reden decken zwar sicherlich nicht alle von Tony Blair in dieser Zeit geäußerten Überlegungen ab, aber sie spiegeln zum einen die von Blair 1996 bereits bevorzugte „individualistische“ Konzeption der „stakeholder society“ und des Kommunitarismus wieder und enthalten andererseits noch viele Elemente der insbesondere bei Hutton entlehnten „institutionellen“ Konzeption der „stakeholder economy“.

Diese Phase Tony Blairs, und nicht seine Politik als Premierminister, sollen daher als Vergleichspunkt für die der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegende Fragestellung, ob und wieweit Lionel Jospin einer der Politik Blairs ähnliche Strategie verfolgt, dienen. Die Vertreter des Modernisierungsflügels der Parti socialiste beziehen sich zwar nicht auf die „stakeholder society“ oder die Theorie des Kommunitarismus, aber auch sie verwenden, wie später zu zeigen sein wird, ähnliche Begriffe, sehen den Sozialismus, ebenso wie Blair, auf ethischen Werten begründet und betonen das „Individuum“ gegenüber dem „Kollektiv“, die „gesellschaftliche Integration“ gegenüber der „sozialen Gleichheit“.

2.2.1 Die Neufassung der Clause IV

Vor allem während der Diskussion um die Clause IV des Programms der Labour Party gibt sich Blair in wirtschaftlichen Fragen wesentlich linker, als man dies angesichts seiner seit 1997 verfolgten Regierungspolitik vielleicht erwarten würde. Man muß sich bei dieser Debatte vergegenwärtigen, daß es sich, auch in den Augen der meisten Beteiligten, nicht um eine Programmdebatte im eigentlichen Sinne, sondern um eine Debatte um die ideologische Ausrichtung der Labour Party handelte. Sie ist vergleichbar mit der Debatte in der SPD um das Godesberger Programm, die ebenfalls zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem der Sozialismus für die SPD kein *praktisches* Ziel mehr darstellte: „By 1992, any form of nationalization had been excised from Labour’s manifesto. Only the historic Clause Four, Part IV of the Labour Party’s constitution remained.“⁹¹

Von Blair und seinen Beratern, wie zum Beispiel von Peter Mandelson und Roger Liddle, wurde jedoch gerade dieser Kampf als entscheidend für die Isolierung der Linken in der Labour Party einerseits und als Sprungbrett für weitere Veränderungen unter Blairs Führung andererseits angesehen.⁹²

Blair Strategie war, die alte Fassung der Clause IV durch einen neuen Text zu ersetzen, der die

⁹¹ McSmith 1997, S. 66

⁹² Schönwalder 1998, S. 89. Zur Strategie der beiden hier angesprochenen Politiker siehe auch: Mandelson/Liddle 1996

Marktwirtschaft eindeutig befürwortet. Er stellte seine Fassung der alten Version alternativ gegenüber, mit dem Ziel, die Entscheidung über die Clause IV unmittelbar mit einem Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zu den Grundsätzen des Modernisierungsfügels zu verbinden. In der neuen Fassung verpflichtete sich die Labour Party „to work for a dynamic economy, serving the public interest, in which the enterprise of the market and the rigour of competition are joined with the forces of partnership and co-operation [...] with a thriving private sector and high quality public services“⁹³. Blair sieht sich dennoch einige Monate, nachdem er auf Parteikonferenz in Blackpool im Oktober 1994 die Debatte eröffnet hatte, scharfen Angriffen gegenüber, die sogar sein Projekt der Neufassung der Clause IV hätten gefährden können. Eine Umfrage der Zeitung *Tribune* kam zu dem Ergebnis, daß 90 % der örtlichen Parteigliederungen der Labour Party, die die Frage bereits diskutiert hatten, die Änderung der Clause IV ablehnten. Zudem rief eine Gruppe von Abgeordneten der Labour Party im Europäischen Parlament in einer Zeitungsanzeige zur Beibehaltung der Clause IV auf.⁹⁴

Auch Eric Shaw schreibt, daß Ende 1994 Beschlüsse örtlicher Parteigliederungen eine starke Zustimmung zur alten Fassung erwarten ließen, so daß die Möglichkeit bestand, daß die geänderte Fassung nur mit Hilfe der Stimmen der Gewerkschaften, deren Einfluß Blair zurückdrängen wollte, beschlossen werden würde.⁹⁵ Blair reagierte darauf sowohl mit einer außergewöhnlich umfangreichen Offensive, die sich nicht auf die Medien beschränkte, sondern auch mehrere außerordentliche Versammlungen der Labour Party auf regionaler Ebene mit einbezog. McSmith betont, daß seit Tony Benn kein Führer der Labour Party so viel Zeit aufgewandt habe, um die Mitglieder vor Ort von seiner Politik zu überzeugen:

„A sequence of public meetings was hastily organized, each open to an audience of several hundred paid-up party members, starting in Gateshead on 26 January and ending in Lewisham, in south London, on 19 April. Over those three months, party members saw and heard their leader speak in person. Not since Tony Benn was at its peak had any leader with sufficient pulling power thought it worthwhile to devote so much time to preaching to activists.“⁹⁶

Zudem zeigte er sich auf diesen Veranstaltungen nicht als Verfechter eines harten marktwirtschaftlichen Kurses, sondern sprach sich für ein Zusammenspiel staatlicher und privater Bereiche aus. Zwar bleibt unklar, was Blair mit einer „Verstaatlichung“ des National Health Service konkret meint; dennoch ergreift er in folgender Passage Position für ein stärkeres Engagement des Staates in Bereichen wie der Gesundheits- und der Bildungspolitik, die unter den Regierungen Thatcher und Major immer stärker unter privaten Einfluß gelangt waren:

„‘Strong public services.’ Let me tell you this: I will renationalize the National Health Service, to make it once more a service run for the whole nation, and we will make education the great liberator.

⁹³ Zit. nach: Shaw 1996, S. 199. Siehe auch: McSmith 1997, S. 73

⁹⁴ McSmith 1997, S. 69

⁹⁵ Vgl. Shaw 1996, S. 199

⁹⁶ McSmith 1997, S. 70. Vgl. auch: Shaw, S. 199

The goal is nursery education for all; raising school standards; broadening A-levels; bringing vocational and academic learning closer together; ensuring no one is shut out of higher education through poverty [...]“⁹⁷

Blair weist gleichzeitig den Vorwurf von sich, alte Ideale der Labour Party aufzugeben. Vielmehr würden durch die Neufassung der Clause IV diese Ideale erst praktisch wirksam werden. Die neue Fassung der Clause IV sei radikaler als die alte Version, da sie mit dem Anspruch verfaßt sei, tatsächlich umgesetzt zu werden:

„Let no one say radical politics is dead. In fact the new statement is much more radical than the original – because we intend to put it into practice. I can be the first leader in our history to stand up and say, ‘I will implement Clause IV, Part 4 of our constitution.’ It is radical, but it also relevant, sensible and modern – definitively new; definitively Labour.“⁹⁸

2.2.2 Die „Stakeholder Society“

Blairs Konzeption war in den Jahren 1994 und 1995 stark vom Begriff der sogenannten „stakeholder economy“ bestimmt. Blair widmet immerhin den letzten von sechs Teilen, aus denen sein Buch *New Britain* besteht, dem Thema „Stakeholder Britain“.⁹⁹ Dieser Begriff, der vor allem vom Herausgeber des Guardian, Will Hutton, geprägt und propagiert wurde,¹⁰⁰ ist als Gegenentwurf zum „shareholder value“-Konzept zu verstehen und wendet sich vor allem gegen neoliberale wirtschaftspolitische Ansätze. Der Zusammenhang zwischen diesem Konzept und dem Konflikt über die Neufassung der Clause IV besteht darin, daß es genau die „stakeholder economy“ war, die nach der Aufgabe des alten, sozialistischen, Leitbildes als neue Vision dienen konnte. Damit erschien die Änderung der Clause IV nicht als Niederlage der Linken gegenüber den Konservativen, sondern als Entdeckung eines neuen Ziels. Will Hutton schreibt, daß die Leitidee der Linken nicht mehr die Gleichheit, sondern die soziale und wirtschaftliche Integration sein müsse: „What underpins the fundamental idea of stakeholding is that social and economic inclusion, rather than equality, should be the overriding objective for the contemporary left.“¹⁰¹

Hutton wendet sich in *The State We're In* allerdings klar gegen eine reine Marktideologie und stellt sich in die Tradition von Keynes und Beveridge. Ihm zufolge sind die Themen, die er in seinem Buch anspricht, für Großbritannien nicht neu: es seien zentrale Gedanken von Keynes und Beveridge,

⁹⁷ Blair: „New Clause IV“, Rede auf einer außerordentlichen Parteikonferenz der Labour Party 19. 4. 1995, in: Blair 1996, S. 53

⁹⁸ Ebd., S. 54

⁹⁹ Allerdings datieren alle darin enthaltenen Reden von 1996, sind also zu einem Zeitpunkt gehalten worden, zu dem sich Blair inhaltlich bereits stark vom „stakeholder economy“-Konzept abgrenzte. Daher wird im Folgenden vorrangig auf andere Quellen verwiesen.

¹⁰⁰ Hutton 1995

¹⁰¹ Hutton 1997, S. 3

die durch den „Sozialismus des Zwanzigsten Jahrhunderts“ und den „Konservatismus der Neuen Rechten“ verschüttet worden seien.¹⁰² In einem Kapitel seines Buches *The State We're In* mit der Überschrift „Why Keynesian economy is best“ schreibt Hutton geradezu ehrfürchtig über Keynes:

„John Maynard Keynes offered the outstanding alternative theory of capitalism. In a series of tracts and books in the 1920s and 30s he pulled down the free market edifice and erected something more powerfully explanatory in its place. [...] It was an intellectual *tour de force*, and although Keynes' policy conclusions were only partially implemented by his interpreters they none the less offered the world an unparalleled period of prosperity.“¹⁰³

Später jedoch fließt der „stakeholder economy“-Ansatz nicht nur bei Blair, wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, sondern auch bei Hutton in eine übergreifende, kommunitaristische, Gesellschaftskonzeption ein. Traditionelle nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Ansätze, auf die sich Hutton 1995 noch ausdrücklich beruft, geraten in den Hintergrund. Die folgende Passage zeigt, wie stark sich Hutton zu diesem Zeitpunkt die kommunitaristischen Begriffe „membership“, „inclusion“ und „mutuality of right and obligations“ zu eigen gemacht hat:

„Inclusion implies membership; you cannot be included if you are not a member. But membership entails obligations as well as rights. So a stakeholder society exists where there is a mutuality of rights and obligations constructed around the notion of economic, social and political inclusion.“¹⁰⁴

Hutton behauptet zwar an gleicher Stelle, daß Blair „sich entschlossen hat, das Konzept der Teilhabe [stakeholding] mit allen seinen radikalen Seiten zu benutzen, und daß er an ihm festgehalten hat.“¹⁰⁵ Aber Blair, der sich von Beginn an gegen keynesianische Eingriffe in die Wirtschaft aussprach, hat die keynesianische Seite der „stakeholder economy“ zunehmend heruntergespielt und sich auch in der breiten Öffentlichkeit oft unklar, zuweilen auch eindeutig ablehnend gegenüber keynesianischen Konzepten geäußert. So spricht er bereits 1995 in einer zentralen wirtschaftspolitischen Rede von einem „Scheitern der keynesianischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit“ und nennt als wichtigste Lehre, daß „die Kontrolle der Inflation durch eine makroökonomische Rahmenpolitik sogar noch wichtiger ist, als die Tories meinten“.¹⁰⁶ Ein stabiler allgemeiner Rahmen der Fiskal- und Geldpolitik sei die wichtigste Voraussetzung für private Investitionen.¹⁰⁷

Diese Leitsätze, die Blair 1995 vor britischen Wirtschaftsführern und Wirtschaftswissenschaftlern offen ausgesprochen hat, setzte er zu Beginn seiner Amtszeit tatsächlich in die Tat um, indem er die britische Zentralbank für unabhängig erklärte. Zur selben Zeit jedoch trat Blair in der vor der allgemeinen Öffentlichkeit noch anders auf. In der bereits erwähnten Rede über die Neufassung der Clause

¹⁰² Hutton 1995, S. 325f.

¹⁰³ Ebd., S. 239

¹⁰⁴ Hutton 1997, S. 3

¹⁰⁵ Ebd., S. 8

¹⁰⁶ Blair: „The British Experiment – an Analysis and an Alternative“, Mais Lecture, Rede an der City University of London, 22. 5. 1995, in: Blair 1996, S. 84

¹⁰⁷ Ebd., S. 86

IV nennt Blair als erste wirtschaftliche Herausforderung einer Labour-Regierung, „Tory boom and bust“¹⁰⁸ zu beenden. Dies wurde in der breiten Öffentlichkeit als Versprechen verstanden, durch staatliche Maßnahmen starke Konjunkturschwankungen und insbesondere Wirtschaftskrisen zu verringern. Daß Blair von „Tory boom and bust“ spricht, ist sicher kein Zufall: ihm zufolge war es nicht die fehlende Steuerung der Wirtschaft durch die konservative Regierung, sondern gerade ihre wechselhafte Wirtschaftspolitik, die die starken Konjunkturschwankungen ausgelöst habe. An anderer Stelle spricht sich Blair jedoch ausdrücklich für eine Stabilisierung des Wachstums der realen Wirtschaft aus: „We do not want a return to the damaging cycle of boom and bust which has characterised the Tory years. What is needed now is steady and sustainable growth in the economy [...]“¹⁰⁹

Zudem betont Blair noch im Jahr 1996, sich staatliche Eingriffe in den Markt zu Gunsten des Allgemeininteresses vorzubehalten. Die Marktwirtschaft sei im Interesse der Allgemeinheit, so Blair, aber sie sei mit diesem Interesse nicht gleichzusetzen. Ihm zufolge sei es überzeugender, für begrenzte Eingriffe in die Wirtschaft einzutreten, wenn man dadurch nicht den Einruck erwecke, die Marktwirtschaft vollständig abschaffen zu wollen: „I’ve always thought that it is much easier to make the case for intervention in the market economy provided that you’re credible on your support for the notion of a market economy itself.“¹¹⁰

Diese Haltung ist eher vergleichbar mit der klar keynesianischen Position Huttons, der sich auch 1997 klar gegen eine monetaristische Geldpolitik ausspricht und fordert, daß die Linke bereit sein müsse, die Vorherrschaft der Marktkräfte und die engen Gesetze der Finanzwelt in Frage zu stellen. Eine erfolgreiche Marktwirtschaft brauche eine Koordinierung zwischen Sparern und Investoren, die dem Markt nicht völlig überlassen werden dürfe. Er spricht sich deutlich gegen eine orthodoxe Stabilitätspolitik aus, wie sie Blair in verschiedenen Reden vor Wirtschaftsfachleuten vertreten hatte, in denen er unter anderem ankündigte, daß die Labour Party sich ein explizites Ziel für die Inflation setzen würde.¹¹¹ Hutton formuliert:

„[...] we must be willing to have an expansionary bias in macroeconomic policy which creates the expectation of steady increases in demand. Consequently I am a critic of economic policies which are too oriented around financial targets – be it inflation or one measure of the money supply – or which seek stability at all costs.“¹¹²

Ähnliche Differenzen zwischen der Position Blairs und derjenigen der Begründer des Konzepts

¹⁰⁸ Blair: „New Clause IV“, Rede auf einer außerordentlichen Parteikonferenz der Labour Party 19. 4. 1995, in: Blair 1996, S. 52

¹⁰⁹ Blair: „Housing“, Rede auf einer Parteikonferenz der Labour Party zur Wohnungspolitik, 5. 3. 1995, in: Blair 1996, S. 200

¹¹⁰ Blair, BBC Radio 4, 18. 2. 1993, in: Blair 1996, S. 109. Das Zitat selbst stammt zwar von 1993, Blair hat es jedoch in die Sammlung seiner Reden, die im Jahr 1996 veröffentlicht wurde, aufgenommen und als Einschub in den Text seiner Rede „New Labour, New Britain“ zusätzlich hervorgehoben.

¹¹¹ Blair: „The British Experiment – an Analysis and an Alternative“, Mais Lecture, Rede an der City University of London, 22. 5. 1995, in: Blair 1996, S. 86

¹¹² Hutton 1997, S. 6

der „stakeholder economy“ lassen sich in vielen Bereichen finden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Rolle der Gewerkschaften. Hutton lehnt zwar einen „altmodischen Korporatismus“ ab, spricht sich aber deutlich für eine stärkere Rolle der Gewerkschaften als „Sozialpartner im europäischen Sinne“¹¹³ auf der Ebene des Betriebs aus. In einer „stakeholder society“ würden die Gewerkschaften „eine stärkere oder andere Rolle“ einnehmen als im heutigen Großbritannien. Sie würden als Sozialpartner agieren und vor allem auf der Ebene der einzelnen Unternehmen und der Branche verhandeln.¹¹⁴

Blair und auch die Führung der Labour Party, die mittlerweile, auch aufgrund des Drucks der Gewerkschaften, deren Anerkennung auf Betriebsebene unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich eingeführt haben, zeigten sich jedoch in dieser Zeit gegenüber ähnlichen Vorstellungen des TUC ablehnend. Ihr Ziel war sicherlich, daß ihre Wähler nicht zu große konkrete Erwartungen mit der „stakeholder economy“ verknüpften. Noel Thompson schreibt, daß die Führung der Labour Party sich von Vorschlägen der Gewerkschaften, die sich als die Institution sahen, mittels derer die Arbeitnehmer im Sinne der „stakeholder economy“ Einfluß auf die Unternehmen gewinnen könnten, deutlich distanzieren. Ebenso lehnte sie Forderungen nach einem besseren Kündigungsschutz ab. Auch Huttons Einfluß auf die Programmatik Tony Blairs und der Labour Party wurde in diesem Zusammenhang stark heruntergespielt:

„When [TUC general secretary] John Monks suggested trade unions as the representative institutions through which working people could claim a stake in the management of enterprises and the national economy, the Labour leadership was quick to distance itself from his remarks. Similarly, when John Edmonds of the GMB saw stakeholderism as entailing new legal rights of job security, the response was equally cool. Those, like Will Hutton and David Marquand, who sought to give radical content to the idea [...] also received a Blairite brush-off. Thus Hutton was categorised dismissively a ‘a well-liked, useful, free-thinker, but not a great influence’, while Blair himself was quick to rule out the kind of corporate legislation which might give substance to a new vision of corporate responsibilities and behaviour.“¹¹⁵

Gavin Kelly, Dominic Kelly und Andrew Gamble fassen den sich verstärkenden Gegensatz zwischen den Theoretikern des „stakeholder capitalism“, die mehrheitlich auf institutionelle Veränderungen setzen, und der Haltung der Führung der Labour Party, die einen individualistischen An-

¹¹³ Mit „europäisch“ bezieht sich Hutton auf die Rolle der Gewerkschaften auf dem europäischen Festland, vor allem in Deutschland und Frankreich

¹¹⁴ Hutton 1997, S. 7. In *The State We're In* legt Hutton seine Vorstellungen genauer dar: „Rather than see themselves as the embodiment of a Labour movement dedicated to the transformation of capitalism, [British trade unions] have started to redefine themselves as social partners in the management of capitalism. [...] These trends should be entrenched by arming trade unions with proper constitutions and constitutional entitlements. Union recognition should be mandatory where a majority of workers freely wish it. Consultation with unions and representation of unions on company boards should be compulsory.“ (Hutton 1995, S. 297)

¹¹⁵ Thompson 1996, S. 38. 1994 hatte Blair auf dem Kongreß des TUC noch befürwortet, daß Arbeitgeber dort, „wo eine Mehrheit der Beschäftigten sich in Gewerkschaften organisieren wollen“, gesetzlich dazu verpflichtet werden sollten, diese Gewerkschaften anzuerkennen und „mit ihnen zu arbeiten“ (Blair: „New Labour and the Unions“, Rede auf dem Kongreß des TUC, 19. 11. 1994, in: Blair 1996, S. 132f.)

satz verfolgt, in dem von ihnen herausgegebenen Buch *Stakeholder Capitalism* sehr prägnant zusammen. Auf der einen Seite sähen die Vertreter des individualistischen Ansatzes „die Arbeit, die [beruflichen] Fähigkeiten und das Eigentum“ als Grundlage der Teilhabe, auf der anderen Seite betonten die Anhänger des institutionellen Ansatzes den Einfluß auf die Entscheidungen in der Wirtschaft und im Staat. Huttons Ansatz umfasse beide Ansatzpunkte, lege den Schwerpunkt jedoch auf die Strukturen der Wirtschaft und auf umfassende institutionelle Veränderungen. In der Labour Party setze sich jedoch der individuelle Ansatz immer mehr durch:

„Is a stakeholder society one in which individuals hold stakes in the form of jobs, skills, capabilities, and property; or in the form of rights of representation in collective entities like companies and nation states? The answer must be both, but different conclusions follow for the meaning of stakeholding depending on which is given priority. [...]

[Hutton] argues that stakeholding is the appropriate organising concept for the contemporary left because it offers a radically different interpretation of how a capitalist economy can be run. For Hutton the stakeholder agenda must be comprehensive, covering ownership and control of companies, relationships at work, education and training, welfare, macroeconomic policy and constitutional change. The focus is on structures and economy-wide institutions. [...]

The individualist approach, by contrast, which is an increasingly important strand of New Labour thinking [...] sees the priority not as changing institutions but as helping individuals.“¹¹⁶

Alasdair Darling, in der Labour Party für Angelegenheiten der Londoner City zuständig, begründet diese Beschränkung gegenüber der Financial Times mit der Einschätzung, daß es eine Grenze für die Umgestaltung der britischen Wirtschaftsstruktur durch Gesetze gebe. Daher komme es vor allem darauf an, das Verhalten und die Einstellung der Menschen zu ändern: „What you are trying to do is change people’s behaviour and attitudes.“¹¹⁷ Damit entledigt er gleichzeitig die Labour Party von der Verantwortung für die Umsetzung des Projekt der „stakeholder society“: Wenn politische Maßnahmen ohnehin nichts erreichen können, dann können auch keine Erwartungen oder Forderungen an die Politiker gerichtet werden. Im selben Artikel verweist die Financial Times darauf, daß die Labour Party „Insidern zufolge“ tatsächlich beabsichtigte, sich von den Thema der „stakeholder society“ zu lösen.¹¹⁸

Hinzu kam, daß Blair zunehmend das Konzept der „stakeholder society“ mit Verschlechterungen für die Arbeitnehmer verband. So schreibt er in der ersten Ausgabe der Zeitschrift „progress“ in einem Beitrag unter dem Titel „My vision of One Nation Stakeholder Britain“, daß die wirkliche Veränderung in den industriellen Beziehungen darin besteht, daß die Bedrohung durch die ausländische

¹¹⁶ Kelly/Kelly/Gamble 1997, S. 240f.

¹¹⁷ Alastair Darling, zit. nach: Financial Times, 26. 6. 1996

¹¹⁸ Financial Times, 26. 6. 1996. Auch Karen Schönwalder stellt fest: „Das Projekt der Stakeholder-Wirtschaft, zwischenzeitlich propagiert als linkes Konzept einer »egalitären Marktwirtschaft« (Gamble/Kelly) ist aus der Diskussion verschwunden.“ (Schönwalder 1998, S. 101)

Konkurrenz größer sei als Meinungsverschiedenheiten mit dem Management.¹¹⁹ Blair zufolge sind es die Beschäftigten, die auf dem Weg der Verständigung mit den Firmenleitungen die größeren Zugeständnisse machen sollten.

Diese Meinungsverschiedenheiten über den Gehalt der „stakeholder economy“ bestanden nicht nur zwischen Blair und Hutton. Eine Reihe von wichtigen Verbündeten Blairs zur Zeit der Auseinandersetzung um die Neufassung der Clause IV trat 1996 in dieser Sache öffentlich gegen Blair auf. Will Hutton, David Marquand, Gründer der Social Democratic Party, Frank Field, später in der Regierung für die Reform des Wohlfahrtsstaates zuständig, John Kay und John Gray bestehen in der Zeitung *The Observer* unter der Überschrift „Tony and the Tories: This is what we mean“ darauf, daß ihr Konzept eine „Reform der staatlichen Institutionen Großbritanniens von der nationalen Haushaltspolitik bis zur Gemeindeverwaltung“ umfasse und als „zusammenhängendes Ganzes“ zu verstehen sei. Sie fordern die Einrichtung von „starken Institutionen, die Kooperation und Vertrauen fördern“, wie sie in „Ländern wie Norwegen oder der Schweiz“ bestünden und werfen Blair vor, bei der Formulierung seiner Politik nicht weit genug zu gehen:

„Mr. Blair und die Labour Party betonen, sie wollten weder als Neue Rechte noch als Alte Linke verstanden werden, ihnen gehe es um die *stakeholder*-Gesellschaft. Wir stimmen überein, daß dies der richtige Kurs ist. Aber das bisher vertretene Programm wird den damit verbundenen Erfordernissen nicht gerecht. Die Gefahr besteht nicht darin, zuviel zu tun, sondern darin, zu wenig zu tun.“¹²⁰

2.2.3 Kommunitarismus

Mit der vorrangig auf die individuelle Ebene beschränkte Lesart der „stakeholder economy“ näherte sich Blair immer stärker kommunitaristischen Konzeptionen an, insbesondere der kommunitaristischen Strömung um Amitai Etzioni. Diese Strömung sieht vor allem die Wiederherstellung einer Wechselbeziehung zwischen Rechten und Verpflichtungen in allen Lebensbereichen als zentrale Herausforderung für die Gesellschaft und die Politik an. Ein von „siebzig führenden Amerikaner“ unterstütztes Manifest, das Amitai Etzioni unter dem Titel „The Responsive Communitarian Platform: Rights and Responsibilities“ veröffentlichte¹²¹, stellt fest, daß „die ausschließliche Verfolgung des Privatinteresses“ die sozialen Netzwerke zerstöre. Die individuelle Freiheit, so die Autoren, gründe auf der Erhaltung von Institutionen der zivilen Gesellschaft, in denen die Bürger Respekt gegenüber anderen und gegenüber sich selbst erlernen und ein Gefühl für ihre „persönlichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen“ entwickeln könnten. Sie stellen fest, daß sie keine „bestimmte Politik“ fordern, sondern eine neue Herangehensweise an gesellschaftliche Probleme: Der Schwerpunkt müsse

¹¹⁹ Vgl. Blair 1996b, S. 14

¹²⁰ Hutton u. a., *The Observer*, 7. 7. 1996; deutsche Übersetzung in: *Blätter* 8/1996, S. 1024

¹²¹ Etzioni 1993, S. 251-267

auf Gemeinschaften und Familien gelegt werden, die „soziale Seite der menschlichen Natur“ wieder in den Vordergrund gerückt werden. In einer rechtsstaatlich geordneten Gesellschaft sei es notwendig, daß die Bürger, „individuell und gemeinschaftlich“, Verantwortung wahrnehmen würden:

„A Communitarian perspective does not dictate particular policies. Rather, it mandates attention to what is often ignored in contemporary policy debates: the social side of human nature; the responsibilities that must be borne by citizens, individually and collectively, in a regime of rights; the fragile ecology of families and their supporting communities; the ripple effects and long-term consequences of present decisions.“¹²²

Der Kommunitarismus stellt sich damit in direkten Gegensatz zur unter der Regierung Thatcher in Großbritannien vorherrschenden individualistischen Ideologie. Der Grundsatz des Kommunitarismus besteht darin, daß sich menschliches Leben und auch individuelle Freiheit nur in einer intakten Gemeinschaft entfalten kann, die auf allgemeinen Normen und gegenseitigen Verpflichtungen gründet. Unterschiede zwischen den einzelnen kommunitaristischen Strömungen bestehen vor allem hinsichtlich der Frage, wie diese Normen und Verpflichtungen bestimmt werden sollten und in welchem Verhältnis sie zu individuellen Rechten stehen.

Die unbestritten fortschrittliche Seite des Kommunitarismus besteht darin, daß er im Gegensatz zur landläufigen liberalen Anschauung davon ausgeht, daß Menschen nur in der Gesellschaft ihr Leben entfalten können. Dies läuft der Theorie, wonach dem Interesse aller am besten gedient ist, wenn jedes Mitglied einer Gesellschaft seine individuellen Interessen im Wettstreit mit allen anderen verfolge, diametral entgegen. Zwar ist der Gedanke nicht neu – bereits Marx hat den Menschen als „Gattungswesen“ definiert¹²³ – er hat jedoch mit dem Kommunitarismus Eingang in sozialwissenschaftliche Theorieströmungen gefunden, die sich nicht dem Marxismus zuordnen.

Anders als Marx, demzufolge die in der kapitalistischen Gesellschaft bestimmende Verwertungslogik des Kapitals die Menschen einander entfremdet, so daß sie sich zwangsläufig als Waren, und nicht als Menschen, gegenüber treten, sieht der Kommunitarismus die Möglichkeit, ein solches Verhältnis der Menschen zueinander auch und gerade innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsform zu verwirklichen. Für die Vertreter des Kommunitarismus ist die Verwirklichung dieser „community“ dringend notwendig, um den gefährdeten sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wieder herzustellen.¹²⁴

In der Einleitung zu Amitai Etzionis „The Spirit of Community“ verteidigen sich die Unterzeich-

¹²² Ebd., S. 254. Diese Gruppe gibt darüber hinaus eine Vierteljahreszeitschrift mit dem Titel *The Responsive Community: Rights and Responsibilities* heraus.

¹²³ so z. B. in der sechsten „These über Feuerbach“ (vgl. Marx 1990, S. 139)

¹²⁴ Auch für Hutton hat die Sorge um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft Priorität: „Social coherence is deteriorating year by year. [...] In this respect the country is at a turning-point like that of the 1630s, 1680s, 1830s, 1900s and 1940s. In each of these periods there was a conflation of economic, social and political crises which forced the decaying network of institutions to admit new demands for inclusion and participation.“ (Hutton 1995, S. 323f.)

ner der „Responsive Communitarian Platform“ gegen Mutmaßungen, daß der Kommunitarismus einer autoritären Gesellschaft den Weg bereiten würde, und heben erneut den Zusammenhang zwischen Rechten und Verpflichtungen hervor:

„*We hold* that law and order can be restored without turning this country of the free into a police state [...]

We hold that the family [...] can be saved, without forcing women to stay at home or otherwise violating their rights [...]

We hold that our call for increased social responsibilities, a main tenet of this book, is not a call for curbing rights. On the contrary, *strong rights presume strong responsibilities*.“¹²⁵

Unter der Überschrift „A Four-Point Agenda on Rights and Responsibilities“ führen die Autoren dies näher aus und fordern „ein Moratorium für die Schaffung der meisten, wenn auch nicht jeglicher, neuen Rechte“, die „Wiederherstellung des Zusammenhangs zwischen Rechten und Verpflichtungen“, und die behutsame „Anpassung einiger Rechte an veränderte Umstände“¹²⁶

Diesen theoretischen Hintergrund greift Blair begierig auf und benutzt ihn spätestens ab 1996 als Leitthema seiner politischen Agenda. Im Gegensatz zu der Haltung vieler anderer Politiker, die nur indirekt auf die Quellen ihrer politischen Konzepte verweisen, zitiert Blairs Verlag auf dem Klappentext von *New Britain* Etzioni, demzufolge Blair „auf einer Linie mit einer neuen, kommunitaristischen Vision“ liegt, mit den eindeutigen Worten: „An outstanding book by a most unusual politician: High risk–high gain, recasting party and country, in line with a new Communitarian vision. A model for the next U.S. president—and other true public leaders.“¹²⁷

Eine Hauptaufgabe Blairs besteht zunächst darin, eine Verbindung zwischen dem kommunitaristischen Ansatz und den Grundsätzen der Labour Party herzustellen, um diesen tatsächlich in der Partei verankern zu können. Blair verbindet die Vorstellung einer „community“, in der die Menschen nicht dem jeweils individuellen Privatinteresse, sondern der Gemeinschaft verpflichtet sind, mit dem Begriff der Solidarität. Ihm zufolge ist der Kommunitarismus der „moderne Ausdruck“ des „Geistes der Solidarität“, auf dem die Labour Party gegründet worden sei: „The spirit of solidarity on which the Labour Party was founded has a very modern meaning – the creation of a true community of citizens involving all the people and based on rights and responsibilities together.“¹²⁸

Unabhängig von der Richtigkeit der mit den jeweiligen politischen Grundsätzen verbundenen Analysen der Gesellschaft muß hier jedoch kritisch angemerkt werden, daß Blair hier die tatsächliche Bedeutung des „Geistes der Solidarität“ verschleiert, um die Verbindung mit dem Kommunitarismus konstruieren zu können. Unter „Solidarität“ wurde zu Zeiten der Gründung der Labour Party vor

¹²⁵ Etzioni 1993, S. 1. Kursiv im Original.

¹²⁶ Ebd., S. 4

¹²⁷ Blair 1996, Klappentext, vorderer Umschlag. Der deutsche Verlag wirbt seinerseits damit, daß Amitai Etzionis neuestes Buch „Tony Blairs Bibel“ sei (vgl. Schönwalder 1998, S. 93).

¹²⁸ Blair 1996, S. xii

allem die Solidarität der Lohnabhängigen gegenüber den Unternehmern bzw. den Kapitalbesitzern verstanden; es war eine Vorstellung von Solidarität, die sich aus der Analyse der Gesellschaft als Klassengesellschaft ergab. Blairs Vorstellung der „Solidarität“ hat hingegen eine andere, eher ethisch begründete Bedeutung, die im Deutschen eher mit dem konservativ geprägten Begriff „Gemeinsinn“ umschrieben werden kann. Auch Karen Schönwalder weist auf diese Umdeutung von Begriffen hin: „Sozialismus“, so schreibt sie, „hat für Tony Blair nichts mit einer bestimmten Analyse zu tun, sondern gilt ihm als Gemeinschafts- und Pflichtenethik“.¹²⁹

Tatsächlich benutzt Blair in dieser Zeit den Begriff „Sozialismus“ weiterhin, allerdings in einer völlig geänderten Deutung. Für ihn habe „der Sozialismus nie etwas mit Verstaatlichung oder der Macht des Staates zu tun gehabt, auch nichts mit der Wirtschaftsordnung oder der Politik“. Blair gibt dem Begriff „Sozialismus“ eine ausschließlich ethische, auf Werten begründete Bedeutung: „Socialism [...] is a moral purpose of life; a set of values; a belief in society, in co-operation, in achieving together what we are unable to achieve alone. It is how I try to live my life. [...] I am my brothers keeper.“¹³⁰

Es ist gerade diese Haltung, die es ihm ermöglicht, die Linke innerhalb der Labour Party als „Randgruppe“ anzugreifen und sie, gerade in der Debatte um die Neufassung der Clause IV, zu isolieren. „Dominierend“, schreibt Karen Schönwalder, „ist der Gestus einer »Errettung« der entstellten traditionellen Werte der Kooperation und gesellschaftlichen Solidarität, oder einer Wiederentdeckung der normalen, anständigen Mitglieder, die von den dogmatischen Aktivisten in den Hintergrund gedrängt worden seien.“¹³¹ Blair verwahrt sich gegen die Einschätzung, daß er mit der Modernisierung Grundsätze der Labour Party über Bord werfe. Ihm gehe es vielmehr darum, die Grundsätze der Labour Party wiederzuentdecken: „What modernisation to me is about is not dumping principle. It's the opposite. It's retrieving what the Labour Party is really about.“¹³² Anschließend müsse nach Wegen gesucht werden, in denen sie sich am effektivsten verwirklichen lassen: „First, Labour has returned to its values and is now seeking the clearest and most effective ways of putting them into practice.“¹³³

Sogar den Entwurf für das Wahlmanifest der Labour Party, der mit dem Name „New Labour, New Life for Britain“ die endgültige Durchsetzung seiner Strömung dokumentiert, sieht Blair völlig in der Tradition der Labour Party. Die ihm zu Grunde liegenden Prinzipien würden „den Führern und Aktivisten der Labour Party sehr bekannt erscheinen“, sie seien „eine Wiederentdeckung der Grundlage Labours“¹³⁴

¹²⁹ Schönwalder 1998, S. 93

¹³⁰ Blair: „The Young Country“, Rede auf dem Parteitag der Labour Party in Brighton 1993, in: Blair 1996, S. 62

¹³¹ Schönwalder 1998, S. 87

¹³² Blair: Rede auf einem Forum der Labour Party, 19. 4. 1995, in: Blair 1996, S. 52

¹³³ Blair 1996, S. xii

¹³⁴ Blair: „New Labour, New Life for Britain“, Rede im Millbank Tower, London, 4. 7. 1996, in: Blair 1996, S. 22

Das Thema „Rechte und Verpflichtungen“ ist das Leitmotiv eines eigenen Abschnitts in *New Britain*, der insgesamt acht Reden enthält und mit dem Titel „Security and Responsibility in a World of Change“ überschrieben ist. Eine dieser Reden, 1995 gehalten, befaßt sich ausdrücklich mit dieser Frage. Bereits einige der im Textteil hervorgehoben Passagen und Abschnittsüberschriften zeigen, daß Blair das Anliegen der Kommunitaristen um Etzioni, Verpflichtungen stärker zu betonen, voll übernimmt: „Duty is a cornerstone of a decent society.“¹³⁵ – „Duty is a Labour Value“¹³⁶ – „Of course, parents are every child’s first teachers.“¹³⁷

Blair stellt klar, daß es ihm, wie bereits dargestellt, vorrangig um eine Änderung der Einstellung der einzelnen Menschen gegenüber der Gesellschaft und weniger um eine Änderung der gesellschaftlichen Strukturen selbst geht. Er grenzt sich klar von „kollektivistischen Institutionen“ ab. Er schreibt, daß „eine starke Gesellschaft nicht mit einem starken Staat oder mit mächtigen kollektiven Institutionen“ verwechselt werden dürfe. Diese Verwirrung der frühen Linken hinge zusammen mit einem Glauben, daß die Rolle des Staates vor allem darin bestünde, Rechte zu gewähren. Wo die Kommunitaristen um Etzioni davon sprechen, daß die Verantwortung von den Bürgern „individuell und kollektiv“ getragen werden müsse, und ausdrücklich darauf verweisen, daß „Gemeinschaften und politische Körperschaften ebenso Verpflichtungen hätten“, geht Blair Interpretation – ähnlich wie bei der „stakeholder society“ stark in eine individualistische Richtung:

„But a strong society should not be confused with a strong state, or with powerful collectivist institutions. That was the confusion of early Left thinking. It was compounded by a belief that the role of the state was to grant rights, with the language of responsibility spoken far less fluently.“¹³⁸

Gegen diese Darstellung lassen sich eine Reihe von Einwänden anführen – unter anderem, daß das „frühe Denken der Linken“ einen starken Staat als möglichen Schutz gegen die in den Unternehmen – den vorherrschenden „kollektivistischen“ Organisationen – bestehende Willkür sah, aber keineswegs als Teil eines Idealbildes einer sozialistischen Gesellschaft.

Der wichtigste Einwand aber ist, daß Blair, wie auch die große Mehrzahl der Kommunitaristen zwei voneinander verschiedenen Dinge, die „Gemeinschaft“ und eine staatlich geordnete Gesellschaft, miteinander vermischen. Zwar muß es in jeder Form des menschlichen Zusammenlebens gewisse Verpflichtungen des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft geben. Die Forderung, daß dem Einzelnen Rechte nur aufgrund zuvor von ihm eingegangener Verpflichtungen gewährt werden könnten, ist jedoch nur für eine „Gemeinschaft“, verstanden als eine frei gewählte Form des Zusammenlebens, sinnvoll. Der Staat als Träger des Gewaltmonopols über ein bestimmtes Gebiet ist aber gerade

¹³⁵ Blair: „The Rights We Enjoy, the Duties We Owe“, Spectator Lecture, London, 22. 3. 1995, in: Blair 1996, S. 237 (herausgehobene Textpassage)

¹³⁶ Ebd., S. 238 (herausgehobene Abschnittsüberschrift)

¹³⁷ Ebd., S. 240 (herausgehobene Textpassage)

¹³⁸ Ebd., S. 236

dadurch gekennzeichnet, daß diese Mitgliedschaft nicht freiwillig ist.¹³⁹

Durch Gesetze erlegt der Staat den Bürgern eine Reihe von Verpflichtungen und Verhaltensregeln auf. Individuelle Rechte sollen dagegen den Zugriff des Staates auf den einzelnen beschränken, den einzelnen also vor einer zu starken Einschränkung seiner Entfaltungsmöglichkeiten durch eine nicht selbst gewählte Kollektivität sichern. Die Rechte des einzelnen gründen sich zunächst auf diesen Umstand, und nicht auf einer besonderen Verpflichtung des einzelnen, dem Wohl der Gemeinschaft zu dienen. Diesen Aspekt sehen viele Vertreter des Kommunitarismus nicht, und auch Blair fordert, daß Rechte die Folge von Verpflichtungen darstellen sollten: „Duty is the cornerstone of a decent society. It recognises more than self. It defines the context in which rights are given. It is personal; but it is also owed to society. [...] The rights we receive should reflect the duties we owe.“¹⁴⁰

Blair versucht, auch diese Konzeption des Zusammenhangs von Rechten und Pflichten in die Tradition der Arbeiterbewegung zu stellen. Er bezieht sich auf die ethischen Sozialisten William Cobbett und Robert Owen und zitiert R. H. Tawney, der einen Zusammenbruch der Gesellschaft, die auf der „Trennung von Rechten und Pflichten gründet“ konstatiert, mit den Worten: „Modern society is sick through the absence of a moral ideal [...] What we have been witnessing [...] is the breakdown of society on the basis of rights divorced from obligations.“¹⁴¹

Es ist dieser kommunitaristische Ansatz, der es Blair ermöglicht, seine Politik sowohl als Mittel zur Verwirklichung alter Werte der Labour Party als auch als völlig neuen Ansatz darzustellen. Er beschreibt sein politisches Projekt zumeist als ein Programm der „linken Mitte“, andere führende Politiker der Labour Party sprechen von der Partei der „Linken und der Mitte“ oder der „Mitte und der linken Mitte“¹⁴² und ist gleichzeitig bemüht, es nicht als Anpassung an die Politik der Konservativen erscheinen zu lassen, sondern als „radikale“ Alternative: „Our project is to redefine radical left-of-centre politics for the new millenium.“¹⁴³

Zu Beginn seiner Amtszeit als Parteivorsitzender beruft sich Blair sogar auf den „demokratischen

¹³⁹ Zwar kann man die Staatsbürgerschaft aufgeben, doch zieht dies in der Regel die Verpflichtung nach sich, eine andere Staatsbürgerschaft anzunehmen und ändert nichts an der Tatsache, daß der auf dem jeweiligen Gebiet bestehende Staat auch gegenüber denjenigen, die nicht dessen Angehörige sind, Gesetze und Vorschriften durchsetzt.

¹⁴⁰ Blair: „The Rights We Enjoy, the Duties We Owe“, Spectator Lecture, London, 22. 3. 1995, in: Blair 1996, S. 238

¹⁴¹ R. H. Tawney, zit. nach: Blair: „The Rights We Enjoy, the Duties We Owe“, Spectator Lecture, London, 22. 3. 1995, in: Blair 1996, S. 239

¹⁴² Vgl. Schönwalder 1998, S. 92. Der Begriff „left-of-centre“ ist im Index von Blairs Buch „New Britain“ enthalten und verweist dort auf fünfzehn verschiedene Textstellen (vgl. Blair 1996, S. 331).

¹⁴³ Blair: „New Clause IV“, Rede auf einer außerordentlichen Parteikonferenz der Labour Party am 29. 4. 1995, in: Blair 1996, S. 51. Brian Wilson, Abgeordneter der Labour Party, beginnt seinen Artikel „Why new Labour is radical“ in dem von Liam Byrne, Ian Cornfield und Derek Draper herausgegebenen Zeitschrift „progress“ mit dem Hinweis „Radicalism should be expressed in actions rather than rhetoric.“ und schreibt: „How do we define radicalism? It is surely in terms of changes which have a lasting effect on how society is structured and on the assumptions which underlie individual policies of government. In this respect, cultural change can be important as economic reforms.“ (Wilson 1996, S. 13)

Sozialismus“, die Leitidee der traditionellen Sozialdemokratie. Die Labour Party, so Blair, sei stets „die Partei gewesen, die sich um „die Opfer unserer Wirtschaft und Gesellschaft – die Arbeitslosen, die Kranken, die straffällig Gewordenen und die Obdachlosen“ gekümmert habe. Dies sei „ein Teil dessen, was uns zu demokratischen Sozialisten macht, und darauf sind wir stolz“. ¹⁴⁴ Ein „radikales und notwendiges Ziel“ sei es, so Blair, daß die Regierung jedem Bürger die „Teilhabe an der Gesellschaft“ ermögliche. ¹⁴⁵ Keine Gesellschaft, so Blair, könne vorankommen, wenn es nicht allen ihren Mitgliedern besser gehe. ¹⁴⁶

¹⁴⁴ Blair: „Social Justice“, Rede anlässlich der Veröffentlichung des Abschlußberichts der Commission on Social Justice, 24. 10. 1994, in: Blair 1996, S. 143

¹⁴⁵ Blair 1996, S. xii

¹⁴⁶ Ebd., S. x, ebenso auf der Klappe des rückseitigen Umschlags

3 Die Entwicklung der Parti socialiste

Nach einer Darstellung der grundlegenden Merkmale der Parti socialiste beschäftigt sich der folgende Teil der Arbeit mit den verschiedenen Strömungen in der Partei, von denen zunächst vor allem diejenige Mitterrands und der Modernisierungsflügel um Rocard näher betrachtet werden. Der anschließende Abschnitt stellt die Krise der Parti socialiste zu Beginn der neunziger Jahre und den Übergang des Bündnisses zwischen Jospin und Rocard von einem taktischen Pakt zu einer strategischen Koalition mit einer gemeinsamen politischen Grundlage, der sich in dieser Zeit vollzieht, dar.

In der Zeit des Aufstiegs Jospins, zum Präsidentschaftskandidaten und in der Folge zum Vorsitzenden der Parti socialiste treten die Gemeinsamkeiten zwischen seinen Positionen und denjenigen Tony Blairs am deutlichsten hervor. Er ist Gegenstand des vierten Abschnitts dieses Teils der vorliegenden Arbeit. Anschließend wird das durch die Streikbewegung vom November/Dezember 1995 eingeleitete – zumindest vorübergehende – Scheitern der Modernisierungsstrategie Jospins beschrieben. Im Rahmen dieses Abschnitts wird auch die Haltung des Modernisierungsflügels der Parti socialiste zu den Gewerkschaften behandelt, die zum Teil grundsätzliche Unterschiede zur Strategie Tony Blairs und seiner Verbündeten aufweist.

3.1 Grundlegende Merkmale der Parti socialiste

Die Parti socialiste in Frankreich unterscheidet sich von den meisten anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien dadurch, daß einige der gerade für solche Parteien charakteristischen Merkmale nur schwach ausgeprägt sind. Der französische Wissenschaftler Hughes Portelli nennt als solche zentralen Merkmale:¹⁴⁷

- eine starke Basis in der Arbeiterklasse, die sich durch eine enge Verbindung mit den Gewerkschaften manifestiert
- eine feste Organisation, die sich in einer Massenmitgliedschaft, starken Finanzmitteln und einem machtvollen Parteiapparat zeigt
- die Verpflichtung auf die bestehende verfassungsmäßige Ordnung und das Bestreben, die Regierung des Staates zu stellen

Seit der Spaltung der Französischen Sektion der Zweiten Internationale (*Section française de l'Internationale Ouvrière*, SFIO) in die kommunistische Strömung, die die Kommunistische Partei (*Parti Communiste Français*, PCF) bildete und die sozialdemokratische Strömung, die in der Zweiten Internationale verblieb, waren in Frankreich diese drei Merkmale auf zwei Parteien verteilt. Während

¹⁴⁷ Vgl. Portelli 1980, sowie Criddle 1986, S. 223f.

die Kommunistische Partei über eine starke Bindung an die Arbeiterklasse und einen starken Apparat verfügte (a), die sowohl der SFIO wie der aus ihr hervorgegangenen Parti socialiste fehlte, war die SFIO stets stärker als die PCF der Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung verpflichtet als die PCF und strebte stärker als diese eine Beteiligung an der Regierung an (c). Tabelle 10 zeigt, daß die Mitgliedschaft der Parti socialiste stets gering gegenüber anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa war (b). Sie zeigt auch die Auswirkungen der Krise der Parti socialiste nach 1989 auf die Mitgliederentwicklung.

Tabelle 10:
Mitgliedschaft der PS bzw. der SFIO¹⁴⁸

Jahr	nach Kergoat (1997)	nach Portelli (1992)	nach Ysmal (1994)	
			offiziell	geschätzt
1905	34.688	34.688	k. A.	k. A.
1914	93.218	72.765	k. A.	k. A.
1920	179.787	180.000	k. A.	k. A.
1921	50.449	50.449	k. A.	k. A.
1935	120.083	120.000	k. A.	k. A.
1937	286.604	286.000	k. A.	k. A.
1945	335.703	340.000	k. A.	k. A.
1958	115.000	85.000	85.000	60.000
1970	70.392	k. A.	61.000	k. A.

¹⁴⁸ Quellen: Kergoat 1997, S. 7; Portelli 1992, S. 145; Ysmal 1994, S. 48

1971	80.300	74.758	74.000	50.000
1974	137.300	k. A.	146.000	k. A.
1975	149.623	118.750	k. A.	k. A.
1979	159.000	176.000	k. A.	k. A.
1981	195.501	153.325	k. A.	150.000
1983	203.535	186.200	200.000	180.000
1987	183.210	158.925	k. A.	k. A.
1989	204.172	k. A.	k. A.	k. A.
1990	165.186	179.850	180.000	150.000
1991	155.000	k. A.	k. A.	k. A.
1992	133.794	k. A.	150.000	125.000
1993	113.005	k. A.	k. A.	k. A.
1995	93.603	k. A.	k. A.	k. A.
1996	111.536	k. A.	k. A.	k. A.

Zudem verfügte die SFIO nach dem Zweiten Weltkrieg nie über eine bedeutsame Unterstützung seitens der Gewerkschaften.¹⁴⁹ Byron Criddle verweist darauf, daß die SFIO infolge dieses Umstands sowie ihrer schwachen Organisation in den entscheidenden Momenten der französischen Geschichte – der Volksfront von 1936, der *Libération* und der Revolte von 1968 – keinen Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse nehmen konnte.¹⁵⁰ Dies ist sicherlich ein entscheidender Faktor für die Erklärung des Versuchs Mitterrands, durch eine starke linke Orientierung der Kommunistischen Partei die starke Verbindung mit der Arbeiterschaft streitig zu machen.

Auch für die von Jospin in *L'invention du possible* dargelegte Sorge, daß ohne eine klare Verankerung der Parti socialiste in der Linken soziale Bewegung außer Kontrolle geraten könnten,¹⁵¹ spielt diese Schwäche der Parti socialiste in der Vergangenheit vermutlich eine herausragende Rolle.

Während die PCF über eine starke Arbeiterbasis verfügt, die sich auch in der Zusammensetzung des Parteiapparates zeigt, wird die Parti socialiste von Angestellten und von Beamten in untergeordneter Stellung, insbesondere von Lehrern, dominiert.¹⁵² Hugues Portelli beschreibt die Parti socialiste als „un parti interclassiste contrôlé par les nouvelles classes moyennes“.¹⁵³ Tabelle 11 (S. 60) zeigt die soziale Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten der Parti socialiste im Vergleich mit den entsprechenden Daten der PCF und des konservativen Rassemblement pour la République. Es fällt auf, daß Gemeinsamkeiten in der sozialen Zusammensetzung – abgesehen vom Anteil der Selbständigen –

¹⁴⁹ „[Le Parti socialiste demeure] une organisation politique sans liens avec les groupes d'intérêt du salariat.“ (Portelli 1992, S. 144). Hinzu kommt, daß diejenigen Gewerkschaften, die eher der Parti Socialiste als der PCF nahestehen – das sind in erster Linie die CFDT, die CFTC und die FO –, klein und zersplittert sind. Eine Ausnahme bildet lediglich die Gewerkschaft der Lehrer, die FEN, in der 26 Prozent aller in der Parti Socialiste organisierten Gewerkschaftsmitglieder organisiert sind. (vgl. Criddle 1986, S. 225)

¹⁵⁰ Vgl. Criddle 1986, S. 224

¹⁵¹ siehe S. 85

¹⁵² Vgl. Criddle 1986, S. 224

¹⁵³ Portelli 1992, S. 144

eher zwischen Parti socialiste und RPR als zwischen den beiden linken französischen Parteien bestehen.

Ein weiteres Kennzeichen der Parti socialiste ist die starke Stellung ihrer politischen Strömungen. Byron Criddle spricht sogar von der Fraktionierung als „wesentlichem Bestandteil des Lebens der Sozialistischen Partei“. Diese bedeute einerseits eine Schwächung der Partei, andererseits ermöglicht die Orientierung der Parteimitglieder an Strömungen es der Parteiführung, Entscheidungen zu treffen, die nur von einem Teil der Mitgliedschaft tatsächlich unterstützt werden, ohne die Partei zu spalten.¹⁵⁴

Tabelle 11:
Soziale Zusammensetzung der Delegierten französischer Parteien¹⁵⁵

	Parti communiste français (PCF)	Parti socialiste (PS)	Rassemblement pour la République (RPR)	Gesamtbevölkerung
Beruf				
Landwirte	2	1	2	4
Unternehmer	1	2	7	3
Freiberufler, wissenschaftlich Tätige, leitende Angestellte ¹⁵⁶	12	51	34	5
mittlere Angestellte und Beamte („profession intermédiaire“)	23	26	20	13

¹⁵⁴ Criddle 1986, S. 232. Byron Criddle und David S. Bell verweisen darauf, daß der Begriff „faction“ im französischen politischen Vokabular eine von außerhalb der Partei gesteuerte Gruppe meint und daher negativ besetzt ist. Die Hauptströmungen in der Parti Socialiste werden daher als „courants“ bezeichnet. Bell und Criddle selbst bleiben aber beim im Englischen gebräuchlichen Begriff „factions“. (vgl. Bell/Criddle 1994, S. 117)

¹⁵⁵ Quelle: SOFRES 1991 und 1992, wiedergegeben in: Ysmal 1994, S. 63.

¹⁵⁶ Innerhalb dieser Gruppe gibt es allerdings größere Unterschiede in der Verteilung auf die Parteien. Während bei der Parti socialiste die Selbständigen nur einen geringen Teil der Delegierten stellten, ist diese Gruppe bei der RPR deutlich überproportional vertreten. 1990 betrug der Anteil der Selbständigen unter den zur Erwerbsbevölkerung zählenden Delegierten bei der PS 10 %, bei der PCF 4 %, bei der RPR 27 %. Es fällt zudem auf, daß die Front National mit 36 % den höchsten Anteil an Selbständigen unter allen französischen Parteien aufweist. (Quelle: SOFRES, wiedergegeben in: Documentation 1991, S. 86, dort zit. nach: Duhamel/Jaffré 1991)

Angestellte	23	4	9	14
Arbeiter	23	1	2	14
Nicht Berufstätige	13	12	24	47
Monatliches Einkommen				
mehr als 20.000 F	7	43	39	7
10.000 F bis 20.000 F	45	40	37	30
5.000 F bis 10.000 F	37	14	17	41
weniger als 5.000 F	8	1	3	22

Tatsächlich ist die Führung der Parti socialiste stets – im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen Parteien – relativ unabhängig von ihrer Basis. Das für die 1958 entstandene Fünfte Republik kennzeichnende (Semi-)Präsidentialsystem hat zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen.¹⁵⁷ Criddle schreibt, daß die Parteien unter dem Einfluß des Wahlsystems der Fünften Republik zunehmend versuchten, die unterschiedlichen Interessen und Meinungen verschiedenster Bevölkerungsschichten zu repräsentieren. Die einzelnen Parteimitglieder, die sich eher für die Durchsetzung einer spezifischen Programmatik oder der Förderung ihrer Interessen einsetzen, geraten dadurch gegenüber der Parteiführung in eine schwache Position:

„Thus, in France, the process of presidentialization of politics has worked greatly to the benefit of the leaders of those parties capable of mounting a serious bid for the Presidency. Presidential politics, and the nature of the electoral laws sustaining it, has promoted the growth of catch-all parties seeking to aggregate some 14 million votes to ensure victory, and to this end necessarily elevating the position of the leader, downgrading the role of the party member in policy formulation [...]“¹⁵⁸

Auch die Tatsache, daß in Frankreich regionale Gebietskörperschaften gegenüber dem Zentralstaat nur geringes politisches Gewicht haben, so daß die Parteimitglieder – abgesehen von den Kommunen – keine starke auf staatlichen Machtressourcen basierende Stellung aufbauen können, hat sicherlich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Die starke Position der Führung in der Parti socialiste erscheint auf den ersten Blick überraschend, da eine linke Rhetorik – wie sie die Führung der Parti socialiste praktiziert hat – einer verbreiteten Theorie zufolge auf eine starke Stellung der Parteimitglieder hindeutet, die die Führung zu – verbalen – Zugeständnissen zwingt.

¹⁵⁷ Zur Verfassung der Fünften Republik siehe auch: Documentation 1991, S. 21-36; Documentation 1995. Für weitere Darstellungen der Auswirkungen des Regierungssystems der Fünften Republik auf die Parteien siehe: Bell/Criddle 1994; Charlot 1994, S. 79-87

¹⁵⁸ Criddle 1986, S. 233. Siehe auch: Charlot 1994, S. 79-87

Kitschelt zufolge wurde die These eines Zusammenhangs der relativen parteiinternen Macht der Führung gegenüber der Basis und der ideologischen Ausrichtung der Partei zuerst von Max Weber und Robert Michels entwickelt und später unter anderem von Gaxie, Robertson sowie Wellhofer und Hennessey weiterentwickelt.¹⁵⁹

Michels selbst führt jedoch die ideologische Ausrichtung von Parteien nicht in erster Linie auf die Macht der *Parteiführung* zurück, sondern erklärt die zunehmende Akzeptanz des Bestehenden mit den spezifischen Interessen eines wachsenden *Parteiapparats*. Er schreibt 1911:

„Anstatt daß die Partei mit wachsender Kraft und Stärke ihrer Organisation an revolutionärer Dynamis gewinnt, können wir heute gerade die entgegengesetzte Beobachtung machen: es besteht eine innere Beziehung zwischen dem *Wachstum* der Partei und dem Wachstum an Vorsicht und Ängstlichkeit in ihrer Politik. Die Partei, stets vom Staate gefährdet und in ihrer Existenz von ihm abhängig, ist, groß geworden, ängstlich bemüht, alles zu vermeiden, was ihn übermäßig reizen könnte. Selbst die Theorie, also die Wissenschaft, wird nötigenfalls abgeschwächt, verfälscht, wenn das Wohl und Wehe der äußeren Organisation es erheischt.“¹⁶⁰

„Eine energische, wagemutige Taktik würde alles aufs Spiel setzen: die Arbeit vieler Dezennien, die Existenz *vieler Tausender* von Ober- und Unterführern, kurz der ganzen „Partei“. Dieser Gedanke wird allmählich kaum mehr faßbar. Die Liebe zum Geschaffenen und der persönliche Eigennutz von *Myriaden* ehrsamere Familienväter, deren soziale und ökonomische Lebenshaltung fast durchweg an die Existenz der Partei gebunden ist [...] unberechtigter Sentimentalismus wie berechtigter Egoismus, bäumen sich in gleichem Maße gegen ihn auf.“¹⁶¹

Kitschelt stellt fest, daß die These, derzufolge die Strategie einer Partei von den Machtverhältnissen zwischen Führern und Basis abhängt, sich anhand von Tatsachen nicht belegen läßt. In den meisten Fällen, so Kitschelt, seien entweder die Parteimitglieder nicht stärker links eingestellt als die Wählerschaft der Partei, oder aber Parteimitglieder und Parteiführer unterschieden sich in ihrer politischen Position gleichermaßen vom Durchschnitt der Wählerschaft der Partei:

„It is also incorrect that authoritarian, elite-centered party structures translate into more moderate vote-seeking strategies, as is demonstrated by the demise of European communist parties. Conversely, parties with highly fluid and decentralized structures often are electorally opportunistic.“¹⁶²

¹⁵⁹ Vgl. Kitschelt 1994, S. 208. Kitschelt bezieht sich auf: Gaxie 1977; Robertson 1976; Wellhofer/Hennessey 1974. Zu Michels siehe insbesondere: Michels 1911, Teil II, Kap. 4 („Das Verhältnis der Führer zu den Massen in der Praxis“, S. 131-157)

¹⁶⁰ Michels 1911, S. 355f. Kursiv von mir.

¹⁶¹ Ebd., S. 359. Kursiv von mir.

¹⁶² Vgl. Kitschelt 1994, S. 208

Das Beispiel der französischen Parti socialiste gibt Kitschelt recht, ohne Michels zu widerlegen. Sowohl die relativ geringe Anzahl der Parteimitglieder auf mittlerer Ebene, die im Sinne Michels von der Existenz der Partei abhängig sind, als auch die starke innerparteiliche Stellung der Parteiführung macht es ihr möglich, eine Strategie unabhängig von den unmittelbaren Interessen der „von der Partei lebenden Mitglieder“ zu wählen.¹⁶³

Sie führt zu einer großen Flexibilität der Taktik der Parteiführung, die sich am eindrucksvollsten in der Person Mitterrands verkörpert, der sowohl bei der Wendung der Parti socialiste zu einer offensiven revolutionären Rhetorik während der Hochzeit des Konkurrenzkampfes mit der PCF in den siebziger Jahren als auch bei der Wendung zur Austeritätspolitik im Jahr 1982 nicht nur – zusammen mit Jospin – die Führung der Partei innehatte, sondern auch die Initiative für den Wechsel der politischen Ausrichtung ergriff.

3.2 Die Strömungen der Parti socialiste

3.2.1 Der „Mitterrandismus“

Die Parti socialiste ist in wesentlich stärkerem Maß als andere europäische sozialdemokratische Parteien, durch eine Vielzahl von Strömungen gekennzeichnet.¹⁶⁴ Annie Philippe und Daniel Hubscher behandeln in *Enquête à l'intérieure du parti socialiste* als wichtigste Strömungen zwei „mitterrandistische“ Strömungen – die Strömungen von Fabius und Jospin –, die Strömung um Michel Rocard, das „Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialistes“ (CERES) sowie die Strömung um Jean Poperen auf.¹⁶⁵ Während die ersten drei auf dem Kongreß von Rennes im Jahr 1990, auf dem sich die Anhänger Mitterrands spalteten und die verschiedenen Strömungen in aller Schärfe aufeinanderprallten, jeweils zwischen zwanzig und dreißig Prozent der Stimmen für ihre jeweiligen Anträge erhielten, mußten sich letztere mit neun bzw. sieben Prozent der Stimmen zufriedengeben. Da das CERES und die Strömung Mitterrands für Jospins politischen Lebensweg kaum eine Rolle spielen, werden diese Strömungen nur im Rahmen der allgemeinen Darstellung der Entwicklung der Parti socialiste behandelt. Die Strömung Rocard wird hier nur am Rande erwähnt. Da sie in ihrer politischen Basis und ihrer Programmatik dem Modernisierungsflügel der Labour Party am nächsten steht, wird sie im Anschluß an eine Darstellung der Programmatik Blairs in der Phase seines innerparteilichen Aufstiegs, in der er die „stakeholder society“ propagierte und die als Vergleichspunkt dienen soll, nä-

¹⁶³ Diese Parteimitglieder auf mittlerer Ebene, zu denen insbesondere die gewählten Kommunalpolitiker zählen, bilden eine wesentliche Basis der Strömung um Michel Rocard, die sich eindeutig für eine Abkehr von der sozialistischen Rhetorik ausspricht.

¹⁶⁴ Vgl. Kitschelt 1994, S. 235; Bell/Criddle 1994

¹⁶⁵ Philippe/Hubscher 1991, S. 417f.

her betrachtet.

Mitterrand war seit der Gründung der Parti socialiste bis 1981 deren Vorsitzender; nach seiner Wahl zum Präsidenten 1981 übertrug er das Amt des Vorsitzenden seinem Vertrauten Lionel Jospin. Die Strömung Mitterrands dominierte die Parti socialiste in den siebziger und achtziger Jahren. Viele führende Persönlichkeiten dieser Strömung waren Mitglieder einer der Clubs, die sich 1964 auf die Initiative François Mitterrands und Charles Hernus die *Convention préparatoire des institutions républicaines* zusammengeschlossen hatten und gehörten der Parti socialiste seit ihrer Gründung an.¹⁶⁶

Mitterrand und viele seiner Anhänger waren vor der Gründung der Parti socialiste im Jahr 1969 und der Wahl Mitterrands zum Parteivorsitzenden auf dem Kongreß von Epinay im Jahr 1971 harte Antikommunisten. Die „union de la gauche“ mit der PCF war für die Anhänger Mitterrands eine Taktik, die der Linken durch den Charakter des Wahlsystems der V. Republik aufgezwungen war.¹⁶⁷ Aber sie verfolgten als langfristiges Ziel vor allem, die PCF, die zu Beginn der siebziger Jahre die führende Stellung auf der Linken innehatte, zu marginalisieren. Mitterrands erklärte unmittelbar nach der Unterzeichnung des von der gerade neu gegründeten Parti socialiste und der PCF vereinbarten „programme commun“, daß sein zentrales Ziel sei, „eine große sozialistische Partei auf dem von der PCF besetzten politischen Terrain aufzubauen“.¹⁶⁸

Um dieses Ziel zu erreichen, mußte sich die Parti socialiste deutlich und langfristig weit links positionieren. Der Antrag der Anhänger Mitterrands auf dem Kongreß von Metz im April 1977 etwa bezeichnete die „angeblichen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten“ der politischen Rechten als nicht anderes als alte Rezepte der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ und stellte fest, daß das Ziel der Parti socialiste nicht die Modernisierung oder Milderung des Kapitalismus, sondern seine Ersetzung durch den Sozialismus ist: „Notre objectif, ce n'est pas de moderniser le capitalisme ou de le tempérer, mais de le remplacer par le socialisme [...]“¹⁶⁹

Dies führte bereits in den siebziger Jahren zu harten Auseinandersetzungen mit dem rechten, „realpolitischen“ Flügel der Partei. Paul Quilès faßt die Situation, in der sich die Strömung um Mitterrand Ende der siebziger Jahre befand, als sie, nachdem sie 1975 das linke CERES aus der Parteiführung drängte und daraufhin unter Druck von seiten der Strömung Rocard's geriet, zusammen. Ihm zufolge stimmten die Anhänger zwar der allgemeinen Analyse Rocard's weitgehend zu, verteidigten aber aus taktischen Gründen den harten Linkskurs der Partei:

„Autour de François Mitterrand, nous étions persuadés qu'il fallait maintenir fermement l'ancrage à gauche du P.S. sous peine d'ouvrir un espace au Parti Communiste. Ce fut tout l'enjeu du congrès de Metz en 1979. Certes, le discours moderniste de Michel Rocard comportait des éléments pertinents sur

¹⁶⁶ Kergoat 1997, S. 71-74; Philippe/Hubscher 1991, S. 79

¹⁶⁷ Philippe/Hubscher 1991, S. 87

¹⁶⁸ François Mitterrand, zit. nach: Kergoat 1997, S. 80

¹⁶⁹ Kergoat 1997, S. 85, dort nach: Kergoat 1983; ebenso: Leclerc/Muracciole 1996, S. 66

l'évolution de la société française. Mais, s'il était devenu majoritaire au sein du Parti socialiste, la tâche des dirigeants communistes en aurait été facilitée, empêchant probablement la victoire en mai 1981.¹⁷⁰

Philippe und Hubscher fassen dies in noch deutlichere Worte: „Le mitterrandisme n'accorde aucune valeur au Parti Communiste, il ne lui reconnaît qu'une réalité politique et sociologique.“¹⁷¹ Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Programmatik Strömung Mitterrands völlig beliebig ist. Zwar umfaßt sie ein breites Spektrum an politischen Grundhaltungen, Philippe und Hubscher nennen dennoch drei grundlegende Ziele des „Mitterrandismus“: Demokratie, soziale Gerechtigkeit, die europäische Einigung.¹⁷² Ein weiterer Charakterzug, der die Strömung Mitterrands insbesondere von derjenigen Rocard's unterscheidet, ist die hohe Wertschätzung des Staates: „Le mitterrandisme croit au pouvoir d'Etat.“¹⁷³ Philippe und Hubscher rechnen die Strömung Mitterrands dem „klassischen Reformismus“ zu.¹⁷⁴

Sogar nach der Wahl Mitterrands zum Präsidenten der V. Republik verschwand dieses Vokabular nicht vollständig. Dem Antrag der Strömung Mitterrands auf dem Kongreß von Valence im Jahr 1981 bestand die Aufgabe der Parti socialiste darin, den „ersten Stein zum Aufbau des Sozialismus in Frankreich zu setzen“.¹⁷⁵

Der Erfolg der Parti socialiste und ihre linke Ausrichtung führten im Klima der siebziger Jahre zu einem schnellen Wachstum. Die Parti socialiste wuchs von etwa 72.000 Mitgliedern bei ihrer Gründung 1969 auf etwa 110.000 im Jahr 1973, 160.000 im Jahr 1976 und knapp über 210.000 auf dem Höhepunkt im Jahr 1983.¹⁷⁶ Vor allem in den ersten Jahren waren dies meist Aktivisten, die sich den Anhängern Mitterrands oder aber den linken Strömungen anschlossen.

Das CERES erreichte auf dem Kongreß von Epinay 1971 8,5 % der Stimmen, auf dem Kongreß von Grenoble 1973 21 % und auf den folgenden Kongressen in den Jahren 1975 und 1977 25,4 % bzw. 24 %.¹⁷⁷ Daß die neuen Mitglieder sich tatsächlich mehrheitlich den linken Strömungen anschloß, zeigt auch die geographische Verteilung des Einflusses des CERES, das in den Regionen, in denen sich die Parti socialiste praktisch neu aufbauen mußte, besonders stark war.¹⁷⁸ Aber auch die Strömung Mitterrands konnte viele neue Mitglieder an sich binden, die sich der Parti socialiste meist

¹⁷⁰ Paul Quilès 1985, zit. nach: Philippe/Hubscher 1991, S. 89. Philippe und Hubscher bezeichnen Quilès und Fabius als herausragende Vertreter der „Gauche moderniste, technicienne“ (Philipps/Hubscher 1991, S. 97)

¹⁷¹ Philippe/Hubscher 1991, S. 89

¹⁷² Ebd., S. 91f.

¹⁷³ Ebd., S. 93

¹⁷⁴ Ebd., S. 94

¹⁷⁵ Ebd., S. 103

¹⁷⁶ Vgl. Kergoat 1997, S. 7 und S. 80; Kitschelt 1994, S. 235. Um das Ausmaß des Niedergangs der sozialistischen Parteien in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Gesamtzahl ihrer Mitglieder von 350.000 im Jahr 1946 auf 115.000 im Jahr 1958 sinkt und dann nochmals auf knapp über 70.000 im Jahr 1969 abnimmt (vgl. Kergoat 1997, S. 7).

¹⁷⁷ Philippe/Hubscher 1991, S. 186

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 62

wegen ihres linken Projekts („Changer la vie“) und der „union de la gauche“ anschlossen.¹⁷⁹

Mit dem „tournant de la rigueur“ in den Jahren 1982/83 verliert die Parti socialiste ihre Anziehungskraft. Nach dem Höhepunkt im Jahr 1983 stagniert ihre Mitgliederzahl bei etwa 200.000. Es ist davon auszugehen, daß viele Aktivisten der siebziger Jahre in den achtziger Jahren von Mitgliedern verdrängt wurden, die sich der Parti socialiste auf Grund der Karrierechancen, die sie als Regierungspartei bot, anschlossen. Auch das linke Vokabular des Mitterrandismus erscheint nicht mehr glaubhaft und wird durch neue Begriffe ersetzt: die „économie mixte“ und die „nouveaux équilibres“ verdrängen den „Bruch“ mit dem Kapitalismus aus den Programmen und dem Sprachgebrauch der Parti socialiste. Die Parti Communiste entscheidet 1984, sich nicht an der Regierung Fabius zu beteiligen, und erklärt sich zur Oppositionspartei. Auch das Projekt der „union de la gauche“ ist damit, wenn nicht gescheitert, so doch unvollendet geblieben; das Ziel der Mitterrandisten, die PCF durch einen scharfen Linkskurs zu verdrängen, wurde jedenfalls nicht erreicht. Die Krise des Mitterrandismus führte schließlich zu seiner Aufspaltung in zwei Lager, die erstmals auf dem Kongreß von Rennes 1990 mit den Anträgen von Jospin und Fabius zwei gegeneinander konkurrierende Programmwürfe präsentierten. Für die weitere Entwicklung dieser Strömungen, von denen später diejenige Jospins näher betrachtet wird, ist ihr Verhältnis zur Strömung Rocard von entscheidender Bedeutung. Deshalb soll nun zunächst der „Modernisierungsflügel“ der Parti socialiste um Rocard genauer untersucht werden.

3.2.2 Die historische Entwicklung der Strömung Rocard

Die „Amis de Michel Rocard“, so der halboffizielle Name der Strömung, bilden innerhalb der Parti socialiste den „realpolitischen“ oder „Modernisierungs“-Flügel. Viele der Mitstreiter Rocard, die auch heute noch wichtige Positionen in der Strömung innehaben, kommen wie Rocard selbst aus der *Parti Socialiste Unifié* (PSU)¹⁸⁰ und aus der Gewerkschaft CFDT und traten Mitte der siebziger Jahre in die Parti socialiste ein. Dieser Eintritt folgte auf einen gescheiterten Versuch, die Parti socialiste und die PSU in einer linken Partei zu vereinigen, die sich vor allem auf die CFDT stützen sollte.¹⁸¹

Die erste Aufgabe der Strömung Rocard, die mit Billigung Mitterrands und des späteren Pre-

¹⁷⁹ Vgl. ebd., S. 101

¹⁸⁰ Die PSU bildete sich 1960 aus der Parti Socialiste Autonome (PSA). Die PSA ihrerseits war das Resultat der Abspaltung einer Minderheit der SFIO, die den Verfassungsentwurf De Gaulles 1958 ablehnte (vgl. Becker 1994, S. 77). Größere Bedeutung erlangte sie erstmals 1968, als sie als einzige Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Forderungen der Bewegung von 1968 offensiv vertrat und knapp 4% der Stimmen erzielte (vgl. Becker 1994, S. 124).

¹⁸¹ Das Scheitern dieses Versuchs, das auf die Weigerung der PS, die Fusion als Zusammenschluß zweier gleichberechtigter Partner zu vollziehen, trug mit dazu bei, daß die Linke in der CFDT sich nicht stärker mit der PS identifizierte, während der rechte Flügel der CFDT parteipolitische Unabhängigkeit anstrebte.

mierministers Mauroy in die Partei eintraten, war, die Mitterrandisten in ihrem Kampf gegen das CERES zu unterstützen. Rocard klagt das CERES an, die Konzeption des Übergangs zum Sozialismus („transition au socialisme“) mit der PCF zu teilen, und spricht von den „zwei Kulturen“ der Linken: der etatistischen, zentralistischen und autoritären Kultur auf der einen und der Kultur der Selbstverwaltung, der Dezentralisierung und der Demokratie auf der anderen Seite.¹⁸² Damit wendet Rocard die Leitideen der „neuen Linken“ von 1968 nicht nur gegen die stalinistischen Ideen der PCF, sondern gegen marxistische Ideen im allgemeinen, wie sie gerade das CERES vertrat.

Gleichzeitig widerspricht die Propagierung der These der „zwei Kulturen“ der Taktik der *union de la gauche*, und mit der Betonung der „Selbstverwaltung“ stellt sich Rocard weniger gegen die Organisationsprinzipien kapitalistischer Unternehmen als gegen die hohe Bedeutung, die die Anhänger Mitterrands dem Staat zumessen. Rocards Flügel unterstützt Mitterrand im unmittelbaren Konflikt gegen innerparteiliche Gegner, aber seine ideologische Orientierung wird ihn bereits Ende der siebziger Jahre in Opposition zu Mitterrand bringen.

Nach der Niederlage der Linken bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1978 wendet sich Rocard zum ersten Mal gegen Mitterrand, kann sich aber trotz der Hilfe Mauroys nicht durchsetzen. Nach dem Erfolg Mitterrands 1981 gerät die Strömung Rocards in eine vorübergehende Krise, die sie jedoch kurz nach dem „tournant de la rigueur“ der Regierung Mauroy überwindet. Der Rechtsschwenk Mitterrands und der Austritt der PCF aus der Regierung scheinen die Haltung Rocard im Nachhinein zu bestätigen. Sein Antrag erhält auf dem Kongreß in Toulouse im Jahr 1985 beachtliche 28 % der Stimmen.

Mitterrand ernennt nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten der Fünften Republik Rocard als Premierminister. Dies trägt einerseits der gestiegenen Bedeutung der Strömung Rocards Rechnung, ist aber gleichzeitig ein Versuch Mitterrands, Rocard zu integrieren.¹⁸³ Tatsächlich gelingt es Rocard in dieser Zeit nicht, aus dem Schatten Mitterrands hervorzutreten. Aber seine Strömung, die stets ungefähr ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigen kann, gewinnt durch die Spaltung der Mitterrandisten und den Rückgang des Einflusses der Linken zunehmend an Gewicht. Annie Philippe und Daniel Hubscher, die Rocard kritisch gegenüberstehen, schreiben 1991, daß Rocard zu diesem Zeitpunkt allgemein als Präsidentschaftskandidat der Parti socialiste im Jahr 1995: „Quant à la candidature de Michel Rocard pour l'élection présidentielle de 1995, elle est acceptée par tous comme une évidence, sauf échec grave de sa politique en tant que Premier ministre.“¹⁸⁴

Jacques Kergoat sieht den Kongreß von Rennes, auf dem die verschiedenen Strömungen aufeinanderprallten, ohne sich auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen, und der deshalb vielfach als „ge-

¹⁸² Vgl. Philippe/Hubscher 1991, S. 143

¹⁸³ Vgl. Kergoat 1997, S. 101. Tristan Mage schreibt über die Absichten Mitterrands: „Plusieurs des proches de M. Mitterrand soutiennent, en privé, que le président a dit devant eux qu'il voulait 'lever l'hypothèque Rocard'“ (Mage 1991, S. 6)

¹⁸⁴ Philippe/Hubscher 1991, S. 145

scheitert“ angesehen wird, als wesentlichen Schritt der Übernahme einer ausdrücklich sozialdemokratischen Programmatik und vergleicht ihn mit dem Bad Godesberger Parteitag der SPD:

„Mais il ne s’agit pas pour autant d’un congrès pour rien. Car, quasi clandestinement, la déclaration de principe a été modifiée, et ce, avec l’accord de tous les courants. Les modifications sont substantielles : le « Bad Godesberg » à la française rase les murs, mais il avance. [...] le parti est bel et bien entré dans l’après-mitterrandisme. Michel Rocard est le véritable vainqueur de ce congrès [...]“¹⁸⁵

Tatsächlich nennen 64 % der Delegierten des Kongresses von Rennes Rocard als bevorzugten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl; unter den Wählern der Parti socialiste sind es 57 %.¹⁸⁶ Beim Kongreß von Rennes entscheiden sich die Anhänger Rocards zwar nicht offiziell für ein Bündnis mit der Strömung Jospins, aber es wird bereits deutlich, daß sie eine neue „axe majoritaire avec Lionel Jospin“¹⁸⁷ bevorzugen.

Rocards Strategie ist den Vertretern der „Modernisierer“ in anderen sozialdemokratischen Parteien sehr ähnlich. Seine Stärke gründet sich nicht darauf, daß er das politische Programm der Partei oder die Ideale der Parteimitglieder besonders gut repräsentieren würde. Wie Tony Blair in Großbritannien und beispielsweise Gerhard Schröder in Deutschland liegt die Kraft Rocards darin, die Parteimitglieder davon zu überzeugen, daß seine Person und sein politisches Programm die besten Aussichten auf einen Wahlerfolg bieten.

Die Strategie Rocards, so stellen Philippe und Hubscher fest, bestehe darin, zunächst die Öffentlichkeit auf seine Seite zu bringen, um anschließend die Unterstützung der Partei für sein Programm zu erreichen:

„La stratégie de Rocard [...] joue résolument la conquête de l’opinion publique avant celle du P.S. Ce sont les bons résultats dans les sondages, l’image qu’ils créent dans l’opinion et la diffusion qu’en font les médias qui fondent la crédibilité de la candidature Rocard jusqu’à l’intérieure même du parti.“¹⁸⁸

Beiden Autoren zufolge ist die Strömung Rocards nur der sichtbare Teil eines „rocardisme diffus“, der einen bedeutenden Teil der Medien, Verbänden, Intellektuellen und Wissenschaftlern beeinflusst.¹⁸⁹ Daß Rocard seine Unterstützung aus einem Teil der politischen Öffentlichkeit erhält, der die Parti socialiste selbst nicht unmittelbar unterstützt, zeigt sich auch in seinen Umfrageergebnissen: Wie François Mitterrand halten ihn 56 % der Anhänger der PCF und eine überwiegende Mehrheit der Anhänger der Parti socialiste (87 % gegenüber 88 %) geeignet, die aktuellen Probleme Frankreichs zu lösen. Bei den Anhängern der RPR erhält Rocard jedoch 43 % Zustimmung, bei denjenigen der UDF sogar 54 % (gegenüber 27 % bzw. 38 %, die Mitterrand für geeignet halten, die Probleme zu lösen).¹⁹⁰

¹⁸⁵ Kergoat 1997, S. 104. Kergoat bezieht sich auf: Bergounioux/Grunberg 1992; Dupin 1991

¹⁸⁶ Quelle: SOFRES, sondage et enquête auprès des délégués du congrès de Rennes, mars 1990, in: *Le Monde*, 25./26. 3. 1990, wiedergegeben in: Philippe/Hubscher 1991, S. 149.

¹⁸⁷ Philippe/Hubscher 1991, S. 144

¹⁸⁸ Ebd., S. 147

¹⁸⁹ Vgl. ebd., S. 147

¹⁹⁰ Quelle: SOFRES: *L’état de l’opinion 1990*, Seuil 1990, wiedergegeben in: Philippe/Hubscher 1991, S. 148

3.2.3 Die Programmatik Rocard

Rocard's Strömung schöpft ihre Stärke jedoch nicht nur zu einem großen Teil aus gesellschaftlichen Kräften außerhalb der Parti socialiste. Sie ist gerade deswegen auch nicht darauf angewiesen, mit ihrer Politik und ihrem Programm die Vorstellungen und Hoffnungen der Parteimitglieder auszudrücken. Eine derartige Strategie ist während des Aufbau der Parti socialiste durch die Anhänger Mitterrand selbstverständlich nicht möglich gewesen: für eine Strömung innerhalb einer noch weitgehend einflußlosen Partei lassen sich kaum große gesellschaftliche Kräfte im Staat und in den Medien mobilisieren. Das ändert sich durch den Wahlsieg Mitterrands, und nach dem Rechtsschwenk der Regierung Mauroy sieht Rocard die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen, sein Programm offen zu formulieren. 1984 bezeichnet er sich selbst in einer sehr bekannten politischen Fernsehsendung als „Zerstörer der Träume“:

„J'ai été un briseur de rêves, j'ai été un briseur d'idées au cri de 'faites attention, ça ne sera pas si facile!'.

De là tout se comprend, y compris mes petits malheurs et la raison pour laquelle ils sont en voie de diminution, figurez-vous.“¹⁹¹

1985 wechselt Rocard schließlich den Begriff der „autogestion“ gegen den der „autonomie“.¹⁹² Dies bedeutet den endgültigen Bruch mit der Politik der Parti socialiste der siebziger Jahre, die immer begleitet war von der rhetorischen Bezugnahme auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft. Die „autonomie“ dagegen wird von Rocard hingegen zunehmend als Kampfbegriff gegen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und gegen einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme verwendet.

Rocard erkennt jedoch, daß er ohne eine ideologische Zielvorstellung die Parti socialiste nicht hinter sich vereinigen kann. 1989 schreibt er, daß der Sozialismus zwar ökonomisch ineffizient und „mit der internationalen Situation unvereinbar“, aber eine starke Identitätswirkung entfalte. Da diese sichere Identität verloren gegangen sei, müsse „nun alles von vorne aufgebaut werden“:

„Si l'image ancienne – le socialisme, c'est la propriété publique des moyens de production et d'échange et l'Etat comme moteur et régulateur de la vie économique – avait ses inconvénients, le principal étant celui de l'inefficacité économique et de l'incompatibilité avec le cadre international, elle avait aussi ses avantages, le principal consistant en ce que l'image en question produisait une identité très forte – le socialisme, les socialistes, on savait ce que c'était pour le meilleur et pour le pire... Tout est donc à reconstruire sur des bases moins claires (rien n'est plus clair que le manichéisme) mais plus solides (rien n'est plus solide que la réalité).“¹⁹³

Dieses Leitbild Rocard's besteht darin, an dem Begriff des Sozialismus anzuknüpfen – in seinem

¹⁹¹ Michel Rocard, „L'heure de vérité“, Antenne 2, Dezember 1984, zit. nach: Philippe/Hubscher 1991, S. 150

¹⁹² Vgl. Philippe/Hubscher 1991, S. 144

¹⁹³ Rocard 1989, zit nach: ebd., S. 151

Antrag auf dem Kongreß von Rennes teilt er das Kapitel über die Identität der Parti socialiste in einen Abschnitt über die Methode und einen weiteren über die Werte des „demokratischen Sozialismus“¹⁹⁴ – ihn jedoch nicht in erster Linie wirtschaftlich, sondern kulturell zu deuten. Rocard zufolge besteht die Methode („démarche“) des demokratischen Sozialismus darin, den „Kompromiß zum Werkzeug, die Autonomie zu einem Motor und die langfristige Umsetzung zu einer Notwendigkeit der sozialen Veränderung zu machen“¹⁹⁵. Als Werte des demokratischen Sozialismus nennt Rocard „die Freiheit, die Gleichheit, die Solidarität, die Verantwortung, den Laizismus, die Anerkennung des Rechtsstaates“.¹⁹⁶

Klarer als in dem Antrag auf dem Kongreß von Rennes, der bereits das Resultat von Verhandlungen mit verschiedenen Fraktionen in der Parti socialiste darstellt, sind die Leitgedanken Rocards in seinen Reden enthalten. Auf der Sommeruniversität der Parti socialiste im September 1989 spricht Rocard über die Leitbegriffe des gesellschaftlichen Fortschritts. Nachdem er versichert, daß der Staat dafür verantwortlich bleibe, die Ausgrenzung zu vermeiden und die Bedürftigen zu unterstützen, nennt er mehrere Werte und Ziele, auf denen sich der „soziale Fortschritt“ gründen müsse. Zu diesen gehört unter anderem die Solidarität, die Verantwortlichkeit, die Chancengleichheit, die Dezentralisierung der Macht und die „Beteiligung“ bzw. „Teilhabe“. Rocard zufolge habe sich diese „grundsätzliche Erneuerung“ auf „das Individuum“ zu richten, um ihm zu ermöglichen, seine Chancen zu verwirklichen:

„[...] il demeure des fragilités qui imposent la poursuite de certains efforts de rigueur. Et je n’ai pas besoin de rappeler que, parmi ces fragilités, *le chômage* que nous connaissons est la plus grave et continuera à faire l’objet d’une préoccupation absolument prioritaire. Dans ce contexte, on ne peut accepter l’idée d’un progrès social global et linéaire, où il serait de la responsabilité de l’Etat-providence de redistribuer toujours davantage. L’Etat a la responsabilité de maintenir les acquis de la protection sociale, de lutter, avec le RMI, contre le phénomène de marginalisation, bref, de fournir à chacun l’assurance de conserver sa dignité quoiqu’il arrive.

Mais au delà de ce minimum, le progrès social doit se fonder sur les notions-clés de solidarité, *de responsabilité*, d’égalité des chances. Cela veut dire donner à chacun, de manière aussi spécifique que possible, une possibilité d’épanouissement. Cela passe par *l’éducation*, par la formation, par *la décentralisation des responsabilités*, *l’intéressement*, l’amélioration des conditions de travail, de vie quotidienne, de *logement*, l’accès à la culture.

¹⁹⁴ „La contribution des amis de M. Michel Rocard“, in: Mage 1989, Bd. 3, S. 584

¹⁹⁵ Ebd., S. 594

¹⁹⁶ Ebd., Bd. 3, S. 597. Mit „égalité“ wird in Frankreich weniger als beispielsweise in Deutschland „soziale Gleichheit“ assoziiert. Vielmehr lehnen sich die ersten drei Grundwerte, die Rocard dem demokratischen Sozialismus zuschreibt, an die Grundwerten der Französischen Revolution – *liberté, égalité, fraternité* – an.

La croissance peut en ces domaines autoriser des avancées. Mais elle ne peut nous épargner le travail de rénovation en profondeur qui s'adresse à *l'individu*, pour lui permettre d'être davantage maître de lui-même et juger de ses choix, et de saisir toutes ses chances.¹⁹⁷

Hier werden zahlreich Parallelen zu Blairs Leitbild der „stakeholder economy“ deutlich. Auch für Blair ist der Begriff der Verantwortung zentral (vgl. S. 52). Ebenso findet die „décentralisation des responsabilités“ bei Blair seine Entsprechung, der seine Absicht, den einzelnen Regionen Großbritanniens mehr Kompetenzen zu übertragen, die „devolution“, auch in einen Zusammenhang mit seinen allgemeinen Leitvorstellungen bringt. Rocard sieht die Dezentralisierung als Mittel, die Selbstverwirklichung der Menschen zu fördern, Blair spricht fast gleichbedeutend davon, daß die Menschen durch die „devolution“ mehr Kontrolle über ihr eigenes Leben erhalten:

„Our country stands on the verge of great change. We can continue with the overcentralised, secretive and discredited system of government we have at present. Or we can change and trust the people to take more control over their own lives. Let no one doubt Labour's determination to make radical changes in the way we run our country and to decentralise power.“¹⁹⁸

Auch Blair mißt beispielsweise der Bildung, die er als wesentliche Voraussetzung der Menschen dafür sieht, Teilhabe an der Gesellschaft zu erlangen, einen hohen Stellenwert bei. Seine Regierungserklärung (die Thronrede der Königin) beginnt mit den Sätzen: „Meine Regierung hat die Absicht, zum Wohle der ganzen Nation zu regieren. Hohen Vorrang räumt meine Regierung der Bildung für die Jugend ein.“¹⁹⁹ In *New Britain* spricht Blair von „Investitionen in die Menschen“: „First, we want to improve the standards of living of all Britain's families through an economic strategy based on investment in people [d. h. Bildung und Ausbildung], infrastructure and industrial research and development.“²⁰⁰ Das Konzept der Teilhabegesellschaft bzw. „stakeholder economy“ selbst, das bei Rocard seine Entsprechung im Begriff „intéressement“ („Beteiligung“) findet, wurde in Kap. 2.2.2 näher beschrieben.²⁰¹

Sowohl Rocards wie auch Blairs Vorstellungen haben letztlich das Individuum zum Ziel. Rocard spricht davon, daß sich die „grundlegende Arbeit der Erneuerung auf das Individuum richten müsse“, Blair zufolge diene die „devolution“, die er als zentrales Element der von ihm propagierten „stakeholder economy“ betrachtet, dazu, den Individuen mehr Macht zu geben:

¹⁹⁷ „Discours de M. Rocard à l'Université d'été du PS, Loctudy“, in: Mage 1989, Bd. 3, S. 553. Kursiv von mir.

¹⁹⁸ Blair: „Devolution“, Rede in der Playfair Library, Edinburgh University, 28. 6. 1996, in: Blair 1996, S. 275

¹⁹⁹ Blair 1997b, S. 887

²⁰⁰ Blair 1996, S. xii

²⁰¹ „Intéressement“ heißt, wörtlich übersetzt, „Gewinnbeteiligung“. „intéressé“ kann jedoch unter anderem mit „Teilhaber“ übersetzt werden. In dem Kontext der Passage Rocards wird der Begriff in diesem übertragenen Sinne verwendet. „Intéressement“ bedeutet dann, sicherzustellen, daß jeder an der Gesellschaft teilhat, oder, ins Englische übersetzt: „a society to give each person a stake in its future“ (Blair: „The Stakeholder Society“, Auszüge aus einer Rede in der Kathedrale von Southwark, 29. 1. 1996, in: Blair 1996, S. 298)

„The stakeholder economy is the key to preparing our people and business for vast economic and technological change. It is [...] about giving power to *you*, the individual. It is about giving you the chances that will help you to get on and so help Britain to get on too: a job, a skill, a home, an opportunity – a stake in the success we all want for Britain.“²⁰²

Alle vier von Blair genannten Aspekte, die für die „stakeholder economy“ zentral sind, nennt auch Rocard: Arbeit, Bildung bzw. „Fähigkeiten“, Wohnung und die Tatsache, daß die Gesellschaft jedem eine Chance geben soll, voranzukommen – letzteres heißt bei Blair „opportunity“, Rocard umschreibt es mit den Worten „permettre à l’individu de saisir toutes ses chances“ (siehe Zitat oben).

Zwischen Rocard und dem Modernisierungsflügel der Labour Party besteht jedoch nicht nur eine ideologische Nähe. Es besteht vielmehr auch eine länderübergreifende Kommunikation zwischen den Strömungen. So fand beispielsweise im September 1993 eine vom *Institute for Public Policy Research* organisierte Konferenz statt, an der auch Rocard teilnahm.²⁰³ Der zugehörige Veranstaltungsband wurde von David Miliband herausgegeben, der damals der Leiter der politischen Abteilung im Büro des Oppositionsführers war.²⁰⁴ Einige derjenigen, die später zu den engsten Mitstreitern Blair gehören werden, sind unter den Autoren der Beiträge vertreten: David Miliband selbst, der die Einleitung verfaßte, Anthony Giddens, Gordon Brown, Will Hutton und David Marquand.²⁰⁵

Der Klappentext des Buches bringt die grundlegende Überzeugung, die der überwiegende Teil der Autoren des Bandes teilt, klar zum Ausdruck und knüpft darüber hinaus an den bei Rocard entlehnten Begriff der „autonomy“ an. Er führt die Notwendigkeit, die Autonomie anstelle der Gleichheit als zentralen Wert der Linken anzusehen, auf die Globalisierung und den Zerfall der Arbeitermilieus zurück und liegt damit völlig auf der Linie der Analyse Rocards:

„The essays in this book argue that there is a viable future for left-of-centre politics, but that it requires a radical break with the assumptions of the past. The deepening globalization of production, the break-up of working-class communities, and the limitations of the centralized state demand new thinking about economic renewal and social reform. *Autonomy must supplement equality as the leading value of the Left*; inequalities of power must be corrected outside the workplace as well as within it; markets must be directed and not abolished; and radical democracy must be established as an end in itself.“²⁰⁶

In seinem Beitrag zeigt sich Rocard als Verfechter einer klar am Individuum orientierten und marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik. Ähnlich wie Blair lehnt er „das ursprüngliche sozialdemo-

²⁰² Blair, Rede in den Assembly Rooms, Derby, 18. 1. 1996, in: Blair 1996, S. 291. Kursiv im Original.

²⁰³ Miliband 1994

²⁰⁴ Im September war John Smith Vorsitzender der Labour Party.

²⁰⁵ Die weiteren in diesem Band vertretenen Autoren sind Perry Anderson, Jos de Beus (PvdA), Anna Coote, James Cornford, Manuel Escudero (PSOE), Gosta Esping-Anderson, Francis Fox Piven, David Held, Patricia Hewitt, Margaret Hodge, Robert Kuttner, Elizabeth Meehan, Tariq Modood, Susan Owens, Bhikhu Parekh, Anne Phillips, Raymond Plant, Joel Rogers, Wolfgang Streek und Stephen Tindale.

²⁰⁶ Miliband 1994, Klappentext. Kursiv von mir. Der *Begriff* der „Autonomie“ ist im britischen Diskurs kaum verbreitet. In Tony Blairs Buch „New Britain“ kommt er beispielsweise praktisch nicht (in der von Rocard verwendeten Bedeutung) vor.

kratische Denken“ ab, weil es die kollektive Ebene gegenüber dem Individuum in den Vordergrund gestellt habe. Ihm zufolge habe die Sozialdemokratie die „Kraft der Konkurrenz“, die für das menschliche Leben bestimmend sei, unterschätzt:

„First, the social democratic founding thinking privileged the collective fields, economic and social, the individual not being sufficiently involved and considered as such. [...] But the main reason for action of any human being is always interest – not only monetary interest, but including it. [...]

This means, and this is the second point in answer to the question ‘why?’, that in a century-long struggle for social democracy, including the communist perversion of social democracy, we have underestimated the power of competition. Competition is the definition of existence in the modern era. Human life is made of competition. How can we imagine an economy which would not have competition as its first element?“²⁰⁷

Auch Rocard sieht allerdings, daß die Marktwirtschaft alleine das Überleben der Gesellschaft nicht garantieren kann. Ihm zufolge liege die Aufgabe des Staates darin, den „sozialen Zusammenhalt“ zu sichern. Man könnte hier einwenden, daß die Aufgabe, „den sozialen Zusammenhalt“ zu sichern, ein wesentliches Merkmal aller sozialdemokratischer Parteien sei. Dies trifft selbstverständlich zu. Der Unterschied zwischen der Konzeption Rocards und der traditionellen Sozialdemokratie liegt jedoch gerade darin, daß Rocard das Ziel der Bewahrung des sozialen Zusammenhalts offen als vorrangige Aufgabe bezeichnet, die sozialdemokratische Parteien zu verwirklichen hätten. Traditionelle sozialdemokratische Parteien sind hingegen dadurch gekennzeichnet, daß sie sich zur Aufgabe setzen, soziale Gleichheit bzw. „Gerechtigkeit“ zu verwirklichen und dadurch die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer zu verbessern. Indem sie diese Hoffnungen ihrer Wähler aufgreifen, tragen sie mittelbar zur Stabilisierung der Gesellschaft bei. Rocard schreibt:

„We are not here to impose social justice through a planned economy, through the extension of collective property or collective goods. [...] we are here to enforce social justice and social solidarity in a market economy. [...] By definition, the effects of markets increase inequalities. [...] A society of solidarity in a market economy requires a public authority with the responsibility to preserve social cohesion.“²⁰⁸

Wie Blair stellt auch Rocard die Identifizierung mit *Werte* gegenüber der Umsetzung von *Zielen* in den Vordergrund. Für ihn ist der Sozialismus „keine Ideologie, sondern eine Methode (der Konsens), ein System von Werten und eine Frage der Moral“.²⁰⁹ Er schlägt sieben Grundwerte für die Sozialdemokratie vor, die auch in den neunziger Jahren zu den Grundlagen seiner politischen Position zählen. Er nennt auch die „Solidarität“ und versucht damit, ähnlich wie Blair, eine Verbindung zu den bestehenden Zielen der Sozialdemokratie zu schaffen. Unter „Solidarität“ versteht Rocard jedoch nicht eine Form der Umverteilung, sondern „a society in which no one is left behind“.²¹⁰ Bereits 1988

²⁰⁷ Rocard 1994, in: Miliband 1994, S. 153

²⁰⁸ Ebd., S. 154

²⁰⁹ Bell/Criddle 1994, S. 124

²¹⁰ Ebd., S. 155. Diese sieben Grundwerte nennt Rocard bereits in seinem 1988 veröffentlichten Werk *Le cœur à l'ouvrage* (Rocard 1988, S. 316f.)

schreibt Rocard, daß der Grundwert der Solidarität verbiete, die Schwachen „am Wegrand zurückzulassen“. Rocard Zielvorstellung eines „Individuums, das sich für die gemeinsame Zukunft der Menschheit einsetzt“, erinnert zudem stark an die kommunitaristische Sichtweise Blairs und grenzt sich ebenso wie diese von einer (neo-)liberalen Sichtweise des Individuums ab, wie sie beispielsweise die britische Premierministerin Thatcher vertritt.

„La troisième [valeur] est *la solidarité*, car si l'individu reste la finalité d'une civilisation, il ne s'agit pas d'un individu isolé, mais d'un individu engagé dans l'aventure collective de l'humanité, qui interdit qu'on laisse sur le bord de la route ceux que la nature ou la vie économique a frappés de handicap.“²¹¹

Diese Konzeption eines Sozialsystems, das lediglich den völligen Absturz in die Armut verhindern soll, geht selbst Blair zu der Zeit, in der er die „stakeholder society“ propagierte, zu weit. In einer Rede in Singapur, die damals als weiterer Schritt Blairs nach rechts gedeutet wurde, nennt er als Kennzeichen des „stakeholder welfare system“, daß dieses allen Menschen zugute kommen müsse. Die Alternative, so Blair, sei ein „marginales System, das nur für die Armen zuständig sei“, also die von Rocard präferierte Form der sozialen Sicherung:

„The stakeholder economy has a stakeholder welfare system. By that I mean that the system will flourish in its aims of promoting security and opportunity across the life cycle only if it holds the commitment of the whole population, rich and poor. This requires that everyone has a stake. The alternative is a residual system just for the poor.“²¹²

Rocard begründet klar, weshalb er die Sozialdemokratie nicht auf ein bestimmtes politisches Programm, sondern auf ein Set von Werten gründen will. Er will den sozialen Zusammenhalt vor allem durch die *symbolische Autorität* der Politik erreichen. Die Grundwerte, auf denen sich diese Autorität gründet, sollen offenbar auch die mit dem Wegfall des Sozialismus aus der Programmatik der Partei verlorengegangene identitätsstiftende Wirkung entfalten:

„Can we be more precise on the set of principal values? I think so, because we need to regain the symbolic authority that comes from principal values which we can present to public opinion and on the basis of which we can win their confidence. You have to confirm what are your principles, and I think we can delineate seven that are our values.“²¹³

Diese sieben Grundwerte sind Rocard zufolge – in der Reihenfolge ihrer Nennung – „Freiheit“, „Demokratie“, „Solidarität“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Dezentralisierung“ bzw. „Autonomie“, „Bewahrung der Natur“ und „Frieden“.²¹⁴ Auch den Begriff der „Verantwortung“, den Blair erst später stärker in den Vordergrund stellen wird, verwendet Rocard bereits zu dieser Zeit. Wie Blair setzt er ihn mit der Gewährung von Freiheiten und Rechten in Verbindung. Ihm zufolge ist die „Verantwortung“ um

²¹¹ Rocard 1988, S. 316. Kursiv im Original.

²¹² Blair: „The Stakeholder Economy“, Rede vor der Singapore Business Community, 8. 1. 1996, in: Blair 1996, S. 296

²¹³ Rocard 1994, in: Miliband 1994, S. 154

²¹⁴ Ebd., S. 154f.

so wichtiger, je stärker die „Autonomie“ werde: „L'autonomie libère les énergies, permet à chacun de trouver sa motivation propre. Mais plus cette autonomie est importante, plus doit l'être également son corollaire : la responsabilité.“²¹⁵

An einer weiteren Stelle des Beitrags geht Rocard in seiner Abgrenzung von traditionellen Zielvorstellungen der Sozialdemokratie sogar noch deutlich weiter: Er stellt die Ziele der bürgerlichen Revolution nicht nur als Bestandteil der sozialdemokratischen Werte dar, wie dies viele sozialdemokratische und sozialistische Politiker und Theoretiker vor allem in bezug auf die Forderungen nach *politischen* Freiheiten getan haben,²¹⁶ sondern *identifiziert* die Sozialdemokratie mit dem zentralen *wirtschaftlichen* Ziel der bürgerlichen Revolution, der Abschaffung der auf dem Feudalsystem gründenden Rente: „Social democracy can be defined as the struggle against the rent.“²¹⁷

Will Hutton, von dem Blair das Konzept der *stakeholder economy* übernahm, das zum Leitgedanken Blairs bis ins Jahr 1996 hinein werden sollte, schreibt in dem hier betrachteten Sammelband den Kommentar zu Rocards Beitrag. Einleitend stellt Hutton fest, daß Rocard zwar eine „zu viel Raum preisgegeben habe“. Er äußert Vorbehalte gegenüber der Auffassung, daß der Markt die einzige erfolgreiche Form der Wirtschaft sei:

„[...] Michel Rocard has made an important statement of social democratic belief; but he has yielded too much ground. The notion that markets are the only successful form of economic organization, as he claims, requires more caution.“²¹⁸

Für Hutton ist Michel Rocard „der nette Junge“, der im Rahmen der neuen Zwänge den besten Ausgleich zwischen allen gesellschaftlichen Interessen finden wolle:

„the nice guy who will find the least damaging societal trade-offs whilst respecting the new imperatives. He will preserve the values of the Left – freedom and democracy – whilst making necessary concessions to the economic world of the Right. [...] He will be a more successful midwife to the new forces than the hard men to his right.“²¹⁹

Hutton richtet damit bereits 1994 dieselben Vorwürfe an Rocard, die er zwei Jahre später gegen-

²¹⁵ Rocard 1988, S. 204. In der Aufzählung der Grundwerte in der selben Schrift weist Rocard ebenfalls ausdrücklich auf den Zusammenhang, den er zwischen Autonomie und Verantwortung sieht, hin: „La quatrième [valeur] est l'autonomie, avec son corollaire, la responsabilité.“ (Ebd., S. 316)

²¹⁶ Auch Marx und Engels sahen in der bürgerlichen Revolution gleichzeitig Ziele der Arbeiterbewegung verwirklicht. Engels schreibt beispielsweise: „Und wenn auch im ganzen und großen das Bürgertum beanspruchen durfte, *im Kampf mit dem Adel* gleichzeitig die Interessen der verschiedenen arbeitenden Klassen jener Zeit mit zu vertreten, so brachen doch, bei jeder bürgerlichen Bewegung, selbständige Regungen derjenigen Klasse hervor, die die mehr oder weniger entwickelte Vorgängerin des modernen Proletariats war.“ (Engels 1990, S. 145)

²¹⁷ Rocard 1994, in: Miliband 1994, S. 156. Rocard verläßt mit dieser Aussage zwar eindeutig den Bereich derjenigen Positionen, die im allgemeinen als sozialdemokratisch gelten. Annie Philippe und Daniel Hubscher gehen allerdings zu weit, wenn sie Rocard als Neoliberalen beschreiben (vgl. Philippe/Hubscher 1991, S. 155f.)

²¹⁸ Hutton 1994, in: Miliband 1994, S. 159

²¹⁹ Ebd., S. 160

über Blair erheben wird.²²⁰ Er kritisiert Rocard dafür, sich *ideologisch* zu stark an die Rechten angenähert zu haben, und schreibt, daß seine Ausführungen keine glaubhafte Position für die politische Linke darstelle. Er setze sich dem Verdacht aus, eine konservative Politik im linken Gewand zu vertreten. Es sei den Rechten aber immer möglich, so Hutton, sich etwas menschlicher darzustellen und dann den Wähler mit dem Argument zu überzeugen, daß es besser sei, das Original zu wählen als die Kopie. Die Linke, so Hutton, müsse eine vom Grundsatz her andere politische Programmatik vertreten, die die Vollbeschäftigung und die Betonung des Sozialen beinhalte. Daß Hutton sich hier vor allem die Programmatik und weniger die tatsächliche Politik bezieht, wird an der Formulierung deutlich, daß eine derartige „Sprache“ nicht schwierig sei:

„This is not a plausible position for the Left. [...]

By surrendering too much philosophical ground, social democrats can open themselves up to the charge of being the Right *en travestie*. It is always open to the Right to humanize themselves a little and soften their edge, presenting the voter with the choice of voting for the real thing or its imitation.

The Left has to represent an alternative paradigm.“²²¹

„[Rocard] needs to go beyond his statements of values and belief in the democratic spirit, to make a more confident appeal about how these forces could be used to return to full employment and reassert the social dimension. This is what the Left must *promise*. The *language* is not difficult.“²²²

3.2.4 Die Strömung Jospins

Jospins Anhänger formieren sich als eigenständige Strömung offiziell auf dem Kongreß von Rennes im Jahr 1990. Auf diesem bringen sie zusammen mit den Anhängern Mauroys und Mermaz' einen Antrag ein, der 29 % der Stimmen erhält.²²³ Annie Philippe und Daniel Hubscher führen die Spaltung der Anhänger Mitterrands in die Strömungen von Lionel Jospin und Laurent Fabius bis auf die Jahre 1984 und 1985 zurück. Ihnen zufolge personifizierten Jospin und Fabius zwei verschiedenen Aspekte einer gegen Rocard gerichteten Strategie Mitterrands. Während Jospin „die Partei, die Wahrung der Grundsätze, die Verankerung in der Linken“ repräsentieren und die Partei gegen die Anhänger Rocards verteidigen soll, sind die Aufgaben, die Mitterrand Fabius aufträgt „die Regierung, die Modernität, die Eroberung der öffentlichen Meinung“. Das läßt gleichzeitig darauf schließen, daß zwischen der politischen Haltung Jospins und derjenigen Fabius' kein *grundsätzlicher* Gegensatz besteht, und daß ihre Gegnerschaft letztlich darauf beruht, daß sich ihre Anhänger mit der jeweiligen

²²⁰ Vgl. den von Will Hutton, Frank Field, John Kay, David Marquand und John Gray in der Ausgabe des Observer vom 7. 7. 1996 veröffentlichten Artikel „Tony and the Tories: This is what we mean“ (zit. im vorliegenden Text, S. 50)

²²¹ Hutton 1994, in: Miliband 1994, S. 160f. Kursiv im Original.

²²² Ebd., S. 163. Kursiv von mir.

²²³ Philippe/Hubscher 1991, S. 187. Für eine eindrucksvolle Schilderung des chaotischen Ablaufs des Kongresses von Rennes siehe: Leclerc/Muracciole 1996, S. 177-181

Haltung, die Jospin und Fabius – als Teil einer *gemeinsamen* Taktik – einnahmen, identifizierten. Philippe und Hubscher schreiben:

„[...] François Mitterrand répartit les tâches entre ses lieutenants. A Lionel Jospin, premier secrétaire du P.S. : le parti, l’affirmation des principes, l’ancrage à gauche, la garde de la forteresse contre les rocardiens. A Laurent Fabius, Premier ministre : le gouvernement, la modernité, l’offensive porté sur le terrain de l’opinion, l’« effet Fabius » opposé à l’« effet Rocard ».

Cette division du travail est lourde de conséquences. Elle a donné naissance aux mythes fondateurs du jospinisme et du fabiusisme : c’est en se référant aux années 1984-1985 que les jospinistes affirment qu’ils sont « plus à gauche » que les fabusiens et que les fabusiens reprochent aux jospinistes de verrouiller l’appareil et d’empêcher le parti de se rénover.“²²⁴

Die Strömung Jospins umfaßt zum Zeitpunkt des Kongresses von Rennes sowohl einen großen Teil der wichtigsten Anhänger Mitterrands, wie beispielsweise Louis Mermaz, einen Teil des rechten Flügels der Mitterrandisten um Pierre Mauroy wie auch ausgewiesene Linke, zu denen Henri Emmanuelli zählt, der 1990 noch eine herausragende Rolle in der Strömung Jospins spielt, aber vor der Präsidentschaftswahl 1995 zum wichtigsten Gegenspieler Jospins wird.²²⁵

Jospin sucht zwar bereits seit spätestens 1988, also noch weit vor dem Kongreß von Rennes, ein Bündnis mit Rocard,²²⁶ das vor allem gegen Fabius gerichtet ist, aber er grenzt sich gleichzeitig ideologisch von Rocard ab. Auf einem Treffen seiner Strömung im Juli 1990 erklärt er, daß seine Strömung „eine bestimmte Konzeption der Partei und eine Tradition repräsentiere“. Dies sei besser, als den jeweiligen Modeströmungen hinterherzulaufen: „Notre courant incarne une certaine conception du parti, une tradition, ce qui vaut mieux que chevaucher des modes, ces coursiers un peu fougueux qui, parfois, désarçonnent leur cavalier.“²²⁷

Auch in organisatorischen Fragen wendet sich Jospin gegen die Konzeptionen von Rocard und Fabius. Seine Anbindung an die aktive Basis der Partei wird in einem Redebeitrag Jospins in einer Sitzung des Vorstands der Parti socialiste deutlich. Jospin spricht sich eindeutig gegen eine „Partei amerikanischen Stils“ aus. Man müsse sich den Mitgliedern politisch zuwenden, sonst „brauche man sich nicht zu wundern, wenn sie nicht aktiv werden“:

„Traitant, enfin, du PS, M. Jospin a souligné qu’il faut « garder un Parti socialiste, et non pas construire un parti à l’américaine », et que « le problème est, toujours, de savoir si on parle politique aux militants (...), aux premiers fédéraux ». « Si on ne le fait pas, il ne faut pas s’étonner qu’ils ne se mobilisent pas », a-t-il dit en une claire allusion à la campagne de M. Fabius pour les élections européennes.“²²⁸

²²⁴ Philippe/Hubscher 1991, S. 109. Vgl. auch: Mercier/Jérôme 1997, S. 43

²²⁵ Vgl. Philippe/Hubscher 1991, S. 125f.

²²⁶ „L’alliance Jospin-Rocard se fera très voyante quand le premier sera ministre de l’Education dans le gouvernement du second. [...] A cette époque, qui commence en 1988, il serait excessif de parler de complicité.“ (Mercier/Jérôme 1997, S. 114)

²²⁷ Zit. nach: Philippe/Hubscher 1991, S. 121

²²⁸ „Intervention de M. Jospin devant le comité directeur du PS“, 1./2. 7. 1989, in: Mage 1989, Bd. 2, S. 323

Im gleichen Monat veröffentlicht Jospin auf einer Pressekonferenz, auf der er zusammen mit Henri Emmanuelli vom linken Flügel der Mitterrandisten sowie Michel Delebarre und Henri Nallet, die dem rechten Flügel der Mitterrandisten um Pierre Mauroy zuzuordnen sind, auftritt, ein Papier, das sich eindeutig von Rocard abgrenzt und an einigen Stelle sehr konkret für eine Politik der Umverteilung plädiert. Beide hier angeführten Passagen sind wörtlich oder sinngemäß im Antrag Jospins auf dem Kongreß von Rennes enthalten.²²⁹ Jospin legt Wert auf die Feststellung, daß sich die Parti socialiste als Partei verstehe, die „den Hoffnungen und Interessen des Volkes dient“ und „für die Gleichheit eintritt“. Als erstes Ziel einer „Wirtschaft des Teilens“ nennt er die „Umverteilung der Einkommen“: Lohneinkommen müßten stärker steigen als Einkommen, die nicht aus abhängiger Arbeit resultieren:

„Nous voulons la transformation de la société. Nous sommes un parti d’action, immergé dans la société, servant les aspirations et les intérêts du peuple, reconnu par lui et agissant pour l’égalité.“²³⁰

„Aller vers une économie de partage, vers une société solidaire, tel est donc l’objectif affirmé dans la ‘lettre à tous les français’ et que nous avons fait nôtre.

Le partage premier est celui des revenus. Toute politique économique socialiste doit tendre vers la réduction de l’éventail des revenus. Il faut redonner aux salaires une dynamique plus forte que celle des revenus non salariaux, surtout lorsque ces derniers ne sont pas orientés vers l’investissement productif. Ceci, bien entendu, en veillant à ce que le niveau des salaires réels ne soit pas menacé dans le même temps par la hausse du coût des loyers, qui doivent être maîtrisés.“²³¹

Die Anhänger Jospins sehen sich als Bewahrer der Tradition Mitterrands und werfen Fabius vor, den Mitterrandismus zu entstellen und die Parti socialiste in eine Maschine für die Präsidentschaftswahl zu verwandeln. Die Gegnerschaft zu Fabius gründet sich somit nicht auf Differenzen der politischen Positionen beider Strömungen, sondern auf taktischen Differenzen. So wollten etwa die Anhänger Jospins die *union de la gauche*, das Bündnis mit der Parti Communiste wiederbeleben, während die Anhänger von Fabius, darauf drängten, mit dem rechten Oppositionsflügel der PCF Gespräche zu führen, um einen Übertritt zu Parti socialiste zu organisieren.²³²

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen beiden Strömungen ist, daß Fabius direkt darauf zielte, Nachfolger Mitterrands als Präsident der Fünften Republik zu werden, während Jospin gegen Ende der achtziger Jahre immer stärker für eine Trennung der Rolle der Partei und der Funktion des Präsidenten plädierte. Die Anhänger Jospins, so Philippe und Hubscher, betrachteten die Trennung der Rolle der Partei und des Präsidenten als „allgemeine Regel“:

²²⁹ Vgl. „Contribution de M. Jospin“, Oktober 1989, in: Mage 1989, Bd. 2, S. 347, S. 348 und S. 351

²³⁰ „Intervention de M. Jospin – Texte présenté au cours d’une conférence de presse en compagnie de MM. Henri Emmanuelli, Michel Delebarre et Henri Nallet“, 26. 7. 1989, in: Mage 1989, Bd. 2, S. 327

²³¹ Ebd., S. 330f. Der „lettre à tous les Français“ ist ein zentraler Text Mitterrands im Präsidentschaftswahlkampf 1988.

²³² Vgl. Philippe/Hubscher 1991, S. 122f.

„Au départ, l’attitude des jospinistes était conjoncturelle : ils estimaient qu’en dehors de François Mitterrand, Michel Rocard était alors le meilleur candidat et que Laurent Fabius n’avait aucun droit prioritaire à revendiquer la succession du président de la République. Mais le durcissement du combat contre Fabius a finalement amené les jospinistes sur une position de principe. Ils posent aujourd’hui en règle générale que le rôle du P.S. ne doit pas être confondu avec une démarche présidentielle.“²³³

Es ist genau diese Trennung zwischen Partei und Regierung, die es Jospin und den führenden Mitgliedern seiner Strömung ermöglicht, trotz der großen politischen Differenzen ein Bündnis mit der Strömung Rocard einzugehen. Die Tatsache, daß Jospin nur mit Rocard eine Mehrheit in der Partei sichern kann, ist wiederum ein wichtiger Grund für seine Gegnerschaft zu Fabius, die sich trotz der politischen Nähe beider Strömungen stetig verschärft. Tatsächlich beruht zu diesem Zeitpunkt das Bündnis zwischen Rocard und Jospin nicht auf einer gemeinsamen programmatischen Grundlage, sondern auf der Trennung der Rollen der Partei und des Präsidenten sowie auf der gemeinsamen Gegnerschaft zu Fabius, der eine Trennung zwischen der Programmatik der Partei und derjenigen des Präsidenten beziehungsweise des Präsidentschaftskandidaten ablehnt:

„Michel Rocard, ou n’importe qui d’autre, peut courir l’aventure présidentielle ; les vrais mitterrandistes, eux, gardent le parti et en conservent la pureté. Détacher le parti des ambitions personnelles des présidentiables, c’est le sauver, proclament les jospinistes. Couper le parti de la dynamique de l’élection présidentielle, c’est le tuer, répondent les fabusiens.“²³⁴

Aber bereits auf dem Kongreß von Rennes zeigen sich Brüche in der Strömung Jospins: die Verbündeten aus den Reihen der Mitterrandisten, die sich der Strömung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre anschlossen, Pierre Mauroy und Louis Mermaz, sprechen sich gegen ein Bündnis mit Rocard aus, um Fabius zu isolieren, und wollen einen strömungsübergreifenden Antrag beschließen. Mermaz gründet 1990 den Verein „Priorités Aujourd’hui“ und grenzt damit seine Anhänger schärfer gegenüber anderen Strömungen ab. Mauroy, der den mitgliederstarken Verband im Département Nord führt, besitzt ohnehin eine große Unabhängigkeit. Leclerc und Muracciole zufolge besteht die Strömung Jospins zu diesem Zeitpunkt aus drei unterschiedlichen Teilen, den Anhängern Mauroys, den „alten Traditionalisten“, mit denen sie vor allem die Anhänger Mermaz’ meinen, die sich in der Tradition Mitterrands sehen, und dem engeren Umfeld Jospins.

„Le courant Jospin, ce sont trois boutiques : les mauroyistes, les vieux conventionnels et les proches de Jospin. Encore faut-il distinguer parmi ceux-ci, les fidèles du XVIII^e [arrondissement de Paris] comme Vaillant et Delanoë, les mitterrandistes comme Emmanuelli et Glavany, et les nouveaux sabras comme Strauss-Kahn, Cambadélis, Le Guen, Moscovici.“²³⁵

Annie Philippe und Daniel Hubscher schließen ihre Abhandlung der Strömung Jospins mit der Vorhersage, daß die Entscheidung darüber, die Zusammenarbeit mit Rocard in ein offizielles Bündnis

²³³ Ebd., S. 123

²³⁴ Ebd., S. 124

²³⁵ Leclerc/Muracciole 1996, S. 188

zu überführen, die „Stunde der Wahrheit“ für die Strömung Jospins darstelle: „Le choix ou le refus d'une alliance déclarée avec les rocardiens sera en tout cas son épreuve de vérité.“²³⁶ Tatsächlich ist das Bündnis zwischen Jospin und Rocard auf dem Kongreß immer noch inoffiziell, ein „offenes Bündnis mit Rocard ein Tabu“, wie Sophie Mercier und Béatrice Jérôme schreiben:

„Le duo qui fonctionne au gouvernement n'ose pas s'afficher en tant que tel pour prendre le parti et le dérober à Laurent Fabius au congrès de Rennes. [...] Pour Jospin, longtemps le plus loyal des mitterrannistes, l'alliance affichée avec Rocard est un tabou, qu'il n'osera pas transgresser.“²³⁷

Im weiteren Verlauf zeigt sich, daß die Strömung Jospins an den politischen Widersprüchen, die sich aus einem *offenen* Bündnis mit Rocard ergeben, zerbrechen wird. An diesem Punkt der Entwicklung wird Jospin schließlich vor der Entscheidung stehen, auf der politischen Grundlage seiner Strömung, die in der Tradition Mitterrands steht, Politik zu betreiben oder das Lager zu wechseln und damit auch seine grundsätzliche politische Orientierung zu ändern.

3.3 Die Krise der Parti socialiste

3.3.1 Der Aufstieg und Fall Rocards

Mitterrand selbst nimmt nach dem Kongreß von Rennes den Kampf mit Rocard auf: Am 15. Mai 1991 entläßt er ihn als Premierminister. Die Darstellung Rocards, von den Anhängern Mitterrands nicht grundsätzlich in Frage gestellt, deutet darauf hin, daß es keinerlei Absprache zwischen beiden Politikern gegeben hat. Ihm zufolge habe Mitterrand seinen sofortigen Rücktritt gefordert, woraufhin er seine Unterlagen geordnet und das Amtszimmer verlassen habe: „Quand j'ai compris que le président me demandait de partir sur-le-champ, j'ai répliqué : « Pas vous, pas comme ça, pas maintenant. » J'ai rangé mes papiers, je me suis levé et j'ai tourné les talons.“²³⁸

Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß der Gegnerschaft zwischen Mitterrand und Rocard in erster Linie strategische Differenzen zu Grunde liegen, aber keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten in Fragen der praktischen Politik. 1991 scheint Mitterrand, der kurz danach den linken Flügel der Parti socialiste gegen Rocard unterstützen wird, diesen unter anderem deswegen zum Rücktritt aufgefordert zu haben, weil er befürchtete, daß dieser auf Grund seiner Absicht, 1995 zum Präsidenten gewählt zu werden, vor weiteren Einschnitten in der Sozialversicherung zurückschrecken würde:

²³⁶ Philippe/Hubscher 1991, S. 127

²³⁷ Mercier/Jérôme 1997, S. 114f.

²³⁸ Michel Rocard, zit. nach: Schneider 1992, S. 9. Siehe auch: Schneider 1992, S. 7

„Depuis plusieurs mois, le président a décidé de changer de Premier ministre : il a acquis la conviction que Rocard, obnubilé par son avenir présidentiel, refuse désormais de prendre les mesures impopulaires qui s'imposent, notamment pour combler le trou de la sécurité sociale.“²³⁹

Seine Nachfolgerin Edith Cresson und Pierre Bérégovoy, der ihr am 2. April 1992 im Amt folgt, sind enge Vertraute von Mitterrand. Cresson wird als die bis dahin unpopulärste Person im Amt des Premierministers in die Geschichte der Fünften Republik eingehen.²⁴⁰ Auch Mitterrands Ansehen sinkt in dieser Zeit auf einen Tiefstand. Im Dezember 1991 befürworteten nur noch 22 % der Befragten in einer Studie des Meinungsforschungsinstituts IFOP seine Politik.²⁴¹ Rocard hingegen gewinnt an Zustimmung. Mauroy präsentiert ihn kurz darauf als „virtuellen“, später als „natürlichen“ Kandidaten der Parti socialiste für die Präsidentschaftswahl 1995.

Auf Pierre Mauroy, der 1992 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale wird, folgt Laurent Fabius, Mitterrands Wunschnachfolger, als Parteivorsitzender.²⁴² Dies ruft Spekulationen darüber hervor, daß Mitterrand Rocard als Präsidentschaftskandidaten akzeptiere, aber im Gegenzug Fabius als Generalsekretär der Parti socialiste einsetzen habe können.

Doch die Krise, in die die Parti socialiste nach dem Kongreß von Rennes geraten war, läßt die Position des Generalsekretärs zu einem Schleudersitz werden. Der Mitgliederschwund der Parti socialiste setzte sich scheinbar unaufhaltsam fort: Zählte sie im Jahr 1989 noch 204.000 Mitglieder, so sank ihre Zahl bis 1993 auf 113.000. 1994 hatte sie ihre Mitgliederzahl mit 113.000 beinahe halbiert, und 1995 erreichte sie mit 94.000 in etwa die Mitgliederzahl, die sie im Jahr 1972, kurz nach ihrer Gründung, hatte.²⁴³

Die verschiedenen Strömungen scheinen in dieser Zeit nicht fähig zu sein, die Verteilung der Führungspositionen einvernehmlich zu regeln. Fabius wird die Affaire um AIDS-verseuchtes Blut, die ihn seit seiner Zeit als Premierminister begleitete, und das schlechte Abschneiden der Parti socialiste bei den Wahlen zur Nationalversammlung im März 1993, bei denen die Partei gerade 17,4 % der Stimmen erreicht, zum Verhängnis.²⁴⁴ Am 3. April 1993 ersetzt ihn Rocard als Generalsekretär der Parti socialiste. Enge Vertraute Mitterrands sind durch die Wahl Rocards offenbar völlig überrascht, und Spekulationen über eine Absprache ist damit der Boden entzogen: Anhänger Mitterrands und

²³⁹ Schneider 1992, S. 10

²⁴⁰ Nur etwa 20 % der Bevölkerung haben eine positive Meinung von Edith Cresson. Selbst der konservative Premierminister Juppé wird Ende 1995, zur Zeit der großen Streikbewegung im öffentlichen Dienst, noch von etwa 30 % der Bevölkerung unterstützt – er hat allerdings fast den gesamten Rest der Bevölkerung gegen sich, während viele gegenüber Cresson indifferent sind (Quelle: Parodi 1997, S. 94f.)

²⁴¹ Vgl. Becker 1994, S. 185

²⁴² Die Parti socialiste wählt, exakt gesprochen, keinen Parteivorsitzenden, sondern einen „Ersten Sekretär“. Da der Begriff „Parteivorsitzender“ im Deutschen jedoch geläufiger ist, wird er im vorliegenden Text durchgängig als Übersetzung für die Bezeichnung „Premier secrétaire“ verwendet.

²⁴³ Quelle: Kergoat 1997, S. 7

²⁴⁴ Aufgrund des französischen Wahlsystems erhalten die Sozialisten und ihre unmittelbaren Verbündeten nur noch 68 von 577 Sitzen in der Nationalversammlung. 1988 hielten sie mit 278 Mandaten noch fast die absolute Mehrheit der Sitze.

Vertreter des linken Flügels bezeichnen die Ereignisse dieses Tages als „Putsch“ (Paul Quilès) oder „pronunciamento“ (Jack Lang) und als „Nacht der kurzen Messer“ (Jean Poperen).²⁴⁵ Lionel Jospin soll hingegen bereits zu diesem Zeitpunkt die Wahl Rocard zum Parteivorsitzenden begrüßt haben.²⁴⁶

Michel Rocard verfolgt während seiner Zeit als Parteivorsitzender weitreichende Pläne, die nach einer Rede Rocard in Montlouis bei Tours am 17. Februar 1993 allgemein unter dem Begriff „big bang“ bekannt werden. Fabius 1995 schreibt, daß Rocard Pläne zur „Versenkung der Parti socialiste“ führen würden, ohne daß Rocard Aufschluß darüber geben, was an ihre Stelle treten würde. „Es ist nicht so häufig“, so Fabius, „daß ein bedeutender Politiker einige Tage vor einer wichtigen Wahl die Versenkung seiner eigenen Partei theoretisch begründe“:

„Il s’agissait, si j’ai bien compris, de proposer une sorte d’éclatement puis de recomposition des forces politiques pour la période postérieure aux élections. L’analyse sociologique qui servait de trame au discours était assez juste, la conclusion plus surprenante : schématiquement, le parti socialiste devait disparaître, mais l’orateur ne disait pas exactement quoi mettre à sa place et il demandait néanmoins qu’on votât pour lui. [...] Il n’est pas si fréquent qu’un important responsable politique, quelques jours avant une élection majeure, théorise le sabordage de son propre parti.“²⁴⁷

Tatsächlich stellt Rocard sein Vorhaben in eine Linie mit den für die Parti socialiste bedeutsamen Umbrüchen von 1905, 1920, 1946 und 1971. Seine Begründung dafür, die Parti socialiste in einer großen, „offenen und modernen“ Bewegung aufgehen zu lassen, gehört auch in Großbritannien und in Deutschland zur Standardargumentation vieler Modernisierer. Wiederum verweist er auf die Auflösung der Klassensolidarität und hebt die Bedeutung des Individuums hervor: „Nous sommes entrés dans une société de marché où les inégalités se traduisent sous des multiples formes, mais où le sentiment d’appartenance à une classe, à un mouvement collectif, n’est plus perçu comme une réalité, où le changement n’est efficace qu’autant qu’il touche l’individu.“²⁴⁸

An dieser Stelle fordert Rocard ebenso einen Staat, „der den Menschen näher ist“ und „sich in einem ständigen Dialog mit allen seinen Partnern befindet“.²⁴⁹ Zwei Jahre später beginnt Tony Blair eine Rede mit den Einschätzung: „There are now two significant impulses in modern democratic politics around the theory of the state. The first is to bring government closer to the people. Big, centralised government is out.“²⁵⁰ Im folgenden führt er aus: „If we are to reconnect people to the political system we have to reform it. We can do this through public/private partnerships, and are already doing so in local government – in projects like the Manchester Metrolink, developed by Manchester

²⁴⁵ Kergoat 1997, S. 107

²⁴⁶ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 228f.

²⁴⁷ Fabius 1995, S. 195

²⁴⁸ Vgl. Michel Rocard, Rede in Montlouis, 17. 2. 1993, zit. in: *Le Monde*, 19. 2. 1993

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Blair: „New Nation-state“, Rede beim „Distinguished Speakers Dinner“ des Magazins *Time*, London, 30. 11. 1995, in: Blair 1996, S. 259. Als zweiten Impuls sieht Blair die Entdeckung der „Ohnmacht des Isolationismus“.

council and private industry to provide first-class public transport.“²⁵¹ Die Ähnlichkeiten sind deutlich: Beide Politiker fordern an herausgehobener Stelle, sogar mit ähnlichen Begriffen, eine stärkere Beachtung „des Individuums“ und betonen die „Partnerschaft“ zwischen der Regierung und privaten gesellschaftlichen Kräften.

Rocards Aussagen über die von ihm angestrebte Umwandlung der Parti socialiste sind, wie auch Fabius feststellt, tatsächlich nicht eindeutig und werden von den einen als „Versenken“ der Parti socialiste, von den anderen als „Erweiterung“ der Parti socialiste gedeutet.²⁵² Rocard selbst spricht davon, aus den Modernisierern der verschiedenen Parteien des politischen Zentrums und der Linken – einschließlich der Parti communiste français (!) – eine neue Bewegung zu bilden:

„Mais que dire du parti lui-même ? Ce dont nous avons besoin, ce à quoi je vous appelle, c'est un vaste mouvement, ouvert et moderne [...] Un mouvement qui fédère tous ceux qui partagent les mêmes valeurs de solidarité, le même objectif de transformation. Ce mouvement s'étendra à tout ce que l'écologie compte de réformateurs, tout ce que le centrisme compte des fidèles à une tradition sociale, tout ce que le communisme compte des véritables rénovateurs, et à tout ce que les droits de l'homme comptent aujourd'hui des militants actifs et généreux.“²⁵³

Auch Blair will auf der Basis von „Werten“ über die alte Basis der Labour Party hinausgehen. Im Gegensatz zu Rocard steht Tony Blair einer Einbeziehung der Parteien der Mitte, also in England der Liberal Party, eher ablehnend gegenüber und spricht ausdrücklich davon, daß *die Linke* über ihre traditionelle Basis hinaus Wähler an sich binden müsse: „The changes in social composition, the breakup of the old class structure, mean that to form a new electoral majority the Left has to reach out beyond its traditional base. This reaching out has to be based on an appeal about the values and nature of our society, not on a snapshot of our economy.“²⁵⁴

Tatsächlich unterscheiden sich Blair und Rocard lange in der Frage der Haltung gegenüber den Parteien des politischen Zentrums. Blair stand – zumindest bis vor kurzem – in dieser Frage Lionel Jospin näher, der eine Allianz mit den Parteien der politischen Mitte ablehnt: „Rocard regarde vers le centre, avec lequel il souhaite un jour s'allier. Pour Jospin, l'union avec le centre n'est qu'une chimère.“²⁵⁵ Allerdings ist Blair offenbar im Begriff, seine Einstellung gegenüber den britischen Liberaldemokraten zu ändern: Im November 1998 kündigte er zusammen mit dem Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei, Paddy Ashdown, überraschend an, daß die „progressiven Kräfte“ eine neue Form der Kooperation suchen sollten.²⁵⁶

²⁵¹ Ebd., S. 261

²⁵² Vgl. *Le Monde*, 19. 2. 1993

²⁵³ Michel Rocard, Rede in Montlouis, 17. 2. 1993, zit. in: *Le Monde*, 19. 2. 1993

²⁵⁴ Tony Blair: „New Community, New Individualism“, Rede auf der „Arnold Goodman Charity Lecture“ der Aid Foundation, London, 8. Juli 1993, in: Blair 1996, S. 221

²⁵⁵ Leclerc/Muracciole 1996, S. 115

²⁵⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau, 13. 11. 1998, S. 2

3.3.2, „L'invention du possible“

Bereits mit der Ernennung Edith Cressons zur Premierministerin versucht Mitterrand, den Einfluß Jospins zu begrenzen. Sie schlägt ihm vor, das Sozialministerium zu übernehmen. Jospin, der das ablehnt, da er fürchtet, zum Hauptangriffspunkt jeder gegen die Regierung Cresson gerichteten Bewegung zu werden, ohne genügend Unterstützung in der Regierung zu haben, lehnt dies ab und kann sich mit der Drohung, aus der Regierung zurückzutreten, falls er das Erziehungsministerium aufgeben sollte, schließlich durchsetzen.²⁵⁷

Für Jospin bedeutet dies die endgültige Trennung von Mitterrand. Er fühlt sich, so schreiben Gérard Leclerc und Florence Muracciole, von Mitterrand, dem gegenüber er sich stets loyal verhalten habe, gedemütigt. In dieser Zeit schreibt Jospin das Buch *L'invention du possible*. Es erscheint im August 1991 und manifestiert die Absicht Jospins, sich endgültig von Mitterrand zu lösen.²⁵⁸

Lionel Jospin, dies muß vorweg gesagt werden, entwirft in *L'invention du possible* keine Handlungsanleitung für die Politik einer Regierung unter Führung der Parti socialiste, sondern eine Strategie für die ideologische Ausrichtung der Partei. Es ist nur zu verstehen, wenn man es als Element einer arbeitsteiligen Strategie begreift, in der Rocard in der Regierung und Jospin an der Spitze der Partei zwei grundverschiedene politische Aufgaben wahrnehmen.

Jospin setzt sich in seiner politischen Argumentation nach links von Mitterrand ab, er präsentiert sich als Verteidiger der Prinzipien des Mitterrandismus. Die Zeitung *Le Monde* veröffentlicht einen Artikel Jospins, der die Überschrift „Reconstruire la gauche“ trägt.²⁵⁹ Gleichzeitig hofft er, die Strukturen der Partei wiederzubeleben und die Partei als „Mitgliederpartei“ – als Gegensatz zur „amerikanischen“ Partei oder zur „Rahmenpartei“²⁶⁰ – zu erhalten. Bezogen auf seine Vorstellung der praktischen Regierungspolitik aber steht Jospin – der hier Michel Rocard den Vortritt lassen will – bereits rechts von Mitterrand.

Zu diesem Zeitpunkt vereinigt die politische Konzeption des Bündnisses Jospin-Rocard die beiden Parteikonzeptionen, die mit den Mitgliedertypen des „Ideologen“ und des „Pragmatikers“ (nach Kitschelt, vgl. Kap. 1.1.1.2, S. 11) korrelieren – eine Situation, die, sofern den hier verwendeten Parteytypen eine Bedeutung als stabile Konstellationen zukommt, nur vorübergehend sein kann. Rocards Realismus drückt die politische Haltung der „Pragmatiker“ aus, Jospins *L'invention du possible* diejenige der „Ideologen“. Dies soll im folgenden Abschnitt an den von Jospin in *L'invention du possible* vertretenen politischen Positionen gezeigt werden.

Bereits mit dem Titel des Buches *L'invention du possible* („Die Erschaffung des Möglichen“)

²⁵⁷ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 184-186

²⁵⁸ Ebd., S. 186

²⁵⁹ *Le Monde*, 11. 4. 1992, zit. nach: Leclerc/Muracciole 1996, S. 214

²⁶⁰ Zu den Begriffen siehe: Alemann 1995, S. 116-118

stellt sich Jospin gegen die von Mitterrand seit dem „tournant de la rigueur“ von 1982/83 betriebene Politik. Er spielt auf das Buch Mitterrands *Un socialisme du possible*²⁶¹ an und wirft ihm damit implizit vor, 1982/83 die bestehenden Möglichkeiten für eine sozialistische Politik nicht genutzt zu haben. Ebenso spricht er sich gegen einen „Realismus“ aus, der nicht über das Bestehende hinaus zu denken vermag. Damit wendet er sich sowohl gegen Rocard, dem zum damaligen Zeitpunkt unumstrittenen Führer des Modernisierungsflügels der Parti socialiste. Jospin schreibt, daß gerade dann extreme Ansichten und radikale politische Kräfte wachsen können, wenn die etablierten Parteien nur den status quo zu erhalten suchten und es nicht schafften, gesellschaftliche Projekte zu entwickeln.²⁶²

Ein großer Teil des Buches ist von teilweise tiefgehenden Abhandlungen über grundsätzliche Fragen geprägt. Unter den zehn Kapiteln finden sich Titel wie „Des idéologies aux idées“, „La gauche et les institutions“ und abschließend „L'éloge des clivages en politique“. Jospins Konzeption unterscheidet sich hier deutlich von der mittlerweile vorherrschenden politischen Konzeption der Sozialdemokratie, derzufolge die Politik lediglich einen Wettstreit um die besten politischen Antworten auf extern vorgegebene Zwänge darstellt. Für Jospins Konzeption ist der Konflikt dagegen ein notwendiges Element, und in *L'invention du possible* spricht er ausdrücklich von der realen Existenz eines Links-Rechts-Konflikts.²⁶³

Die Analyse Jospins beruht auf der Annahme, daß ein Konflikt innerhalb der Gesellschaft besteht und in gewissem Maße von der Politik aufgegriffen werden muß, da ein politischer Konsens, der über in der Gesellschaft bestehende und von den Menschen wahrgenommene Konflikte hinwegtäuscht, dazu führt, daß diejenigen, die „sich dem Konsens nicht anschließen können“, nicht an der Entscheidungsfindung beteiligt. Jospin beschreibt die Folgen eines solchen Konsenses sehr konkret: „Le mouvement écologique et le Front national viennent de briser le cercle du consensus à peine celui-ci formé. Que dire alors d'un consensus qui, fait pour rapprocher des points de vue, contribue au développement de courants d'opinion qui le nient.“²⁶⁴ Anders als Blair will Jospin radikalere politische Strömungen nicht durch eine Isolierung in der politischen Diskussion bekämpfen, sondern sie integrieren und ihnen durch eine stärkere linke Orientierung den Wind aus den Segeln nehmen:

„Mais si les valeurs se troublent, si les idées s'effacent, si le sentiment gagne qu'il n'y a plus ni projets à former ni choix à faire, si l'extrémisme se nourrit chez nous de l'égoïsme et de l'indifférence, cependant qu'ailleurs s'étendent la misère et le fanatisme, faut-il se résigner? Ce serait consentir à de nouveaux drames.“

Jospin plädiert für ein linkes, sozialdemokratisches Projekt, um „neue Katastrophen“ als Folge der Radikalisierung der Gesellschaft zu verhindern. Zwar spricht Jospin das „Elend“ an, das es zu bekämpfen gilt, stellt es aber sogleich in Zusammenhang mit dem „Fanatismus“, der aus ihm hervor-

²⁶¹ Mitterrand 1971

²⁶² Vgl. Jospin 1991, S. 7

²⁶³ Ebd., S. 301

²⁶⁴ Ebd., S. 303

geht. Jospins Anliegen ist vor allem die Bewahrung des sozialen Friedens, weniger die tatsächliche Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen.

Mit dieser Haltung knüpft Jospin an seine Erfahrungen aus der Zeit an, in der er im Auftrag Mitterrands die „union de la gauche“ zwischen Parti socialiste und PCF umsetzte.²⁶⁵ Zudem knüpft Jospin mit seiner Strategie an eine Politik des „verbalen Radikalismus“ an, die in der Parti socialiste seit den siebziger Jahren besteht. Byron Criddle führt dieses radikale politische Vokabular, das in anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien oft seit langem verschwunden ist, gerade auf die Konkurrenz mit der PCF zurück.²⁶⁶ Seitdem hätten auf der französischen Linken „theatricality, theory, and abstraction“ die Oberhand über die Formulierung detaillierter politischer Programme gewonnen.²⁶⁷

Um die Strategie Jospins zu verstehen, muß man jedoch nicht nur die politische Konkurrenz zwischen der Parti socialiste und anderen Parteien auf der Linken berücksichtigen. Konzepte, eine solche Strategie allein mit der Parteienkonkurrenz um Wahlstimmen zu erklären („oligopolistic competition“), wie sie etwa Kitschelt verwendet,²⁶⁸ erfassen sie nur zum Teil. Gerade Jospins Überlegungen zur Stellung und zur Rolle der Gewerkschaften zeigen, daß er seine Strategie in einem umfassenderen politischen Zusammenhang sieht. Jospin fürchtet insbesondere, daß sich die Strukturen der Gewerkschaften als nicht tragfähig genug erweisen könnten, um soziale Proteste zu kanalisieren und in Verhandlungen umsetzen zu können. Ihm zufolge haben die Gewerkschaften durch einen fortlaufenden Mitgliederschwund die Fähigkeit verloren, kontrollierte Aktionen durchzuführen und Verhandlungen mit den Unternehmen zu führen.²⁶⁹ Dies sei ein Zustand, über den sich weder die Gewerkschaften und die Beschäftigten noch die Unternehmen freuen könnten, da sie keine verlässlichen Gesprächspartner mehr hätten, die soziale Konflikte kanalisieren könnten.

„Les syndicats traduisent les conflits, mènent des luttes mais aussi régulent le jeu social. S'ils n'existent pas, s'ils sont trop faibles ou s'ils sont décredibilisés aux yeux de leurs mandants, alors les mouvements, lorsqu'ils se produisent, se frayent un chemin autrement, avec d'autres méthodes et d'autres représentants.“²⁷⁰

Zu einer Zeit, zu der andere sozialdemokratische Parteien versuchten, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik aus dem Gegensatz zwischen links und rechts zu lösen – wenig später fand in der deutschen Sozialdemokratie eine Debatte darüber statt, ob es überhaupt noch eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik geben könne – tritt Jospin entschieden dafür ein, die Sozial- und Wirtschaftspolitik der französischen Parti socialiste stärker auf dem Links-Rechts-Gegensatz zu verorten:

²⁶⁵ Mercier/Jérôme 1997, S. 41. Vgl. auch: Bell/Criddle 1994, S. 121

²⁶⁶ Vgl. Criddle 1986, S. 226

²⁶⁷ Criddle 1986, S. 233. Criddle verweist auf: Cayrol 1982

²⁶⁸ Unter „oligopolistischer Konkurrenz“ versteht Kitschelt eine Orientierung an der langfristigen Vergrößerung des Stimmenanteils der Partei: „oligopolistic competition – that is, long-term vote seeking at the expense of short term vote or office seeking“ (Kitschelt 1994, S. 144)

²⁶⁹ Jospin 1991, S. 191 und S. 193

²⁷⁰ Ebd., S. 193

„Y a-t-il une politique économique de gauche? [...] Si les socialistes n'étaient plus en mesure de porter une conception qui leur soit propre de l'économie et de la politique économique, cela pourrait être pour eux, à terme, une évidente source d'affaiblissement.“²⁷¹

Jospin macht deutlich, daß es ihm nicht um die eine oder andere spezifische Maßnahme geht, mit der er eine linke oder sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von einer konservativen unterscheiden will, sondern daß er grundsätzliche Unterschiede aufzeigen will. Er ruft die Parti socialiste dazu auf, linke Ziele wie die Vollbeschäftigung, den materiellen Wohlstand, die Verringerung der Einkommensunterschiede und die Herstellung ausgeglichener internationaler Wirtschaftsbeziehungen offensiv zu vertreten.²⁷²

Jospin greift den „Liberalismus“ der Wirtschaftsexperten an, verteidigt den Mindestlohn (SMIC) und wendet sich gegen die Ansicht, daß eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik nicht mehr möglich sei. Er schließt zwar die Notwendigkeit einer *vorübergehenden* Lohnzurückhaltung im Fall einer hohen Arbeitslosigkeit nicht aus und folgt damit der neoliberalen Theorie zumindest teilweise, der Tenor seiner Ausführungen zeigt jedoch eindeutig ein Abrücken von neoliberalen Theorieansätzen: „D'abord, la norme: les salaires peuvent croître dans la limite des gains de productivité. Cette règle, édictée au début du siècle par les économistes suédois, est une contrainte mais surtout une perspective [...]“²⁷³

Allerdings sind diese Vorschläge Jospins für die Programmatik und die Selbstdarstellung der Partei zu unterscheiden von denjenigen, die er für die tatsächliche Politik einer Regierung unter Führung der Parti socialiste macht. Hier tritt Jospin beispielsweise für eine Förderung von Investivlöhnen, eine Umschichtung von Sozialversicherungsbeiträgen auf die „Cotisation sociale généralisée“, eine staatliche Abgabe, ein.²⁷⁴ Ebenso deutet Jospin linke Begriffe um, und gibt so seiner Politik auch dort ein fortschrittliches Image, wo sie sich tatsächlich nicht von der Politik der Konservativen unterscheidet. Ein Beispiel hierfür ist die „économie mixte“, unter der Jospin nicht eine Wirtschaft versteht, die teilweise verstaatlicht ist, sondern eine „gemeinsame Zusammenarbeit“ zwischen dem Staat und den großen Unternehmen.²⁷⁵

Jospins Buch *L'invention du possible* zeigt, wie stark sich die politische Strategie in den Jahren seit seiner Veröffentlichung ändert. Jospin positioniert sich hier links von Mitterrand und versucht, einen theoretischen Gegenpol zur Modernisierungsstrategie Rocard zu bilden. Seine Konzeption entspricht – in den Kategorien Kitschelts formuliert – derjenigen eines „dezentralisierten Klubs“ und re-

²⁷¹ Ebd., S. 247-249

²⁷² Ebd., S. 255

²⁷³ Ebd., S. 260

²⁷⁴ Ebd., S. 258-260 Kursiv von mir. Die „cotisation sociale généralisée“ (CSG) wurde 1991 unter dem sozialistischen Premierminister Rocard eingeführt und wird von den Gewerkschaften und dem linken Flügel der Parti Socialiste kritisiert. Olivier Gutman und Alexis Loyer schreiben in einer Zeitschrift der *Documentation Française*, die CSG wirke aufgrund der steuerlichen Absetzbarkeit der Umverteilung entgegen: „Des effets anti-redistributifs liés à la déductibilité“ (Gutman/Loyer 1998)

²⁷⁵ Jospin 1991, S. 259f.

präsentiert die politische Haltung der aktiven Parteimitglieder, während Rocard die „pragmatische“ politische Strategie einer „zentralisierten Partei“, die in staatlichen Funktionen verankert und durch einen großen Apparat gekennzeichnet ist, repräsentiert. Jospin repräsentiert die Gründungsideologie der Parti socialiste in den siebziger Jahren, wenn auch in abgeschwächter Form, Rocard die marktwirtschaftlich-pragmatische Orientierung derjenigen Mitglieder der Parti socialiste, die während der Präsidentschaft Mitterrands und der Zeit der von der Parti socialiste geführten Regierungen die Möglichkeit hatten, einflußreiche staatliche und kommunale Positionen zu besetzen.

Es wird darüber hinaus klar, daß zu diesem Zeitpunkt das Bündnis zwischen Jospin und Rocard, das sich zum Beispiel beim Kongreß von Rennes manifestierte, auf rein taktischen Überlegungen besteht. Es wird sich später zeigen, daß der Übergang dieses Bündnisses von einem inoffiziellen Pakt ohne politischer Grundlage zu einer offenen Zusammenarbeit Jospin schließlich zu einer grundsätzlichen Änderung seiner politischen Haltung zwingt und damit zur Spaltung seiner Strömung führt. Zu der Entscheidung Jospins hat sicherlich beigetragen, daß sein Buch in der französischen Linken kaum Beachtung gefunden hat: „Son cri de révolte est peu entendu, et le livre dans lequel il l’exprime, *L’invention du possible* qui paraît en 1991, passe presque inaperçu.“²⁷⁶

3.3.3 Der Zerfall der Strömung Jospins

3.3.3.1 Politische Annäherung an Rocard

Mitterrand zieht die Konsequenz aus dem in *L’invention du possible* niedergeschriebenen Angriff Jospins: In der Regierung Bérégovoy ist Jospin nicht mehr als Minister vertreten.²⁷⁷ Daß Laurent Fabius Parteivorsitzender sei, während er, Jospin, nicht einmal mehr ein Ministeramt besitze, sei, so Leclerc und Muracciole, eine regelrechte Auslöschung seiner politischen Existenz.²⁷⁸

Gleichzeitig vergrößern sich die Risse in der Strömung Jospins. Henri Emmanuelli, auf dem linken Flügel der Strömung und mit der stärksten Bindung an die Aktivisten der Partei, plädiert dafür, sich von Rocard zu lösen und „in die Opposition zu gehen“, während Dominique Strauss-Kahn, auf dem rechten Flügel der Strömung, für ein offenes Bündnis mit Rocard eintritt.²⁷⁹ Jospin entscheidet sich zunächst für keine der beiden Positionen. Als Emmanuelli ihm vorschlägt, die Strömung an der Frage regionaler Steuern („taxe départementale“) stärker zu profilieren, lehnt Jospin ab, obwohl dies durch-

²⁷⁶ Mercier/Jérôme 1997, S. 51

²⁷⁷ Die Minister werden offiziell vom Präsidenten auf Vorschlag des Premierministers ernannt. In der französischen Verfassungspraxis jedoch ernennt der Präsident (außer im Fall der „Kohabitation“) den Premierminister erst, nachdem dieser eine Liste der zukünftigen Minister vorlegt, die vom Präsidenten gebilligt wird.

²⁷⁸ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 218

²⁷⁹ Vgl. ebd., S. 221

aus in der Logik von *L'invention du possible* sowie seines Antrages zum Kongreß von Rennes gelegen hätte.²⁸⁰ Jospin verliert in dieser Zeit zunehmend die Kontrolle über seine eigene Strömung.²⁸¹

Die Labilität der Strömung Jospins führt schließlich zu einer Verständigung zwischen Rocard und Fabius auf dem Kongreß von Bordeaux im Juli 1992. Der linke Flügel ist zu diesem Zeitpunkt durch die laufenden Ermittlungen gegen Emmanuelli wegen verbotener Methoden der Parteifinanzierung – der Affäre „Urba-Gracco“ – zusätzlich geschwächt. „Die Anhänger von Fabius und Rocard haben sich verbündet“, schreiben Gérard Leclerc und Florence Muracciole: „Einmal mehr ist Lionel Jospin nur Zaungast.“²⁸² Als sich nach der Niederlage der Parti socialiste bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Strömungen Jospins und Rocards wieder verbünden, um Fabius zu stürzen, ist Jospin bereits entschlossen, die Parteipolitik zu verlassen. Jospin begründet seinen Rückzug mit dem Scheitern der Politik der Parti socialiste, die die Verbindung mit der Bevölkerung und den sozialistischen Idealen verloren habe. Die Linke, so Jospin, habe ihr Scheitern selbst zu verantworten, da sie gegenüber der Arbeitslosigkeit resigniert habe, sich vom Volk abgekoppelt habe und eine Politik praktiziere, die sich zu sehr von „unseren Idealen“ entfernte habe:

„La gauche doit aujourd’hui son échec à elle-même. La résignation face au chômage, la coupure avec les milieux populaires, des pratiques trop éloignées de nos idéaux, ce sont là les raisons de notre affaiblissement après douze années de pouvoir. [...] J’ai été battu, nous avons été battus, il faut en tirer les leçons. Moi, j’ai décidé de m’éloigner de l’action politique [...]“²⁸³

Unterdessen setzen sich die Anhänger Rocards bei einer Vorbesprechung zu dieser Sitzung, die sie zusammen mit führenden Mitgliedern der Strömung Jospins im Hause Rocards abhalten, mit einigen ihren Vorstellungen zur Umstrukturierung der Partei durch. Michel Rocard und Pierre Mauroy stellen dem Parteivorstand einen von ihnen gemeinsam verfaßten Text vor, der unter anderem eine Änderung der Parteistatuten und die Einführung des Mehrheitswahlrechts in der Partei vorsieht.²⁸⁴ Damit hat Mauroy, zumindest in organisatorischen Fragen, bereits zu einem Zeitpunkt ein offenes Bündnis mit Rocard eingegangen, zu dem Jospin noch zögert, diesen Schritt zu vollziehen. Rocard seinerseits beendet die Zusammenarbeit mit Fabius zugunsten Mauroys.

Jospins Rückzug aus der alltäglichen Politik trägt in der Folgezeit zum weitgehenden Zusammenbruch seiner Strömung bei, Jospin selbst gilt innerhalb der Parti socialiste als „gescheiterte Existenz“,²⁸⁵ seine Strömung steht „am Rande des Zusammenbruchs“.²⁸⁶

Als Jospin im Herbst 1993 in die Politik zurückkehrt, finden bereits regelmäßige Treffen zwischen

²⁸⁰ Leclerc/Muracciole 1996, S. 222

²⁸¹ Ebd., S. 221

²⁸² Ebd., S. 224

²⁸³ Lionel Jospin, Redebeitrag auf der Sitzung des Vorstands der Parti socialiste, 3. April 1993, zit. nach: Leclerc/Muracciole 1996, S. 227. Jospin wird sich wenig später beim damaligen Außenminister Juppé erfolglos um eine Stelle als Botschafter bemühen (vgl. ebd., S. 229).

²⁸⁴ Ebd., S. 226f.

²⁸⁵ Mercier/Jérôme 1997, S. 143

²⁸⁶ Leclerc/Muracciole 1996, S. 231

der Führung seiner Strömung und den Anhängern Rocard statt. Von einer gemeinsamen Strategie aller Beteiligten kann jedoch nicht gesprochen werden. Vielmehr geht es darum, zwischen zwei unterschiedlichen Linien zu entscheiden: derjenigen Rocard, der mit der Strategie des Mitterrandismus vollständig brechen will, und derjenigen der Linken, die die ideologische Ausrichtung der Parti socialiste an sozialistischen Zielvorstellungen erhalten will und gleichzeitig eine Trennung der Programmatik von Partei und Regierung anstrebt.

Vor seiner offiziellen Rückkehr in die Politik trifft sich Jospin mit den Anhängern Rocard, wie beispielsweise Claude Evin und Alain Bergounioux und Cathérine Trautmann, die er allerdings, nach dem Scheitern Rocard, nicht als Vertreter der Strömung Rocard, sondern als Einzelpersonen betrachtet.²⁸⁷ Auch an den wöchentlichen Treffen der Strömung Rocard nehmen Jospin und einer seiner engsten Verbündeten, Daniel Vaillant, in dieser Zeit häufig teil.²⁸⁸ In dieser Zeit scheint sich zudem zwischen Jospin und Rocard in dieser Zeit eine Konkurrenzsituation herauszubilden, die die Beziehung zwischen beiden Politikern verschlechtert. Dies liegt aber nicht an politischen Gegensätzen, sondern daran, daß sie *als Personen* um die führende Rolle bei der Durchsetzung derselben – oder einer sehr ähnlichen – politischen Strategie konkurrieren.²⁸⁹

Diese Einschätzung Jospin bewahrheitet sich jedoch vorerst nicht. Das Zögern der „herausragendsten Vertreter des Rocardismus“ dürfte vor allem in der labilen Verfassung von Jospins eigener politischer Basis begründet gewesen sein. Bei den offiziellen Treffen zwischen den Anhängern Rocard und Jospin zeigt sich zu dieser Zeit bereits deutlich der Zerfall von Jospins Strömung. Dieser Zerfall beeinflusste Leclerc und Muracciole zufolge bereits die Sitzordnung bei informellen Treffen, bei denen die Vertreter der späteren Strömung „Gauche socialiste“, Jean-Luc Mélenchon, Julien Dray und Marie-Noëlle Lienemann, die Anführer der späteren linken „axe majoritaire“, Henri Emmanuelli, André Laignel und Jean Glavany sowie die Mitglieder des rechten Flügels der Anhänger Jospin, Pierre Moscovici, Dominique Strauss-Kahn und Jean-Christophe Cambadélis in verschiedenen Ecken des Raumes Platz genommen hätten.²⁹⁰

Gerade Moscovici, Strauss-Kahn und Cambadélis waren es auch, die sich weigerten, Emmanuelli als inoffiziellen Leiter von Jospins Strömung während dessen Abwesenheit zu akzeptieren.²⁹¹ Jospin selbst scheint bereits zu diesem Zeitpunkt auf der Seite des Modernisierungsflügels zu stehen, aber er entscheidet sich noch nicht offen für eine der beiden möglichen Alternativen:

²⁸⁷ Mercier/Jérôme 1997, S. 116f.

²⁸⁸ Leclerc/Muracciole 1996, S. 229 und S. 233

²⁸⁹ Vgl. Mercier/Jérôme 1997, S. 115f. Hingegen finden sich in der Abhandlung von Leclerc und Muracciole, die kritischer gegenüber Jospin und Rocard eingestellt sind, keine Hinweise auf eine deutliche Verschlechterung der Beziehung zwischen Jospin und Rocard in dieser Zeit. Selbst nach dem Scheitern der Parti socialiste bei den Europawahlen unterstützt Jospin Rocard voll und ganz. (Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 238)

²⁹⁰ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 233

²⁹¹ Vgl. ebd., S. 232. Offiziell wurde André Laignel mit der Leitung der Strömung beauftragt.

„Deux lignes s'affrontent [in der Strömung Jospins]. Les uns prônent la rupture avec le mitterrandisme, les autres répètent qu'il n'y a pas de raison d'avoir honte de ce qui a été fait. Les uns sont pour une plus grande exigence morale dans l'exercice du pouvoir, les autres pour un discours plus partisan, plus à gauche : les uns poussent Michel Rocard à faire le big-bang, les autres l'en dissuadent. [...] Lionel Jospin, soumis à l'arbitrage, ne tranche toujours pas.“²⁹²

Die Differenzen zwischen den Flügeln der Strömung Jospins äußern sich nicht nur in unterschiedlichen strategischen Konzeptionen, sondern schlagen sich auch in politischen Fragen nieder. Die Arbeitszeitverkürzung, später ein Vorzeigeprojekt der Regierung Jospin, stößt beispielsweise bei Dominique Strauss-Kahn, der in der Regierung Jospin Finanzminister werden wird, auf Ablehnung. Zudem streiten sich die Anhänger Jospins darüber, ob sie „der Moral in der Politik mehr Beachtung schenken“ oder einen stärker ideologisch orientierten, linken Diskurs pflegen sollten und ob sie Michel Rocard zur Verwirklichung seines „big bang“ drängen oder ihn davon abbringen sollten.²⁹³

Das Bündnis zwischen den verschiedenen politischen Strömungen unter den Anhängern Jospins scheint jedoch vorerst noch zu halten. Während sich Rocard auf die Wahlen zum Europäischen Parlament und die darauf folgenden Präsidentschaftswahlen konzentriert, bereitet Jospin in seinem Auftrag die sogenannten „Assises de la transformation sociale“ vor, die der Linken unter Einschluß der PCF ein gemeinsames Leitprojekt geben sollen.²⁹⁴ Jospin empfängt in seiner Wohnung Vertreter aller wichtigen linken Parteien, unter anderem André Lajoinie für die Mehrheitsfraktion der PCF und Charles Fitermann, der die Opposition in der PCF repräsentiert.

Die Niederlage Rocards bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ändert die Lage dramatisch. Die von ihm angeführte Liste der Parti socialiste erleidet bei den Wahlen zum europäischen Parlament am 12. Juni 1994 mit einem Stimmenanteil von nur 14,5 % einen weiteren Einbruch. Hierzu beigetragen hat auch die Konkurrenz von Bernhard Tapie, dessen Liste, von Mitterrand unterstützt,²⁹⁵ 12 % erreichte. Pierre Mauroy zieht die Konsequenz und erklärt, daß die Frage des zukünftigen Präsidentschaftskandidaten wieder offen sei: „Le candidat naturel, c'est fini.“²⁹⁶

Henri Emmanuelli wechselt ins Lager der Opposition gegen Rocard und wird unter anderem von Mitterrand unterstützt.²⁹⁷ Rocard wiederum versucht, seine Autorität durch eine Vertrauensabstimmung im Parteirat wiederzugewinnen. Lionel Jospin steht nun vor der Entscheidung, entweder Rocard fallen zu lassen und zusammen mit Emmanuelli und mit der Unterstützung der Basis seiner Strömung

²⁹² Ebd., S. 233

²⁹³ Ebd., S. 233 und S. 235. „Moral“ ist hier als Synonym für die Angleichung der Programmatik der Partei an die tatsächliche Politik zu verstehen.

²⁹⁴ Die „Assises de la transformation sociale“ bereitet Jospin zusammen mit Jean-Christophe Cambadélis, einem engen Vertrauten, vor (vgl. Mercier/Jérôme 1997, S. 144f.).

²⁹⁵ „Et pour couronner le tout, l'Elysée s'en mêle ! Bernard Tapie, tête de la liste « Radical », est envoyé dans les pattes de Rocard pour l'affaiblir.“ (Leclerc/Muracciole 1996, S. 235)

²⁹⁶ Zit. nach: Kergoat 1997, S. 108

²⁹⁷ „[...] la gauche retrouvée, exaltée par son premier secrétaire et sacralisée par François Mitterrand“ (Leclerc/Muracciole 1996, S. 250)

einen linken Kurs einzuschlagen, oder aber Rocard zu unterstützen und damit seine eigene Basis aufs Spiel zu setzen. Jospin wählt die zweite der beiden Alternativen: Vor der auf die Wahlen zum Europäischen Parlament folgenden Sitzung des Rates der Parti socialiste²⁹⁸ im Juni 1994 trifft er sich mit Rocard zu einem Vier-Augen-Gespräch und sichert ihm „grünes Licht für eine beschleunigte Erneuerung“ der Parti socialiste zu – dies ist jedenfalls Rocards Darstellung der Zusammenkunft:

„Michel Rocard et Lionel Jospin se revoient en tête à tête samedi, à la veille de la réunion de La Villette. Le premier retient que Jospin lui a donné son accord pour une rénovation à marche forcée qui lui permette de rester patron du PS.“²⁹⁹

3.3.3.2 Jospin verläßt seine Strömung

Dies ist der Moment, zu dem Jospin gezwungen ist, sich zwischen den beiden Flügeln seiner Strömung zu entscheiden. Die Arbeitsteilung, derzufolge Rocard die politische Linie der Regierung, Jospin die politische Ausrichtung der Partei bestimmt, läßt sich nicht länger aufrechterhalten. Mit der Unterstützung Rocards als Person muß Jospin auch seiner Konzeption der Modernisierung der Parti socialiste zustimmen. Ein Treffen seiner Strömung am Morgen vor der Sitzung des Parteirates besiegelt den Bruch zwischen Jospin und seiner Basis. Jospin muß feststellen, daß Rocard von den Mitgliedern seiner Strömung mehrheitlich abgelehnt wird. Nach Rocards Scheitern bei den Wahlen können auch taktische Überlegungen die Basis offenbar nicht mehr davon abhalten, ihrem Unmut über Rocard politische Orientierung Luft zu machen. Emmanuelli kündigt an, zusammen mit Fabius, Poperen und Mélenchon gegen Rocard zu stimmen.³⁰⁰

Rocard jedoch ist nicht bereit, aufzugeben, und verdoppelt den Einsatz: Er stellt nicht nur die Vertrauensfrage, sondern verbindet sie mit weitreichenden Vorstellungen über die Reform der Partei.³⁰¹ Der Bruch der Strömung Jospins tritt jetzt öffentlich zutage: Während Emmanuelli und Laignel die Kampagne gegen Rocard leiten, spricht sich Strauss-Kahn eindeutig für Rocard aus. Jospin, noch immer zögernd, hofft, durch seine Enthaltung Rocard zu retten, ohne seine Strömung vollständig aufgeben zu müssen. In einem Interview mit Gérard Leclerc und Florence Muracciole erklärt Jospin später, daß er nicht für Michel Rocard stimmen konnte, da er nicht mit seiner eigenen Strömung brechen wollte, aber auch nicht gegen ihn, da dies nicht loyal gegenüber Rocard gewesen wäre:

²⁹⁸ Das „bureau exécutif“, das seit dem 3. April 1993 „bureau national“ heißt, wird hier mit „Parteivorstand“, das „comité directeur“, seit 1993 „conseil national“, mit „Parteirats“ oder kurz „Rat“ bezeichnet. Der conseil national der PS umfaßt knapp über 200 Mitglieder.

²⁹⁹ Leclerc/Muracciole 1996, S. 239

³⁰⁰ Ebd.

³⁰¹ Ebd., S. 240

„Je ne pouvais pas voter pour Michel [Rocard], explique aujourd’hui Jospin, parce que je ne voulais pas être en rupture avec mon propre courant – je raisonnais encore de la sorte à cette époque – et je ne pouvais pas non plus voter contre lui parce que j’estimais que ce n’était pas loyal.“³⁰²

Nach dem Rücktritt Rocards kandidiert Strauss-Kahn gegen Emmanuelli und versucht, mit der Unterstützung Mauroys, das Amt des Generalsekretärs für die Strömung Rocards zu retten. Doch die Stimmung ist nicht nur gegen Rocard, sondern gegen seine gesamte politische Linie gerichtet, Jospin und seine engsten Mitstreiter enthalten sich, und Emmanuelli gewinnt die Wahl gegen Strauss-Kahn. Damit ist nicht nur der Zusammenbruch der politischen Strategie Jospins besiegelt, Jospin selbst wird von der neuen Mehrheit isoliert: „Lionel Jospin est mis au ban du PS, général sans troupes, paria, abandonné de tous, sauf de son dernier carré de fidèles.“³⁰³

In der Parti socialiste stehen sich nun die Verbündeten Emmanuellis, die sich in der „axe majoritaire“ zusammengeschlossen haben, und der „pôle rénovateur“ gegenüber. Zur „axe majoritaire“ zählen neben den Anhängern Emmanuellis ein Teil der ehemaligen Strömung Jospins, die Anhänger von Fabius und die Strömung Poperens. Der „pôle rénovateur“, der nach dem Rücktritt Rocards von Martine Aubry geleitet wird, umfaßt außer den „amis de Michel Rocard“ den rechten Flügel aus Jospins Strömung, zu dem unter anderem Strauss-Kahn, Cambadélis und Moscovici, die wichtige Positionen in der Regierung Jospin einnehmen werden, zählen, sowie die Anhänger Mauroys, der eine starke Stellung innerhalb des Modernisierungsflügels einnimmt, aber selbst im Hintergrund bleibt.³⁰⁴ Es ist Martine Aubry, die Rocards Motto „Parler vrai“ in einen Wahlslogan für Lionel Jospin überträgt: „Je fais ce que je dis. Je dis ce que je fais.“³⁰⁵ Nach dem guten Wahlergebnis Jospins erklärt sie, daß Jospin „die Erneuerung der Linken beschleunigt habe“.³⁰⁶

Jospin selbst schließt sich zunächst demonstrativ keiner Strömung an, obwohl ihn der „pôle rénovateur“ zur Mitarbeit auffordert.³⁰⁷ Jospins Grund hierfür scheint allerdings darin zu liegen, daß ihm der Modernisierungsflügel keine Position anbietet, die seinen Ambitionen gerecht wird. So berichtet ein Anhänger Jospins, daß dieser auf dem Spitzenplatz der Liste der Parti socialiste zu den Wahlen zum Europäischen Parlament kandidieren habe wollen. Dies habe Rocard jedoch strikt abgelehnt. Ebenso lehnte es Rocard ab, Jospin zum Leiter seiner Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen 1995 zu machen.³⁰⁸ Das Verhältnis zwischen Rocard und Jospin war, wie auch hier sichtbar wird, einerseits durch politische Nähe, andererseits durch persönliche Konkurrenz gekennzeichnet.

Lionel Jospin hat sich durch sein offenes Bündnis mit Rocard innerhalb der Linken der Parti so-

³⁰² Lionel Jospin, Interview, 21. 11. 1995, zit. nach: ebd., S. 241. „Lionel Jospin essaie d’éviter l’élection de son ancien lieutenant.“ (Fabius 1995, S. 234)

³⁰³ Leclerc/Muracciole 1996, S. 243

³⁰⁴ Mercier/Jérôme 1997, S. 84 und S. 175

³⁰⁵ Vgl. ebd., S. 174

³⁰⁶ Martine Aubry, zit. nach: ebd., S. 175

³⁰⁷ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 246f.

³⁰⁸ Zit. nach: Mercier/Jérôme 1997, S. 115

cialiste isoliert. Aber die neue Mehrheit um Emmanuelli bedeutet keinen wirklichen Bruch mit der Linie der Partei. Vielmehr ist es Emmanuelli, der im Bündnis mit Mitterrand und Fabius die alte Konzeption Jospins eines „stillen“ Bündnisses zwischen einer linken Parteiideologie einerseits und einer auf dem rechten Flügel des sozialdemokratischen Spektrums angesiedelten Konzeption für die Regierungspolitik und einen zukünftigen Präsidentschaftskandidaten andererseits wiederbelebt: „A gauche toute pour les discours de congrès, à droite toute dès qu’il s’agit de passer aux choses sérieuses.“³⁰⁹ Steven Griggs sieht den Gegensatz zwischen Emmanuelli und Jospin darin, daß ersterer „ein überzeugter Mitterrandist“ blieb, der das Scheitern der Parti socialiste als Ergebnis ihrer Abkehr von sozialistischen Grundsätzen sah, während Jospin „sich in Richtung einer mehr für Rocard typische Position bewegt habe“, eine „Verantwortungsethik“ fordere und Differenzen zwischen den Wahlversprechen der Partei und dem Handeln der Regierung vermeiden wolle. Damit habe sich Jospin gleichzeitig „an den Modernisierungsflügel der PS“ gekettet.³¹⁰

Als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1995 scheint Jacques Delors nach dem Rücktritt Rocardes so gut wie fest zu stehen. Es ist Jacques Delors, ein Vertreter des rechten Flügels der Anhänger Mitterrands, der nicht gewillt ist, unter diesen Umständen zu kandidieren. Trotz der hohen Sympathie, die Delors in der Bevölkerung genießt – in Wahlumfragen erreicht er zu diesem Zeitpunkt mit 69 % mehr Stimmen als Rocard³¹¹ –, erklärt er am 11. Dezember 1994, bei der Präsidentschaftswahl 1995 nicht zu kandidieren. Seine Formulierungen werden Anlaß zu zahlreichen Spekulationen über seine Motive geben. Eine Passage läßt sich jedoch klar analysieren:

„La question qui se posait à moi était dès lors de savoir si, dans l’hypothèse où je serai élu président de la République, j’aurais la possibilité et les moyens politiques de mener à bien ces réformes indispensables. Après avoir longuement réfléchi et consulté, je suis arrivé à la conclusion que l’absence d’une majorité pour soutenir une telle politique [...] ne me permet pas de mettre mes solutions en œuvre [...] je ne souhaiterais pas, après avoir été élu, être obligé de cohabiter avec un gouvernement ne partageant pas mes orientations, j’aurais alors le sentiment d’avoir menti aux Français. Là est mon devoir [...] : ne pas donner d’illusions aux Français.“³¹²

Delors geht also von einer hohen Wahrscheinlichkeit aus, daß die Regierung, mit der er als Präsident arbeiten werden müsse, seine Überzeugungen nicht teilt. Damit habe er „nicht die politischen Mittel, die unvermeidlichen Reformen erfolgreich umzusetzen“. Die Vokabel „cohabitation“ läßt auf

³⁰⁹ Kergoat 1997, S. 108

³¹⁰ Griggs 1996, S. 108. Griggs verweist in der zitierten Passage auf: T. Ferenczi: „Les deux cultures du socialisme français“, in: *Le Monde*, 2. 2. 1995

³¹¹ Mercier/Jérôme 1997, S. 119. „By the end of November, polls indicated that he would beat both Chirac with 56 per cent and Balladur with 52 per cent in the second round.“ (Griggs 1996, S. 105)

³¹² Jacques Delors, Fernsehausstrahlung „7 sur 7“, TF1, 11. 12. 1994, zit. nach: *Le Monde*, 13. 12. 1994. Eine gekürzte und in einigen Details der Formulierung unterschiedliche Version findet sich in: Leclerc/Muracciole 1996, S. 253. Mélenchon deutet die Aussage richtig als Absage gegenüber der Strategie des linken Flügels der Parti socialiste: „Ce dernier [Delors] affirmait pourtant tranquillement vouloir le contraire de tout ce dont se réclamaient au même moment les militants socialistes partisans d’un ‘coup de barre à gauche’ réunis au Congrès de Liévin.“ (Mélenchon 1997, S. 9f.)

den ersten Blick darauf schließen, daß Delors hier eine von einer konservativen Mehrheit getragene Regierung meint. Zieht man nur den ersten Teil des Satzes heran, so erscheint dies als eine mögliche Lesart: Delors geht davon aus, daß auch seine Wahl zum Präsidenten nicht genügend Wähler davon überzeugen kann, für die Parti socialiste bei den darauf folgenden Wahlen zur Nationalversammlung zu stimmen, um eine linke Mehrheit im Parlament zu sichern.

Aber in einem solchen Fall müßte Delors nicht das „Gefühl haben, die Franzosen angelogen“ oder „Illusionen“ geschürt zu haben. Diese Formulierungen sind nur dann sinnvoll, wenn Delors ausdrücken will, daß er einen Konflikt mit einer von linken Parteien getragenen Regierung über die von ihm für unumgänglich erachteten Reformen befürchtet. Diese Möglichkeit ist natürlich bei einer linken Mehrheit innerhalb der Parti socialiste durchaus gegeben. Delors sieht also die Gefahren, die in der Trennung der Ideologie der Partei und der Darstellung der Politik der Regierung beziehungsweise des Präsidenten liegen, und entscheidet sich gegen eine solche Strategie.

Im Dezember 1994, ein knappes halbes Jahr vor der Präsidentschaftswahl, ist Lionel Jospin selbst weitgehend isoliert. Diejenigen Kräfte, die ihn in seiner Kandidatur unterstützen werden, sind in der Parti socialiste in der Minderheit. Aber auch der linke Parteiflügel kann die Strategie, mit der Jospin gescheitert ist, nicht umsetzen: Er beherrscht zwar die Partei, kann aber keinen geeigneten Präsidentschaftskandidaten vorweisen.³¹³ Während Jospins Strategie dazu führte, daß seine Basis den Präsidentschaftskandidaten nicht akzeptierte, führte Emmanuells Strategie zum gegenteiligen Ergebnis: Der Präsidentschaftskandidat akzeptierte die Basis nicht. Diese Schwäche des linken Parteiflügels ist die Grundlage für den Aufstieg Lionel Jospins im Jahr 1995.

3.4 Der Aufstieg Jospins

3.4.1 Die Wahl Jospins zum Präsidentschaftskandidaten

Jospins Aufstieg gründet zunächst vor allem auf dem Scheitern oder dem Verzicht aller übrigen möglichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 1995. Die möglichen Kandidaten des linken Flügels der Partei lehnen es ab zu kandidieren (Delors), sind zu stark durch Affären belastet (Fabius) oder in der Bevölkerung wie auch in den Medien zu unpopulär (Emmanuelli), um schließlich kandidieren zu können. Der „pole rénovateur“ seinerseits findet für seine möglichen Kandidaten Michel Rocard und Martine Aubry zu wenig Unterstützung in der Partei.

Für Jospin ist die Nachricht vom Rückzug Delors hingegen ein Signal, daß seine Chancen für eine Kandidatur deutlich gestiegen sind.³¹⁴ André Laignel bezeichnet die Situation mit Bezug auf den

³¹³ Laurent Fabius kann wegen der Affäre um AIDS-verseuchtes Blut, in der gegen ihn ermittelt wird, nicht antreten.

³¹⁴ Mercier/Jérôme 1997, S. 119

Grand Prix d'Italie von 1995, den der weitgehend aussichtslose Fahrer Herbert gewonnen hatte, als „Eliminationsverfahren“. Bérégovoy „gab sich die Kugel“, Rocard „explodierte im Flug“, Delors verzichtete. Lionel Jospin, so Laignel, sei Herbert:

„Ça a été une course par élimination. [...] Alesi prend feu, Schumacher et Hill entrent en collision et Herbert gagne. [...] Bérégovoy s'est donné un coup de feu, Rocard s'est explosé en vol, Delors a abandonné. Lionel Jospin, c'est Herbert.“³¹⁵

Aber Jospin kann nicht allein auf die Tatsache zählen, daß andere mögliche Kandidaten aus verschiedenen Gründen nicht antreten. Er braucht die Unterstützung einer Strömung der Parti socialiste. Diese Unterstützung findet er schließlich beim rechten Flügel der Parti socialiste, dem « pôle rénovateur ». Jospin versichert sich bei Rocard, der sich nach der Niederlage bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht in der Lage sieht zu kandidieren, und Mauroy, daß diese sich nicht als Kandidaten aufstellen lassen wollen.³¹⁶

Der Modernisierungsflügel der Parti socialiste selbst stand zu diesem Zeitpunkt vor dem Problem, daß nicht nur Rocard gescheitert war, sondern daß jeder Kandidat, der offensichtlich zu den Anhängern Rocard zählte, mit Rocards Niederlage belastet war. Martine Aubry, die eine hohe Popularität besitzt, lehnt es ab zu kandidieren, vermutlich mit den gleichen Gründen, die ihren Vater Jacques Delors zum Verzicht auf die Kandidatur bewegten. Pierre Mauroy, der schon auf dem Kongreß von Rennes zwar den Antrag Jospins unterstützte, aber sehr eigenständig auftrat, und der das Bündnis mit Jospin als einer der ersten aufkündigte, als sich die Krise seiner Strömung abzeichnete, bringt schließlich, auf einem Treffen seiner Strömung am 14. Dezember, Lionel Jospin mit der Begründung ins Spiel, daß dieser gerade nicht aus dem „pôle rénovateur“ stamme: „Nous avons un candidat qui n'est pas issu du pôle rénovateur, c'est Lionel Jospin !“³¹⁷

Die Tatsache, daß Jospin vordergründig nicht mit dem Modernisierungsflügel in Verbindung gebracht wird und daher auf breitere Zustimmung in der Partei stößt, spielt offenbar eine wichtige Rolle bei der Entscheidung der „Modernisierer“ für seine Kandidatur. Wenige Tage später, auf einem Treffen von etwa 150 Mitgliedern des Modernisierungsflügels, kann sich Mauroy mit seinem Vorschlag durchsetzen und Vorbehalte gegenüber Jospin, die unter anderem von Martine Aubry geäußert werden, überwinden.

Der linke Flügel der Parti socialiste gerät hingegen durch den Verzicht Delors in eine schwere Krise. Emmanuelli sieht angesichts seiner Bemühungen, einen Bogen zwischen einer linken Ausrichtung der Partei und der Kandidatur Delors zu schlagen, im Stich gelassen. Im linken Flügel werden eine Reihe anderer möglicher Kandidaten diskutiert, zu denen Pierre Joxe und Robert Badinter gehö-

³¹⁵ Leclerc/Muracciole 1996, S. 271f. Pierre Bérégovoy nahm sich am 1. Mai 1993, kurz nach der Wahlniederlage der Parti Socialiste bei den Wahlen zur Nationalversammlung und seiner Entlassung als Premierminister, das Leben.

³¹⁶ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 256, und: Fabius 1995, S. 239

³¹⁷ Leclerc/Muracciole 1996, S. 256

ren. An keiner Stelle wird jedoch in der Diskussion des linken Flügels Lionel Jospin als möglicher Kandidat genannt.³¹⁸

Jospin besitzt also noch vor Bekanntgabe seiner Absicht zu kandidieren, die Unterstützung des Modernisierungsflügels, der zwar nicht mehr von Rocard geleitet, aber noch immer von seinen Ideen bestimmt wird. Mauroys Strömung ist zwar von Rocard unabhängig, viele ihrer Mitglieder unterstützten jedoch die Modernisierungspolitik Rocards in den Jahren 1992 und 1993.³¹⁹ Der linke Flügel der Parti socialiste hingegen wird Jospin auch nach der Bekanntgabe seiner Bereitschaft, sich für die Präsidentschaftskandidatur aufstellen zu lassen, nicht unterstützen. Als Jospin im Parteivorstand seine Bereitschaft zu kandidieren erklärt, sprechen sich lediglich die Anhänger Rocards und Mauroys spontan für ihn aus. Überrascht reagierten die Vertreter der linken Mehrheit: Sie glaubten nicht, daß Jospin „es wagen würde, seinen Weg bis zum Ende zu gehen“, daß er, der es „jahrelang nicht schaffte, eine Entscheidung zu treffen, sich dem einen oder anderen Lager anzuschließen“.³²⁰

Aus dieser Situation zu schließen, daß der gesamte Modernisierungsflügel politisch hinter Jospin stünde, ginge sicher zu weit. Klar ist aber, daß sich die Modernisierer für Jospin entschieden haben, weil seine Positionen denjenigen des Modernisierungsflügels sehr nahe standen, und nicht etwa deshalb, weil die Kandidatur Jospins bereits festgestanden hätte und eine frühe Unterstützung Jospins den Modernisierern größeren Einfluß hätte verschaffen können. Jospin, der Ende 1994 praktisch keine eigene Basis hat, wäre nicht Kandidat geworden, wenn die Modernisierer in der Parti socialiste nicht auf ihn gesetzt hätten, um ihre eigene innerparteiliche Stellung zu sichern und auszubauen. Delors hingegen unterstützt Jospin erst nach dessen Urwahl zum Kandidaten der Parti socialiste: er leitet das Unterstützungskomitee für Jospin, in dem auch Rocard eine führende Stellung innehat.³²¹

Diese Umstände – insbesondere das Zerwürfnis zwischen Jospin und seiner Basis sowie die Aufspaltung seiner Strömung – weisen darauf hin, daß Jospin, insofern seine politischen Vorstellungen von denjenigen der Modernisierer verschieden waren, keine wesentlichen Zugeständnisse von ihnen erwarten konnte. Zwar hat Rocard in dieser Zeit offensichtlich sein Vorhaben, die Parti socialiste in einer „amerikanischen“ Partei aufgehen zu lassen, vorübergehend aufgegeben. Dies dürfte aber nicht die Folge von Kompromissen mit Jospin, sondern eine Reaktion auf das Erstarken der Linken in der Gesellschaft und der Parti socialiste selbst sein. Eric Melchior überschätzt vermutlich die Macht Jospins, wenn er schreibt, daß Rocard nicht nur mit der linken Strömung „Gauche socialiste“, sondern auch mit „den Jospinisten“ Kompromisse eingehen mußte, um die Parteiführung gegen die Angriffe

³¹⁸ Ebd., S. 257

³¹⁹ Vgl. Mercier/Jérôme 1997, S. 169

³²⁰ Leclerc/Muracciole 1996, S. 261

³²¹ Steven Griggs zufolge leiten Delors und Rocard gemeinsam das Unterstützungskomitee (vgl. Griggs 1996, S. 114; Griggs bezieht sich auf: *Libération*, 14. 3. 1995 und 21. 3. 1995). Die Zeitung *Le Monde* nennt hingegen nur Delors als Vorsitzenden des Unterstützungskomitees (vgl. *Le Monde*, 30. 4./2. 5. 1995 und 24./25. 9. 1995)

der Strömung um Fabius zu verteidigen.³²²

Jospin und seine Strömung, die im Jahr 1993 zwar innerlich zerstritten, aber noch intakt war, konnten möglicherweise in dieser Zeit eine unmittelbare Durchsetzung der Pläne Rocard verhindern. Nach dem Bruch zwischen Jospin und seiner Strömung jedoch besaß Jospin nicht mehr die Macht, Rocard und den Modernisierungsflügel in ihren Entscheidungen wesentlich zu beeinflussen. Daß Rocard in der Folgezeit sein Projekt des „big bang“ nicht weiter verfocht, lag vor allem an dem bereits angeführten Erstarken der Linken in der Gesellschaft und an der Abneigung der potentiellen Partner, die Rocard in sein Projekt einbinden wollte – zwei Gründe, die Melchior ebenfalls anführt. Er schreibt, daß eine von Rocard im Juli 1993 einberufene große Konferenz, die sogenannten „Etats généraux“ gezeigt hätten, daß die Mitglieder der Partei die Niederlage vom März 1993 mehrheitlich als Ergebnis einer Politik, die die „ursprünglichen sozialistischen Ziele oder zumindest die Werte des Sozialismus“ aufgegeben hatte, ansahen.³²³ Zudem zeigten die potentiellen Partner in einer durch den „big bang“ entstehenden Sammlungsbewegung der Linken und des Zentrums wenig Interesse. Die ökologisch orientierten Parteien wollten selbständig bleiben, während die Parteien des politischen Zentrums weiterhin die konservative Regierung Balladur unterstützten.³²⁴

Melchior glaubt jedoch nicht, daß Rocard seine Absicht, die Parti socialiste grundlegend umzugestalten, aufgegeben habe. Auch er scheint letztlich die Möglichkeit, daß Jospin Rocard an der Durchsetzung seiner Vorstellungen hindern kann oder dies überhaupt tun will, als vergleichsweise gering einzuschätzen, da seiner Meinung nach eine Fortsetzung des Projektes von Rocard wieder möglich wird, wenn die Linken nicht einen „pôle refondateur“ aufbauen, der dem Modernisierungsflügel Rocard entgegenreten kann.³²⁵

Jospin und den Modernisierern können bei der Wahl des Kandidaten auf ein Ergebnis der Amtszeit Rocard als Generalsekretär der Parti socialiste zurückgreifen, das die Wirren der folgenden Zeit überstanden hat: die im Frühjahr 1993 vollzogene Änderung der Parteistatuten, die in der neuen Fassung unter anderem die Urwahl des Präsidentschaftskandidaten durch die Parteimitglieder vorsehen.

Nach dem Rückzug von Jack Lang stellen sich sowohl Emmanuelli als auch Jospin den Parteimitgliedern am 3. Februar 1995 zur Wahl. 75 % der Mitglieder der Parti socialiste beteiligen sich an der Wahl, und Jospin gewinnt mit 65,85 % der Stimmen.

An einem Detail des Wahlkampfes zwischen Jospin und Emmanuelli zeigt sich, daß Jospin, der zur Zeit, in der er *L'invention du possible* schreibt, noch den Identität der aktiven Mitgliedschaft mit sozialistischen Idealen repräsentiert, nun vom „Establishment“ der Parti socialiste – im konkreten Fall

³²² Melchior 1993, S. 350

³²³ Ebd.

³²⁴ Vgl. ebd., S. 351

³²⁵ Vgl. ebd.

von den Bürgermeistern vieler großer Städte – unterstützt wird. In den Kategorien von Kitschelt gesprochen: Jospin ist nicht mehr Vertreter des Mitgliedertypus der „Ideologen“, sondern repräsentiert die „Pragmatiker“. Emmanuelli hat hingegen die aktive Parteimitgliedschaft hinter sich: er wird von den Vorsitzenden vieler regionaler Gliederungen unterstützt:

„Quelques listes de soutien à l'un ou à l'autre circulent. Aux trente maires de grandes villes qui ont pris très tôt position en faveur de Jospin, s'oppose, par exemple, une liste de premiers secrétaires fédéraux soutenant Emmanuelli.“³²⁶

Daß Jospin vom Modernisierungsflügel der Parti socialiste unterstützt wird, zeigt sich auch in der geographischen Verteilung der Stimmen. Claude Estier nennt sieben Regionen bzw. Departements, in denen Jospin besonders hohe Stimmenanteile erhält: die Bretagne, Paris und die Departements Nord, Haute-Vienne, Hérault, Gard und Vaucluse. Ein Vergleich mit den Stimmen, die die Anträge von Jospin, Mauroy und Mermaz einerseits, Rocard andererseits beim Kongreß von Rennes erhalten, macht deutlich, daß Jospin von beiden Lagern unterstützt wird. Emmanuelli hingegen gewinnt eine Mehrheit der Stimmen in drei Regionen, in denen die Anhänger Rocard sehr schwach vertreten sind: Aquitaine, Bouches-du-Rhône und Seine-Maritime.³²⁷ Folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Arrondissements auf die Stimmengewichte der Anträge von Jospin, Mauroy und Mermaz einerseits, Rocards andererseits sowie, in Klammern, die Zahl der Departements, die zu denjenigen zählen, in denen Jospin seine höchsten Stimmenanteile erreicht.

³²⁶ Estier 1996, S. 268

³²⁷ Ebd., S. 269

Tabelle 12:

Verteilung der Departements nach den Stimmenanteilen der auf dem Kongreß von Rennes eingebrachten Anträge

(in Klammern: Anzahl der Departements mit hohem Stimmenanteil von Jospin)³²⁸

		Stimmenanteil des Antrags Jospin-Mauroy			
		weniger als 5%	5% bis 25%	25% bis 50%	mehr als 50%
Stimmenanteil des Antrags Rocard	weniger als 5%	0	1	0	1
	5% bis 25%	6	17	22 (3)	2 (1)
	25% bis 50%	5	18 (1)	10	6
	mehr als 50%	2	9 (4)	0	0

Jospin erhält 65,83 % der Stimmen und kann sich damit deutlich, wenn auch nicht mit derselben überwältigenden Mehrheit, mit der er später zum Parteivorsitzenden gewählt werden wird, gegen Emmanuelli durchsetzen. Der Einschätzung Jacques Kergoats zufolge war es die Urwahl durch die Mitglieder entscheidend für Jospins Sieg. Die „Arithmetik der Strömungen“ hätte zu einem Sieg Emmanuellis geführt, so Kergoat.³²⁹

Da sich 75 % aller Mitglieder der Parti socialiste an der Wahl beteiligten, ist davon auszugehen, daß es vor allem die passiven Mitglieder waren, die die Entscheidung beeinflussten. Die aktiven Mitglieder hingegen scheinen eher Emmanuelli unterstützt zu haben. So urteilt etwa François Hollande, Anhänger Jospins und nach dem Wahlsieg der Parti socialiste 1997 Parteivorsitzender, über die politische Einstellung die „Basis“ der Parti socialiste – und meint damit vor allem die aktiven Mitglieder: „Nous avons un gros problème au Parti socialiste : notre base est vraiment à gauche.“³³⁰

Laurent Fabius sieht in dem Wahlergebnis den Beleg dafür, daß die Urwahl durch alle Mitglieder dazu führt, daß öffentliche Meinung und die Medien – also gerade die Machtbasis Rocard und des Modernisierungsflügels – die Verhältnisse in der Parti socialiste bestimmen. Jospin habe gewonnen, weil er der erfolgversprechendste Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen zu sein schien. Daraus, so Fabius, müsse man schließen, daß die Außenwelt und die Partei von nun an „ein und dieselbe Realität darstellen“: „Die Umfragen hätten Lionel Jospin als Favoriten ausgewiesen, die Mitglieder den Favoriten bestätigt.“³³¹ Jospin hat demnach nicht nur die Unterstützung der Modernisierer innerhalb der Parti socialiste, er stützt sich ebenso auf dieselbe strukturelle Machtbasis wie Rocard und andere Vertreter des Modernisierungsflügels: auf die öffentliche und die veröffentlichte Meinung.

³²⁸ Quellen: Ebd., S. 269; Philippe/Hubscher 1991, S. 128 und S. 141

³²⁹ Kergoat 1997, S. 109

³³⁰ *La Tribune*, 5. 4. 1996, zit. nach: Mélenchon 1997, S. 20

³³¹ Fabius 1995, S. 240

3.4.2 Der Präsidentschaftswahlkampf

3.4.2.1 Chiracs Linkskurs bringt Jospin in Bedrängnis

Der Herausgeber der Zeitung *Le Monde* stellt fest, daß „es nicht die Ideen Mitterrands“, sondern diejenigen Rocard waren, die im Präsidentschaftswahlkampf 1995 im Vordergrund standen.³³² Tatsächlich lassen sich viele Parallelen zwischen den Aussagen Jospins im Jahr 1995 und den Positionen Rocard feststellen. Jospin sieht sich während seines Wahlkampfes jedoch mit zwei Umständen konfrontiert, die eine direkte Umsetzung des Programms der Modernisierer erschweren: Erstens hat Emmanuelli als Vertreter des linken Flügels weiterhin den Parteivorsitz inne, und seine Anhänger und Verbündeten stellen die Mehrheit in den maßgeblichen Parteigremien. Zweitens fällt der Aufstieg Jospins in eine Zeit, in der die sozialen Spannungen in Frankreich deutlich zunehmen und zu einem Aufschwung sozialer Bewegungen führen.

Jean-Luc Mélenchon beschreibt in einem Vorwort für ein von der Strömung „Gauche Socialiste“, die sich von der Linken um Emmanuelli wegen der möglichen Kandidatur Delors getrennt hat, die Zunahme der sozialen Kämpfe, die sich von der Bewegung der Schüler gegen die „loi Falloux“ über die Proteste gegen die Einführung niedrigerer Einstiegslohne bis zu den Streiks im November und Dezember 1995 erstreckten. „Mitten im Präsidentschaftswahlkampf“, so Mélenchon, seien entgegen aller Traditionen sechstausend Menschen in den Streik getreten. Seitdem hätten sich die Konflikte vermehrt, die Formen des Protests radikalisiert.³³³

Auch die Zeitung *Le Monde* geht in ihrer Zusammenfassung des Präsidentschaftswahlkampf auf die sozialen Konflikte ein. Sie hebt hervor, daß die Kämpfe nicht, wie zu Beginn der neunziger Jahre isoliert waren, sondern von der Öffentlichkeit als gerechtfertigt empfunden wurden:

„Si Jacques Chirac, Lionel Jospin et Edouard Balladur ont compris les agents de la SNCF et de la RATP, n'est-ce pas parce qu'ils percevaient que l'opinion publique ne considérait plus leurs actions comme des grèves des nantis mais comme l'expression légitime d'une inquiétude face à l'avenir ?“³³⁴

Eine hervorragende Darstellung der Dynamik gibt der sozialen Bewegungen vom Herbst 1993 bis zum Frühjahr 1995 gibt auch Jens Wurche. Er zeigt insbesondere die Breite der Proteste, die sich von den Piloten der Fluggesellschaft Air France über die Studenten und die Schüler bis zu den Bauern und Fischern erstreckt, die im Februar 1994 mit ungewöhnlich radikalen Methoden gegen die verschärfte Konkurrenz durch den europäischen Binnenmarkt protestieren.³³⁵

Unter der Überschrift „Tensions sociales et surenchères électorales“ schreibt Alain Lebaube, daß

³³² Colombani 1996, S. 187

³³³ Mélenchon 1997, S. 17

³³⁴ *Le Monde* 1995, S. 23.

³³⁵ Vgl. Wurche 1995

manche französischen Journalisten davon ausgehen, daß sich die sozialen Forderungen in einem „troisième tour social“, in einem dritten „sozialen“ Wahlgang, äußern würden. Andere, so Lebaube, fürchteten „daß sich die Wahlversprechen in eine Büchse der Pandora verwandeln könnten, die man nicht wieder schließen könne, unabhängig davon, wer der Sieger sein würde“.³³⁶

Tatsächlich bewirkte der außergewöhnlich linke Wahlkampf Chiracs, der sich damit vor allem von seinem innerparteilichen Konkurrenten Balladur absetzen wollte, die von Lebaube beschriebene gegenseitige Überbietung („surenchère“) der Kandidaten im Wahlkampf. Die Voraussage, daß diese sozialen Versprechungen schließlich zu einer „Büchse der Pandora“ werden würden, sollte sich mit der großen Streikbewegung im November/Dezember 1995 eindrucksvoll bewahrheiten.

Chirac schreibt bereits 1994, daß sich die sozialen Gegensätze in Frankreich dramatisch zuspitzen. Die französische Gesellschaft zerbreche, ein „Klassenkampf drohe sich wieder zu entwickeln“. Frankreich, so Chirac, befinde sich am Vorabend einer „sozialen Explosion, die jederzeit eintreten könne“:

„Depuis au moins dix ans l’ascenseur social est en panne. La société française se fracture, une lutte des classes menace de réapparaître. [...] Soyons lucide : nous sommes à la merci d’une explosion sociale qui peut intervenir sans délai. J’écris ces lignes en ayant pleinement conscience de mes responsabilités.“³³⁷

Es ist Chirac, der in dieser Zeit wesentliche Argumente der sozialdemokratischen Modernisierer übernimmt. So knüpft er etwa in folgender Passage an den Begriff der „Teilhabegesellschaft“ an und sagt, daß sich jeder Franzose als „Miteigentümer“ Frankreichs fühlen müsse. Zudem gehe es darum, die Ungleichheit der Lebensverhältnisse zu korrigieren: „Il s’agit de corriger l’inégalité des niveaux de vie, d’éducation, de culture afin que les plus démunis ne se sentent jamais en exil dans leur propre pays. Chaque Français doit se sentir copropriétaire de la France.“³³⁸ Wie Blair begibt sich Chirac auf die Suche nach dem „dritten Weg“ zwischen dem reinen Kapitalismus und dem Kollektivismus. Ihm zufolge habe „der reine und harte Kapitalismus genauso wenig eine Zukunft wie der Kollektivismus“. Alle ernsthaften Wirtschaftswissenschaftler, so Chirac, seien sich darin einig und suchten „einen dritten Weg, der keine Version der veralteten sozialistischen Illusionen sein dürfe“.³³⁹

In der zentralen Fernsehdebatte, die fünf Tage vor dem zweiten Wahlgang stattfindet, spricht Chirac sogar ausdrücklich von der Notwendigkeit, die Löhne zu erhöhen, und wirft der Parti socialiste vor, daß während ihrer Regierungszeit der Anteil der Löhne am Bruttonsozialprodukt gesunken sei:

„En ce qui concerne les salaires, d’abord, il y a nécessité de les augmenter. Dans le principe, j’ai expliqué tout à l’heure le phénomène qui, sous les deux septennats socialistes, il faut bien le dire, avait réduit la

³³⁶ Alain Lebaube: „Tensions sociales et surenchères électorales“, in: Le Monde 1995, S. 22. Vgl. auch: Wurche 1995, S. 32

³³⁷ Chirac 1994, S. 46f. Mit dem letzten Satz betont Chirac, als „Staatsmann“ und nicht als Wahlkämpfer verstanden werden zu wollen.

³³⁸ Ebd., S. 90

³³⁹ Ebd., S. 91

part des salaires dans la richesse nationale et tout ce que cela avait provoqué comme perturbation. Il faut donc les augmenter.“³⁴⁰

Auch in einem weiteren Punkt weicht Chirac deutlich von der geläufigen Argumentation konservativer Politiker ab. Er sieht die Sozialleistungen nicht als Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern, umgekehrt, die Arbeitslosigkeit als Ursache der Probleme der Sozialversicherung an: „C’est la protection sociale qui est menacée par la montée du chômage, ce n’est pas elle qui compromet la croissance.“³⁴¹

Chirac kann durch diesen scharfen Linkskurs seinen Stimmenanteil in den Umfragen im Februar und März 1995 deutlich steigern. Er erhöht sich von 17,5 % in einer Umfrage vom 7. bis zum 9. Februar auf 27 % in einer Umfrage vom 11. bis 13. März und stabilisiert sich anschließend auf hohem Niveau.³⁴² In der Zentrale der RPR machte sich allerdings des Linksschwenks Chiracs zunehmend Sorge um dessen Glaubwürdigkeit breit: „On gauchit trop notre image, on n’est plus crédible.“³⁴³

Jospin sieht sich unter dem Druck der Straße und auf Grund der Konkurrenz durch den starken Linksschwenk Chiracs gezwungen, seine Wahlversprechen auszuweiten. Jean Charlot zufolge zwang die starke soziale Ausrichtung von Chiracs Wahlkampf aller anderen großen Kandidaten zu einer ähnlichen Ausrichtung ihrer Kampagnen.³⁴⁴ Laurent Mauduit macht dies an der Frage der Arbeitszeitverkürzung deutlich. Nachdem Jospin, „fast etwas schüchtern“, angekündigt habe, daß er eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 37 Stunden im Jahr 1997 befürworte, nenne er nun als langfristiges Ziel die 35-Stunden-Woche, wenn nicht sogar die 30-Stunden-Woche.³⁴⁵

3.4.2.2 Der Links-Rechts-Gegensatz entscheidet die Wahl

Die Zeitung *Le Monde* titelt kurz vor dem zweiten Wahlgang: „Chirac und Jospin verschärfen drei Tage vor der Wahl den Ton. Beide Kandidaten positionieren sich auf dem Recht-Links-Gegensatz.“³⁴⁶ Steven Griggs beschreibt die ursprüngliche Konzeption Jospins als „relativ ängstlich“ und sieht in ihr ein Zeichen dafür, daß Jospin sich den Realismus des Modernisierungsflügels zu eigen gemacht hat:

„In contrast to both Hue and Laguiller, for example, he proposed a ‘little push in the right direction’ to the minimum wage and no across-the-board wage increases. Such relative timidity points both to Jospin’s

³⁴⁰ Jacques Chirac, Debatte zwischen Chirac und Jospin, TF1, France 2 et ARTE, 2. 5. 1995, zit. nach: *Le Monde*, 4. 5. 1995, S. 13

³⁴¹ Jacques Chirac, Wahlkampfveranstaltung, Bordeaux, 24. 3. 1995, zit. nach: *Le Monde* 1995, S. 13

³⁴² Quelle: SOFRES, wiedergegeben in: Griggs 1996, S. 115. Jospins Anteil verharrt in dieser Zeit bei etwa 22 %, Balladur pendelt um einen Anteil von etwa 19 % (Quelle: ebd.). Die Warnung Huttons an Rocard, daß sich die Rechte stets etwas menschlicher darstellen könne, um Wahlen zu gewinnen, scheint sich mit dem Wahlkampf Chiracs zu bewahrheiten (vgl. oben, S. 76).

³⁴³ Tenor von Telefongesprächen in der Parteizentrale des *Rassemblement pour la République* im Dezember 1994, wiedergegeben in: Bacqué/Saverot 1995, S. 110, zit. nach: Charlot 1995, S. 127

³⁴⁴ Vgl. Charlot, S. 133

³⁴⁵ Laurent Mauduit: „Le programme économique de Lionel Jospin de plus en plus audacieux“, in: *Le Monde* 1995, S. 20

³⁴⁶ *Le Monde*, 5. 5. 1995, S. 1, Titelzeile, S. 1

conversion to the realism of the modernisers and *rocardiens* within the PS as well as the future requirement of his campaign to trawl in the centre [im zweiten Wahlgang].³⁴⁷

Er betont, daß Jospin diese Haltung erst aufgab, als Chiracs Linkskurs seine Chancen, den zweiten Wahlgang zu erreichen, schmälerten. Es war schließlich auch der Druck seitens der Parti socialiste, der Jospin dazu bewegte, seinen Wahlkampf stärker an linken Forderungen zu orientieren. Zudem habe die Führung der Parti socialiste Jospin dazu aufgefordert, einen härteren Kurs einzuschlagen. Dieser Forderung habe Jospin schließlich nachgegeben, und die Parti socialiste griff insbesondere nach dem 9. April stärker in den Wahlkampf ein:

„The fall of Balladur and the rise of Chirac on a populist ticket made it increasingly necessary for Jospin to change his line of attack. At the same time, the PS leadership pressurised Jospin to adopt a more ‘muscular’ campaign against Chirac and Balladur, a proposal which was supported by the Jospin team as the PS became more involved in his campaign. [...] Subsequently, Jospin, supported by Emmanuelli, met with PS politicians on 9 April to mobilise the party and to urge them to employ local networks in support of his campaign rather than withdraw to the narrower concerns of particular local election campaigns.³⁴⁸

Der Linksschwenk in Jospins Wahlkampf ist also nicht auf die grundlegende politische Strategie Jospins zurückzuführen. Sie ist das Ergebnis des zunehmenden Einflusses der Parti socialiste unter der Führung Emmanuellis auf den Wahlkampf Jospins. Diese Entwicklung konterkariert auch die Wahlkampfkonzepktion der Modernisierer, die zunächst auf die Unterstützung durch die Parti socialiste weitgehend verzichten wollten und die auch eine zu starke Einmischung Mitterrands in den Wahlkampf ablehnten.³⁴⁹ Es ist beachtenswert, daß die Parti socialiste erst am 9. April 1995, also zwei Wochen vor dem ersten Wahlgang, voll in den Wahlkampf Jospins einbezogen wird, während Jospin bereits am 2. April 1995 ankündigt, im Falle eines Wahlsieges – und eines darauf folgenden Sieges der linken Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung – Minister der PCF in die Regierung einbeziehen zu wollen.³⁵⁰ Im Gegenzug spricht sich die PCF für die Unterstützung Jospins im zweiten Wahlgang aus. Laguiller gibt bekannt, sich im zweiten Wahlgang zu enthalten, stellt ihren Anhängern aber die Entscheidung über ihr Wahlverhalten beim zweiten Wahlgang demonstrativ frei.

Das Ergebnis dieses Linksschwenks ist, daß sich Jospin in seinem Wahlprogramm unter anderem

³⁴⁷ Griggs 1996, S. 111f. Der Aufschwung der sozialen Bewegung wird seinen Niederschlag in den Wahlen unter anderem darin finden, daß die trotzkistische Kandidatin Arlette Laguiller mit 5,3 % der Stimmen mehr als doppelt so viele Wähler erreicht als im Durchschnitt ihrer drei vorangehenden Kandidaturen.

³⁴⁸ Ebd., S. 114. Griggs verweist auf: *Libération*, 16. 3. 1995 und 20. 3. 1995. Mit „local elections“ sind die kurz auf die Präsidentschaftswahlen folgenden Kommunalwahlen gemeint. Die späte Einbeziehung der PS in die Kampagne Jospins wird in keiner der hier verwendeten französischen Quellen erwähnt. Die Zeitung *Le Monde* versucht dagegen, den Eindruck zu erwecken, die PS habe in der Kampagne keine bedeutende Rolle gespielt: „Même si, du premier au dernier jour, M. Jospin a veillé scrupuleusement à garder la maîtrise de sa campagne, à être constamment au centre d’un dispositif somme toute assez léger et fermé, le candidat socialiste a su entraîner dans son sillage des hommes et des femmes qui incarneront plus que d’autres le renouveau de la gauche.“ (*Le Monde*, 9. 5. 1998, S. 4)

³⁴⁹ In einer sehr bekannten Karikatur der Zeitschrift *Le Monde* fragt Jospin Mitterrand: „Est-ce que je peux compter sur votre non-soutien?“ (wiedergegeben in: *Le Monde* 1995, S. 10). Vgl. auch: Griggs 1996, S. 114

³⁵⁰ Vgl. Griggs 1996, S. 117.

für eine für die Arbeitnehmer günstigere Verteilung der Einkommen, die Entwicklung („développement“) der Vorstädte und des sozialen Wohnungsbaus, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose, eine Erhöhung der familienbezogenen Leistungen, eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und die Verringerung von Möglichkeiten der Steuerminderung aus.³⁵¹ Zudem wurde der zentrale Slogan der Kampagne Jospins, „Avec Lionel Jospin, c'est plus clair“ mit dem Slogan „Pour une France plus juste“ ergänzt.³⁵² In der Einleitung des ersten Abschnitts seines Programms stellt Jospin jedoch andererseits klar, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen weder die Staatsschulden erhöhen noch die Geldwertstabilität, die außenwirtschaftlichen Beziehungen oder die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen gefährden dürfen.³⁵³

Der Erfolg dieser Strategie läßt sich nicht unmittelbar aus den Umfragen ablesen. Jospin, dessen Umfrageergebnisse von Mitte Februar bis Mitte März von 24 % auf 20 % gesunken waren, kann sich bei diesem Wert stabilisieren. Allerdings nehmen in dieser Zeit die Umfrageergebnisse der links von der Parti socialiste stehenden Parteien von 16,5 % auf 19 % zu.³⁵⁴ Entscheidend ist, daß Jospin einige dieser Wähler bereits im ersten Wahlgang für sich gewinnen kann. Charlot zufolge verliert Jospin, verglichen mit den letzten Umfrageergebnissen, 4 % der Wähler (also immerhin 20 % „seiner“ Wähler) an die Kandidaten der links von der Parti socialiste stehenden Parteien. Gleichzeitig aber entschließen sich 8 % der Wähler, die sich in den Umfragen für einen Kandidaten der links von der Parti socialiste stehenden Parteien gestimmt haben, für Jospin zu stimmen.³⁵⁵ Jean Charlot zufolge war die letzte Woche entscheidend für den Wahlausgang.³⁵⁶

Für die meisten dieser Wähler war es wichtiger, daß Jospin im zweiten Wahlgang vertreten ist und die Chance zu einem Wahlsieg hat, als ihre Stimme für einen Kandidaten abzugeben, der ihrer Überzeugung eher entspricht. Die linke Ausrichtung der letzten Wochen des Wahlkampfes von Jospin waren sicher eine wichtige Ursache dafür, daß Jospin aufgrund dieses „vote utile“ („nützliche Wahlentscheidung“) im ersten Wahlgang mehr Stimmen als Jacques Chirac erhielt. Vor allem aber war sie die Voraussetzung dafür, daß Jospin im zweiten Wahlgang außergewöhnlich viele Wähler auf der Linken, die ihn im ersten Wahlgang nicht gewählt hatten, mobilisieren konnte.

³⁵¹ Jospin 1995, Abschnitt I

³⁵² Steven Griggs behauptet, daß letzterer den ersten Slogan sogar ersetzt hätte (vgl. Griggs 1996, S. 115). Die Internet-Seite der Parti Socialiste präsentiert zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Textes das Programm Jospins zur Präsidentschaftswahl 1995 in Verbindung mit einem Plakat, das den Slogan „Lionel Jospin. Un vote clair pour une France plus juste“ trägt (vgl. Jospin 1995). Jean Charlot schreibt: „Lionel Jospin ajuste également le tir en précisant que *Jospin c'est clair* voulait dire « pour une France plus juste »“ (vgl. Charlot 1995, S. 133).

³⁵³ Jospin 1995, Abschnitt I

³⁵⁴ Quelle: Charlot 1995, S. 252f. Charlot berechnet Mittelwerte der Ergebnisse der Umfragen von BVA, CSA, Harris, IFOP, IPSOS und SOFRES. Zu den links von Jospin stehende Kandidaten („gauche non socialiste“) zählt er Robert Hue (PCF), Arlette Laguiller (LO), Dominique Voynet (Verts) und François Hory (Radical). Bei Hory ist fraglich, ob er links von Jospin einzuordnen ist. Er spielt allerdings nur eine marginale Rolle in den Umfragen und zieht letztendlich seine Kandidatur zurück

³⁵⁵ Vgl. Charlot 1995, S. 253f.

³⁵⁶ Ebd., S. 254

Jospin geht aus dem ersten Wahlgang, der am 23. April 1995 stattfindet, mit einem Stimmenanteil von 23,30 % überraschend als Sieger hervor. Chirac und Balladur folgen mit 20,84 % und 18,58 %. Im zweiten Wahlgang gelingt es Jospin vor allem durch die Unterstützung von den übrigen linken Parteien, sein Ergebnis stark auszubauen. Mit 47,37 % der Stimmen unterliegt er nur knapp gegen Jacques Chirac, der 52,63 % der Wähler für sich gewinnen kann.

Umfragen zeigen, wie deutlich das Wahlverhalten durch den Links-Rechts-Gegensatz geprägt war. So gaben 62 % derjenigen, die sich den „classes populaires“ zugehörig fühlten, an, im zweiten Wahlgang Jospin gewählt zu haben, gegenüber 38 %, die Chirac wählten. Unter denjenigen, die sich als Wohlhabende einschätzten, erreichte Chirac hingegen 71 %, Jospin lediglich 29 %.³⁵⁷ Eine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen der Wahl der Kandidaten und der politischen Selbsteinschätzung der Befragten zeigt die Bedeutung des Links-Rechts-Gegensatzes klar (siehe Tabelle 13, S. 106).

57 % der Wähler der grünen Kandidatin Dominique Voynet, 83 % der Wähler Robert Hues und sogar 61 % der Wähler Arlette Laguillers stimmen im zweiten Wahlgang für ihn, aber nur 10 % der Wähler Balladurs.³⁵⁸ Jospin hat, im Gegensatz zur Strategie der Modernisierer, zwar den überwiegenden Teil der Wähler im linken Lager mobilisieren können, bleibt aber in der politischen Mitte gegenüber Chirac zurück. Letzterer kann sogar 8 % der Wähler, die sich eher links einstufen, für sich gewinnen, während Jospin dies nur bei 3 % der Wähler, die sich als eher rechts stehend einschätzen, gelingt.³⁵⁹ Bedeutsam ist auch, daß Jospin im ersten Wahlgang nur 14 % der Wähler, die sich der Mitte zuordnen, für sich gewinnen kann, gegenüber 41 % aus dieser Gruppe, die sich für einen konservativen Kandidaten entscheiden.

Tabelle 13:
Wähleranteile in Abhängigkeit von der politischen Selbsteinschätzung der Befragten³⁶⁰

Selbsteinschätzung	1. Wahlgang			2. Wahlgang	
	Jospin	Chirac	Balladur	Jospin	Chirac
Sehr links	20	3	2	97	3
Links	56	2	2	98	2
Eher links	65	4	3	92	8
Weder links noch rechts	14	21	20	43	57
Eher rechts	1	39	40	3	97
Rechts	0	38	35	2	98

³⁵⁷ Quelle: Le Monde 1995, S. 72

³⁵⁸ Quelle: Ebd., S. 74

³⁵⁹ Chirac kann sich der Tatsache, mit populären Positionen linke Wähler für sich gewonnen zu haben, allerdings nur kurz erfreuen. Als Chirac nach seiner Wahl von seinen Wahlversprechen abrückt, sinkt seine Popularität schneller als die aller vor ihm gewählten Präsidenten. Die Streikbewegung vom November/Dezember 1995, die auf diese Enttäuschung folgt, macht seinen Wahlerfolg letztlich zum Pyrrhussieg für die Konservativen.

³⁶⁰ Quelle: Ebd., S. 48 und S. 72

Sehr rechts	2	10	7	8	92
-------------	---	----	---	---	----

Das Wahlergebnis Jospins ist darüber hinaus nicht in erster Linie auf seine Persönlichkeit, sondern auf eine breite Zustimmung zu seinem – relativ linken – Wahlprogramm zurückzuführen. 76 % derjenigen, die Jospin im zweiten Wahlgang wählten, geben an, dies wegen seines Programms getan zu haben, 17 % nennen die Persönlichkeit des Kandidaten als Hauptgrund. Bei den Wählern Chiracs verweisen 51 % auf das Programm, 40 % auf seine Persönlichkeit.³⁶¹ Pierre Giacometti und Gilles Paris kommen zu dem Schluß, daß Jospins Wahlsieg wesentlich auf traditionelle Stärken der Sozialdemokratie, insbesondere auf die „Nähe zu den Erwartungen der Menschen“, zurückzuführen gewesen sei:

„M. Jospin a, pour sa part, réussi à fédérer l'électorat de gauche autour de cette traditionnelle thématique de la proximité : une très large majorité de ses électeurs a voté pour le candidat socialiste parce qu'il est « proche de [leurs] préoccupations » (45 %).“³⁶²

3.4.3 Jospin wird Parteivorsitzender

3.4.3.1 Jospin als Hoffnungsträger der „Neuen Linken“

Der überraschend knappe Wahlausgang löst innerhalb der Linken Freude und Erleichterung aus. Noch ein Jahr zuvor wurde darüber diskutiert, ob die Parti socialiste nach dem Ende der Präsidentschaft Mitterrands noch eine zentrale Rolle in der französischen Politik spielen würde. In der Parti socialiste kursierte der Spruch, daß François ein sehr aufrichtiger Mensch sei: er lasse die Parti socialiste so zurück, wie er sie vorgefunden habe.³⁶³ Daß zu diesem Wahlsieg auch die Unterstützung durch die Basis der Parti socialiste beigetragen hat, wird anschließend jedoch bald in Vergessenheit geraten. In der Öffentlichkeit werden vor allem die Vertreter des Modernisierungsflügels, die Jospins Wahlsieg als Bestätigung ihrer Strategie betrachten, wahrgenommen.

Michel Rocard, Martin Aubry, Jacques Delors und weitere Politiker der Parti socialiste, die dem Modernisierungsflügel angehören oder ihm nahestehen,³⁶⁴ verfassen eine Dankadresse an Jospin, in der sie unter anderem schreiben:

„Danke, Lionel Jospin! Die neue Linke ist geboren. [...] In diesem Wahlkampf wurde eine große Hoffnung wach, denn er führte auf der Linken zu einer Wiederentdeckung der Politik. Die Politik wieder-

³⁶¹ Le Monde 1995, S. 73

³⁶² P. Giacometti/G. Paris, in: ebd., S. 74. Nur 23 % wählten aus diesem Grund Jacques Chirac (vgl. ebd., S. 73)

³⁶³ Vgl. Dupin 1991, S. 322

³⁶⁴ Elisabeth Guigou, Jean-Noël Jeanneney, Bernard Kouchner, Jean-Pierre Sueur

zuentdecken, bedeutet für uns, die Werte der Republik zu bekräftigen, Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung zu fördern.“³⁶⁵

Neben dem Bezug auf die Begriffe „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“, die – allerdings verbunden mit sehr unterschiedlichen Auslegungen – Allgemeingut in der Sozialdemokratie sind, knüpfen die Verfasser hier an den bei Rocard entlehnten Begriff der „Verantwortung“ an. Auch an anderen Stellen ist der Text durch eine Mischung aus traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen und Formulierungen, die auf eine „Modernisierung“ der Parti socialiste abzielen. Die folgende Passage greift den „Realismus“ Rocards auf – einer seiner Leitbegriffe ist „Parler vrai“³⁶⁶ – und ruft dazu auf, die Parti socialiste „in der modernen Gesellschaft“ zu verankern – im Gegensatz zur traditionellen Auffassung, derzufolge die Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung gründet. Zudem heben sie hervor, daß „Ethik und Moral“ im Zentrum der Erneuerung zu stehen habe. Die Programmatik der Partei müsse an das tatsächliche Handeln angepaßt werden:

„Die Linke hat jetzt eine neue Art zu denken und zu handeln in die Politik gebracht. Ihre Erneuerung steht im Zeichen einer strikten Auffassung von Ethik und Moral. Sie lehnt Demagogie ebenso ab wie Resignation. Sie versucht, eine neue politische Praxis zu verwirklichen: Man muß sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Die Linke wünscht einen starken Staat, der sich im öffentlichen Dienst bewährt, Energien freisetzt, Initiative anerkennt und die Schwächsten schützt. Linke Politik zu betreiben heißt, sich in der modernen Gesellschaft zu verankern [...]“³⁶⁷

Diese Dankadresse ist Teil einer breiteren Offensive des Modernisierungsflügels, der die Dynamik des Wahlergebnisses Jospins für sich nutzen will. Die Zeitung *Le Monde* schreibt, daß Jospin sein Wahlergebnis dazu nutzen will, „die Erneuerung der PS in Gang zu setzen“ und „die Verwandlung vom Mitterrandismus zur modernen Sozialdemokratie“ zu bewirken. Dabei könne er auf eine neue Generation von führenden Politikern zählen, zu denen Martine Aubry und andere, die an seiner Kampagne aktiv mitgewirkt hatten, wie Daniel Vaillant und Dominique Strauss-Kahn, gehörten.³⁶⁸

Für Rocard, der sich in der Zeit zwischen der Präsidentschaftswahl und der Wahl Jospins zum Parteivorsitzenden mit öffentlichen Äußerungen zur Parti socialiste sehr zurückgehalten hatte, stellt die Wahl Jospins eine „absolut notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für eine umfassende Erneuerung“³⁶⁹ dar. Er selbst hätte nicht die Legitimation gehabt, die Jospin für sich beanspruchen konnte: „[...] je sais que la légitimité, un peu unanimiste, de Jospin était une chance formidable que je n'aurais eue en aucun cas“.³⁷⁰ Zudem verweist er auf die Bedeutung der organisatorischen Ver-

³⁶⁵ *Le Monde*, 11. 5. 1995, zit. nach: Blätter 6/1995, S. 767

³⁶⁶ Vgl. Rocard 1988, S. 292

³⁶⁷ Blätter 6/1995, S. 768. Wichtige Unterschiede zur traditionellen sozialdemokratischen Politikkonzeption liegen im Detail. So fordern die Verfasser etwa, „die Schwächsten“ (und nicht „die Schwachen“) zu schützen.

³⁶⁸ *Le Monde*, 9. 5. 1995, S. 4. Der Artikel ist auch wiedergegeben in: *Le Monde* 1995, S. 70f.

³⁶⁹ Michel Rocard, in: *Le Monde*, 14. 10. 1995

³⁷⁰ Ebd.

änderungen für die Modernisierung der Parti socialiste. Er sei „durch die internen Regeln“ der Parti socialiste „zu sehr eingegrenzt worden“. Dagegen habe Jospin diese Regeln bereits bei seinem Amtsantritt geändert und so „dieses Hindernis beseitigt“:

„J’ai été trop ficelé par ces règles internes [der Parti socialiste] et je n’avais pas de réelle majorité. Lionel Jospin a fait sauter ce verrou en posant la question des règles lors de son investiture. On ne pouvait pas se remettre sérieusement à penser tant que ce balayage de la maison n’était pas été fait.“³⁷¹

Martine Aubry spielt nicht nur in der Kampagne Jospins eine zentrale Rolle. Sie wird später, zusammen mit Dominique Strauss-Kahn, die entscheidenden Positionen in Jospins Kabinett einnehmen. Die Zeitung *Le Monde* schreibt, daß Aubry zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahl 1995 die herausragende Vertreterin des Modernisierungsflügels ist. Eine „wirkliche und solide“ Freundschaft habe sich zwischen Jospin und Aubry, die „mehr als jede andere Persönlichkeit heute die Erneuerung und den Realismus einer an der Regierungsverantwortung orientierten Sozialdemokratie symbolisiert“³⁷². An der Tatsache, daß Dominique Strauss-Kahn die Absichten des Modernisierungsflügels unterstützt, kann es ebenso keinen Zweifel geben. Er sehe, so *Le Monde*, als seine vorrangige Aufgabe, die „politische Erneuerung“, die sich in einer „neuen Allianz“, die über die Parti socialiste hinausgeht, vollziehen müsse: „Il [Strauss-Kahn] le répète : sa tâche prioritaire, c’est la « rénovation » politique, qui va bien au-delà du PS et doit réconcilier, au sein d’une « nouvelle alliance », les classes moyennes et les plus défavorisées.“³⁷³ Die vorsichtigen Äußerungen von Strauss-Kahn zeigen dennoch die Ähnlichkeit seiner Gedanken zu Rocard's Konzept des „big bang“.

Der Artikel enthält zudem Hinweise darauf, daß auch Jospin sich nicht nur als Vertreter des Modernisierungsflügels sieht, sondern sich ebenfalls Rocard's Plan eines „big bang“, der die gesamte Linke umgestalten soll, zumindest teilweise zu eigen gemacht hat. Jospin's Umfeld habe, so berichtet *Le Monde*, eine Diskussion über ein „neues Epinay“³⁷⁴ angestoßen und ziele darauf ab, daß die „gesamte Linke « ihre Kräfte in einer Kraft » organisiere. Ziel sei es, eine „große sozialdemokratische Kraft“ zu schaffen:

„« Il n’a pas vocation à redevenir chef de courant et à « jospiniser » le PS », confiait dimanche soir son fidèle Daniel Vaillant. Faire « un nouvel Epinay », la formule est en tout cas lâchée, pour que non seulement le PS, mais toute la gauche puissent « organiser les forces dans une force ».

Maître d’œuvre des Assises de la transformation sociale, M. Jospin devrait continuer de pousser dans ce sens pour aboutir maintenant à une transformation politique de la gauche, frayant le chemin vers une grande force social-démocrate.“³⁷⁵

Daniel Carton beschreibt Jospin am 29. August 1995 als „Anhänger einer vollständigen Erneue-

³⁷¹ Ebd.

³⁷² *Le Monde*, 9. 5. 1995, S. 4

³⁷³ *Le Monde*, 5. 5. 1995

³⁷⁴ Beim Kongreß der Parti socialiste von Epinay im Jahr 1971 wurde François Mitterrand zum Parteivorsitzenden gewählt und der Linksschwenk der Parti socialiste eingeleitet.

³⁷⁵ *Le Monde*, 9. 5. 1995, S. 4

„Er habe die Absicht, die für eine „offene Partei“ notwendigen Grundlagen zu schaffen.“³⁷⁶ Auch die Wirtschaftszeitung *Le Nouvel Economiste* sieht Jospin als Erneuerer nicht nur der Parti socialiste, sondern der gesamten Linken. Unter der Überschrift „Jospin will die PS aus der Distanz führen“ weist sie auf Pläne hin, die Linke in einem großen Verband zusammenzuschließen, dessen Vorsitz Jospin übernehmen würde. Auch wenn dieser Verband bislang nicht entstanden ist, und Bestrebungen zu seiner Gründung nie einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurden, so scheint es tatsächlich konkrete Vorhaben in dieser Richtung gegeben zu haben. Der Artikel sieht die vormaligen von Rocard angestoßenen „Assises de la transformation sociale“, an denen die Vertreter der verschiedenen Parteien der Linken und des politischen Zentrums teilnehmen, als Mittel zur Wiederbegründung der Linken, die anschließend zu einem „Verband der fortschrittlichen Kräfte“ führen würde. An deren Spitze, so erklärt der Präsident der „Fédération des élus socialistes et républicains“, die die Mandatsträger der Parti socialiste vereinigt, wolle Jospin die Bewegung, die seine Präsidentschaftskandidatur ausgelöst habe, verstärken.³⁷⁷

3.4.3.2 Jospin stellt die Machtfrage

Aber auch der linke Flügel der Parti socialiste bleibt nicht untätig. Er versucht, Jospin zu einer „Ikone“ zu verwandeln.³⁷⁸ Dahinter steht wiederum die Absicht, die Regierungspolitik und die Parteipolitik zu trennen, entsprechen der von ihm verfolgten Strategie, die Emmanuelli als Parteivorsitzenden und Delors als Präsidentschaftskandidaten vorsah. Jospin soll sich, so planen die Anhänger von Emmanuelli und Fabius, auf die Wahlen zur Nationalversammlung und die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 konzentrieren, ihnen jedoch die Kontrolle über die Strategie der Partei überlassen. Die Zuspitzung des Konflikts läßt Jospin schließlich keine andere Wahl, als den Parteivorsitz anzustreben, um die Machtfrage zwischen ihm und Emmanuelli zu klären.

In der Ausgabe vom 16. Mai 1995 veröffentlicht die Zeitung *Le Monde* einen Brief des Parteisprechers Jean Glavany an Emmanuelli vom 12. April 1995, der eine Strategie gegen die Offensive der Modernisierer umreißt, die, *Le Monde* zufolge, vom Vorsitzenden der Parti socialiste „fast wortgetreu“ ausgeführt wird.³⁷⁹ Jean Glavany schreibt, daß der Parti socialiste „ein neuer Versuch der Destabilisierung“ drohe, mit der die „Verankerung in der Linken“ beseitigt werden solle. Dem gelte es „schnell und entschlossen entgegenzutreten“:

³⁷⁶ Daniel Carton, in: *Le Monde*, 29. 9. 1995

³⁷⁷ *Le Nouvel Economiste*, 12. 5. 1995, S. 30

³⁷⁸ *Le Monde*, 16. 5. 1995, S. 8

³⁷⁹ *Le Monde* nennt als zwei Elemente der Strategie, die Emmanuelli nach der Wahl bereits umgesetzt hat, den überschwenglichen Dank an Jospin für sein Wahlergebnis und Emmanuellis Ankündigung, selbst die „Erneuerung“ der Parti mit einer großen Mitgliederwerbekampagne einzuleiten (vgl. *Le Monde*, 16. 5. 1995, S. 8).

„Le parti risque d’être soumis, après l’élection, à une nouvelle crise ou, en tout cas, à une nouvelle entreprise de déstabilisation, [...] visant à contester une ligne politique, celle de Liévin, qu’on pourrait appeler plus positivement « l’ancrage à gauche », en tentant de s’appuyer sur un nouveau rapport de forces, celui de l’élection présidentielle. [...] Il faut donc agir vite [...] et taper fort.“³⁸⁰

Zudem fordert Pierre Mauroy Jospin am 15. Mai auf, den Parteivorsitz zu übernehmen, „um die Erneuerung in die Wege zu leiten“.³⁸¹ Am 29. Juni gibt Jospin nach einer Sitzung der Parteiführung schließlich bekannt, den Vorsitz der Parti socialiste übernehmen zu wollen, wenn sich die Parteimitglieder in einer direkten Wahl für ihn aussprechen, am 8. Juli beschließt der Parteirat, dem Ende Juni von der Parteiführung ausgearbeiteten Verfahren zu folgen, und am 20. September stellt Jospin achtzehn Fragen vor, über die die Parteimitglieder am 10. Oktober entscheiden sollen. Die erste Frage lautet: „Wünschen Sie, daß Lionel Jospin Erster Sekretär der Parti socialiste wird?“³⁸²

Die einzelnen Fragen zeigen, daß Jospin in einigen Punkten Zugeständnisse an den linken Parteiflügel machen mußte. Das von Rocard entwickelte Projekt der „Auflösung“ oder „Erweiterung“ der Parti socialiste ist nur in unscharfen Umrissen in den Fragen enthalten. So sollen die Mitglieder beantworten, ob sie mit der Schaffung von „Räumen der Kooperation“ einverstanden sind, die „Orte der Konfrontation“ über wichtige Themen, „Instrumente der Kooperation“ in gemeinsamen Aktionen und „Felder der Annäherung für die Akteure des politischen Lebens, die Lösungen im Hinblick auf den folgenden Regierungswechsel suchen“, sein könnten.³⁸³

Jospin erreicht zwar, daß die Vorsitzenden aller Parteigliederungen Direktwahlen der Mitglieder bestimmt werden. Dies gilt jedoch nicht für die übrigen Vorstandsmitglieder. Da der Vorsitzende jedoch gegenüber den Vorständen als Organen in der Parti socialiste nur wenig formelle Machtbefugnisse besitzt, bedeutet dies zwar einen Sieg für den Modernisierungsflügel, aber keine vollständige Durchsetzung ihrer Konzeption. Zudem gibt Jospin der Forderung Emmanuellis, den Vorsitzenden jeweils nach dem Kongreß der Partei zu wählen, nach. Der Text des den Mitgliedern vorgelegten Fragebogens weist ausdrücklich darauf hin, daß mit der neuen Regelung „die Verbindung zwischen der Wahl der Verantwortlichen und der Debatte über die politische Orientierung“ aufrechterhalten werde.³⁸⁴ Jospin, so Michel Noblecourt in *Le Monde*, sei politisch durch die vom Kongreß von Liévin festgelegte linke Ausrichtung noch gebunden. Zumindest zum damaligen Zeitpunkt könne man Jospin mögliche Versäumnisse nicht vorwerfen: „Pour l’heure“, so Noblecourt, „M. Jospin est supposé lié par la ligne bien à gauche de Liévin [...] Mais nul ne songera, au moins dans un premier temps, à lui reprocher d’éventuels manquements. L’ère Jospin tourne de fait la page de Liévin : priorité à la réno-

³⁸⁰ Ebd., S. 8

³⁸¹ Pierre Mauroy, „Club de presse“, Europe 1, 15. 5. 1995, zit. in: *Le Monde*, 17. 5. 1995

³⁸² *Le Monde*, 24./25. 9. 1995, S. 6

³⁸³ Ebd.

³⁸⁴ Ebd.

vation.“³⁸⁵

Tatsächlich weicht Jospin in einem wichtigen Punkt von der Strategie Rocard ab. Er versucht nicht, seine Vorhaben in einem Schritt durchzusetzen – so wie dies der Begriff „big bang“ von Rocard nahelegt –, sondern will die Erneuerung „im Konsens“ umsetzen: „Mon propos n’est pas de remplacer mais d’assumer un rôle de reconstruction dans un consensus général.“³⁸⁶

Dementsprechend hält sich Jospin mit klaren Aussagen über seine Strategie zurück. Michel Noblecourt stellt fest, daß Jospin „äußerste Diskretion im Hinblick auf sein Projekt der Erneuerung der PS bewahrt“.³⁸⁷ Dort, wo sich Jospin zu seiner Strategie und seiner Nähe zu Rocard äußert, bleibt er ungenau. In dem zentralen Interview der Zeitung *Le Monde* vor der Präsidentschaftswahl antwortet Jospin auf die Frage, ob sein Präsidentschaftwahlkampf für die Linke nicht den „big bang“ bedeuten könne, zu dem sich Michel Rocard ausdrücklich bekannt habe, daß man die Präsidentschaftswahl nicht „auf solche Formeln reduzieren“ könne. Er und seine Umgebung hätten, so Jospin, tatsächlich eine „neue politische Denkweise“ zu schaffen versucht, die „der heutigen Zeit angepaßt ist“ und sich auf die Werte der Gerechtigkeit, der Chancengleichheit, der Freiheit, der Brüderlichkeit und der Trennung von Staat und Kirche stütze:

„On ne peut réduire l’élection présidentielle à ces formules. Ce qui est vrai, c’est que l’équipe qui m’entoure et moi-même avons cherché ensemble à bâtir une nouvelle manière de penser la politique, qui s’est adaptée aux temps présents, qui tire les leçons du passé, mais qui s’appuie sur des valeurs de référence très solides, bien que simples, comme la justice, l’égalité des chances, la liberté, la fraternité, la laïcité.

Nous avons voulu concilier l’efficacité économique et la justice sociale, l’équilibre de l’homme dans la société avec l’équilibre de l’homme avec la nature. Ce qui surprend sans doute dans la démarche, c’est qu’au lieu de s’exprimer par des concepts abstraits et un nouveau vocabulaire, elle s’illustre à travers des propositions concrètes et avec un vocabulaire simple.

Attendons encore avant de qualifier cet effort, qui a, bien sûr, des rapports avec la social-démocratie, mais qui présente une originalité. Cette vision, je la propose aux Français pour cette élection présidentielle avec l’objectif de gagner.“³⁸⁸

Jospin verweist darauf, daß seine Strategie („effort“), die etwas Neues („originalité“) darstelle, erst später näher bestimmt werden soll. Er will offenbar vermeiden, sich zu schnell offen als „Modernisierer“ zu erkennen geben. Dies spiegelt auch das Interesse anderer Vertreter des rechten Flügels der Parti socialiste wieder, die Jospin, wie oben gezeigt,³⁸⁹ gerade deswegen unterstützten, weil er nicht als „Modernisierer“ bekannt war. Daß er das Neue seiner Politik darin sieht, daß sie sich auf

³⁸⁵ Michel Noblecourt: „Lionel Jospin s’engage à rénover le PS dans un esprit de rassemblement“, in: ebd., S. 6

³⁸⁶ Lionel Jospin, 28. 6. 1995, zit. nach: Leclerc/Muracciole 1996, S. 315

³⁸⁷ Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 9. 9. 1995

³⁸⁸ Lionel Jospin, in: *Le Monde*, 6. 5. 1995. Bemerkenswert ist weniger Jospins Antwort als die Tatsache, daß die Zeitung *Le Monde*, die Jospins Kurs nach Kräften unterstützte, ihn mit einer solchen Frage in Bedrängnis bringt.

³⁸⁹ siehe Seite 96

Werte stützt und sich an die Gegenwart anpaßt, zeigt seine Nähe zur Konzeption Rocard ebenso wie die Tatsache, daß er sich gerade *nicht* von Rocard oder dem Begriff „big bang“ – der seit 1993 ein Reizwort in der Parti socialiste darstellt – distanziert.

Noblecourt sieht Jospins Strategie darin, die Erneuerung zunächst in organisatorischen Fragen einzuleiten, um später die programmatischen Fragen und das politische Projekt der Partei in Angriff zu nehmen. Wie Rocard geht er davon aus, daß mit der organisatorischen Umgestaltung der Parti socialiste die Gründe beseitigt würden, die eine frühere Durchsetzung verschiedener Modernisierungsbestrebungen verhindert hätten: „Les raisons qui avaient fait trébucher M. Fabius comme M. Rocard, pourtant porteurs eux aussi d’une volonté de modernisation ou de rénovation, semblent avoir disparu, les courants ne pouvant plus se comporter en « écuries présidentielles ».“³⁹⁰

Von den 102.999 Mitgliedern, die die Parti socialiste im Oktober 1995 zählt, nehmen 66 % an der Abstimmung über den Fragenkatalog teil. Sie wählen Lionel Jospin, den einzigen Kandidaten, mit 94,16 % zum Vorsitzenden der Parti socialiste.³⁹¹ Auch den übrigen Fragen stimmt eine Mehrheit der Mitglieder zu. Sie befürworten insbesondere den Vorschlag, daß die Parti socialiste drei große Debatten zu den Themen „Die Globalisierung, Europa und Frankreich“, „Die Akteure der Demokratie“ und „Unsere wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge“ durchführen soll.³⁹²

Jospin bringt seine engsten Mitstreiter – Daniel Vaillant, Pierre Moscovici, Jean-Christophe Cambadélis und François Holland – und wichtige Vertreter des Modernisierungsflügels – Martine Aubry, Dominique Strauss-Kahn, Bernard Roman, Manuel Valls und Elisabeth Guigou – in den Parteivorstand oder in andere herausragende Positionen. Manuel Valls, der auf Wunsch Jospins Beauftragter der Parti socialiste für die Öffentlichkeitsarbeit wird, nahm bereits unter Rocard eine bedeutende Stellung ein. Mercier und Jérôme zufolge erwartete Valls von Rocard, die Erneuerung „bis zum Ende“ durchzuführen. Anschließend habe er „seine Hoffnungen auf Jospin“ gerichtet. Sie zählen zudem eine Reihe von Politikern auf, die die Bestrebungen Rocard unterstützt hätten und zeigen die große personelle Kontinuität, die zwischen dem Flügel der Parti socialiste, der die Modernisierungsbestrebungen Rocard unterstützte, und dem « pôle rénovateur » um Lionel Jospin, Martine Aubry und Dominique Strauss-Kahn besteht:

„Entre 1988 et 1991, il est attaché parlementaire de Michel Rocard, Premier ministre. [...] Valls attend de Rocard qu’il prenne acte de cette aspiration au renouveau. Jusqu’au bout. Qu’il accomplisse, enfin, la révolution statutaire. Qu’il supprime le scrutin proportionnel qui maintient l’existence des courants pour

³⁹⁰ Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 24./25. 9. 1995, S. 6.

³⁹¹ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 317

³⁹² In der Zeitung *Le Monde* firmiert die dritte Debatte zumeist unter dem Titel „Umverteilung“. Der hier wiedergegebene Titel ist dem Text „Histoire du PS“ entnommen, den die Parti socialiste unter der Internet-Adresse „<http://www.parti-socialiste.fr/html/aujourd/hist/index.html>“ veröffentlicht (November 1998). Es ist bemerkenswert, daß dort zwar von der von Jospin eingeleiteten Modernisierung die Rede ist, die im Jahr 1996 gefaßten Beschlüsse jedoch mit keinem Wort erwähnt werden. Ebenso hat die Parti socialiste die entsprechenden Beschlüsse nicht im Internet veröffentlicht.

l'élection dans les instances du parti. Mais, en novembre 1993, le congrès de Bourget « fige » tout. Les courants triomphent. Valls reportera ses espoirs sur Jospin. [...]

En juin 1994, il rejoint le « pôle rénovateur » avec les quadras jospinistes, qui eux aussi avaient espéré en Rocard : Pierre Moscovici, Jean-Christophe Cambadélis, Dominique Strauss-Kahn, Jean-Marie Le Guen, Michèle Sabban. Avec les mauroyistes Jean Le Garrec, Lyne Cohen-Solal, Bernard Roman, Gilles Finchelstein, tous escorteurs de la « rénovation » mort-née.³⁹³

Da die Vorstandsmitglieder jedoch nicht in einer Direktwahl, sondern vom Kongreß der Parti socialiste bestimmt werden, muß Jospin auch mit den Vertretern der anderen Strömungen im Parteivorstand zusammenarbeiten: Alain Claeys, der zur Strömung von Fabius zählt, wird Schatzmeister der Partei. Auch Véronique Neiertz, Jean-Paul Bel und Harlem Désir, die dem linken Flügel angehören, werden in den Vorstand gewählt.³⁹⁴ Laurent Fabius selbst wird Vorsitzender der Fraktion der Parti socialiste in der Nationalversammlung.

Lionel Jospin hat damit, wenn auch nicht vollständig, die Parti socialiste von einem „dezentralisierten Club“, charakteristisch für den „ideologischen“ Mitgliedertypus, in eine „zentralisierte Partei“ verwandelt. Das Programm der Parti socialiste ist dagegen auch zu diesem Zeitpunkt noch immer vergleichsweise links, auch wenn in ihm nicht mehr, wie in den siebziger Jahren, vom „Bruch mit dem Kapitalismus“ die Rede ist. Die programmatische Wandlung der Parti socialiste, die – folgt man dem oben auf der Grundlage von Kitschelts Ausführungen entwickelten Modell – mit der organisatorischen Zentralisierung einhergehen müßte, ist zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht vollzogen. Sie soll im Jahr 1996, das Jospin „ein Jahr des Übergangs“³⁹⁵ nennt, ablaufen. Michel Noblecourt schreibt in der Zeitung *Le Monde* vom 16. Oktober 1995, daß Jospin für die „dringend erwartete Erneuerung“ alle Voraussetzungen geschaffen habe. Eine „neue Einmütigkeit“ erlaube es der Parti socialiste zudem, die „zweite Etappe der Erneuerung, diejenige der Ideen“ einzuleiten:

„Lionel Jospin a toutes les cartes en main pour mener, sans trop ralentir la cadence, une rénovation très attendue : une unanimité nouvelle, qui doit permettre au Parti socialiste [...] de retrouver le goût du débat pour la seconde étape de la rénovation, celle des idées.“³⁹⁶

Nach der Umsetzung wesentlicher organisatorischer Vorhaben Jospins wird jedoch ein Ereignis die französische Gesellschaft erschüttern, das auch die Vormachtstellung der Modernisierer innerhalb der Parti socialiste ins Wanken bringen wird: die Streikbewegung vom November/Dezember 1995. Vor der Darstellung der weiteren Entwicklung in Frankreich soll jedoch zunächst die Labour Party in Großbritannien nochmals näher betrachtet werden.

³⁹³ Mercier/Jérôme 1997, S. 166

³⁹⁴ Vgl. Leclerc/Muracciole 1996, S. 318f.

³⁹⁵ Lionel Jospin, zit. nach: *Le Monde*, 19. 1. 1996

³⁹⁶ Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 16. 10. 1995

3.5 Jospins Modernisierungsstrategie scheitert

3.5.1 Die Streikbewegung vom November/Dezember 1995

In den vorangegangenen Abschnitten sind die Parallelen zwischen der Politik des Modernisierungsflügels der Parti socialiste, zu dem auch Lionel Jospin zählt, und der Politik Tony Blairs aufgezeigt worden. Diese sind einerseits in den politischen Positionen, andererseits in den von beiden Politikern angestrebten organisatorischen Veränderungen zu finden. Ferner wurde an der Entwicklung der Labour Party sowie mit einem Vergleich mehrerer europäischer sozialdemokratischer Parteien gezeigt, daß die politischen Veränderungen eng mit den organisatorischen Umstellungen verbunden waren.

Jospin hat, ähnlich wie John Smith in der Labour Party, zunächst vor allem organisatorische Maßnahmen vorangetrieben. 1995 setzte er die Direktwahl des Parteivorsitzenden durch die Mitglieder sowie direkte Abstimmungen über politische Fragen durch. Gerade in dem Moment, in dem Jospin den Parteivorsitz übernimmt und der Modernisierungsflügel der Parti socialiste versucht, die Organisation und die Programmatik der Partei grundlegend umzugestalten, verändert der Streik im öffentlichen Dienst vom November/Dezember 1995 die politische Situation Frankreichs grundlegend. Es scheint, als ob sich die Warnungen vor einer unkontrollierten Ausbreitung sozialer Proteste, die Jospin in *L'invention du possible* und Jacques Chirac in *La France pour tous* äußerten, bewahrheiten würden.

Bereits seit der Präsidentschaftswahl befanden sich die Popularitätswerte Chiracs und seines Premierministers Juppé in einem stetigen Abwärtstrend. Die Zahl derjenigen, die mit Chirac zufrieden waren, fiel vom Mai bis zum November 1995 von 59 % auf 27 %, die Zahl der Unzufriedenen stieg dementsprechend von 22 % auf 64 %.³⁹⁷ Gerade in dieser Situation gibt Juppé bekannt, die Sozialversicherung grundlegend umgestalten zu wollen. Diese unter dem Namen „Plan Juppé“ bekannt gewordenen Maßnahmen stellen die umfangreichsten Veränderungen des französischen Sozialversicherungssystems seit seiner Entstehung im Jahr 1945 dar.³⁹⁸ Juppé wollte insbesondere eine Kontrolle der Sozialversicherungsausgaben durch das Parlament sowie eine Umstellung einiger Sozialbeiträge auf Steuereinnahmen durchsetzen. Hinzu kam, daß die für den Bezug einer vollen Rente notwendige Arbeitszeit von 37,5 Jahren auf 40 Jahre heraufgesetzt und die Rente auf der Grundlage der 25 (statt der 10) „besten“ Verdienstjahre berechnet werden sollte.³⁹⁹

Gegen diese Maßnahmen regte sich bald der Widerstand der Bevölkerung. 69 % empfanden die

³⁹⁷ Alain Juppés Popularität fällt noch deutlicher (Mai: 63% gegenüber 19 %, November: 26 % gegenüber 65 %; der letzte Zahl stellt den schlechtesten Wert dar, den je ein Premierminister in der Fünften Republik erreichte). Zudem fällt der vergleichsweise geringe Anteil derjenigen, die keine Angaben machten, auf. Er weist auf eine starke Polarisierung der öffentlichen Meinung hin. (Quelle: IFOP, wiedergegeben in: *Le Monde*, 21. 11. 1995, S. 7)

³⁹⁸ Vgl. Bouget 1998, S. 155

³⁹⁹ Vgl. *Le Monde*, 17. 11. 1995

darin vorgesehenen Belastungen für die französische Bevölkerung als „zu groß“, und 68 % waren der Auffassung, daß der „Plan Juppé“ nicht mit den Wahlversprechen Chiracs in Einklang stand.⁴⁰⁰ 32 % der Befragten geben in einer von der populären Zeitung *Le Parisien* in Auftrag gegebenen Umfrage an, sich an einem Generalstreik gegen den Plan Juppé beteiligen zu wollen, 33 % sagten, sie würden ihm „mit Sympathie“ gegenüberstehen, und nur 19 % lehnten einen Generalstreik ab.⁴⁰¹

Nach mehreren großen gewerkschaftlichen Demonstrationen kam es am 28. November 1995 zu einer als historisch beschriebenen gemeinsamen Protestmarsch der kommunistisch orientierten *Confédération Générale du Travail* (CGT) und der „unpolitischen“ Gewerkschaft *Force ouvrière* (FO).⁴⁰² Die Zahl der Teilnehmer bei den zahlreichen Demonstrationen stieg, den Zahlen des französischen Innenministeriums und der Polizei zufolge, von etwa 50.000 am 14. Oktober über 520.000 am 5. Dezember bis auf 985.000 am 12. Dezember.⁴⁰³ Den Gewerkschaften zufolge beteiligten sich etwa zwei- bis dreimal so viele Menschen an den Kundgebungen. Die Teilnahme der traditionell verhandlungsorientierten Gewerkschaft FO, deren Bürokratie um ihren Einfluß auf das Sozialversicherungssystem fürchtete, stellte auch die Strategie der verschiedenen französischen Regierungen, die CGT zu isolieren und dadurch die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaften zu stärken, in Frage. Ihre harte Haltung gegenüber der Regierung war „eine Überraschung“ und stellte eine „tiefgreifende Änderung ihrer Haltung gegenüber Verhandlungen dar“, urteilt Denis Bouget.⁴⁰⁴

Neben einem nahezu vollständigen Streik der französischen Bahn und des gesamten öffentlichen Nahverkehrs von Paris befanden sich große Teile der Post, der Elektrizitätswerke sowie der Beschäftigten von France Télécom und weiterer öffentlicher Betriebe im Streik.⁴⁰⁵ Viele spontane Arbeitsniederlegungen, mehrtägige Streiks in Bereichen, in denen keine der Gewerkschaften zum Ausstand aufgerufen hatte, Solidaritätsstreiks und die Tatsache, daß in vielen Betrieben von Vollversammlungen täglich über die Fortsetzung des Streiks und die Durchführung von Protesten entschieden wurde, zeigten, daß die Gewerkschaften nicht mehr die vollständige Kontrolle über die Streikbewegung besa-

⁴⁰⁰ Quelle: BVA, wiedergegeben in: *Le Monde*, 17. 11. 1995. Diese Umfrage, die am Tag der Ankündigung des „Plan Juppé“ entstand, und bei der die Befragten telefonisch über den Inhalt der angestrebten Veränderungen unterrichtet worden sein sollen, spiegelt allerdings wohl zu einem großen Teil die allgemeine Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Regierung Juppé wieder.

⁴⁰¹ Unter den Beschäftigten des öffentlichen Sektors beträgt die Zustimmung 83 % (Ablehnung: 7 %), unter den Arbeitnehmern der Privatwirtschaft 67 % (Ablehnung: 16 %). Der Begriff „Beteiligung“ wurde von einigen Befragten allerdings offensichtlich sehr weit gefaßt, denn auch 41 % der Arbeitslosen, 20 % der Rentner und 19 % der Freiberufler und Unternehmer geben an, sich an einem Generalstreik gegebenenfalls zu beteiligen. Quelle: *Le Parisien*, 23. 11. 1995, S. 3

⁴⁰² FO entstand 1947 aus einer Abspaltung von der CGT. Sie betont stets, keiner politischen Partei nahestehen. Die Zeitung *Le Monde* schreibt: „Pour la premier fois depuis la scission de 1947, les secrétaires généraux de la CGT et de FO défilèrent côte à côte à Paris.“ (*Le Monde*, 28. 11. 1995, S. 8)

⁴⁰³ Quellen: *Le Monde*, 16. 11. 1995 und 19. 12. 1995. *Le Monde* titelte über die ersten Demonstrationen gegen den „Plan Juppé“ noch abfällig: „Mobilisation syndicale pour le principe“ (*Le Monde*, 16. 11. 1995)

⁴⁰⁴ Bouget 1998, S. 169

⁴⁰⁵ Vgl. *Le Monde*, 8. 12. 1995 S. 7 und *Le Monde*, 12. 12. 1995, S. 6

ßen.⁴⁰⁶

Die Streikbewegung im November/Dezember 1995 trifft die Parti socialiste und Lionel Jospin selbst völlig unvorbereitet. Jospin, der am 14. Oktober zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, plante zunächst, schon im November 1995 die programmatische Modernisierung der Parti socialiste einzuleiten. Ein zentrales Instrument dieser Modernisierung sollten drei Debatten zur „Globalisierung“, zu den „Akteuren der Demokratie“ und zur „Umverteilung“ sein, die im Laufe des Jahres 1996 stattfinden sollten. Pierre Moscovici, Beauftragter der Parti socialiste für programmatische Fragen nennt diese drei Themen Anfang November „Leitthemen der Erneuerung“ und kündigt an, daß die Mitglieder der Partei über die verschiedenen Themen mittels Fragebögen direkt abstimmen können.⁴⁰⁷ Jospin veröffentlicht zu diesem Zeitpunkt keine klaren eigenen Positionen. Moscovici zufolge würden Expertenkommissionen gebildet, die entsprechende Vorschläge ausarbeiten sollen.

Zwei Aussagen zeigen jedoch, daß Jospin, wenn auch nicht so offensiv wie die Vertreter von New Labour, keynesianische und wohlfahrtsstaatliche Konzeptionen in der Parti socialiste zurückdrängen will. Bei seinem Amtsantritt am 14. Oktober formulierte er als Ziel, „Spielräume“ für eine neue Wirtschaftspolitik zu gewinnen, die „die Flucht nach vorn in den Liberalismus ebenso ablehnt wie eine einfache Rückkehr zum Keynesianismus“.⁴⁰⁸ Die Parti socialiste arbeitete zu diesem Zeitpunkt an einem Bericht über die sozialen Sicherungssysteme, der *Le Monde* zufolge „im wesentlichen eine Auflistung von Grundsätzen und kein alternativer Plan zu den Vorhaben der Regierung darstellt“.⁴⁰⁹

François Hollande, Sprecher der Parti socialiste, faßt diese Grundsätze zusammen und fordert eine Begrenzung der Ausgaben der Sozialversicherung: „L’effort doit porter sur les dépenses et non sur des augmentations des recettes ou des remboursements. C’est sur l’offre des soins qu’il faut intervenir.“⁴¹⁰ Entscheidend für die Bewertung dieser Aussage ist, daß sie Teil einer Erklärung zu den Grundsätzen des Sozialversicherungssystems ist und darüber hinaus zu einem Zeitpunkt gemacht wurde, zu dem sich die Parti socialiste in der Opposition befand.

Als Juppé seine Vorhaben zur Umgestaltung der Sozialversicherung bekanntgibt, verweist Elisabeth Guigou, Beauftragte der Parti socialiste für soziale Fragen, darauf, daß die Parti socialiste ihre Vorschläge bekanntgeben werde, „wenn die Lage sich beruhigt hat und diese falsche und über-

⁴⁰⁶ Nicole Notat, die Vorsitzende der Gewerkschaft CFDT, derzufolge einige der Maßnahmen des Plan Juppé „in die richtige Richtung“ gingen, wurde beispielsweise von den Mitgliedern ihrer eigenen Gewerkschaft an der Teilnahme an einer Demonstration in Paris am 24. 11. 1995 gehindert.

⁴⁰⁷ Michel Noblecourt: „Lionel Jospin remet le Parti socialiste au travail“, in: *Le Monde*, 11. 11. 1995, S. 6

⁴⁰⁸ Lionel Jospin, Rede zum Amtsantritt als Erster Sekretär der Parti socialiste, zit. nach: *Le Monde*, 11. 11. 1995, S. 6. Blair spricht zu dieser Zeit meist nicht von einem Weg zwischen Liberalismus und Keynesianismus, sondern – noch ungenauer – von einer Wirtschaftspolitik, die sowohl „altmodischen Dirigismus“ wie „eine ungezügelter Laisser-faire-Politik“ ablehnt (vgl. Blair: „The Stakeholder Economy“, Rede vor der Singapore Business Community“, 6. 1. 1996, in: Blair 1996, S. 295; siehe auch: Blair. „New Labour, New Economy“, Rede von der Confederation of British Industry, 13. 11. 1995, in: Blair 1996, S. 117)

⁴⁰⁹ Michel Noblecourt: „Lionel Jospin remet le Parti socialiste au travail“, in: *Le Monde*, 11. 11. 1995, S. 6

⁴¹⁰ François Hollande, zit. nach: *Le Monde*, 11. 11. 1995, S. 6

schäumende Debatte beendet sein wird“.⁴¹¹ Die Situation zwingt jedoch die Parti socialiste, sich zu den Plänen der Regierung zu äußern, die sie als „antisozial“⁴¹² bezeichnet. François Hollande spricht davon, daß sich „bezüglich der Beiträge das einstellt, was befürchtet wurde“.⁴¹³

Hier zeichnen sich die ersten Brüche im Lager der Modernisierer ab. Während Jospin als Parteivorsitzender auf die Stimmung in der Partei Rücksicht nehmen muß und daher die Vorhaben der Regierung verurteilt, haben andere Mitglieder des Modernisierungsflügels mehr politischen Spielraum. Michel Rocard etwa formulierte, daß es „notwendig“ gewesen sei, daß Juppé „hart durchgriff“, da es „Feuer im Haus“ gegeben habe, lehnte jedoch einzelne Maßnahmen ab.⁴¹⁴ Claude Evin ging noch einen Schritt weiter und erklärte, daß er die Regierung unterstütze, wenn sie „tatsächlich die Entwicklung der Ausgaben des Gesundheitswesens begrenzen wolle“.⁴¹⁵ Gleichzeitig sprechen Vertreter des linken Flügels der Parti socialiste von einer Zerstörung des Sozialversicherungssystems.

Jospin versucht zunächst, die Vertreter des Modernisierungsflügels, die offen Zustimmung zu Juppés Vorhaben äußerten, zur Zurückhaltung zu bewegen und die das „Stimmengewirr“, die „cacophonie“⁴¹⁶ in der Parti socialiste zu beenden, ohne grundsätzliche Positionen aufgeben zu müssen. Er betont, daß es nicht die Aufgabe der Opposition sei, die Regierung zu unterstützen: „Nous avons le souci de l'intérêt général, qui impose de maîtriser les déficits, mais nous n'avons pas à faire preuve de naïveté et à accorder crédit au gouvernement. [...] Nous sommes des opposants.“⁴¹⁷ In der Parteizeitschrift *Vendredi* stellt er klar, daß er Juppés Vorhaben nicht unterstützt.⁴¹⁸

Während der Streikbewegung äußerte die Parti socialiste zwar Sympathie für die Streikenden und die Demonstranten, rief jedoch nie selbst zu einer der zahlreichen Demonstrationen auf.⁴¹⁹ Zwar kommt es relativ selten vor, daß sozialdemokratische Parteien zu gewerkschaftlichen Demonstrationen aufrufen.⁴²⁰ Angesichts der Größe der Demonstrationen macht diese Haltung jedoch deutlich, daß die Parti socialiste unter der Führung Jospins die Hoffnungen der Menschen auf eine andere Politik nicht zusätzlich verstärken wollte. In diesem Punkt handelt die Parti socialiste bereits nach den Grundsätzen der Modernisierer, die nicht die Hoffnungen der Menschen aufgreifen, sondern ihre Illusionen „zerstören“ wollen – auf Grund dieser Haltung hatte sich Michel Rocard in den achtziger Jah-

⁴¹¹ Elisabeth Guigou, zit. nach: *Le Monde*, 17. 11. 1995, S. 12

⁴¹² *Le Monde*, 17. 11. 1995, S. 1

⁴¹³ François Hollande, zit. nach: ebd., S. 12

⁴¹⁴ Michel Rocard, zit. nach: ebd., S. 12 und *Le Monde*, 18. 12. 1995, S. 9

⁴¹⁵ Claude Evin, zit. nach: *Le Monde*, 18. 11. 1995, S. 9

⁴¹⁶ *Le Monde*, 18. 11. 1995, S. 9

⁴¹⁷ Lionel Jospin, zit. nach: ebd.

⁴¹⁸ Lionel Jospin, Editorial, *Vendredi*, 16. 11. 1995, zit. nach: *Le Monde*, 18. 11. 1995, S. 9

⁴¹⁹ Die Parti socialiste unterstützte offiziell die Demonstration am 16. Dezember 1995, ohne jedoch ihre eigenen Mitglieder zur Teilnahme aufzurufen. (Vgl. *Le Monde*, 16. 12. 1995)

⁴²⁰ Die SPD rief beispielsweise im September 1996 zusammen mit den Gewerkschaften zu bundesweiten Demonstrationen gegen das „Programm für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“ der Regierung Kohl auf.

ren als „Zerstörer der Träume“ bezeichnet.⁴²¹

François Hollande zufolge „gibt es nichts zu gewinnen, wenn man ein unruhiges Land hat, in dem die Leute scharenweise auf die Straße gehen“.⁴²² Ganz der Einstellung Rocards, der die „Ehrlichkeit“ („parler vrai“) in der Politik forderte, folgend, sieht Hollande als Ursache der Bewegung die Illusionen, die Chirac während seines Wahlkampfs geschürt habe: „S’il n’y avait pas une campagne d’illusions, de fausses promesses, il n’y aurait pas cette frustration.“⁴²³ Ähnlich äußert sich Martine Aubry, die die „Hoffnungen“ der Menschen allerdings nicht außer Acht lassen, jedoch eher auf eine fernere Zukunft als auf unmittelbare Verbesserungen lenken will – ein Ansatz, der auch Blairs „stakeholder society“-Konzeption prägt. Sie betont, daß Reformen nur akzeptiert würden, wenn man „wisse, wohin man gehe“ und die Gesellschaft, die man schaffen will, klar beschreibe. Die Franzosen wünschten „eine Gesellschaft, in der jeder seinen Platz hat, schließlich eine Arbeit findet, Autonomie und Würde besitzt“:

„Pour que les réformes soient acceptées, encore faut-il que certaines conditions soient réunies. Réformer, c’est prendre des mesures pour changer la société. La rigueur n’est pas un projet de société. La rigueur pour la rigueur n’ouvre aucun espoir. En outre, ces réformes doivent être portées par des responsables qui inspirent confiance. Comment peut-on avoir confiance en des hommes politiques qui ont un discours le temps d’une campagne électorale et qui en changent aussitôt après ? [...]

Pour réformer, il faut savoir où l’on va et afficher clairement la société que l’on souhaite construire. Les Français attendent une société où chacun trouve sa place, puisse à terme avoir un emploi, être autonome, être digne.“⁴²⁴

Während Lionel Jospin an den Demonstrationen nicht teilnahm, beteiligten sich verschiedenen Politiker des linken Flügels der Parti socialiste demonstrativ an den Protesten.⁴²⁵ Jospin, so *Le Monde*, ist entschlossen, den „Fehler Mitterrands“ von 1968 – Mitterrand forderte am 21. Mai den Rücktritt des damaligen Premierministers Pompidou – nicht zu wiederholen. Jospin plädiert ausdrücklich dafür, keine vorgeschobenen Wahlen einzuleiten.⁴²⁶ Michel Noblecourt faßt die Schwierigkeiten Jospins zusammen. „Das ganze Problem“ bestehe darin, daß Jospin die programmatische Modernisierung der Parti socialiste noch kaum in Angriff genommen habe. Die entscheidenden Debatten fänden erst im Jahr 1996 statt.⁴²⁷

Jospin steht durch die zunehmende Politisierung der Streiks und die Tatsache, daß ein Bruch in der

⁴²¹ siehe Seite

⁴²² François Hollande, zit. nach: *L’Humanité*, 28. 11. 1995, S. 10. Vgl. auch: Mélenchon 1997, S. 14, dort mit Verweis auf AFP. *Le Monde* zitiert die entsprechende Passage der Pressekonferenz von Hollande nicht.

⁴²³ François Hollande, Pressekonferenz am 27. 11. 1995, zit. nach: *L’Humanité*, 28. 11. 1995, S. 10

⁴²⁴ Martine Aubry, Interview mit Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 8. 12. 1995, S. 6

⁴²⁵ Vgl. Kergoat 1997, S. 110

⁴²⁶ Vgl. *Le Monde*, 14. 12. 1995, S. 9

⁴²⁷ Michel Noblecourt: „Le Parti socialiste envisage d’appeler à manifester samedi“, in: *Le Monde*, 14. 12. 1995, S. 9

Parti socialiste zwischen ihrer Regierungs- und ihrer Oppositionskultur bestehen zu bleiben scheint,⁴²⁸ unter starkem Druck, diese abwartende Haltung aufzugeben. Mit dem schließlich von der Parti socialiste gefundenen Kompromiß, die Demonstration am 16. 12. 1995 zwar zu unterstützen, aber nicht zu ihr aufzurufen, umgeht sie schließlich den Zwang, konkrete Gegenvorschläge zu den Plänen der Regierung Juppé vorzulegen und zur Frage möglicher Neuwahlen Stellung zu beziehen. Damit verhinderte Jospin auch, seine „Gleichgewichtsposition“ verlassen zu müssen, wie es Noblecourt befürchtete: „Le basculement du mouvement social sur le terrain politique et la perspective d’une manifestation nationale, à laquelle le PS appellera probablement à participer, risquent d’obliger M. Jospin à aller au-delà de son point d’équilibre.“⁴²⁹

3.5.2 Der Aufschwung des linken Flügels der Parti socialiste

Die Streikbewegung vom November/Dezember 1995 aber stoppt nicht nur die Modernisierungsbestrebungen Jospins vorübergehend, sondern politisiert auch die Debatten in der Parti socialiste und gibt dem linken Flügel Auftrieb. Jospin kann zwar Fabius in der Öffentlichkeit in den Hintergrund drängen, aber er kann nicht verhindern, daß Fabius und Emmanuelli weiterhin eine starke Strömung in der Parti socialiste bilden. Zwar hat er nicht die Mittel hat, die Strömung von Laurent Fabius zu zerstören, er bemüht sich jedoch beständig, ihr Gewicht in der Parti socialiste zu begrenzen: „[...] Jospin, s’il a laissé subsister un courant [die Strömung von Fabius] qu’il n’avait par ailleurs pas les moyens de détruire, s’est appliqué avec constance à en minimiser l’importance.“⁴³⁰

Auch für die Strömung *Gauche socialiste* brachte die Streikbewegung einen deutlichen Aufschwung. Sie brachte bei der ersten Konferenz im Jahr 1996, die zum Thema „Die Globalisierung, Europa und Frankreich“ einberufen wurde, einen Änderungsantrag ein, der eine Neuverhandlung des Maastrichter Vertrags forderte und in dem Fragebogen, die an die Mitglieder der Parti socialiste versandt wurde, enthalten war. Dieser Änderungsantrag erhielt mit 18.000 gegen 16.000 Stimmen eine relative Mehrheit. Hingegen verfehlte er mit 40 % die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen, so daß er nicht in das Programm der Parti socialiste aufgenommen wurde. Jean-Luc Mélenchon, einem führender Vertreter der Strömung „Gauche socialiste“, zufolge hatte die Abstimmung jedoch große Auswirkungen auf die Atmosphäre in der Parti socialiste, sie sei der „Startpunkt“ für eine beständige Weiterentwicklung der politischen Positionen der führenden Politiker der Parti socialiste gewesen:

„Toutefois ces 40 % ont fonctionné comme un révélateur dans un parti qui avait été à l'avant-garde du vote pour le « Oui » au référendum sur le traité de Maastricht. Moment déclencheur. A partir de ce vote, les positions du Parti socialiste et de ses dirigeants les plus en vue n'ont cessé d'évoluer.“⁴³¹

Die Diskussion über die Einführung der einheitlichen Währung kam bei der dritten Debatte der von Jospin angeregten Reihe, die die „Umverteilung“ zum Thema hatte, wiederum auf. Zu diesem Zeitpunkt zieht es Jospin bereits vor, sich von den Vertretern des Modernisierungsflügels in einigen wichtigen Punkten zu distanzieren, um seine Position nicht zu gefährden. In der Diskussion über die Fragen, die den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werden sollten, ging es vor allem darum, ob und wie die Einführung der einheitlichen Währung mit Bedingungen zu verbinden sei, die die folgenden Punkte umfaßten: Einführung einer einheitlichen Währung für alle Länder der EU, die dies wünschen; Einrichtung einer politischen Regierung Europas, die für die Wirtschafts- und die Wechselkurspolitik verantwortlich sein würde, Garantie der sozialen Rechte, keine Politik des „starken Euro“, sondern die Festlegung eines festen Wechselkurses zwischen US-Dollar und Euro. Mélenchon stellt die Meinungsverschiedenheiten im Parteivorstand und insbesondere zwischen Jospin und Rocard detailliert dar:

„Pour que nul n'en ignore, racontons la scène décisive de la discussion sur ce point. Michel Rocard souhaitait que le mot « condition » soit remplacé par « objectif ». Débat. Refus du Premier Secrétaire. Jean Poperen proposait alors que l'on écrive « la réussite du passage à la monnaie unique implique quatre conditions ». Astucieux... Mais que faire en cas de passage « non réussi » ? On voit trop comment ce souhait de « réussite » transformait en « objectif » les « conditions ». Nouveau débat. Nouveau refus du Premier Secrétaire. Les conditions seront donc bien des conditions « sine qua non ».“⁴³²

Bei Debatte um die „Akteure der Demokratie“ setzt sich die Strömung *Gauche socialiste* wiederum in wichtigen Punkten durch. Die Debatte, die der Parteiführung zufolge im wesentlichen über Fragen der parlamentarischen Demokratie hätte geführt werden sollen – darauf weist nicht zuletzt der Titel hin – spitzte sich in Fragen, die die „soziale Demokratie“ betreffen, zu: Die französischen Zeitschriften, die zunächst eine Debatte über das kommunale Wahlrecht für Ausländer erwartet hatten, sprachen nach der Debatte von einem „Richtungswechsel nach links“ und verwiesen insbesondere auf eine Passage des Beschlusses, der die Wiedereinführung der staatlichen Autorisierung von Entlassungen fordert: „Die PS macht den Weg für die Wiedereinführung der behördlichen Genehmigung von Entlassungen frei. Der Erste Sekretär macht dem linken Flügel Zugeständnisse“, titelt die Zeitung *Le Monde*.⁴³³

Andere Zeitungen stellen fest, daß Lionel Jospin gezwungen war, weitreichende Zugeständnisse zu machen, um die Kontrolle über die Partei zu behalten. Der Zeitung *Libération* zufolge habe die Gefahr bestanden, daß der Vorsitzende „wie bei der Abstimmung über das europäische Projekt“ im

⁴³¹ Mélenchon 1997, S. 24

⁴³² Ebd., S. 25. Poperen unterstützt zu diesem Zeitpunkt die Mehrheitsfraktion von Lionel Jospin.

⁴³³ *Le Monde*, 11. 6. 1996

März 1996 von den Ereignissen überrollt werden würde, wenn er einen Kompromiß abgelehnt hätte.⁴³⁴ Die konservative Zeitung *Le Figaro* urteilt, daß Jospin durch den Kompromiß verhindert habe, daß „andere einen zu großen Platz auf dem linken Flügel seiner Partei einnehmen“.⁴³⁵ Martine Aubry und Elisabeth Guigou hingegen tragen die Entscheidung nicht mit. Sie verlassen die Debatte unter Protest.⁴³⁶ Der bekannte französische Publizist Alain Duhamel faßt die Entwicklung der Parti socialiste in den ersten sechs Monaten des Jahres 1996 zusammen und schreibt, daß „der kleine linke Flügel der PS“ Jospin in eine Richtung dränge, die als eine „archaische Regression“ erscheint:

„La gauche française a longtemps eu une idéologie de retard. Elle avait à peu près comblé ce handicap. Voici que la petite aile gauche du PS pousse le Parti de Lionel Jospin dans une direction qui risque d'apparaître comme une régression archaïque. [...] Ils ont enregistré un nouveau succès, très significatif, le week-end dernier. [...] La direction du PS s'est résignée à lui céder.“⁴³⁷

Jospin reagiert hierauf mit einer Änderung seiner Haltung, die aber nicht bedeutet, daß er seine grundlegende Strategie aufgegeben hätte. Er argumentiert stärker aus der Position der Opposition heraus und greift stärker die Hoffnungen der Menschen auf, wo er zuvor, als „Regierungspolitiker in Wartestellung“ eher die „Realität“ gegen seiner Meinung nach zu weitgehende Forderungen seiner Partei oder auch von seiten der Bevölkerung in Stellung gebracht hatte. Die Zeitung *Le Monde*, in Sorge um den Fortschritt der „rénovation“, stellt fest, daß Jospin angesichts der Situation die oppositionelle Haltung der Parti socialiste betone, wie es „der Lehre François Mitterrands“ entspreche. Gleichzeitig warnt sie, daß die Parti socialiste „hier nicht stehenbleiben könne“: „Fidèle aussi à l'enseignement de François Mitterrand, pour lequel il n'était de bon opposant que systématique, Lionel Jospin invite donc l'opposition à jouer son rôle. Cela ne saurait nuire dans un climat délétère fait de confusion, d'incertitudes, de doute et, au total, de crainte devant l'avenir, mais les socialistes ne peuvent en rester là.“⁴³⁸

In der dritten Debatte, die die „Umverteilung“ zum Thema hat, bringt die „Gauche Socialiste“ mehrere Änderungsanträge ein, die unter anderem eine völligen Rücknahme des „Plan Juppé“ und der „Cotisation Sociale Généralisée“, die Reduzierung der Mindestarbeitszeit zum Erhalt einer vollen Rente auf 37,5 Jahre in allen Wirtschaftsbereichen, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Bestätigung der bereits beschlossenen Bedingungen für die Europäische Währungsunion und eine Steuerreform zugunsten der Arbeitnehmer enthalten.⁴³⁹

Jospin sieht sich schließlich gezwungen, das Abstimmungsverfahren zu ändern. Er erklärt die als Änderungsanträge vorgelegten Texte der Strömung *Gauche Socialiste* einem eigenständigen Antrag

⁴³⁴ *Libération*, 10. 6. 1996

⁴³⁵ *Le Figaro*, 10. 6. 1996

⁴³⁶ Vgl. Mélenchon 1997, S. 32

⁴³⁷ *Libération*, 14. 6. 1996

⁴³⁸ *Le Monde*, 3. 9. 1996, Editorial

⁴³⁹ Die Änderungsanträge sind wiedergegeben in: Mélenchon 1997, S. 40-44

und stellt ihn alternativ zu dem von der Mehrheit des Parteivorstands ausgearbeiteten Text zur Wahl. *Le Monde* titelt: „Jospin ist bestrebt, der PS seinen »Realismus« aufzuzwingen“.⁴⁴⁰ Eine Kampagne in den Medien, in der Jospin zuweilen als kämpferischer Sozialist dargestellt wird – die Zeitung *Libération* etwa zeigt ihn Mitte November in einer Karikatur als Weihnachtsmann mit erhobener Faust – unterstützt Jospin zusätzlich. Die Strömung *Gauche socialiste* erreicht schließlich 16 % der Stimmen, der Text des Parteivorstands wird mit 75 % angenommen.⁴⁴¹ Angesichts des Abstimmungsmodus war auch dieses Ergebnis jedoch ein Achtungserfolg für die Linke in der Parti socialiste.

Auch Rocard und Aubry, die Jospin für zu kompromißbereit hielten, hatten Änderungsanträge erarbeitet, aber kurz vor der Entscheidung des Parteivorstands über die Änderungsanträge, die den Mitgliedern zur Wahl vorgelegt werden sollten, zurückgezogen. Rocards Antrag wandte sich insbesondere gegen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. In einem Kommentar zu diesem Vorgang bestätigt Michel Noblecourt *ex negativo* die Nähe zwischen Jospin und Rocard. Den Anhängern Rocards und Martine Aubry sei klar, daß sie einen Bruch mit Jospin einleiten würden, wenn sie darauf bestünden, ihre Änderungsanträge den Mitgliedern vorzulegen: „Les rocardiens et M^{me} Aubry savent que soumettre leurs amendements aux militants équivaldrait à une amorce de divorce avec M. Jospin.“⁴⁴² Auch Emmanuelli zieht einen Änderungsantrag, der die Aufhebung des festen Wechselkurses zwischen dem französischen Franc und der Deutschen Mark forderte, letztlich zurück. Es ist andererseits nicht auszuschließen, daß Rocard, Aubry und Emmanuelli ihre Änderungsanträge aufrechterhalten hätten, wenn der Parteivorstand nicht die alternative Abstimmung der Anträge beschlossen, sondern das normale Verfahren angewandt hätte.

Viele der während des Jahres 1996 entwickelten programmatischen Positionen finden sich in dem Programm „Changeons d’Avenir“, mit dem die Parti socialiste zu den Wahlen zur Nationalversammlung 1997 antrat, wieder. Es enthält die Schaffung von 700.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche, die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich, eine Erhöhung des Satzes der Vermögensteuer, die Rücknahme der gegen Einwanderer gerichteten „lois Pasqua-Debré“ und die bereits genannten Bedingungen für den Beginn der Europäischen Währungsunion. Zudem lehnt das Programm Privatisierungen ab und verspricht die Wiedereinführung der behördlichen Kontrolle von Entlassungen: „Pour combattre les procédures abusives, nous rétablirons un contrôle administratif des licenciements.“⁴⁴³

Die gemeinsame Erklärung der Parti socialiste und der PCF vom 29. April 1997 greift einige dieser Punkte auf, so etwa die Schaffung von 700.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und den Stopp der laufenden Privatisierungen bei France

⁴⁴⁰ *Le Monde*, 10./11. 11. 1996, S. 1

⁴⁴¹ Vgl. Mélenchon 1997, S. 44 und S. 46

⁴⁴² Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 10./11. 11. 1996

⁴⁴³ Parti socialiste 1997

Télécom, Thomson und Air France. Gleichzeitig dient sie den Parteispitzen der Parti socialiste und der PCF dazu, andere Positionen zu verwässern: aus der „behördlichen Kontrolle von Entlassungen“ wird die „Möglichkeit, Einfluß auf die Entscheidungen des Unternehmens zu nehmen, insbesondere auf solche, die die Beschäftigung betreffen, aus den Bedingungen für die Europäische Währungsunion die Formulierung: „Wir glauben, daß Frankreich den europäischen Partnern vorschlagen muß, Diskussionen mit der Zielsetzung zu beginnen, ein einiges Europa zu schaffen und die europäische Einigung auf die Schaffung eines sozialen und fortschrittlichen Europas des Friedens und der Sicherheit auszurichten.“⁴⁴⁴

Am 7. Mai 1995 veröffentlicht Jospin einen Text, mit dem er „unsere Werte, unsere Vorhaben und die Grundsätze, die heute der Wahl der Zivilisation, die wir treffen, zu Grunde liegen“, den französischen Bevölkerung erneut mitteilen will. Dieser Text wird im Wahlkampf als zentrale Positionsbestimmung Jospins und als Demonstration seiner Unabhängigkeit gegenüber der Programmatik der Parti socialiste angesehen. Mit den Zwischenüberschriften „Respekt gegenüber der Wahrheit“ und „Respekt gegenüber dem Individuum“ greift er zwei Themen Rocard wieder auf und erklärt, das zu tun, was er verspreche: „Nous voulons, demain comme aujourd’hui, dire ce que nous ferons et faire ce que nous disons.“ Dieses Versprechen erscheint allerdings angesichts des vorliegenden Programms der Parti socialiste riskant: Michel Rocard und Martine Aubry versuchten mit diesem Slogan die Programmatik der Parti socialiste an die Regierungspolitik anzupassen, Jospin läuft Gefahr, die Erwartungen, daß die Regierungspolitik die Programmatik der Partei verwirklichen solle, zu verstärken. Jospin erwähnt in seinem Text weder die Schaffung einer konkreten Zahl von Arbeitsplätzen, die Arbeitszeitverkürzung oder den im Programm geforderten Stopp der Privatisierungen. Er spricht zudem von „Bedingungen – übrigens vernünftige – für die Europäische Währungsunion“, ohne sie näher zu schildern, und fordert, daß „die Beschäftigten nicht ihrer Rechte als Staatsbürger beraubt werden dürfen, wenn sie die Tore der Betriebe überschreiten.“⁴⁴⁵

Die Parti socialiste gewinnt die Wahlen zur Nationalversammlung vom Mai/Juni 1997 gemeinsam mit der PCF und der linken ökologischen Partei *Les Verts*. Zusammen mit kleineren Verbündeten der Parti socialiste wählen die Abgeordneten dieser Parteien Lionel Jospin wenig später zum Premierminister. Zu diesem Zeitpunkt bemüht sich Jospin noch immer, seine Unabhängigkeit gegenüber den Strömungen der Partei zu bewahren und kann – in abstrakter Form – einige der politischen Inhalte des Modernisierungsflügels, etwa die Betonung des Individuums und die „Ehrlichkeit“ im Sinne Rocard bewahren. In der Diskussion um das Programm konnten sich seine Widersacher jedoch in vielen wichtigen Punkten durchsetzen. Der Elan, mit dem Jospin 1995 sein Projekt einer „Modernisierung“ der Parti socialiste in Angriff nahm, ist 1997 verschwunden.

3.5.3 Die Haltung des Modernisierungsflügels zu den Gewerkschaften

Die Haltung Jospins und anderer Vertreter des Modernisierungsflügels der Parti socialiste zu den Gewerkschaften wird im Rahmen dieses Abschnitts dargestellt, da sie am besten anhand der Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche erklärt werden kann und daher in der weitgehend chronologischen Anordnung der vorliegenden Arbeit hier ihren Platz findet. Der Umfang dieser Maßnahme war von den „Modernisierern“ nicht von vornherein beabsichtigt, sondern wurde ihm ebenso wie andere Inhalte des Programms der Parti socialiste durch den Linksschwenk der Parti socialiste aufgezwungen. Aber die Arbeitszeitverkürzung selbst, und insbesondere die mit ihr verbundene Stärkung der Verhandlungsneigung der Gewerkschaften, war Teil der Strategie vieler Vertreter des Modernisierungsflügels. Dieser Aspekt wird hier gesondert betrachtet, um die Unterschiede zur Haltung der Labour Party gegenüber den Gewerkschaften, die bereits in Kapitel 2.1.3 dargestellt worden sind, zu verdeutlichen.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche war von Jospin, wenn man der Darstellung von Dominique Strauss-Kahn Glauben schenkt, der sich selbst gegen die Arbeitszeitverkürzung aussprach (vgl. S.), nicht von vornherein beabsichtigt.⁴⁴⁶ Martine Aubry hingegen schlägt bereits 1994 vor, die gesetzliche Arbeitszeit 1995 auf 37 Stunden und 1997 auf 35 Stunden zu senken, spricht sich aber gegen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich aus.⁴⁴⁷

Aubry nennt an der gleichen Stelle jedoch auch die zwei – neben der Verringerung der Arbeitslosigkeit – wesentlichen Motivationen für die Verkürzung der Arbeitszeit: die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Stärkung der Verhandlungsorientierung der Gewerkschaften. Aubry nennt unter anderem die Einführung von Jahresarbeitszeitkonten als Ziel einer Vereinbarung über die Verkürzung der Arbeitszeit.⁴⁴⁸ Das Ziel der Flexibilisierung teilt sie mit Rocard, der feststellt, daß „niemand dagegen sein könne, die Menschen etwas kürzer und die Maschinen deutlich länger arbeiten zu lassen“.⁴⁴⁹ Aubry begründet ihre Forderung, daß der Staat feste Vorgaben für die Verkürzung der Arbeitszeit machen müsse, mit dem Ziel, Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen einzuleiten: „Um Anreize für Verhandlungen zu geben und die Veränderungen anzustoßen“, müsse sich der Staat feste Ziele setzen: Die Arbeitszeit könne auf 1995 auf 37 Stunden, 1997 auf 35 Stunden gesenkt werden. Insbesondere fordert sie, daß Verhandlungen „auf der Ebene des Unter-

⁴⁴⁶ Vgl. Dominique Strauss-Kahn, Interview, in: *Le Monde*, 5. 5. 1995

⁴⁴⁷ Vgl. Aubry 1994, S. 97f.

⁴⁴⁸ Aubry 1994, S. 97

⁴⁴⁹ Rocard 1988, S. 323

nehmen, wenn nicht des Betriebs“⁴⁵⁰ über die konkrete Organisation der Arbeitszeit stattfinden sollten.

Aubrys Haltung gegenüber den Gewerkschaften unterscheidet sich deutlich von der Politik des Modernisierungsflügel der Labour Party, der den Einfluß der Gewerkschaften eher schwächen als stärken will (vgl. Kapitel 2.1.3). Martine Aubrys Vorschläge zu einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung finden auch innerhalb des Modernisierungsflügels der Parti socialiste keine Mehrheit. Ihre grundsätzliche Haltung gegenüber den Gewerkschaften wird jedoch unter anderem von Rocard geteilt. Sowohl Aubry als auch Rocard wollen den Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben stärken, auf der staatlichen Ebene jedoch zurückdrängen. Rocard spricht sich eindeutig gegen eine weitere Stärkung der Einflusses der Gewerkschaften auf landesweiter Ebene aus, warnt jedoch davor, eine ähnliche Haltung gegenüber den Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene einzunehmen. Die Gewerkschaften seien keine „anachronistischen Überreste“ vergangener Epochen, vielmehr seien sie zu schwach, um ihre Funktion, Verhandlungen durchzuführen, die für den sozialen Zusammenhalt unverzichtbar seien, ausfüllen zu können. Seine Grundsatzposition sei hier ausführlich zitiert:

„Croire que, pour pallier les difficultés actuelles, l’Etat devrait encore renforcer la position institutionnelle des syndicats est une erreur pernicieuse. Trop liés aux appareils publics, ils perdraient là ce qui fait leur force dans une démocratie moderne : la capacité à exprimer les mouvements de la société. Penser, à l’inverse, que les syndicats ne sont qu’une survivance anachronique à une époque où se développent les attitudes individualistes, c’est oublier que si, du fait de leurs difficultés actuelles, on ne peut pas tout faire avec eux, on ne pourra cependant rien faire de durable sans eux. Il faut du temps pour que la fonction recrée l’organe, mais une chose est certaine : la fonction existe, l’organe est un besoin.

Cette fonction – participer activement à la négociation contractuelle, clé de la cohésion sociale dont dépend notre avenir – ne peut être assumée efficacement qu’avec les syndicats. Les lieux et les objets de négociation ne manquent pas.“⁴⁵¹

Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß Rocard die Gewerkschaften *prinzipiell* stärken will. So erwähnt er in einem Beitrag für den in London erschienenen Sammelband *Reinventing the Left* in seinem Beitrag – mit dem Titel „Social Solidarity in a Mixed Economy“ (!) – die Gewerkschaften an keiner einzigen Stelle.⁴⁵² Während Rocard die französischen Gewerkschaften für zu schwach hält und sie daher in bestimmten Bereichen unterstützt, zeigt dies, daß er in Ländern wie Großbritannien, in denen die Gewerkschaften einen vergleichsweise starken Einfluß auf der betrieblichen Ebene haben, ihre Position eher schwächen, zumindest aber nicht weiter ausbauen will. Dennoch ist die oben zitierte Passage aus einer grundsätzlichen Abhandlung Rocards über die Gewerkschaften ein Indiz dafür, daß Rocard eher einer stärker institutionalistisch geprägten Interpretation der „stakeholder society“ oder des Kommunitarismus zuneigt als Tony Blair – wenn man als Vergleichszeitraum die Peri-

⁴⁵⁰ Aubry 1994, S. 97

⁴⁵¹ Rocard 1988, S. 322

⁴⁵² Vgl. Rocard 1994

ode heranzieht, in der sich Blair immer stärker von Will Hutton und anderen Verteidigern des ursprünglichen Konzepts der „stakeholder economy“ distanziert.

Tatsächlich sind die Gewerkschaften in Frankreich durch ihre geringe Größe, aber auch auf Grund ihrer Zersplitterung, außergewöhnlich schwach. Ihren größten Einfluß haben sie auf das Sozialversicherungssystem, das sie gemeinsam mit dem französischen Arbeitgeberverband verwalten. Ihre Schwäche in den Betrieben aber zeigte sich deutlich, als ihnen die Streikbewegung vom November/Dezember 1995 in einigen Bereichen außer Kontrolle zu geraten drohte.⁴⁵³ Tatsächlich sank der ohnehin schwache Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben in der ersten Hälfte der neunziger Jahre weiter. Guy Groux und René Mouriaux sprechen 1994 von einer Entwicklung zu einer „Gewerkschaftsbewegung ohne Gewerkschafter“⁴⁵⁴, und Marie-Thérèse Join-Lambert, die am I. E. P. de Paris lehrt, stellt ebenfalls fest, daß der institutionelle Einfluß der Gewerkschaften im Widerspruch zu seinem tatsächlichen politischen Gewicht stehe. Hieraus resultierten die Schwierigkeiten, Verhandlungen einzuleiten. Angesichts dieser Tatsache sei „die regelmäßige Verringerung der Zahl der Streiks und der betrieblichen Auseinandersetzungen paradoxerweise kein Zeichen gesunder Arbeitsbeziehungen“:

„Le syndicalisme français [...] apparaît décalé et ses nombreuses représentations institutionnelles dans le système de sécurité sociale, le régime d'assurance chômage, les nombreux organismes consultatifs auxquels il est associé, tranchent de plus en plus avec sa représentativité réelle.

Il en résulte un essoufflement des négociations. Au niveau interprofessionnel notamment, la force syndicale n'est plus suffisante pour permettre aux représentants syndicaux de peser dans la négociation et d'assumer des choix difficiles. On l'a vu en matière de retraite et d'indemnisation du chômage.

Les conséquences sur les mouvements sociaux sont graves. Car la diminution régulière du nombre de grèves et de la conflictualité n'est paradoxalement pas un signe de bonne santé.“⁴⁵⁵

Tatsächlich verloren die Gewerkschaften, vor allem seit Beginn der achtziger Jahre, eine große Zahl ihrer Mitglieder, während die gewerkschaftlichen Zentralen immer stärker ausgebaut wurden. Am deutlichsten ist dies bei der CGT zu beobachten. Sie verlor von 1965 bis 1985 70 % ihrer Mitglieder, vergrößerte aber die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in ihrer Zentrale auf das Fünffache. Die CFDT konnte ihre – allerdings ohnehin geringen – Mitgliederzahl in etwa halten, vergrößerte ihre Zentrale im selben Zeitraum jedoch auf das Vierfache.⁴⁵⁶ Diese Situation führte in den achtziger Jah-

⁴⁵³ Der Streik im November/Dezember 1995 wurde von den Führungen der FO und der CGT anfänglich vor allem deswegen so stark vorangetrieben, weil der damalige Premierminister Juppé das Sozialversicherungssystem unter staatliche Kontrolle stellen wollte. Für eine Darstellung der Organisation der Sozialversicherung und der von Juppé angestrebten Änderungen siehe: Viosat 1997, insbesondere S. 66-68

⁴⁵⁴ Groux/Mouriaux 1994, S. 67

⁴⁵⁵ Join-Lambert 1994, S. 60f., dort mit Verweis auf: Clithène 1992; Lichtenberger 1990

⁴⁵⁶ Labbé 1994, S. 67f. Diese Ausweitung war nur dadurch möglich, daß mehr und mehr Beschäftigte der Gewerkschaften nicht mehr aus Mitteln der Gewerkschaft selbst bezahlt wurden. Dominique Labbé stellt fest: „[...] la majorité des dirigeants – jusqu'au sommet – et des collaborateurs n'étaient plus salariés par l'organisation mais mis à disposition par diverses administrations ou grandes entreprises. [...] Par bien des côtés, le syndicalisme français ressemble au système des défunts pays de l'Est.“ (ebd.)

ren und zu Beginn der neunziger Jahre dazu, daß auch und gerade konservative Regierungen versuchten, Unternehmen und Gewerkschaften zu Verhandlungen auf der Ebene des Betriebs, des Unternehmens und der Branche zu bewegen. Die „loi Séguin“ aus dem Jahr 1987 und die „loi quinquennal pour l’emploi“ von 1993, die die Reduzierung der Sozialbeträge der Unternehmen, die sich mit den Gewerkschaften über eine Arbeitszeitverkürzung einigten, vorsah, sind Beispiele für diese Politik. Beide Gesetze sahen insbesondere eine Flexibilisierung der Arbeitszeit vor. Seit Beginn der neunziger Jahre spielen sich verstärkt Verhandlungen auf der Ebene der großen Unternehmen ab, die über die individuellen Arbeitsbedingungen hinausgehen und den Produktionsablauf im Unternehmen betreffen. An dieser Stelle muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß diese Verhandlungen zwar zu einem Rückgang der Konflikte und Streiks führten, aber den Mitgliederschwund der Gewerkschaften nicht aufhalten konnten.

Tabelle 14 (S. 129) zeigt den starken Rückgang der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer seit 1975 in Frankreich. Hinzu kommt, daß ein beachtlicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Sektor beschäftigt ist, während in der privaten Wirtschaft der Organisationsgrad in vielen Branchen noch wesentlich geringer als im nationalen Durchschnitt ist. In Großbritannien hingegen ist der Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wesentlich weniger ausgeprägt. Die OECD gibt für Großbritannien einen Rückgang des Organisationsgrades in der Zeit von 1985 bis 1995 von 45,5 % auf 32,9 % an, für Frankreich von 14,5 % auf 9,1 %.⁴⁵⁷

Diese Situation führte in den achtziger Jahren und zu Beginn der neunziger Jahre dazu, daß auch und gerade konservative Regierungen versuchten, Unternehmen und Gewerkschaften zu Verhandlungen auf der Ebene des Betriebs, des Unternehmens und der Branche zu bewegen. Die „loi Séguin“ aus dem Jahr 1987 und die „loi quinquennal pour l’emploi“ von 1993, die die Reduzierung der Sozialbeträge der Unternehmen, die sich mit den Gewerkschaften über eine Arbeitszeitverkürzung einigten, vorsah, sind Beispiele für diese Politik. Beide Gesetze sahen insbesondere eine Flexibilisierung der Arbeitszeit vor.⁴⁵⁸

⁴⁵⁷ Quelle: OECD, wiedergegeben in: *Le Monde Initiatives*, 16. 7. 1998, S. II

⁴⁵⁸ Nathalie Mlekuz: „Sur le chemin de l’annualisation“, in: *Le Monde Initiatives* (Beilage zur Zeitung *Le Monde*), 16. 4. 1996, S. 7

Tabelle 14:
Gewerkschaftsmitglieder und Organisationsgrad in Frankreich und Großbritannien⁴⁵⁹

Jahr	Frankreich						Großbritannien Gesamtzahl
	CGT	CFDT (bis 1964: CFTC)	FO	FEN	Gesamtzahl	Organisationsgrad	
1949	3140	320	337	156	4120	35,0 %	9318
1958	1390	415	279	232	2572	19,5 %	9639
1967	1400	484	358	380	3002	19,8 %	10194
1975	1800	737	458	518	4011	23,1 %	12193
1982	1150	674	464	482	3252	18,0 %	11593
1988	700	411	397	359	2215	12,3 %	10376
1993	639	473	370	300	2121	10,9 %	8700

Seit Beginn der neunziger Jahre spielen sich verstärkt Verhandlungen auf der Ebene der großen Unternehmen ab, die über die individuellen Arbeitsbedingungen hinausgehen und den Produktionsablauf im Unternehmen betreffen.⁴⁶⁰ An dieser Stelle muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß diese Verhandlungen zwar zu einem Rückgang der Konflikte und Streiks führten, aber den Mitgliederschwund der Gewerkschaften nicht aufhalten konnten.⁴⁶¹

In den kleinen und mittleren Betrieben fanden auch zu Beginn der neunziger Jahre weiterhin kaum derartige Verhandlungen statt.⁴⁶² Die Verhandlungen zu Fragen der Arbeitsorganisation waren, sofern sie stattfanden, oft nicht von Erfolg gekrönt. Nathalie Mlekuz kommt im April 1996 zu dem Schluß, daß die Verhandlungen über die Reduzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit, anders als in Deutschland, „überhaupt keine greifbare Ergebnisse“ erbracht hätten.⁴⁶³

Die Regierung Jospin beabsichtigte daher mit dem Gesetzentwurf zur 35-Stunden-Woche vor

⁴⁵⁹ Quellen: Labbé 1994, S. 77; Wrigley 1997, S. 30. CGT: Confédération Générale du Travail, CFDT: Confédération Française et démocratique du Travail, CFTC: Confédération française des travailleurs chrétiens, FO: Force ouvrière, FEN: Fédération de l'éducation nationale. Die CFTC beschließt 1964, die christliche Orientierung nicht mehr zur Bedingung der Mitgliedschaft zu erklären und benennt sich in „Confédération Française et démocratique du Travail“ um. Eine Minderheit behält jedoch den Namen CFTC bei. Diese Gewerkschaft wächst bis 1975 auf etwa 100.000 Mitglieder an und kann diese Zahl bis heute in etwa aufrechterhalten. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder und der Organisationsgrad beziehen sich auf alle Arbeitnehmer, die mindestens 9 der 12 Monatsbeiträge entrichten. Pierre Rosanvallon, Michel Noblecourt und Pierre Cours-Salies geben sogar noch etwas niedrigere Zahlen an (Rosanvallon 1987, S. 15; Noblecourt 1990, S. 34; Cours-Salies 1990, S. 43; wiedergegeben in: Groux/Mouriaux 1994, S. 74). Groux und Mouriaux geben für 1975 einen Organisationsgrad von 25 %, für 1992 von 8 % an (vgl. Groux/Mouriaux 1994, S. 74).

⁴⁶⁰ Die Zahl der Verhandlungen über die Löhne und die individuellen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten steigt dagegen seit 1950 kontinuierlich an. Auch sie finden jedoch bis zur Mitte der achtziger Jahre meist auf nationaler Ebene oder auf der Ebene von Branchen statt. (Vgl. Groux/Mouriaux 1994, S. 69)

⁴⁶¹ Vgl. Groux/Mouriaux 1994, S. 70

⁴⁶² Guillon 1997, S. 119

⁴⁶³ Nathalie Mlekuz: „Sur le chemin de l'annualisation“, in: *Le Monde Initiatives* (Beilage zur Zeitung *Le Monde*), 16. 4. 1996, S. 7. Vgl. auch: Groupe socialiste 1998, S. 8

allem, die Verhandlungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften wieder in Gang zu setzen. Der Kommentar der Fraktion der Parti socialiste zum Gesetz über die 35-Stunden-Woche erklärt dies zur „Priorität“.⁴⁶⁴ Soweit erste Ergebnisse vorliegen, haben die mit der für das Jahr 2000 bzw. 2002 angekündigten Einführung der 35-Stunden-Woche verbundenen Maßnahmen tatsächlich zu einer Ausweitung der Verhandlungen auf der Ebene von Betrieben und Branchen geführt. Das *Wall Street Journal Europe* etwa schreibt in einem Leitartikel, daß das Gesetz einen starken Aufschwung betrieblicher Verhandlungen bewirkt habe: „In fact, some initial signs are actually encouraging. [...] the law has sparked an unprecedented shift toward level-headed negotiation. It has also accelerated a move away from one-size-fits-all nationwide labor contracts and toward pacts tailored to the needs of individual enterprises.“⁴⁶⁵ Der von Martine Aubry eingebrachte Gesetzentwurf sieht für Unternehmen, die die Arbeitszeitverkürzung umsetzen, weitreichende Möglichkeiten der Flexibilisierung vor, so zum Beispiel Arbeitszeitkorridore und -konten und die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung durch zusätzliche Urlaubstage, über die zum Teil das Unternehmen, zum anderen Teil der Beschäftigte entscheidet.⁴⁶⁶

Der Stärkung der Verhandlungsrolle der Gewerkschaften auf der Ebene von Betrieben und Branchen steht andererseits eine Politik gegenüber, die die Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses auf nationaler Ebene zum Ziel hat. Ein Beispiel ist die von der Regierung Rocard eingeführte „Contribution sociale généralisée“, eine staatliche Abgabe, die die Sozialbeiträge der Unternehmen und der Beschäftigten zunächst ergänzt und später teilweise ersetzt hat. Sie wurde unter der Regierung Juppé zunächst von 1,1 % auf 2,4 % im Jahr 1993 und 3,4 % im Jahr 1996 erhöht. Die Regierung Jospin erhöhte diese Abgabe in dem vom Parlament verabschiedeten Rahmenetat der Sozialversicherung für 1998 auf 7,5 %.⁴⁶⁷ Zudem behielt die Regierung die im Plan Juppé enthaltene und der CSG sehr ähnliche Abgabe von 0,5 % bei, die offiziell der „Rückzahlung der Schulden der Sozialversicherung“ dient.⁴⁶⁸ Diese Veränderungen führten dazu, daß der Anteil der Beiträge an der Finanzierung der Sozialversicherung im „régime général“ des privaten Sektors von 83,3 % im Jahr 1996 auf 68,2 % im Jahr 1998 sank.⁴⁶⁹

In der Rentenversicherung stellt sich die Situation etwas komplizierter dar. Die Regierung Juppé setzte im März 1997 gegen den Widerstand der linken Parteien ein Gesetz durch, das die Einrichtung einer kapitalgestützte Rentenversicherung erleichtern sollte. Dieses Gesetz wurde von der Regierung

⁴⁶⁴ Groupe socialiste 1998, S. 9

⁴⁶⁵ David Woodruff: „Quelle Surprise: French Labor Law Provides Framework For Reorganization“, in: *Wall Street Journal Europe*, 4. 11. 1998. Die Zeitung erwähnt darüber hinaus, daß das Gesetz stärker zur Flexibilisierung der Arbeitszeit als zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt: „Indeed, some government officials now privately admit the law is more effective as a catalyst for restructuring than as a job creator.“ (ebd.)

⁴⁶⁶ Vgl. Groupe socialiste 1998, S. 2

⁴⁶⁷ Gutman/Loyer 1998, S. 7 und S. 9

⁴⁶⁸ Vgl. Bouget 1998, S. 164

⁴⁶⁹ Vgl. *Le Monde*, 6. 8. 1998, S. 5

Jospin Anfang November 1998 annulliert. Gleichzeitig jedoch kündigte der Finanzminister Dominique Strauss-Kahn an, ein staatliches Instrument für die kapitalfinanzierte Altersversorgung bereitzustellen. Der Zeitung *Le Monde* zufolge gab die Regierung bekannt, eine „Reform zugunsten der kapitalfinanzierten Rente einleiten“ zu wollen.⁴⁷⁰

Denis Bouget kommt in einer Abhandlung über den „Plan Juppé“ zu dem Schluß, daß die Regierung Jospin viele der Reformprinzipien und Entscheidungen Juppés, zu denen insbesondere Maßnahmen zur Verringerung des Einflusses der Gewerkschaften im Sozialversicherungssystem gehören, übernommen und weitergeführt hat: „[...] in fact, the Jospin government has adopted most of the reform’s principles and decisions.“⁴⁷¹ Dies zeigt, daß Jospin nicht auf eine allgemeine Stärkung der Gewerkschaften abzielt, sondern vor allem versucht, sie stärker auf Verhandlungen auf der Ebene von Betrieben und Branchen zu orientieren.

Diese Strategie hat bereits erste Ergebnisse erbracht. Insbesondere haben nicht nur die „gemäßigten“ Gewerkschaften CFDT und FO, sondern auch die CGT in Verhandlungen auf betrieblicher Ebene und in einzelnen Branchen zugestimmt. Während die von der konservativen Regierung erlassene „loi Robien“, die Modalitäten zur Flexibilisierung zur Arbeitszeit vorsah, dazu führte, daß lokale CGT-Vertreter Betriebsvereinbarung mitgetragen haben, hat nun die CGT-Führung beschlossen, daß sich die Gewerkschaft flächendeckend an solchen Verhandlungen beteiligen solle.⁴⁷² Die Zustimmung der CGT zu einer Vereinbarung in der Textilindustrie über eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Arbeitszeit stellt, wie es eine Überschrift der Zeitschrift *Le Monde* ausdrückt, den Abschluß „ihrer Verwandlung hin zu einer konstruktiven Gewerkschaftskonzeption“ dar.⁴⁷³

⁴⁷⁰ *Le Monde*, Edition internationale (Sélection hebdomadaire), 7. 11. 1998, S. 1

⁴⁷¹ Bouget 1998, S. 165

⁴⁷² Vgl. Bode 1998, S. 29

⁴⁷³ Alain Beuve-Méry, in: *Le Monde*, 5. 11. 1998

Zusammenfassung und Ausblick

Ist Lionel Jospin der französische Tony Blair? Gemessen an seinen Zielen stimmt Jospin in vielen wichtigen Punkten mit Blair überein: in diesem Sinne ist Jospin tatsächlich „der französische Tony Blair“. Vergleicht man beide Politiker am Erfolg ihrer Strategie, so muß man feststellen: Wenn Jospin sich bislang nicht als „der französische Tony Blair“ durchgesetzt hat, so bemüht er sich doch nach Kräften, seine Ziele zu verwirklichen.

Jospin hat, wie vor allem im Kapitel 3.4 gezeigt worden ist, eine Reihe der Positionen Michel Rocard übernommen, deren Ähnlichkeit zu Tony Blairs Auffassungen in wichtigen Punkten in Kapitel 3.2.3 eindeutig festgestellt werden konnte. Ferner ließ sich nachweisen, daß Jospin seit 1993 ein enges politisches Bündnis mit den Anhängern Rocard und weiteren Vertretern des Modernisierungsflügels, der auch Rocard in seiner Zeit als Parteivorsitzender von 1993 bis 1994 unterstützte, einging. Jospin gab dafür sogar die führende Position in seiner eigenen Strömung auf. Enge Mitarbeiter Jospins unterstützten die Vorhaben Rocard in dieser Zeit. Viele Verbündete Jospins in wichtigen Positionen, wie Dominique Strauss-Kahn und Martine Aubry, sind eindeutig dem Modernisierungsflügel der Parti socialiste zuzuordnen. Der Einschätzung des Herausgebers der Zeitung *Le Monde*, Jean-Marie Colombani, daß Jospin „diejenige Arbeit mache“, die Rocard „zuwider“ war, ist vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit zuzustimmen.⁴⁷⁴

Die Parallelen zwischen Tony Blair, Michel Rocard und Lionel Jospin sind am deutlichsten in Fragen der Parteiorganisation nachzuweisen. Sowohl Blair wie Rocard und Jospin setzten sich für eine Stärkung der Stellung des Parteivorsitzenden, direkte Abstimmungen und eine von der Partei getrennt agierende Wahlkampfzentrale ein. Lediglich in der Frage einer Zusammenarbeit mit den Parteien des politischen Zentrums gibt es deutliche Unterschiede zwischen Blair und Rocard, die dies befürworten, und Jospin, der eine solche Zusammenarbeit ablehnt.

Bei der Beurteilung der Nähe der politischen Positionen von Tony Blair und Lionel Jospin muß indessen auf oft nur vereinzelt vorliegende Indizien zurückgegriffen werden. Diese weisen allerdings darauf hin, daß es zwischen den Positionen Blairs und Jospins eine große Zahl von Parallelen gibt: Beide gründen ihre Position auf eine Analyse der Gesellschaft, die von einer Auflösung der Klassengegensätze ausgeht. Eine Folge dieser Analyse ist, daß die Politik nicht mehr die Verwirklichung bestimmter Ziele, die sich auf der Grundlage von Klasseninteressen definieren ließen, verfolgen kann. Beide Politiker sind sich darin einig, daß anstelle dieser Ziele eine Identifikation mit politischen Grundwerten in den Vordergrund treten müsse. Anders als die traditionelle Sozialdemokratie betonen beide Politiker das Individuum gegenüber dem Kollektiv und die gesellschaftliche Integrati-

⁴⁷⁴ Colombani 1996, S. 191

on gegenüber der sozialen Gleichheit. Eine Dezentralisierung der Macht des Staates und eine Verringerung des Einflusses kollektiver Institutionen soll den Individuen zusätzliche Freiheiten und Möglichkeiten verschaffen. Die Abkehr von traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen zeigt sich auch darin, daß beide Politiker ihre Parteien auf einen stärker marktwirtschaftlichen Kurs ausrichten wollen. Während Blair sich allerdings explizit auf kommunitaristische Theorien beruft, um seine Vorstellungen zu untermauern, findet sich bei Jospin – ebenso wie bei Rocard – kein ausdrücklicher Hinweis auf den Kommunitarismus.

Deutliche und grundlegende Unterschiede gibt es hingegen zwischen den Positionen Rocards und Jospins einerseits, Blairs andererseits in der Haltung zu den Gewerkschaften. Diese sind in den Kapiteln 2.1.3 und 3.5.3 näher beschrieben worden. Einig sind sich Blair, Rocard und Jospin lediglich darin, daß sie den Gewerkschaften auf staatlicher Ebene keinen zu großen Einfluß einräumen wollen. Aufgrund der Schwäche der französischen Gewerkschaften in den Unternehmen wollen jedoch Jospin wie auch Rocard deren Stellung in den Betrieben ausbauen und insbesondere die Verhandlungsrolle der Gewerkschaften stärken. Blair hingegen steht ähnlichen Bestrebungen in Großbritannien, wo die Gewerkschaften einen wesentlich stärkeren Einfluß auf betrieblicher Ebene haben. Der Hauptgrund für den Unterschied der Einstellungen von Blair und Jospin gegenüber den Gewerkschaften ist sicherlich die unterschiedliche Situation in beiden Ländern. Rocards theoretische Konzeption, von der Jospin beeinflusst ist, scheint allerdings etwas stärker institutionalistisch geprägt zu sein als die entsprechenden Überlegungen Blairs. Schwer zu entscheiden ist aber, ob Rocards Haltung zu den Gewerkschaften eine Folge seiner theoretischen Überlegungen sind oder ob seine Theorie als Ausdruck der von ihm propagierten konkreten politischen Positionen verstanden werden muß.

Es muß an dieser Stelle betont werden, daß einige der hier dargestellten Parallelen zwischen Lionel Jospin und Tony Blair nur der Tendenz nach aufgezeigt werden konnten. Als gesichert kann jedoch gelten, daß beide Politiker in den angegebenen Fragen ihre Parteien in dieselbe Richtung orientieren wollten. Ebenso gibt es Belege dafür, daß die von Jospin angestrebte Veränderung der Organisation und der Programmatik wesentlich weiter gehen sollte, als man auf der Grundlage der Entwicklung der Parti socialiste seit 1995 vermuten könnte. Jospins Bündnis mit Rocard und die großen personellen Kontinuitäten zwischen den Verbündeten Jospins und den Unterstützern Rocard in den Jahren 1993 und 1994 lassen, ebenso wie vereinzelte und oft unklare Aussagen Jospins vermuten, daß Jospin letztlich bestrebt war, das von Rocard klar formulierte Modernisierungsprogramm, das eindeutige Gemeinsamkeiten mit Tony Blairs Strategie aufweist, in die Tat umzusetzen.⁴⁷⁵ Ein

⁴⁷⁵ Es ist nicht auszuschließen, daß insbesondere die von Michel Noblecourt in der Zeitung *Le Monde* veröffentlichten Artikel die Strategie Jospins nicht völlig exakt wiedergeben. Noblecourt ist sichtlich bestrebt, Jospin in seinem Modernisierungskurs zu unterstützen und fordert ihn in seinen Artikeln wiederholt indirekt dazu auf, in seinen Bemühungen nicht nachzulassen. Daher überzeichnet er möglicherweise die Strategie Jospin, um ihn auf eine eindeutige Modernisierungsstrategie zu verpflichten. Größere Ungenauigkeiten in den Berichten und Kommentaren von *Le Monde* sind auszuschließen, da sie jedoch mit Sicherheit ein Dementi

wichtiger Unterschied zwischen der Taktik Blairs und Rocards einerseits, Jospins andererseits ist, daß erstere ihre Strategien sehr offensiv verfolgten, während Jospin – der hier sicherlich von Scheitern Rocards geprägt ist – eine „Erneuerung im Konsens“ anstrebte. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Strategien von Tony Blair, Michel Rocard und Lionel Jospin sind in Tabelle 15 nochmals übersichtlich zusammengefaßt.

Tabelle 15:
Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Tony Blair, Michel Rocard und Lionel Jospin

	Blair	Jospin	Rocard
Politische Positionen:			
Analyse: Auflösung der Klassengegensätze	ja	ja ⁴⁷⁶	ja
Werte als Grundlage der Politik	ja	ja	ja
Betonung des Individuums gegenüber dem Kollektiv	ja	ja	ja
Betonung der Integration gegenüber der Gleichheit	ja	ja	ja
Dezentralisierung der Macht	ja	ja ⁴⁷⁶	ja
starke marktwirtschaftliche Orientierung	ja	ja ⁴⁷⁶	ja
Expliziter Bezug auf den Kommunitarismus	ja	nein	nein
Organisation der Partei:			
Stärkung der Stellung des Parteivorsitzenden	ja	ja	ja
Direkte Abstimmungen	ja	ja	ja
von der Partei getrennte Wahlkampfleitung	ja	ja	ja
organisatorisches Bündnis mit der pol. Mitte	ja ⁴⁷⁷	nein	ja
Haltung zu den Gewerkschaften:			
Abkoppelung von den Gewerkschaften	ja	nicht anwendbar	nicht anwendbar ⁴⁷⁸
Schwächung der Gewerkschaften (Betriebe)	ja ⁴⁷⁹	nein	nein
Schwächung der Gewerkschaften (nationale Ebene)	ja ⁴⁷⁹	ja	ja

von Jospin oder anderen Politikern der Parti socialiste ausgelöst hätten.

⁴⁷⁶ Diese Bewertung gilt der Tendenz nach. Jospin äußert sich im Jahr 1995 nicht klar, um die organisatorischen Veränderungen der PS nicht zu gefährden, und steht 1996 bereits unter einem so starkem Druck des linken Parteiflügels, daß er in öffentlichen Äußerungen zu Kompromissen gezwungen ist. Im Rahmen der Debatte steht Jospin jedoch stets auf derjenigen Seite des Meinungsspektrums, die durch die angegebene politische Position zu charakterisieren ist.

⁴⁷⁷ Blair lehnte bis vor kurzem eine solche Zusammenarbeit ab (vgl. S. 83).

⁴⁷⁸ Die Parti socialiste hatte seit ihrer Gründung keine Verbindung zu den Gewerkschaften.

⁴⁷⁹ Im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen Politikern. Blairs Regierung hat beispielsweise ein Gesetz verabschiedet, das die Anerkennung von Gewerkschaften in den Betrieben gegenüber den unter den vorangegangenen konservativen Regierungen geltenden Regeln erleichtert.

Vorgehensweise:			
Polarisierung der Partei	ja	nein	ja

Faßt man die Strategien Blair und Jospins in den Kategorien der in Kapitel 1.2 in Anlehnung an Kitschelt entwickelten Typologie sozialdemokratischer Parteien, so besteht die *Gemeinsamkeit* darin, daß beide sich für die Umwandlung der von ihnen geleiteten Parteien zu „zentralisierten Parteien“ einsetzen, die von den politischen Vorstellungen des „pragmatischen“ Mitgliedertypus geprägt sind. Diese Umwandlung wird in Abbildung 4 (S. 29) veranschaulicht. Andererseits sehen sich beide Politiker *unterschiedlichen Ausgangspositionen* gegenüber. Während Blair vor allem den Einfluß der „traditionalistischen“ Gewerkschaften verringern muß und sich nur in der individuellen Mitgliedschaft der Labour Party mit Vertretern des „ideologischen“ Mitgliedertypus konfrontiert sieht, ist, steht für Jospins Strategie letztere Konfliktlinie im Mittelpunkt. Da die Parti socialiste keinerlei organisatorische Verbindungen zu den Gewerkschaften aufweist, spielt diese Frage für Jospin in bezug auf die organisatorischen Veränderungen der Parti socialiste indessen keine Rolle. Aus diesem Grund können bestimmte Auseinandersetzung zwischen Blair und den Gewerkschaften, die für die Entwicklung der Labour Party wichtig sind und deshalb in der vorliegenden Arbeit dargestellt wurden, nicht Bestandteil des Kriteriums für die Beurteilung der Ähnlichkeit oder Verschiedenheit der Strategien Jospins und Blairs sein.

Legt man die in Kapitel 1.2 dargestellte Typologie zu Grunde, so können die *Strategien* Blairs und Jospins als *Modelle* in dem Sinne beschrieben werden, daß sie auf einen bestimmten *Parteitypus* abzielen, dessen wesentliche Merkmale in engem Zusammenhang stehen: Organisatorisch ist dieser Typus durch eine verhältnismäßig geringe Mitgliederzahl, eine starke Zentralisierung und eine weitgehende Unabhängigkeit von den Gewerkschaften gekennzeichnet, programmatisch durch die Vorherrschaft des „pragmatischen“ Mitgliedertypus und eine individualistisch-marktwirtschaftliche Orientierung. Soweit auf der Grundlage des in der vorliegenden Arbeit betrachteten Materials geschlossen werden kann, korrelieren diese Merkmale in den europäischen sozialdemokratischen Parteien stark, so daß diejenigen Parteien, die diese Merkmale aufweisen, in Kapitel 1.2.2 zum Typus der „Zentralistischen Parteien“ zusammengefaßt werden konnten.⁴⁸⁰ Daß sowohl Jospins wie auch Blairs Strategie eine Verknüpfung von organisatorischen und programmatischen Veränderungen vorsah, ist ein weiteres Indiz für ein enges Abhängigkeitsverhältnis beider Merkmale.

Falsch ist es hingegen, in bezug auf die tatsächliche *Politik* Jospins von einem *Modell* zu sprechen.

⁴⁸⁰ Die in Kapitel 1.2.2 vorgenommene Einordnung der europäischen sozialdemokratischen Parteien ist allerdings nicht als empirische Beweisführung konzipiert, sondern soll in erster Linie die zuvor dargestellte Typologie illustrieren. Eine genauere Analyse der Tragfähigkeit dieser Typologie müßte eine Vielzahl weiterer Quellen und Untersuchungen mit einbeziehen und insbesondere mögliche der Typologie widersprechende empirische Befunde genauer untersuchen. Dies war im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht möglich. Die dargestellte Typologie und die auf ihr basierenden Folgerungen müssen daher immer unter dem Vorbehalt einer weitergehenden empirischen Überprüfung betrachtet werden.

Insbesondere in Kapitel 3.5 wurde dargestellt, daß die von Jospin seit 1996 betriebene Politik nicht seinen Zielvorstellungen entspricht, sondern das Ergebnis eines Kompromisses widerstreitender Interessen und Fraktionen in der Parti socialiste ist. Die Parti socialiste entspricht daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder dem Modell der „zentralisierten Partei“, das Blair inzwischen weitgehend verwirklicht hat, noch den beiden anderen hier herausgearbeiteten Typen, dem „dezentralisierten Club“ und der „sozialdemokratisch-zentralistischen Massenpartei“. Andererseits können Jospins tatsächliche Politik und die Parti socialiste können hingegen mit Recht als erfolgreiches *Gegenbeispiel* zu Tony Blair und der Entwicklung der Labour Party gesehen werden. Sie zeigen, daß eine Übernahme des Blairschen Modells keine Voraussetzung für Wahlerfolge sozialdemokratischer Parteien ist.

Nicht abschließend zu beantworten ist indes die Frage, ob Jospins Strategie durch die zahlreichen Kompromisse, die er in der Zwischenzeit schließen mußte, als endgültig gescheitert zu betrachten ist, oder ob mit einer neuen und möglicherweise erfolgreichen Offensive Jospins und des Modernisierungsflügels der Parti socialiste zu rechnen ist. Gerade wegen der umfangreichen Zugeständnisse Jospins an den linken Flügel der Parti socialiste sind Einschätzungen zurückzuweisen, die davon ausgehen, daß sich der Modernisierungsflügel bereits durchgesetzt habe. So schreiben etwa Sophie Mercier und Béatrice Jérôme 1998 von der „Stunde, in der seine [Rocards] Ideen triumphieren“.⁴⁸¹ Derartige Einschätzung sind aber nicht nur unzutreffend: sie verdecken den Umfang der von Rocard und später von Jospin angestrebten Veränderungen ebenso wie das zumindest vorübergehende Scheitern ihrer Bestrebungen nach 1995.

Jospin mußte auch nach seinem Regierungsantritt im Jahr 1997 weitgehende Zugeständnisse an den linken Flügel der Parti socialiste machen. So sah er sich im Vorfeld des Kongresses von Brest im Jahr 1997 gezwungen, ein Bündnis mit Laurent Fabius einzugehen, das von Michel Noblecourt in *Le Monde* als „bewaffneter Friede“⁴⁸² bezeichnet wird und eine gegenseitige Unterstützung beider Politiker in ihren Positionen als Parteivorsitzender bzw. als Vorsitzender der Parlamentsfraktion vorsieht.⁴⁸³ Jospin und Fabius bringen beim Kongreß von Brest einen gemeinsamen Leitantrag ein und können dadurch den Einfluß der linken Strömung *Gauche socialiste* zurückdrängen.⁴⁸⁴ Allerdings konnten die Vertreter des Modernisierungsflügels im Rahmen der Vereinbarung mit den Anhängern von Laurent Fabius neben der Wahl von François Hollande zum Parteivorsitzenden nur eine äußerst geringe Mehrheit von 105 der 204 Sitze im Parteirat durchsetzen.⁴⁸⁵

⁴⁸¹ Mercier/Jérôme 1997, S. 113

⁴⁸² Michel Noblecourt: „Paix armée entre jospinistes et fabiusiens“, in: *Le Monde*, 2. 9. 1997

⁴⁸³ Vgl. Michel Noblecourt: „Partage des rôles entre Lionel Jospin et Laurent Fabius“, in: *Le Monde*, 13. 6. 97

⁴⁸⁴ Vgl. *Le Monde*, 23./24. 11. 1997. Der Antrag erhält 84,07 % der Stimmen, auf den Antrag von *Gauche socialiste* entfielen nur 10,21 % der Stimmen.

⁴⁸⁵ Vgl. *Le Monde*, 25. 11. 1997

Ebenso wurde die „programmatische Erneuerung, die mit den drei Konferenzen im Jahr 1996 eingeleitet wurde, im wesentlichen auf die Zeit nach Brest vertagt“.⁴⁸⁶ Der neugewählte Parteivorsitzende Hollande sah sich veranlaßt zu betonen, daß „die ideologische Erneuerung der PS nicht zu einer französischen Form des « Blairismus » führen“ werde.⁴⁸⁷ Auch Lionel Jospin selbst vermeidet in seinen Formulierungen jede Nähe zu den von Tony Blair geprägten und propagierten Begriffen. Die Zeitschrift *Wirtschaftswoche*, die Jospin fälschlich als Traditionalist bezeichnet, zitiert ihn mit den Worten: „Wenn der Dritte Weg zwischen Kommunismus und Ultraliberalismus verläuft, bin ich dafür. Aber wenn er zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie liegt, bin ich dagegen.“⁴⁸⁸

Andererseits gibt es Hinweise, daß Jospins Ziel weiterhin in der Fortsetzung der von ihm eingeleiteten Veränderungen der Parti socialiste besteht. „Zwischen Jospin und Blair“, so schreibt etwa die dem linken Flügel der Parti socialiste nahestehende Zeitung *Libération*, „hat sich ein regelmäßiger Gedankenaustausch entwickelt, auf der Grundlage einer gewissen Nähe. [...] Heute ist in der PS der ‘Blairismus’ kein so großes Tabu mehr. Das Wort selbst wird allerdings niemals ausgesprochen. Es würde die zur Zeit stattfindende Orientierung der Regierungspolitik auf die politische Mitte hin zu sehr unterstreichen.“⁴⁸⁹ In die gleiche Richtung geht die Analyse von Jim Hoagland, der feststellt, daß Lionel Jospin „seine pragmatischen Absetzbewegungen von einer linksorientierten Orthodoxie nicht mit einem Dritter-Weg-Label überdeckt“.⁴⁹⁰ Das Kräfteverhältnis zwischen dem Modernisierungsflügel und dem linken Flügel der Parti socialiste sowie eine genauere Bestimmung der Rolle Jospins zum jetzigen Zeitpunkt könnte das Ziel einer weiteren Untersuchung sein, die die in der vorliegenden Arbeit gewonnenen Erkenntnisse und den hier dargelegten Analyserahmen nutzen könnte.

Tony Blair hat sich, im Gegensatz zu Jospin, in Labour Party weitgehend durchsetzen und seine Ziele verwirklichen können. Aber auch in der Labour Party gibt es weiterhin Widerstand gegen den von ihm verfolgten Kurs. So sind 1997 etwa 17 % der ungefähr 400.000 Mitglieder aus der Labour Party ausgetreten, „viele offenkundig aus Protest über den rabiaten Sparkurs der Regierung im Wohlfahrtsbereich“.⁴⁹¹ Auch in den örtlichen Parteigliederungen regt sich weiterhin Unmut. Vier Vertreter der *Grassroots Alliance*, die dem linken Flügel der Labour Party zugeordnet wird, unter ihnen Liz Davies, befanden sich unter den sechs Kandidaten, die von den Parteimitgliedern in direkter Wahl in das Nationale Exekutivkomitee der Labour Party gewählt wurden.⁴⁹² Dieses Ereignis bestätigt die Aussage eines Ministers der Regierung Blair, daß die Mitglieder seines Wahlkreises „nicht mehr das

⁴⁸⁶ Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 5. 11. 1997. Noblecourt zufolge war der Kongreß von Brest ein Kongreß der „Reorganisation“, nicht der „Neuorientierung“.

⁴⁸⁷ *Le Monde*, 25. 11. 1997. *Le Monde* zitiert hier Hollande exakt nur mit dem Wort „blairisme“, der Rest des Zitates von *Le Monde* ist in indirekter Rede gefaßt.

⁴⁸⁸ *Wirtschaftswoche*, 15. 10. 1998. Zur Konzeption des „Dritten Wegs“ siehe: Giddens 1998; Plant 1998. Anthony Giddens sieht den „Dritten Weg“ als Erneuerung der Sozialdemokratie, während Raymond Plant ihn gerade zwischen Neoliberalismus und Sozialdemokratie verortet.

⁴⁸⁹ *Libération*, 24. 7. 1998

⁴⁹⁰ Jim Hoagland, in: *International Herald Tribune*, 8./9. 8. 1998

⁴⁹¹ *Der Spiegel*, 5. 1. 1998

Gefühl haben, daß dies ihre Partei ist“.⁴⁹³

All dies muß jedoch vor dem Hintergrund analysiert werden, daß Blair nach seiner Wahl zum Premierminister die Labour Party wesentlich stärker nach rechts gerückt hat als zuvor jemals vermutet wurde: „An seinem bisherigen Handeln gemessen“, so die Zeitschrift *The Economist*, „stellte sich Tony Blair schließlich als ziemlich guter Tory heraus“.⁴⁹⁴ Die *Neue Zürcher Zeitung* bezeichnet „New Labour“ als „würdige Verwalterin des Erbes des «Thatcherismus» und attestiert der Regierung Blair, die Reform des Wohlfahrtssystems „mit größeren Ambitionen, als Thatcher und Major gewagt hätten“ fortzusetzen.⁴⁹⁵ An dieser Stelle muß indes nochmals betont werden, daß der hier angestellte Vergleich zwischen Lionel Jospin und Tony Blair sich nicht auf die tatsächliche Regierungspolitik bezieht, sondern auf die Positionen Lionel Jospins in der Zeitspanne von 1993 bis zu seinem Amtsantritt 1997 und die Positionen Tony Blairs in der Phase, in der er die „stakeholder society“ offensiv vertreten hat und die sich von seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender im Jahr 1994 bis zum Jahr 1996 erstreckt.

Das Beispiel der Parti socialiste zeigt indessen, daß sich eine Entwicklung, wie sie für die Labour Party kennzeichnend ist, nicht automatisch und zwangsläufig vollziehen muß. Ob eine Strategie, wie sie von Blair und von Jospin verfolgt wird, erfolgreich ist, hängt zum einen von der Stärke der Kräfte innerhalb der jeweiligen Partei, die eine solche Modernisierung unterstützen, ab, zum anderen von der Situation, in der sich die jeweils betrachtete sozialdemokratische Partei in organisatorischer wie programmatischer Hinsicht befindet. Gerade diese Situation kann durch äußere Ereignisse nachhaltig beeinflusst werden, wie die Streikbewegung in Frankreich 1995 gezeigt hat. Ob sich die Vertreter einer „Modernisierung“ der Sozialdemokratie – unter ihnen Tony Blair in Großbritannien, Lionel Jospin in Frankreich und Gerhard Schröder in Deutschland – dauerhaft durchsetzen, hängt deshalb nicht allein von parteiinternen Prozessen ab, sondern in großem Umfang von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung.

⁴⁹² Das National Executive Committee umfaßt zur Zeit 33 Mitglieder. Sechs dieser Mitglieder werden von den Mitgliedern der örtlichen Parteigliederungen direkt gewählt.

⁴⁹³ Jonathan Freedland, in: *The Guardian*, 30. 9. 1998

⁴⁹⁴ *The Economist*, 2. 5. 1998

⁴⁹⁵ *Neue Zürcher Zeitung*, 1. 5. 1998

Literaturverzeichnis

1. Allgemeine Quellen

- ALEMANN 1995: Ulrich von Alemann: *Parteien*, Rowohlt Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg, 1995
- ALEMANN 1998: Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Josef Schmid: „Parteien im Modernisierungsprozeß“, in: APZ 2. 1. 1998, S. 29-36
- APZ: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*)
- BELL/SHAW 1994: David S. Bell/Eric Shaw (Hg.): *Conflict and Cohesion in Western European Social Democratic Parties*, Pinter Publishers, London 1994
- BLÄTTER: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Köln
- BORCHERT/GOLSCH/JUN/LÖSCHE 1996: Jens Borchert/Lutz Golsch/Uwe Jun/Peter Lösche (Hg.): *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel*, Leske + Budrich, Opladen, 331 1996
- CREWE 1974: Ivor Crewe (Hg.): *British Political Sociology Yearbook*, Croom Helm, London 1974, S. 279-316
- ENGELS 1990: Friedrich Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1882), in: FETSCHER 1990, Bd. 1, S. 144-178
- ETZIONI 1994: Amitai Etzioni: *The spirit of community. The reinvention of American society*, Touchstone, New York 1994
- ETZIONI 1997: Amitai Etzioni: *The new golden rule: community and morality in a democratic society*, BasicBooks, New York 1997
- FETSCHER 1990: Iring Fetscher (Hg.): *Karl Marx/Friedrich Engels. Studienausgabe*, Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1990 (4. Bd.)
- GALLAGHER/MARSH 1988: Michael Gallagher/Michael Marsh (Hg.): *Candidate Selection in Comparative Perspective*, Sage, London 1988
- HEIMANN 1991: Horst Heimann: *Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Bonn 1991
- IMMERFALL 1998: Stefan Immerfall: *Strukturwandel und Strukturschwächen der deutschen Mitgliederparteien*, in: APZ 2. 1. 1998, S. 3-12
- JUN 1996: Uwe Jun: „Innerparteiliche Reformen im Vergleich: Der Versuch einer Modernisierung von SPD und Labour Party“, in: BORCHERT/GOLSCH/JUN/LÖSCHE 1996
- KARVONEN 1991: Lauri Karvonen (Hg.): *Social democracy in transition: Northern, Southern and Eastern Europe*, Dartmouth, Aldershot 1991
- KITSCHOLT 1994: Herbert Kitschelt: *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge University Press, Cambridge (USA) 1994
- LAGROYE 1989: Jacques Lagroye: „Change and Permanence in Political Parties“, in: *Political Studies* 37 (1989), no. 3, S. 362-375
- LEIF/RASCHKE 1994: Thomas Leif/Joachim Raschke: *Rudolf Scharping, die SPD und die Macht*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1994
- LENK/NEUMANN 1974: Kurt Lenk/Franz Neumann: *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*, Darmstadt 1974
- LIPOW 1996: Arthur Lipow: *Political parties and democracy: explorations in history and theory*, Pluto Press, London 1996
- LÖSCHE 1992: Peter Lösche/Franz Walter: *Die SPD. Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992
- MARX 1990: Karl Marx: „Thesen über Feuerbach“, in: FETSCHER 1990, Bd. 1, S. 138- 140

- MERKEL 1993: Wolfgang Merkel: *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*, Frankfurt/M. 1993
- MEYER 1998: Thomas Meyer: *Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998
- MICHELS 1911: Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenwesens*, Verlag Dr. Werner Klinkhardt, Leipzig 1911
- MILIBAND 1994: David Miliband (Hg.): *Reinventing the Left*, Polity Press, Cambridge (GB) 1994
- MISIK 1998: Robert Misik: *Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus*, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1998
- NASSMACHER 1989: „Parteifinanzierung als verfassungspolitisches Problem“, in: APZ 39, Nr. B11, S. 27-38
- PATERSON/SCHMITZ 1979: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz (Hg.): *Sozialdemokratische Parteien in Europa*, Neue Gesellschaft, Bonn 1979
- PATERSON/THOMAS 1986: William E. Paterson/Alastair H. Thomas: *The Future of Social Democracy. Problems and Prospects of Social Democratic Parties in Western Europe*, Clarendon Press, Oxford 1986
- PLANT 1998: Raymond Plant: „New Labour – A Third Way?“, unveröffentlichtes Manuskript, Oxford 1998
- RASCHKE 1996: Joachim Raschke: „Vor dem Umbruch des Parteiensystems? Die nachholende Modernisierung der Wähler und die Strategien der Parteien“, in: BLÄTTER 7/1995, S. 791-798
- ROBERTSON 1976: Davis Robertson: *A Theory of Party Competition*, Wiley, London 1976
- SCHMITT 1990: Karl Schmitt (Hg.): *Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse*, Frankfurt/M. 1990
- UNGER/WEHR/SCHÖNWALDER 1998: Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwalder: *New Democrats. New Labour. Neue Sozialdemokraten*, Elefanten Press, Berlin 1998
- WELLHOFER/HENNESSEY 1974: E. Spencer Wellhofer/Timothy Hennessey: „Models of Political Party Organization and Strategy: Some Analytic Approaches to Oligarchy“, in: Crewe 1974
- WIDMANN 1997: Joachim Widmann: „SPD: Zwischen Blair und Jospin“, in: BLÄTTER 7/1997, S. 777-779
- WIESENDAHL 1998: Elmar Wiesendahl: „Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland?“, in: APZ, 2. 1. 1998, S. 13-28
- WILDE 1994: Lawrence Wilde: *Modern european socialism*, Dartmouth, Aldershot 1994, 211 S.

2. Quellen zu Frankreich

- ANDREANI 1993: Jean-Louis Andréani: *La mystère Rocard*, Laffont, Paris 1993
- AQUITON 1996: C. Aquiton u. a.: *Tous ensemble! Réflexions sur les luttes de novembre-décembre*, L'Harmattan, Paris 1996
- AUBRY 1994: Martine Aubry: *Le choix d'agir*, Michel, Paris 1994
- AUBRY 1997: Martine Aubry: *Il est grand temps...*, Michel, Paris 1997
- BACQUE/SAVEROT 1995: Raphaëlle Bacqué/Denis Saverot: *Chirac Président. Les coulisses d'une victoire*, Edition du Rocher/DBW, Paris 1995
- BECKER 1994: Jean-Jacques Becker: *Histoire politique de la France depuis 1945*, Armand Colin, Paris 1994
- BECKER 1998: Johannes M. Becker: „Abschied von der Arroganz der Macht. Zwischenbilanz der französischen Linkskoalition“, in: BLÄTTER 1/1998, S. 66-75
- BELL/CRIDDLE 1994: David S. Bell/Byron Criddle: „The French Socialist Party: presidentialised factionalism“, in: BELL/SHAW 1994, S. 112-132
- BERGOUNIOUX/GRUNBERG 1994: Alain Bergounioux/Gerard Grunberg: *Le long remords du pouvoir: le parti socialiste français 1905-1992*, Fayard, Paris 1994
- BODE 1998: Ingo Bode: „Aus alt mach neu? Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaftsstrategien in Frankreich“, in: APZ, B11/98, 6. 3. 1998
- BOUGET 1998: Denis Bouget: „The Juppé Plan and the future of the French welfare system“, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 8, Nr. 2 (Mai 1998)
- BUREL/TATU 1997: Paul Burel/Natacha Tatu: *Martine Aubry: enquête sur une énigme politique*, Calmann-Lévy, Paris 1997
- CAMBADELIS 1996: Jean-Christophe Cambadélis: *Pour une nouvelle Gauche*, Stock, Paris 1996, 305 S.
- CAYROL 1982: R. Cayrol: „Le godillot et le commissaire politique: six contradictions à propos du Parti socialiste“, in: *Projet* 161 (Januar 1982), S. 32-41
- CHARLOT 1994: Jean Charlot: *La politique en France*, Ed. de Fallois, Paris 1994
- CHARLOT 1995: Jean Charlot: *Pourquoi Jacques Chirac?*, Ed. de Fallois, Paris 1995
- CHIRAC 1994: Jacques Chirac: *La France pour tous*, Ed. Nil, Paris 1994
- CLISTHENE 1992: Clisthène: „Quel avenir pour le syndicalisme ?“, in: *Esprit*, März 1992
- COLE 1990: Alistair Cole (Hg.): *French political parties in transition*, Dartmouth, Aldershot 1990
- COLOMBANI/LHOMEAU 1989: Jean-Marie Colombani/Jean-Yves Lhomeau: *Les héritiers*, Flammarion, Paris 1989
- COLOMBANI 1993: Jean-Marie Colombani: *La France sans Mitterrand*, Flammarion, Paris 1993
- COLOMBANI 1994: Jean-Marie Colombani: *La gauche, survivra-t-elle aux socialistes?*, Flammarion, Paris 1994
- COLOMBANI 1996: Jean-Marie Colombani: *De la France en général et de ses dirigeants en particulier*, Plon, Paris 1996
- COURS-SALIES 1990: Pierre Cours-Salies: „Syndicats, état des lieux“, in: *L'Homme et la société*, Nr. 4, 1990
- CRIDDLE 1986: Byron Criddle: „The French Socialist Party“, in: PATERSON/THOMAS 1986, S. 223-241
- DELORS 1996: Jacques Delors/Martine Aubry/Michel Rocard u. a.: „Vive la gauche nouvelle - Es lebe die neue Linke! Dankadresse französischer Sozialisten an Lionel Jospin“, in: BLÄTTER 6/1995, S. 767-768
- DFI: Deutsch-Französisches Institut: *Frankreich-Jahrbuch*, Leske + Budrich, Opladen
- DOCUMENTATION 1991: La documentation Française: *Institutions et vie politique*, Paris 1991 (Reihe „les notices“)
- DOCUMENTATION 1995: La documentation Française: *Constitution française du 4 octobre 1958*, Paris 1995 (Reihe „documents d'études“, Nr. 1.04)
- DOCUMENTATION 1997: La documentation Française: *La protection sociale en France*, éd. mise à

- jour, Paris 1997 (Reihe „les notices“)
- DRAY 1994: Julien Dray: *De la gauche en général et de l'archaïsme en particulier*, Belfond, Paris 1994
- DUHAMEL/JAFFRE 1991: Olivier Duhamel/Laurent Jaffré: *L'état de l'opinion 1991*, Le Seuil, Paris 1991
- DUPIN 1991: Eric Dupin: *L'après Mitterrand: le parti socialiste à la dérive*, Calmann-Lévy, Paris 1991
- ELGIE: Robert Elgie: *Electing the French President. The 1995 Presidential Election*, Macmillan Press, Houndmills 1996
- ENGEL 1996: Kathrin Engel: „Zwei Sieger in Frankreich“, in: BLÄTTER 6/1995, S. 652-655
- ESTIER 1996: Claude Estier: *De Mitterrand à Jospin: trente ans de campagnes présidentielles*, Stock, Paris 1996
- FABIUS 1995: Laurent Fabius: *Les blessures de la vérité*, Flammarion, Paris 1995
- LE FIGARO 1993: Dép. d'Etudes Politiques du Figaro: *Le vote sanction: les élections législatives des 21 et 28 mars 1993*, Paris 1993
- LE FIGARO 1995: Dép. d'Etudes Politiques du Figaro: *Le vote de crise: l'élection présidentielle de 1995*, Paris 1995
- GAXIE 1977: Daniel Gaxie: „Economie des partis et retributions du militantisme“, in: *Revue française de science politique* 27, no. 1 (February 1977), S. 123-154
- GRIGGS 1996: Steven Griggs: „Candidates and Parties of the Left“, in: ELGIE 1996, S. 96-122
- GROUPE SOCIALISTE 1998: Bulletin du Groupe Socialiste à l'Assemblée nationale: Spécial « 35 heures », 20. 1. 1998
- GROUX/MOURIAUX 1994: Guy Groux, René Mouriaux: „Syndicalisme sans syndiqués : dimensions et dilemmes“, in: PERRINEAU 1994, S. 67-86
- GUILLON 1997: Robert Guillon: *Les syndicats dans les mutations et la crise de l'emploi*, L'Harmattan, Paris 1997
- GUTMAN/LOYER 1998: Olivier Gutman/Alexis Loyer: „CSG et justice sociale“, in: *Regards sur l'actualité* (La documentation Française) 2/1998, Paris, S. 3-14
- HUE 1996: Robert Hue: *Communisme: La mutation*, Stock, Paris 1996
- JOIN-LAMBERT 1994: Marie-Thérèse Join-Lambert u. a.: *Politiques sociales*, Presses de la FNSP, Paris 1994
- JOSPIN 1991: Lionel Jospin: *L'invention du possible*, Flammarion, Paris 1991
- JOSPIN 1995: Lionel Jospin: *Présidentielles 95. Le Programme de Lionel Jospin*, veröffentlicht unter der Internet-Adresse „<http://www.mygale.org/~psdoc/President/prog95.html>“ (Okt. 1998)
- JOSPIN 1997: Lionel Jospin: „‘Ein Pakt für die Republik’. Regierungserklärung vom 19. Juni 1997 (Wortlaut)“, in: BLÄTTER 8/1997, S. 1007-1016
- JOSPIN 1997b: „Tribune à la veille des élections législatives“, 7. 5. 1995, veröffentlicht unter der Internet-Adresse „<http://www.multimania.com/psdoc/tribune.html>“ (Nov. 1998), wiedergegeben auch in: LIBERATION 1997
- KERGOAT 1983: Jacques Kergoat: *Le Parti socialiste de la Commune à nos jours*, Le Sycomore, Paris 1983
- KERGOAT 1997: Jacques Kergoat: *Histoire du parti socialiste*, La Découverte, Paris 1997
- LABBE 1996: Dominique Labbé: *Syndicats et syndiqués en France depuis 1945*, L'Harmattan, Paris 1996
- LADRECH 1990: Robert Ladrech: „The French Socialist Party as a ‘Party of Government’“, Paper Prepared for Delivery at the 1990 Annual Meeting of the American Political Science Association in San Francisco
- LASSERRE/SCHILD/UTERWEDDE 1997: René Lasserre/Joachim Schild/Henrik Uterwedde: *Frankreich. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft*, Leske + Budrich, Opladen 1997
- LECLERC/MURACCIOLE 1996: Gerard Leclerc/Florence Muracciole: *Lionel Jospin: l'héritier rebelle*, Lattès, Paris 1996

- LIBERATION 1997: Le Service Politique de Libération: *L'histoire secrète de la dissolution*, Plon, Paris 1997
- LICHTENBERGER 1990: Yves Lichtenberger: „Syndicalisme et performance“, in: *CFDT aujourd'hui*, Nr. 97, Juli 1990
- MAGE 1989: Tristan Mage: *Préparation du congrès du Parti socialiste de Rennes*, Mage, Paris 1989 (5 Bd.)
- MAGE 1991: Tristan Mage: *Lettre ouverte à M. François Mitterrand: faites que votre vieillesse ne soit pas un naufrage pour la France*, Mage, Paris 1991
- MARTIN 1994: D. Martin: *Démocratie industrielle. La participation directe dans les entreprises*, PUF, Paris 1994
- MELCHIOR 1993: E. Melchior: *Le PS, du projet au pouvoir*, Ed. de l'Atelier, Paris 1993
- MELENCHON 1997: Jean-Luc Mélenchon (préface de): *Pour la république sociale: la Gauche socialiste dans ses textes*, L'Harmattan, Paris 1997
- MENY 1991: Yves Meny (études réunis par): *Idéologies. Partis politiques & groupes sociaux: pour Georges Lavau*, Presses de la FNSP, Paris 1991
- MERCIER/JEROME 1997: Anne-Sophie Mercier/Béatrice Jérôme: *Les 700 jours de Jospin: histoire d'une prise de pouvoir*, Plon, Paris 1997
- MITTERRAND 1971: François Mitterrand: *Un socialisme du possible*, Seuil, Paris 1971
- LE MONDE 1995: Le Monde: *Jacques Chirac: le défi du changement. L'élection présidentielle de 1995*, Numéro spécial des *Dossiers et Documents du Monde*, Le Monde, Paris, Mai 1995
- LE MONDE 1996: Le Monde: *1996, l'année du temps de travail*, Supplément zu: *Le Monde*, 16. April 1996
- MOSCOVICI 1994: Pierre Moscovici: *A la recherche de la gauche perdue*, Calmann-Lévy, Paris 1994
- MOSSUZ-LAVAU 1994: Janine Mossuz-Lavau: *Les français et la politique: enquête sur une crise*, Jacob, Paris 1994
- MURARD 1996: Numa Murard: *La protection sociale*, La Découverte, Paris 1996
- NEUMANN 1996: Wolfgang Neumann: *Sozialstaat in der Krise. Die Sozialversicherungsreform der Regierung Juppé* (Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 3), Ludwigsburg, Juli 1996
- NEUMANN 1997: Wolfgang Neumann: *Arbeitsmarktpolitik à la française - Gehen Frankreichs Uhren anders?* (Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 8), Ludwigsburg, Dezember 1997
- NOBLECOURT 1990: Michel Noblecourt: *Les syndicats en question*, Editions ouvrières, Paris 1990
- PARODI 1997: Jean-Luc Parodi: „Le Premier ministre sous la V^e République: une popularité dominée“, in: *Pouvoirs*, Nr. 83 (11/97), S. 89-100
- PARTI SOCIALISTE 1997: Parti socialiste: *Changeons d'Avenir*, Programm der Parti socialiste zu den Wahlen zur Nationalversammlung 1997, veröffentlicht unter der Internet-Adresse „<http://www.multimania.com/psdoc/PS.html>“ (Nov. 1998)
- PARTI SOCIALISTE 1998: Parti socialiste: „Histoire du PS“, veröffentlicht unter der Internet-Adresse „<http://www.parti-socialiste.fr/html/aujourd/hist/index.html>“ (Nov. 1998)
- PERRINEAU 1994: Pascal Perrineau (Hg.): *L'engagement politique. Déclin ou mutation?*, Presses de la FNSP, Paris 1994
- PHILIPPE/HUBSCHER 1991: Annie Philippe/Dominique Hubscher: *Enquête à l'intérieure du parti socialiste*, Michel, Paris 1991
- POPEREN 1993: Jean Poperen: *Socialistes: la chute finale?*, Plon, Paris 1993
- PORTELLI 1980: Hughes Portelli: *Le socialisme française tel qu'il est*, Presses Universitaires de France, Paris 1980
- PORTELLI 1992: Hugues Portelli: *Le parti socialiste*, Montchrétien, Paris 1992
- PS/PCF 1997: Parti socialiste/Parti Communiste Français: „Gemeinsame Erklärung vom 1. Juni 1997“, in: *BLÄTTER* 6/1997, S. 753-755
- PS/VERTS 1997: Parti socialiste/Les Verts: „Gemeinsames Politisches Papier vom 25. Mai 1997“,

in: BLÄTTER 6/1997, S. 749-752

- QUILES 1985: Paul Quilès: *La politique n'est pas ce que vous croyez*, Robert Laffont, 1985
- ROCARD 1979: Michel Rocard: *Parler vrai*, Seuil, Paris 1979
- ROCARD 1986: Michel Rocard: *A l'épreuve des faits*, Seuil, Paris 1986
- ROCARD 1988: Michel Rocard: *Le coeur à l'ouvrage*, Ed. Odile Jacob, Paris 1988
- ROCARD 1989: Michel Rocard: *Von ganzem Herzen bei der Sache* (Reihe französische aktuelle Politik, Bd. 4), DEFAP, Ingolstadt 1989
- ROCARD 1989: Michel Rocard: *Un pays comme le nôtre*, Seuil, Paris 1989
- ROCARD 1994: Michel Rocard: „Social Solidarity in a Mixed Economy“, in: MILIBAND 1994, S. 152-158
- ROCARD 1996: Michel Rocard: *Les moyens d'en sortir*, Seuil, Paris 1996
- ROSANVALLON 1987: Pierre Rosanvallon: *La question syndicale*, Calmann-Lévy, Paris 1987
- SALINI 1987: Laurent Salini: *Enquête sur le parti socialiste*, Messidor, Paris 1987
- SAWICKI 1997: Frédéric Sawicki: *Les réseaux du parti socialiste: sociologie d'un milieu partisan*, Bélin, Paris 1997
- SCHILD/NEUMANN 1997: Joachim Schild/Wolfgang Neumann: „Die zweite Chance der französischen Linken“, in: BLÄTTER 7/1997, S. 780-782
- SCHNEIDER 1992: Robert Schneider: *La haine tranquille*, Seuil, Paris 1992
- SEUIL 1990: Seuil: *Le consensus, nouvel opium?* (Le Genre humain, Nr. 22), Seuil, Paris 1990
- TOURAINÉ 1996: Alain Touraine: *Le grand refus: réflexions sur la grève décembre 1995*, Fayard, Paris 1996
- UTERWEDDE 1996: Henrik Uterwedde: *Privatisierungspolitik in Frankreich. Eine Zwischenbilanz* (Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 4), Ludwigsburg, Oktober 1996
- UTERWEDDE 1997: Henrik Uterwedde: *Wohin steuert Frankreich? Der wirtschafts- und europapolitische Kurswechsel der Regierung Jospin* (Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 7), Ludwigsburg, Juli 1997
- VIOSAT 1997: Louis-Charles Viossat: „La sécurité sociale“, in: DOCUMENTATION 1997, S. 59-68
- WOLF/NITSCHÉ 1998: Frieder O. Wolf/Robert Nitsche: „Jospins Jobgipfel“, in: BLÄTTER 1/1998, S. 22-24
- WURCHE 1995: Jens Wurche: „Soziale Kämpfe in Frankreich: Vom Air-France-Streik im Herbst 1993 bis zu den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1995“, Seminararbeit bei Dr. Johannes Becker, J. W. G.-Universität Frankfurt/M., SS 1995
- YSMAL 1994: Colette Ysmal: „Transformation du militantisme et déclin des partis“, in: PERRINEAU 1994, S. 61-66

3. Quellen zu Großbritannien

- ABSE 1997: Leo Abse: *Man Behind the Smile: Tony Blair and the Politics of Perversion*, Parkwest Publications 1997
- BLAIR 1996: Tony Blair: *New Britain: My vision of a young country*, Forth Estate, London 1996
- BLAIR 1996b: Tony Blair: „My vision of One Nation Stakeholder Britain“, in: *Sunday Times*, wiedergegeben in: PROGRESS 1996, S. 14
- BLAIR 1997: Tony Blair: *Meine Vision*, Quell, Stuttgart 1997
- BLAIR 1997b: Tony Blair: „Regierungsprogramm. Thronrede der Königin zur Eröffnung der Sitzungsperiode des britischen Parlaments am 14. Mai 1997“, in: BLÄTTER 7/1997, S. 887-889
- BRIVATI 1998: Brian Brivati u. a.: *New Labour in Power: Precedents and Prospects*, Routledge, März 1998
- BYRNE 1996: Paul Byrne: „New Labour: Blairs Weg in die Mitte“, in: BLÄTTER 8/1996, S. 937-944
- CREWE 1974: Ivor Crewe (Hg.): *British Political Sociology Yearbook*, Croom Helm, London 1974, S. 279-316
- DENVER: David Denver: „The British Electorate in the 1990s“, in: WEP 1998
- FERMONT 1998: Clare Fermont: „An attitude problem?“, in: REVIEW 1/1998, S. 10f.
- FOGARTY 1986: M. Fogarty: *Trade Unions and British Industrial Development*, Policy Studies Institute, London 1986
- FOOTE 1997: Geoffrey Foote: *The Labour Party's Political Thought: A History*, St. Martins Press 1997
- GALLIE 1996: Duncan Gallie: *Trade unionism in recession*, Oxford Univ. Press, Oxford 1996
- GERMAN 1998: Lindsay German: „War on Welfare: Praying he can get away with it“, in: REVIEW 2/1998, London
- GLADSTONE 1995: David Gladstone (Hg.): *British social welfare: past, present and future*, UCL Press, London 1995
- GOULD 1996: Philip Gould: „Back to the Future: the remaking of Labour“, in: PROGRESS 1996, S. 10f.
- GIDDENS 1997: Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1997
- GIDDENS 1998: Anthony Giddens: *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Polity Press, Cambridge (GB) 1998
- HARRIS 1984: Robert Harris: *The Making of Neil Kinnock*, Faber and Faber Ltd., London 1984
- HEATH 1994: Anthony Heath/R. Jowell/J. Curtice/B. Taylor: *Labour's last chance? The 1992 election and beyond*, Dartmouth, Aldershot 1994
- HEFFERMAN/MARQUSEE 1992: R. Hefferman/M. Marqusee: *Defeat from the Jaws of Victory: Inside Neil Kinnock's Labour Party*, Verso, London 1992
- HELMS 1996: Ludger Helms: „Labour light. Großbritanniens Arbeiterpartei auf dem Rückweg zur Regierungsfähigkeit“, in: BLÄTTER 4/1995, S. 450-458
- HODGSON 1981: G. Hodgson: *Labour at the Crossroads: The Political and Economic Challenge to the Labour Party in the 1980s*, Martin Robertson, Oxford 1981
- HUTTON 1994: Will Hutton: „The Social Market in a Global Context“ (Kommentar zu: ROCARD 1994), in: MILIBAND 1994, S. 159-163
- HUTTON 1995: Will Hutton: *The State We're in*, Cape, London 1995
- HUTTON 1996: Will Hutton/Frank Field/John Kay/David Marquand/John Gray: „Die 'Stakeholder Society' oder Politikberatung für Tony Blair. Eine Stellungnahme der 'Gurus' zum Kurs der britischen Labour Party vom 7. Juli 1996“, in: BLÄTTER 8/1996, S. 1019-1024
- HUTTON 1997: Will Hutton: „An Overview of Stakeholding“, in: KELLY/KELLY/GAMBLE 1997, S. 3-9
- JEFFERYS 1993: Kevin Jefferys: *The Labour Party Since 1945*, St. Martins Press, London 1993

- JONES 1996: Tudor Jones: *Remaking the Labour Party: From Gaitskell to Blair*, Routledge 1996
- KAVANAGH 1990: Dennis Kavanagh: *Politics and personalities*, MacMillan, London 1990
- KAVANAGH/MORRIS 1995: Dennis Kavanagh/Peter Morris: *Consensus politics from Attlee to Major*, Blackwell, Oxford 1995
- KAVANAGH 1995: Dennis Kavanagh: *Election campaigning: the new marketing of politics*, Blackwell, Oxford 1995
- KELLY 1987: John Kelly: *Labour and the Unions*, Verso, London 1987
- KELLY/KELLY/GAMBLE 1997: Gavin Kelly/Dominic Kelly/Andrew Gamble: *Stakeholder capitalism*, Macmillan, Houndmills 1997
- MANDELSON/LIDDLE 1996: Peter Mandelson/Roger Liddle: *The Blair Revolution. Can New Labour Deliver?*, London 1996
- MCILROY 1995: John McIlroy: *Trade unions in Britain today*, Manchester Univ. Press, Manchester 1995
- MCKENZIE 1955: Robert T. McKenzie: *British Political Parties*, Heinemann, London 1955
- MCSMITH 1993: Andy McSmith: *John Smith: Playing the Long Game*, Verso 1993
- MCSMITH 1997: Andy McSmith: *Faces of Labour: The Inside Story*, Verso 1997
- MINKIN 1993: Lewis Minkin: *The Contentious Alliance: Trade Unions and the Labour Party*, Edinburgh University Press 1993
- PELLING 1996: Henry Pelling u. a.: *A Short History of the Labour Party*, McClelland & Steward 1996
- PROGRESS 1996: *progress* (ed.: Liam Byrne, Ian Cornfield, Derek Draper), London, Nr. 1, Februar 1998, 28 S.
- REVIEW: *Socialist Review*, London
- SCHÖNWALDER 1997: Karen Schönwalder: „Großbritannien am Ende des ‘konservativen Jahrhunderts’“, in: BLÄTTER 6/1997, S. 680-689
- SCHÖNWALDER 1998: Karen Schönwalder: „»New Labour – New Britain«. Tony Blairs altes neues Großbritannien“, in: UNGER/WEHR/SCHÖNWALDER 1998, S. 71-126
- SEYD 1988: Patrick Seyd: *The Rise and Fall of the Labour Left*, St. Martins Press 1988
- SEYD/WHITELEY 1992: Patrick Seyd/Paul Whiteley u. a.: *Labour's Grassroots: The Politics of Party Membership*, Clarendon Press 1992
- SHAW 1988: Eric Shaw: *Discipline and Discord in the Labour Party*, St. Martins Press 1988
- SHAW 1994: Eric Shaw: *The Labour Party Since 1979. Crises and Transformation*, Routledge 1994
- SHAW 1994b: Eric Shaw: „Conflict and Cohesion in the British Labour Party“, in: BELL/SHAW 1994, S. 151-167
- SHAW 1996: Eric Shaw: *The Labour Party Since 1945: Old Labour. New Labour*, Blackwell Publications 1996
- SMITH 1992: Martin Smith u. a.: *The Changing Labour Party*, Routledge 1992
- SOPEL 1995: Jon Sopel: *Tony Blair: the moderniser*, Joseph, London 1995, 308 S.
- TAYLOR 1987: Andrew Taylor: *The Trade Unions and the Labour Party*, Routledge 1987
- THOMPSON 1996: Noel Thompson: „Supply Side Socialism: The Political Economy of New Labour“, in: *New Left Review* 216 (1996)
- THOMPSON 1997: Noel Thompson: *Political Economy and the Labour Party*, University College of London 1997
- THORPE 1997: Andrew Thorpe: *A History of the British Labour Party*, St Martins Press 1997
- WEBB 1992: Paul D. Webb: *Trade unions and the British electorate*, Dartmouth, Aldershot 1992
- WEP 1998: *West European Politics*: Special issue, Januar 1998
- WICKHAM-JONES 1996: Mark Wickham-Jones: *Economic Strategy and the Labour Party: Politics and Policy-Making*, St Martins Press 1996
- WILSON 1996: Brian Wilson: „Why new Labour is radical“, in: PROGRESS 1996, S. 13
- WRIGLEY 1997: Chris Wrigley: *British trade unions, 1945-1995*, Manchester Univ. Press, Manchester 1997

Verwendete Zeitungen und Zeitschriften

Aus Politik und Zeitgeschichte

Blätter für deutsche und internationale Politik

*CFDT aujourd'hui

The Economist

Le Figaro

Frankfurter Rundschau

The Guardian

L'Humanité

International Herald Tribune

Journal of European Social Policy

Libération

Le Monde

Le Monde Initiatives

Le Monde, Edition internationale (Sélection hebdomadaire)

Neue Zürcher Zeitung

New Left Review

Le Nouvel Economiste

Le Parisien

*Political Studies

Pouvoirs

Progress

*Projet

Regards sur l'actualité

*Revue française de science politique

Socialist Review

Der Spiegel

*Sunday Times

*La Tribune

*Vendredi

Wall Street Journal Europe

Wirtschaftswoche

Die mit einem Stern gekennzeichneten Zeitungen und Zeitschriften fanden nur über Sekundärquellen Eingang in die vorliegende Arbeit.

ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich gemäß der Diplomprüfungsordnung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die durch Quellen gekennzeichneten Hilfsmittel verwendet habe.

Außerdem versichere ich, daß diese Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt wurde.

Frankfurt am Main, den

Unterschrift